

# hochschule ost

leipziger  
beiträge zu  
hochschule &  
wissenschaft

Leipzig 2. Quartal 1998  
ISSN 0944-7989  
7. Jahrgang

## 2/98



Themen:

**Studierende:**

Einfluß von Handlungsmustern und institutionellen Bedingungen sechs Jahre nach der Wende. Frauen in Fachhochschulstudiengängen. Studentischer Umgang mit Rauschmitteln.

Vergangenheitspolitik nach 1989

WIP-Nachruf

Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Greifswald

"Acht Magnifizenzen". Ein Bilderstreit in Jena



Peter Kaczmarek

# hochschule

leipziger beiträge  
zu hochschule &  
wissenschaft

# ost

# 2/98

Verlegt durch den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit  
beim StuRa der Universität Leipzig

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider (Schriftleitung), Frank Geißler,  
Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack (Herausgeber),  
Thomas Perler, Stephan R. Sandler, Georg Schuppener

UNIVERSITÄT LEIPZIG  
**STUDENTINNEN**  
*Rat*

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: [hso@server1.rz.uni-leipzig.de](mailto:hso@server1.rz.uni-leipzig.de).

hochschule ost im Internet: <http://www.uni-leipzig.de/host/>

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem  
Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten  
(Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht  
nicht.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

ISSN 0944-7989

Editorial .....	7
<b>THEMA: Studierende</b>	
<i> Gudrun Aulerich &amp; Ruth Heidi Stein:</i>	
Familie alles – Hochschule nichts?	
Zum Einfluß von Handlungsmustern und	
institutionellen Bedingungen auf das Verhalten	
Dresdner Studierender sechs Jahre nach der Wende .....	10
<i> Heidrun Jahn:</i>	
Frauen in Fachhochschulstudiengängen.	
Hindernisse und Möglichkeiten .....	23
<i> Theo Baumgärtner:</i>	
Speed, Shit und Scheine.	
Der Umgang mit Rauschmitteln bei	
Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen .....	32
<b>FORUM</b>	
<i> Petra Bock:</i>	
Vergangenheitspolitik nach 1989 .....	53
<i> Gottfried Seifert:</i>	
WIPianer in blühenden Landschaften?	
Nachruf auf ein Stück gelebter Solidarität	
im zusammenwachsenden Deutschland .....	68

<i> Heike Kahlert &amp; Cornell Babendererde:</i>	
Profilbildung in der Wissenschaftslandschaft	
Mecklenburg-Vorpommerns: Das Interdisziplinäre	
Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der	
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald .....	100

## REAKTION

<i> Arno Hecht:</i>	
Gefeuert, erneuert und was nun? Der Rechtsstaat in Nöten .....	117

## DOKUMENTATION I

Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung	
in der DDR und in Ostdeutschland	
4. Folge ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	136

## BERICHT

Wissenschaftsrat würdigt Stärkung der Naturwissenschaften	
an den Universitäten in Sachsen-Anhalt ( <i>Wissenschaftsrat</i> ) .....	
	142

## DOKUMENTATION II

„Acht Magnifizenzen“. Ein Bilderstreit in Jena .....	144
--	-----

Debatte über Forschungs- und Technologiepolitik.	
Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Februar 1998	
( <i>Hans-Otto Schmiedeberg, Edelbert Richter, Horst Kubatschka</i> ) .....	
	176

## GELESEN

Dieter Dohmen: Neuordnung der Studienfinanzierung.	
( <i>Falk Bretschneider</i> ) .....	
	183

PUBLIKATIONEN .....	187
---------------------	-----

ZUM SCHLUSS .....	208
-------------------	-----

„Kommt bei uns erst das Geld,  
dann die Moral?“

Die großartigste Journalistin unserer Zeit sagt  
hier ungeschönt, was sie von den Zuständen in  
Deutschland hält.“

*Die Deutsche Verlagsanstalt (DVA) in einer Anzeige,  
mit der sie für das Buch Zivilisiert den Kapitalismus.  
Grenzen der Freiheit von Marion Gräfin Dönhoff zu  
werben suchte.*

Unlängst hatten die Meinungsforscher von Forsa das Volk repräsentativ geschnitten, über Studiengebühren befragt, und wir sollten dann überrascht sein: 54 Prozent der Deutschen und sogar eine gutes Drittel der StudentInnen hätten nichts gegen Studiengebühren.

Darüber ließe sich nun auf einer sehr prinzipiellen Ebene reden. Die Stichworte wären soziale Auslese, Chancengleichheit, Eingangsbarrieren an den Hochschulen usw. Anke Brunn, Wissenschaftsministerin in NRW, zum Beispiel redet sich da seit Jahr und Tag den Mund fusselig. Andere, etwa die studentische Dachorganisation fzs, kritisieren die Ökonomisierung von Bildungsentscheidungen. Torsten Bultmann vom radikaldemokratischen WissenschaftlerInnenverband BdWi sagt es in der Sprache der politischen Analyse: Den Studiengebühren-Protagonisten gehe es vor allem um die effektive Verkopplung von individuellem Bildungsverhalten, Hochschulressourcen und gesellschaftlichen Märkten. Die Studierenden müßten die künftige Rendite ihrer Studiengebühren scharf kalkulieren. Damit, so Bultmann, hätten sie sich „zwangsläufig stärker am Arbeitsmarkt und an eingeschlifenen gesellschaftlichen Karrieremustern zu orientieren - unabhängig von eigenen Wünschen und Neigungen“.

Wir können diese grundsätzliche Ebene aber auch für einen Moment verlassen und das ganze auf der praktischen Ebene betrachten. Dort wartet zunächst eine Erkenntnis: Es gibt auch Studierende, die ganz gut gepolstert sind. Diesen würden 1000,- DM Gebühren pro Semester nicht gleich die soziale Verelendung bescheren. Das studentische Drittel Zustimmung wäre damit recht flott aufgeklärt. Es bleiben die problematischen 54 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Hier leistet Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und einer der Auftraggeber der Forsa-Umfrage, aus Versehen Deutungshilfe: „Bürger ohne Hochschulstudium“, sagt er, „sehen nicht ein, warum die Ausbildung der später Besserverdienenden ausschließlich aus ihren Steuergeldern finanziert wird.“ Hier transportiert Erhardt einen Denkfehler: Denn die Hochschulen werden keineswegs „ausschließlich“ aus den Steuergeldern der BürgerInnen ohne Studienab-

schluß finanziert, sondern wesentlich aus den Steuern der Besserverdienenden. Die sind meist BürgerInnen mit Hochschulstudium und, da besserverdienend, selbstredend in den höheren Steuerklassen angesiedelt. Das nütze aber nicht viel, ist dann mitunter zu hören, denn die Besserverdienenden hätten komfortable Abschreibungsmöglichkeiten. Nun gut, doch das könnte man ja im Rahmen einer Steuerreform ändern.

Es geht aber nicht nur darum, ob und wie die einzelnen an den Kosten ihres Studiums beteiligt werden sollten. Ausgangspunkt der ganzen Überlegungen ist vielmehr die Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen. Studiengebühren, meinen ihre Befürworter, könnten die Finanzprobleme der Unis lösen. Diese Ansicht fußt auf einer Reihe fragwürdiger Annahmen. Forsa hat es leider versäumt, dem Bevölkerungsquerschnitt einige Fragen zu stellen, die uns hier weitergebracht hätten. Also wollen wir sie nachreichen für das nächste Mal. Solche Fragen wären zum Beispiel gewesen (wir nutzen den bewährten Noelle-Neumann-Stil):

"Der Staat, so heißt es, werde den Hochschulen die Einnahmen aus den Studiengebühren dauerhaft belassen, d.h. seine eigenen jährlichen Überweisungen nicht kürzen: Empfinden Sie diese Aussagen als glaubwürdig?" Oder: "Politiker geben häufig lobenswerte Versprechen für die Zukunft ab, um eine einnahmewirksame Maßnahme durchzusetzen; so auch in der Studiengebührendebatte: Halten Sie die Erinnerungsfähigkeit der amtierenden Politiker an solche Versprechen für hinreichend ausgeprägt?" (Kreuzen Sie bitte auf der fünfstufigen Antwortskala zwischen "Regierungspolitiker können sich immer an alles erinnern" und "Regierungspolitiker können sich nie an das erinnern, was sie gestern versprochen haben" an.)

Nun gibt es die Idee, Hochschulen und Staat könnten sich über die Hochschulfinanzierung auch vertraglich einigen. Auf diese Weise soll der Skepsis begegnet werden, man könne dem Staat nicht über den Weg trauen, sobald es um Geld geht. Die Berliner Hochschulen haben damit schon erste Erfahrungen gesammelt. Die Landesregierung hat auf dem Vertragswege souverän Kürzungsentscheidungen an die Hochschulen delegiert. Dort tobt nun seit einigen Monaten ein lebhaftes Hauen und Stechen zwischen den Fachbereichen. Daß die Vertragsverhandlungen so ungünstig für die Berliner Unis ausgegangen waren, hatte einen simplen Grund: Hochschulen und Staat sind keine gleichgewichtigen Partner.

Forsa hätte dazu den Bevölkerungsquerschnitt bspw. fragen können: "Manche befürchten, der Staat würde einen Vertrag mit den Hochschulen nicht unter allen Umständen einhalten: Denken Sie, daß die Hochschulen hinreichende Sanktionsmittel gegenüber dem Staat besitzen, um ihn gegebenenfalls zur Erfüllung seiner finanziellen Selbstverpflichtungen zu zwingen?" Oder: "Ist Ihnen bekannt, daß Beteuerungen des Staates, Studiengebühren sollten den Hochschulen zugute kommen, in der Praxis bereits widerlegt sind - und zwar bei den Berliner Einschreibengebühren von 100,- DM?" Diese 100,- DM pro StudentIn nämlich waren den Hochschulen bereits vom Haus-

halt abgezogen worden, bevor sie überhaupt eingetrieben waren. Da sich zahlreiche Karteileichen nicht zum Semester zurückmeldeten, also auch keinen Hunderter zahlten, blieb den Hochschulen am Ende gar ein Manko.

Immerhin, die Forsa-Umfrage offenbarte zumindest eine interessante Differenz: Für Studiengebühren wären zwar 54 Prozent der BürgerInnen (und 34 Prozent der Studierenden), wenn sie den Hochschulen unmittelbar zugute kämen. Doch sobald die Gebühren dem allgemeinen Landes- und Bundeshaushalt zufließen würden, verringert sich diese Zustimmung auf 23 Prozent der Bürger (und 3 Prozent der StudentInnen). Das Vertrauen, daß zusätzliche Einnahmen zu einer sachgerechten Ausstattung der Hochschulen führten, scheint also in der Bevölkerung nicht sehr ausgeprägt.

Doch nicht nur mit vermeintlich zusätzlichen Geldern für die Unis werben die Befürworter von Studiengebühren für ihre Idee. Auch die Befürchtung sozialer Auslese durch Semestergelder halten sie für absurd. Im Gegenteil: Sie tun seit geraumer Zeit immer so, als sei es die selbstverständlichste Sache der Welt, daß die Gebühren sozialverträglich gestaltet werden. Das verstehe sich doch von selbst, so heißt es ehrlich empört, daß die Semestergelder paßgerecht auch auf die Kinder aus Arbeiter- und Sozialhilfefamilien zugeschnitten sein müßten.

Zu denken gibt hier allerdings eines: Die Gebührenpropagandisten sind viel eifriger bei der Sache, solange es um die 1.000,- DM pro Semester geht, als wenn es um eine akzeptable Ausbildungsförderung geht. Zur Zeit gibt es bekanntermaßen kein BAFöG, das allen Bedürftigen zugute käme. Auch hier hätten sich in der Forsa-Umfrage einige Zusatzfragen gelohnt. Etwa: "Studiengebühren, so heißt es, sollen sozialverträglich eingeführt werden: Meinen Sie angesichts des Siechtums des BAFöG, daß es in der Bundesrepublik einen tragfähigen Konsens darüber gibt, was 'sozialverträglich' ist?"

Schließlich hören wir noch das Wettbewerbsargument. Studiengebühren, wird behauptet, versetzten die Studierenden in die Lage, von ihrer Hochschule Qualität einzufordern. Denn sie hätten dann ein Sanktionsmittel in der Hand: Sie könnten nämlich ihre Gebühren auch an eine andere Hochschule tragen. Hier hätte Forsa z.B. fragen sollen: „Ist Ihnen bekannt, daß 80 Prozent der Studierenden nicht zuletzt deshalb (eltern-)wohntnah studieren, weil ihnen die finanziellen Mittel für solch beliebige Mobilität fehlen?"

Derartige Fragen, wären sie gestellt worden, hätten die Befragten zum tieferen Nachdenken anregen können. Die Zustimmung zu Studiengebühren wäre dann vermutlich anders ausgefallen. Doch das war möglicherweise nicht der Zweck der Forsa-Umfrage.

p.p.

### Familie alles – Hochschule nichts?

Zum Einfluß von Handlungsmustern und institutionellen Bedingungen auf das Verhalten Dresdner Studierender sechs Jahre nach der Wende

**Gudrun Aulerich &  
Ruth Heidi Stein**  
Berlin

#### 1. Einbindung

Die Analyse ostdeutscher Besonderheiten des Studierverhaltens und seiner Bedingungen hat für uns nicht nur zeitgeschichtlich dokumentatorischen Wert, sondern sie kann darüber hinaus auch für die Hochschulreformdiskussion in der Bundesrepublik Denkanstöße liefern.

Bisher wurden Faktoren wie Lehrkultur und Betreuung der Studierenden eher marginal behandelt. Sie müssen aber als wesentliche Bedingung des Studienfortschritts erkannt und in den Reformprozeß einbezogen werden. Darüber hinaus sollten relevante Aspekte für das Management von Veränderungsprozessen in Institutionen ein größeres Gewicht im Diskussionsprozeß erhalten.

Kriterien, mit denen Studienerfolg üblicherweise abgebildet wird wie kurze Studienzeiten, intensive Betreuung und hohe Qualität der Ausbildung, sollten in angemessener Form an allen Bildungseinrichtungen des föderalen Hochschulsystems eine Rolle spielen. Dafür können die Dresdner Hochschulen mit der Art und Weise, in der sie den Umgestaltungsprozeß, die Angleichung an das bundesdeutsche Hochschulsystem, bewältigt haben, ein Beispiel sein. Auch die Hochschulen in den alten Bundesländern

müssen sich künftig sowohl durch den äußeren Druck der Auseinandersetzung um knappere Haushaltsmittel als auch durch die steigenden Anforderungen an die Qualität der Ausbildung im Zuge der Evaluation der Lehre einschneidenden Veränderungsprozessen stellen. Von diesen Prozessen werden die Hochschulen der neuen Länder zusätzlich beeinflusst.

Unsere im Rahmen des Projekts „Veränderte Bedingungen – verändertes Studierverhalten?“<sup>1</sup> erzielten Ergebnisse zeigen, daß es auch sechs Jahre nach der Wende im Osten Spezifika im Studierverhalten gibt.

Diesbezügliche Unterschiede zwischen Dresden und Dortmund bestehen insbesondere im Umgang mit Zeit: Drei Viertel der Dresdner Studierenden streben einen Abschluß in der Regelstudienzeit an, wogegen in Dortmund nur rund 60 % an der Fachhochschule und die Hälfte an der Universität dieses Vorhaben verfolgen. Die Proportionen zwischen Lehrveranstaltungsbuchung und Selbststudium weisen für Dresden eindeutig die Präferenz von organisierten Veranstaltungen an der Hochschule aus; in Dortmund bindet das Lernen aus Büchern mehr Zeit als in Dresden. Auch werden in Dresden frühzeitiger Prüfungen abgelegt als in Dortmund, und der Berufsübergang wird oft schon während des Studiums gezielt vorbereitet. Insgesamt nehmen die Dresdner Studierenden ihr Studium schneller auf (rund ein halbes Jahr kürzere Übergangszeiten zwischen Abitur und Studienbeginn) als die Dortmunder und führen es straffer durch, was auch daran festgemacht werden kann, daß es hier bisher kaum Langzeitstudierende gab.

Zur Erklärung dieser Besonderheiten des aktuellen Studierverhaltens haben wir im ersten Teil unseres Aufsatzes „Wende gut – alles gut?“ (Hochschule Ost 1/97) den Einfluß familialer Bedingungen auf die Studienentscheidung und das Studierverhalten dargestellt.

Die Untersuchung bestätigte die Bedeutung der primären Sozialisation für das Verhalten in späteren Lebensphasen insofern, als die hier erworbenen Persönlichkeitseigenschaften und Handlungsmuster im wesentlichen erhalten blieben<sup>2</sup>, nachdem sich ihre Praktikabilität selbst unter den seit der

<sup>1</sup> Das Forschungsdesign für dieses von der DFG geförderte Projekt haben wir in der *hochschule ost 1/97*, S.124-127 dargestellt. Die Datenbasis erhoben wir im Sommersemester 1995 durch eine schriftliche Befragung von 995 Studierenden in Dresden und 1430 in Dortmund, durch Interviews mit Studierenden (in Dresden rund 100), ergänzt mit einer psychologischen Befragung zur Erhebung studienrelevanter Persönlichkeitsmerkmale. In die Erhebung bezogen wir in beiden Städten die Studiengänge Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau und Sozialpädagogik / Sozialarbeit sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen ein.

<sup>2</sup> Für Frauen wurde festgestellt, daß in den Biographien Ostdeutscher weder von radikalen Brüchen noch von nachholender Modernisierung durch schlichte Anpassungen

Wende tiefgreifend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland bestätigt hat.

Als grundlegendes Handlungsmuster der Dresdner Studierenden konnten wir eine Kombination von hoher Leistungsorientierung und auf Integration gerichtetem Sozialverhalten bestimmen<sup>3</sup>, wobei sich bei einer weiteren Auswertung sicherlich Differenzierungen unterhalb dieses Grundmusters nachweisen lassen. Die Nützlichkeit ihrer Handlungslogik hat sich für die Studierenden auch unter den jetzt geltenden Optionen erwiesen: bei der Studienentscheidung, beim Übergang von der Schule zur Hochschule und in ihrem Studierverhalten.

Die familialen Bedingungen (primäre Sozialisation) allein erscheinen aber nicht hinreichend zur schlüssigen Aufklärung der gegenwärtig anzutreffenden typischen Merkmale Dresdner Studierverhaltens. Wahrscheinlich spielen auch die gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt und speziell die Bedingungen an den Hochschulen eine wesentliche Rolle, zumal sie mit dem Beitritt zur Bundesrepublik radikal verändert wurden.

Im zweiten Teil unseres Aufsatzes betrachten wir nun die institutionellen Bedingungen eines Hochschulstudiums nach der Wende.

Innerhalb der hochschulischen Bedingungen konzentrieren wir uns auf das Klima an den Hochschulen bzw. in den Fachbereichen, die Lehrkultur unter dem Aspekt von Beratung und Betreuung sowie studienorganisatorische Parameter, weil wir annehmen, daß sich hieraus ein weiterer Teil der Ostspezifika im Studierverhalten erklären läßt.

Diese Bedingungen an den ausgewählten Dresdner Hochschulen wurden durch die Prozesse geprägt, die im Rahmen der Angleichung an das bundesdeutsche Hochschulsystem stattfanden. Dazu gehörten neben der Anpassung an die Optionen des freien Hochschulzugangs und die akademische Selbstverwaltung solche gravierenden Veränderungen wie:

- der Um-, Auf- und Ausbau der Hochschulen, der sich mehr oder weniger auf die gesamte Institution auswirkte. Die von uns ausgewählten Dresdner Hochschulen stehen für drei unterschiedliche Transformationsstypen: die Erweiterung der Technischen Universität zur Volluniversität (Neuprofilierung), die Gründung einer Fachhochschule auf der Ba-

sung an das westdeutsche Modell gesprochen werden kann. Vgl. I. Dietzsch/I. Dörling: Selbstverständlichkeiten im biographischen Konzept ostdeutscher Frauen. Ein Vergleich 1990 – 1994; in: *Berliner Debatte Initial* 2/96, S. 11-20

<sup>3</sup> Kognitionspsychologische Untersuchungen kennzeichnen den Denkstil ostdeutscher Versuchspersonen als deduktiv-analytisch und den westdeutscher als induktiv-essayistisch. Vgl. Stefan Strohschneider: Eine Nation, zwei Arten des Denkens. In: *Psychologie heute*, 3/97, S. 34

sis einer Vorgängereinrichtung und die Neugründung einer Fachhochschule nach westdeutschem Muster.<sup>4</sup>

- die fachdifferenzierte Erneuerung von Studieninhalten. Auf der Ebene der Studiengänge gab es solche mit gravierenden Veränderungen hinsichtlich der Studieninhalte, der Studien- und Prüfungsordnungen sowie der Zusammensetzung des Lehrkörpers – hierfür steht die Betriebswirtschaftslehre -, solche, die im wesentlichen unverändert blieben wie der Maschinenbau und schließlich solche, die als eigenständige Studiengänge in den Fächerkanon an ostdeutschen Hochschulen aufgenommen wurden wie Sozialpädagogik und Sozialarbeit.<sup>5</sup>
- der Personalaustausch. Er wurde sowohl fachdifferenziert als auch je nach Transformationstyp der Hochschule unterschiedlich vollzogen und spiegelt sich vor allem im Anteil ost- und westsozialisierter Lehrender wider.

Im Sommer 1995 waren die Strukturen und gesetzlichen Regelungen für die Hochschulen in Dortmund und Dresden im wesentlichen gleich – alle Hochschulen unterstanden dem Hochschulrahmengesetz der Bundesrepublik und den jeweiligen Landeshochschulgesetzen. Obwohl die Rahmenbedingungen angepaßt sind, besitzen die Dresdner und die Dortmunder Hochschulen einen jeweils eigenständigen Charakter, der aus ihrer Vorgeschichte und dem sozial-kulturellen Hintergrund der hier agierenden Personen, insbesondere der Lehrenden und Studierenden, resultiert.

## 2. Sichtweisen Lehrender

Die Lehrenden sind, ebenso wie die Studierenden, durch ihre eigene Sozialisationsgeschichte geprägt. Daher waren wir bestrebt, in jedem Fachbereich jeweils einen Ost- und einen Westprofessor(in) in die Interviews einzubeziehen. Wir führten in Dresden 14 Interviews mit Hochschullehrern zu folgenden Komplexen durch:

- a) Verlauf des Transformationsprozesses an der Hochschule/am Fachbereich,
- b) Stellenwert von Lehre und Betreuung in der Berufsauffassung und Charakteristika der Studentenschaft.

<sup>4</sup> In Dresden wurden die Technische Universität, die Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH) sowie die Evangelische Fachhochschule einbezogen.

<sup>5</sup> Bei der Auswahl der Studiengänge haben wir neben diesen transformationstheoretischen Gesichtspunkten fachkulturelle und geschlechtsspezifische Besonderheiten berücksichtigt.

Um Veränderungen an den Hochschulen im Zeitraum von wenigen Jahren zu vollziehen, mußten sowohl die Repräsentanten der Hochschulen und Lehrgebiete als auch Vertreter von Politik und Verwaltung besondere Vorgehensweisen praktizieren.

„Wir konnten eigentlich fast alles machen. Alles war möglich. Ich sagte ja: Im Westen ist Kaserne, im Osten ist Manöver, es war unglaublich toll. Dazu muß man sagen, wir hatten einen Minister, der hat eigentlich freie Hand gelassen ... Da hatten wir wirklich tolle Mitarbeiter im Wissenschaftsministerium.“ (West-Prof., Uni)

Auch bei der inhaltlichen Gestaltung der Studiengänge nutzten die Professoren als Akteure des Veränderungsprozesses ihre Freiräume:

„Es gab eigentlich nur ganz wenige implizite Schranken. Das eine: Es sollte ein straffes Studium sein ... (in der Regelstudienzeit) Es sollte ein Studium sein, das international wettbewerbsfähig ist, d.h., damit haben wir gewisse Inhalte, die in Westdeutschland nicht im Grundstudium vertreten sind, hereingenommen, damit die Leute in Amerika weiter studieren können ... Der dritte Punkt war der – wir hatten ihn uns selber gesetzt – ... lieber mehr Spezialisierung im Studium ....“ (West-Prof., Uni)

Für viele westdeutsche Wissenschaftler war die Gestaltung der ostdeutschen Hochschulen Herausforderung und zugleich Chance für die eigene berufliche Karriere.

„Ich war vorher 20, 21 Jahre ... wissenschaftlicher Mitarbeiter, so BAT Ib-Niveau, von Anfang bis zum Schluß. Also es war nichts mehr an Beweglichkeit zu erkennen.“ (West-Prof., Uni)

Derartig euphorische Äußerungen hörten wir von ostdeutschen Lehrenden nicht. Sie akzeptierten einerseits ihre veränderten Handlungsräume, beurteilten aber im Sommer 1995 eher abgeklärt und deillusioniert den Umgestaltungsprozess an ihren Hochschulen.

In den meisten Interviews wird deutlich, daß über Regelungen und strukturelle Einbindungen hinaus die Persönlichkeit der Akteure für die Resultate des Umgestaltungsprozesses einen hohen Stellenwert besitzt. Die eigene Berufsbiographie, verbunden mit beruflichen Schwerpunktsetzungen und Präferenzen, steht dabei im Vordergrund.

#### Stellenwert von Lehre und Betreuung in der Berufsauffassung und Charakterisierung der Studentenschaft

Wir gingen von der Annahme aus, daß sich die Lehrenden an den Hochschulen in ihren Handlungen (z.B. Betreuung der Studierenden) und Einstellungen (Bedeutung der Lehre) in Abhängigkeit von ihrer eigenen

(Berufs-) Sozialisation unterscheiden. Professoren mit westdeutscher Berufserfahrung würden demnach der Ausbildung von Studierenden einen geringeren Stellenwert beimessen.<sup>6</sup>

Für die Hochschulen und Fachbereiche im Osten war es wichtig, Anerkennung und Reputation durch überzeugende, möglichst originäre Leistungen neu zu erringen, standen sie doch allein aufgrund ihres Standortes im gesamtdeutschen Hochschulranking zunächst „hinten“.

„Also, wir haben ein relativ anspruchsvolles Studium hier aufgezogen. Und der Grund ist der, daß wir sonst keine Chance haben; wir haben ja keine Reputation.“ (West-Prof., Uni)

Mit dieser Zielsetzung ist auch verbunden, daß schon bei der Konzipierung der Studiengänge Gesichtspunkte berücksichtigt wurden, die für ein erfolgreiches Studium wesentlich sind. Dazu gehören:

- Vermeidung organisatorischer Barrieren:

„Wir versuchen, ... alles so anzubieten, daß wir keine Überschneidungen haben. Daß alles nebeneinander liegt, so daß jeder kombinieren kann, wie er möchte. Wir sind uns völlig klar über die Problematik, aber wir versuchen es erst einmal.“ (Ost-Prof., FH)

- Unterstützung der Praktika:

„Und im Praktikum läuft es erstaunlicherweise sehr gut. Die Studenten haben keine Probleme, Praktikumsplätze zu bekommen ... Die Studenten suchen sich die Stellen teilweise selbst, und jetzt in diesem Jahr haben wir auch schon Adressen vom vorigen Jahr ... Ich habe mir die Arbeiten angesehen, sie lernen auch zum großen Teil etwas ... Aber ob die Unternehmen sie später dann einstellen ... Da sind wir auch skeptisch – wo sollen die vielen Betriebswirte mal hin?“ (Ost-Prof., FH)

- Kompatibilität der Studieninhalte mit ausländischen Studiensystemen:

„Die Fächer gegenseitig zu vergleichen und zu sagen: unsere machen bei Euch das und Eure machen bei uns dies. Und das erkennen wir gegenseitig an ... Das alles macht uns schon eine Menge Probleme.“ (Ost-Prof., FH)<sup>7</sup>

- Übernahme bewährter Erfahrungen aus dem Studiensystem der DDR:

<sup>6</sup> In den Wirtschaftswissenschaften wurden die Professoren bis auf eine Ausnahme in den alten Bundesländern sozialisiert, die Mittelbauern nur zum Teil. Das gilt auch für die Sozialpädagogik an der Universität. In der Sozialarbeit an der Fachhochschule überwiegen zwar auch die „Westimporte“ unter den Hochschullehrern, es gibt hier aber auch mehrere Hochschullehrer aus den neuen Bundesländern. Die Maschinenbauakademie an der Uni ist die einzige, in der die im Osten sozialisierten Hochschullehrer zahlenmäßig dominieren, wobei die interviewten Professoren ungetrübt durch die unterschiedliche Sozialisationserfahrung eine gute Zusammenarbeit unter den Lehrenden bestätigen.

<sup>7</sup> West-Prof., Uni: siehe Zitat weiter vorn: zu den Freiräumen der Studiengangsgestaltung: „... können ihr Studium in Amerika fortsetzen ...“



„Unsere einzige Chance Reputation auszubauen ist ja, daß wir nicht von vornherein völlig lasch sind. ... Also man kann jetzt nicht sagen, daß wir dabei (Veränderung des Fachbereiches) alles über Bord geworfen haben ... zum Beispiel die Verteidigung der Diplomarbeiten, die zu DDR-Zeiten üblich war und in Westdeutschland überhaupt nicht üblich ist, die haben wir übernommen, weil wir die ausgesprochen gut fanden.“ (West-Prof., Uni)

„Natürlich haben wir die Möglichkeit, vieles anders zu gestalten. Und ich habe jetzt auch Kollegen, die durchaus der Meinung sind, man sollte nicht alles das, was vordem an der alten (Hochschule) war, einfach vom Tisch wischen ... Verteidigung der Diplomarbeiten, das ist an anderen Fachhochschulen nicht üblich.“ (Ost-Prof., FH)

- Orientierung der Lehrinhalte am vermuteten Bedarf potentieller Arbeitgeber und künftiger Arbeitsfelder:

„... diese Tiefenstaffelung geht eben sehr weit, und ich bin der Auffassung, wir müssen hier mehr für Breite sorgen, um der Masse der Absolventen, die dann tatsächlich in den kleinen oder mittleren Unternehmen zum Einsatz kommen, Rechnung zu tragen ... Dort muß der Ingenieur eine Breite beherrschen ... und ich habe auch persönlich meine Vorlesungen zugunsten solcher ... Dinge reduziert.“ (Ost-Prof., Uni)

- Betreuung der Studierenden:

„Ich bin im Hauptstudium. Da wird schon gefragt, es wird auch reichlich Gebrauch davon gemacht. Ich bin auch prinzipiell immer ansprechbar für die Studenten, was vielleicht auch nicht überall so selbstverständlich ist ... Und ich betone immer, daß eigentlich die Studenten unsere Kunden sind. Und Kundenbetreuung heißt ja auch, für die Studenten da zu sein. Deshalb habe ich auch keine Sprechzeiten draußen drangeschrieben ... Ich will mich nicht nur zwei Stunden in der Woche als ansprechbar erklären. Das wissen die Studenten auch. Sie können mich immer ansprechen. Das wird geschätzt, das wird geachtet.“ (Ost-Prof., Uni)

Dieses Orientieren an der Lehre und an den Studierenden als Partnern half auch, problematische Situationen im Umgestaltungsprozeß zu überwinden, wobei sich die Probleme nach Studierendengenerationen, sprich: Transformationsphasen, unterschieden:

„Mehr war nicht ... und wir hatten Studenten, die sehr hoch motiviert waren, die diese Anfangsschwierigkeiten weggesteckt haben und uns geholfen haben, diese Anfangsschwierigkeiten zu überwinden ... Da gab es natürlich Ecken und Kanten, Umwidmungen, Veränderungen des Lehrplanes und die wirkten sich natürlich auch in der Meinungsbildung der Studenten aus. Aber da muß ich wieder sagen, das waren insbesondere Studenten des Jahrgangs 92 und 93, die in der Beziehung sehr kreativ waren, die Verständnis hatten ...“ (Ost-Prof., FH)

In den Interviews mit den Hochschullehrern kristallisieren sich drei Generationen heraus:

- Die *erste Generation* sind diejenigen, die man am Beginn des Umgestaltungsprozesses an der jeweiligen Hochschule vorgefunden hatte, also die „DDR-Studenten“.
- Die *zweite Generation* sind die Studierenden, die ein DDR-Abitur abgelegt haben und danach an die reformierten Hochschulen kamen bzw. diejenigen, die in der Situation des Neuaufbaus des Studienganges / der Hochschule an die Einrichtung kamen und sich der Unsicherheiten der Aufbauphase bewußt waren.
- Die *dritte Generation* konnte schon als Schüler frei zwischen allen Bildungsmöglichkeiten wählen, einschließlich Abitur und Hochschule, d.h. sie sind Kinder des bundesdeutschen Bildungssystems.

Unsere Annahme, daß ostdeutsche Hochschullehrer aufgrund ihrer beruflichen Sozialisation der Lehre und Betreuung einen höheren Stellenwert beimessen als westdeutsche, traf nicht für die von uns befragten Lehrenden zu.<sup>8</sup> Gerade für die Professoren und Professorinnen, die sich in dieser komplizierten Umgestaltungsphase engagierten, ist, unabhängig von ihrem Sozialisationshintergrund, ein Berufsethos charakteristisch, das Lehre und Ausbildung von Studierenden in den Mittelpunkt stellt. Es ist denkbar, daß diese Einstellung ein Berufungskriterium war.

Diese Lehrenden zeichnen sich durch hohe Lernfähigkeit, Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen aus. Sie lassen sich leiten durch die gemeinsame Zielsetzung, einen qualitativ hochwertigen und damit anerkannten Studiengang aufzubauen, ein Lehrgebiet zu etablieren.

### 3. Sichtweisen Studierender

Das Lehr- und Lernklima an einer Hochschule, an einem Fachbereich wird von vielen Faktoren bestimmt. Dazu gehören sowohl studienorganisatorische und materielle Rahmenbedingungen als auch personelle Voraussetzungen.

In den Dresdner Hochschulen trafen insbesondere diese hochmotivierten und aufgeschlossenen Lehrenden der Umgestaltungsphase auf ebenso motivierte Studierende, und die übereinstimmende Leistungsorientierung prägte auf der Basis guter sozialer Beziehungen die Lehrkultur und das Klima in den Hochschulen und Fachbereichen.

<sup>8</sup> Vorliegende Erhebungen bezogen bisher nur westdeutsche Hochschulen ein. Jürgen Enders, Ulrich Teichler: Berufsbild der Lehrenden und Forschenden an Hochschulen.- Bonn 1995.- Hrsg. BMWT.

Wie die klimabestimmenden Faktoren von den Studierenden wahrgenommen werden, wollen wir im folgenden an Hand von Ergebnissen der schriftlichen Befragung und einschlägiger Interviewpassagen darstellen. Dazu werden betrachtet:

- a) die studienorganisatorischen Bedingungen,
- b) die Beurteilung von Lehre und Betreuung.

Ergebnisse repräsentativer Untersuchungen, die kurz vor unserer Befragung erhoben, wurden (bundesweit im WS 1994/95 und wir in Dresden im SS 1995) bestätigen:

„Alle Elemente der Studienqualität werden von den Studierenden in den neuen Bundesländern allgemein besser beurteilt als in den alten Bundesländern .... Hinsichtlich der Urteile zur Qualität der Lehrveranstaltungen (Didaktik) und zur Bilanz der Betreuung durch die Lehrenden (tutoriale Qualität) sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland noch erheblich größer.“<sup>9</sup>

### Studienorganisatorische Bedingungen

Die Studierenden in Dresden und Dortmund unterscheiden sich am stärksten in ihrer Einschätzung der organisatorischen Studienbedingungen hinsichtlich der Raumsituation und der Arbeitsbedingungen in Lehrveranstaltungen sowie ihrer inhaltlichen Abstimmung. Die Raumsituation stellt sich in Dortmund aufgrund der größeren Studierendenzahlen erwartungsgemäß prekärer dar als in Dresden; entsprechend größer sind dort auch die Koordinationsprobleme im Studium.

Koordinationsprobleme gibt es sowohl in Dresden als auch in Dortmund, wobei sie in Dortmund bezogen auf die zeitliche Abstimmung der Lehrveranstaltungen, die Abstimmung zwischen Lehr- und Prüfungsstoff und die inhaltliche Abstimmung der Lehrveranstaltungen größer sind als in Dresden.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Tino Bargel, Frank Multrus, Michael Ramm: Studium und Studierende in den 90er Jahren; Bonn 1996, Hrsg. BMWT, S. 112

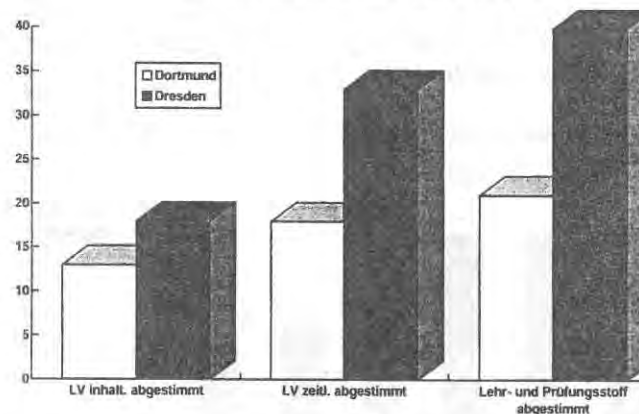
<sup>10</sup> In beiden Populationen gibt es Unterschiede nach Hochschultyp und Studienfach, die hier aber nicht abgeleitet werden.

Einschätzung der Raumsituation und Organisation der meisten Lehrveranstaltungen			
(Angaben in Prozent der zustimmenden Antworten)			
Einschätzungen	Dortmund	Dresden	Differenz
angekündigte Lehrveranstaltungen fallen aus	28	13	15
in wichtigen LV gibt es pro oblemlos Platz	25	42	17
Teilnahme an Pflicht-LV wegen Überfüllung unmöglich	24	12	12
kein vernünftiges Arbeiten möglich wegen Überfüllung	36	27	9

Quelle: HDZ Dortmund und Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, SS 1995

Die studentischen Einschätzungen zur Koordination der Lehre bestätigen, daß die Vorhaben der Lehrenden für die Studienganggestaltung zum überwiegenden Teil in die Tat umgesetzt wurden.

### Studentische Einschätzungen der Lehre



Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin/HDZ Dortmund, SS 1995

### Beurteilung von Lehre und Betreuung

Die Studierenden in Dresden halten insgesamt ihre Hochschullehrer für aufgeschlossener, wissenschaftlich kompetenter und besser auf Veranstaltungen vorbereitet. Sie haben mehr Zeit für einen fachlichen Rat und ermöglichen auch schneller einen Gesprächstermin als die Lehrenden in Dortmund.

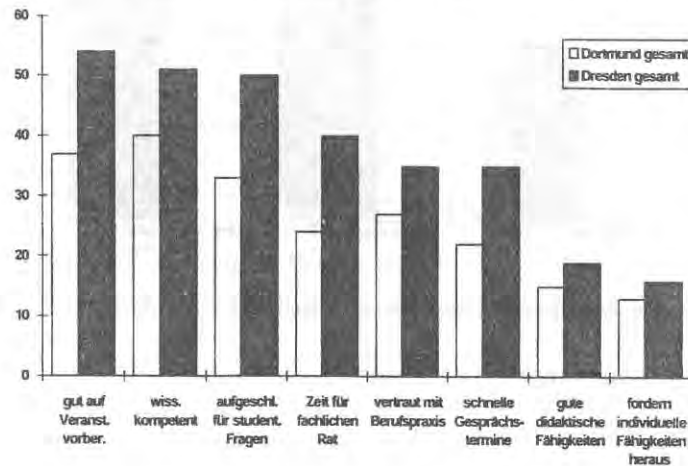
In Dresden hatten in den letzten vier Wochen vor dem Erhebungszeitpunkt Juni drei Viertel der befragten Studierenden Gespräche mit Lehrkräften.

Ein Fünftel der Dresdner Studierenden nutzte die angebotenen Sprechzeiten der Lehrenden, ein weiteres Viertel in Abhängigkeit von der Person. Ein Fünftel hielten einen Sprechstundenbesuch nicht für notwendig, weil die Fragen in den Lehrveranstaltungen oder im Anschluß daran geklärt wurden.

Am häufigsten besuchten die Sozialwissenschaftler die Sprechstunden (38%) und am wenigsten die Maschinenbauer (9%). Dafür sind unterschiedliche Gründe denkbar, die mit der Verfügbarkeit der Lehrpersonen, der Unterschiedlichkeit der Lehrgegenstände, den Studierendenzahlen oder dem Klima am Fachbereich zusammenhängen könnten.

Die Kontakte zu den Lehrenden sind in Dresden in erster Linie fachlicher Natur (73%), und 39% suchen das Gespräch im Zusammenhang mit Prüfungen. Persönliche Probleme werden eher anderweitig gelöst. Beim Vergleich von Studierenden in West und Ost fällt allerdings auf, daß die Themen „persönliche Fragen“ und „der eigene Studienplan“ im Osten häufiger genannt wurden als im Westen.

Betreuung durch Lehrende aus studentischer Sicht



Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin/HDZ Dortmund, SS 1995

Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft der Lehrenden wurden in den Dresdner Interviews häufig hervorgehoben und mit Beispielen belegt. Dazu Sabrina:

Als sie Schwierigkeiten in Mathe hatte, „hat sich dieser Dozent auch die Zeit genommen und hat dann eben zwei Stunden intensiv mir Einzelunterricht gegeben in Mathe, daß ich die Prüfung eben gut schaffe. Und auch in anderen Fächern, wenn man da Fragen und etwas nicht verstanden hat, die helfen dann weiter, die Dozenten, da kann ich mich nicht beklagen.“

Steffen von der FH:

„Also, das ist hier schon etwas ganz anderes, wenn ich so höre, was an den Unis und so los ist. Fast alle Profs haben uns das Du angeboten, und nach längerer Zeit, nachdem etwas Gemeinsames gewachsen ist. Das ist für mich ein ziemlich gutes Zeichen, daß es hier ein Miteinander-Studieren ist. Die bieten auch an, daß man sie privat 'belästigen' kann. Ich weiß nicht, was man noch mehr fordern sollte.“

Entsprechend positiver nehmen die Studierenden in Dresden auch das Klima zwischen ihnen und den Lehrenden wahr. Sie empfinden häufiger Offenheit (Dresden 42 %, Dortmund 20%) und eine anregende Atmosphäre (Dresden 26 %, Dortmund 18 %) und weniger Anonymität (Dresden 37 %, Dortmund 45 %) und Gleichgültigkeit (Dresden 20 %, Dortmund 32 %) als in Dortmund.

Angesichts dieser Befunde nimmt es nicht Wunder, daß die Dresdner mit ihrer Studiensituation zufriedener sind als die Dortmunder.

Zufriedenheit mit der Studiensituation (in Prozent der positiven Antworten)			
Merkmal	Dortmund	Dresden	Differenz
Persönlichkeitsentwicklung	28	47	19
Beziehung zu Kommilitonen	37	72	35
Kontakt zu Lehrenden	21	36	15
Überschaubarkeit des Studiums	22	35	13

Quelle: HDZ Dortmund und Projektgruppe Hochschulforschung Berlin Karlshorst, SS 1995

Es gibt auch hier große fachkulturelle Unterschiede. Die meisten von denen, die z. B. mit den Kontakten zu Lehrenden unzufrieden sind, sitzen in Ost und West in den Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten (Uni Dortmund 50 % nicht zufrieden, TU Dresden 44 %).

Auch zwischen den Hochschultypen gibt es Unterschiede. Bei diesem Item ist die Zufriedenheit an den Fachhochschulen in Dresden größer als in Dortmund (Maschinenbau: Dresden 71 % / Dortmund 35 % Zufriedene; Sozialarbeit Dresden: 73 % / Sozialpädagogik Dortmund : 41 %).

#### 4. Fazit

Wir gelangten zu der Erkenntnis, daß in den ausgewählten Dresdner Hochschulen und Fachbereichen während der Umbauphase eine glückliche Konstellation bestand, in der begrenzte Reformprojekte möglich waren, auch

solche, die in den alten Ländern nicht durchgesetzt werden konnten. Für kurze Zeit und in begrenzten Spielräumen gab es hier durchaus ein Experimentierfeld. Dazu trugen sowohl eine aufgeschlossene Administration, innovationswillige Professoren aus den alten und lehrerfahrene aus den neuen Ländern als auch hochmotivierte und leistungsfähige Studierende bei. Alle Beteiligten waren sich der außergewöhnlichen Situation bewußt und es gelang ihnen, sie produktiv für das Erreichen der gemeinsamen Zielsetzung – ein hochwertiges Studium – zu erschließen.

In Dresden weisen die institutionellen und personellen Bedingungen an den von uns untersuchten Hochschulen / Fachbereichen Merkmale auf, durch die sie sich im Sommer 1995 von denen in den alten Bundesländern positiv unterschieden. Sie bestanden in einer günstigeren Raum- und Arbeitssituation, in einer besseren zeitlichen und inhaltlichen Abstimmung der Lehrveranstaltungen, in einer guten Vorbereitung kompetenter Lehrender, in intensiver fachlicher Betreuung der Studierenden durch die Professoren und im Stellenwert, den die Lehrenden der Ausbildung von Studenten als Teil ihres Berufes beimaßen. Auf diese Bedingungen trafen Studierende, die selbst durch eine hohe Leistungsmotivation, effektives Zeitmanagement und sozial integratives Verhalten gekennzeichnet waren. D.h., die Studierenden, mit ihren bisher als plausibel erlebten Handlungslogiken fanden an diesen Fachbereichen organisatorische Bedingungen und Lehrende vor, die es ihnen ermöglichten, ihre Orientierungen und Verhaltensweisen weiterhin einbringen zu können.

Im Zuge der Umgestaltung ist an diesen Dresdner Fachbereichen etwas Eigenständiges entstanden, das sich auch sechs Jahre nach der deutschen Vereinigung in einem typischen Studierverhalten zeigte.

Es wird auch deutlich, daß nicht nur die vorhochschulische Sozialisation in der Familie, sondern auch die konkreten Bedingungen an Hochschulen und Fachbereichen eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für einen erfolgreichen Studienverlauf besitzen.

Unsere Befunde weisen darauf hin, daß vor allem die Lehrkultur, das Klima an den Fachbereichen, aber auch studienorganisatorische Voraussetzungen relevante Rahmenbedingungen für die Studierbarkeit eines Studiums sind. Hier lagen im Sommer 1995 die Dresdner eindeutig vor den Dortmundern, aber es stellt sich die Frage: Wie lange noch?

Noch gab es solche Bedingungen an den von uns untersuchten Hochschulen. Aber wenn Sparpolitik die Ausbildungsqualität und Massenarbeitslosigkeit die Arbeitsmarkt- und Berufschancen weiter verschlechtern, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß auch diese Studierenden ihre Einstellungen und Verhaltensweisen ändern.

*Gudrun Aulerich, Dr., Ruth Heidi Stein, Dr., waren Projektmitarbeiterinnen am Institut für berufliche Bildung, Hochschulbildung und Weiterbildungsforschung der TU Berlin*

hochschule ost 2/1998

## Frauen in Fachhochschulstudiengängen Hindernisse und Möglichkeiten

**Heidrun Jahn**

Lutherstadt Wittenberg

### 1. Erwartungen von Frauen an ein Studium

Es kann davon ausgegangen werden, daß der in den letzten Jahren in allen Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen gewachsene Frauenanteil (bei den Studienanfängerinnen insgesamt auf 48%) vor allem Ausdruck des Wunsches von immer mehr Frauen nach einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit ist. Eine qualifizierte berufliche Tätigkeit hat bei den Frauen in den neuen Ländern einen noch höheren Stellenwert als bei den Frauen in den alten Ländern. Obwohl sich für die Frauen in den neuen Ländern die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich verschlechtert haben, führte das bisher nicht zur Resignation, sondern es besteht der Eindruck, daß die Frauen gerade durch den Erwerb besonders hoher Qualifikationen versuchen wollen, ihre Chancen zu verbessern. Auch Veränderungen in der Zuwendung ostdeutscher Frauen zu einzelnen Fächergruppen (z.B. Rückgang in den Ingenieurwissenschaften, vor allem in Maschinenbau und Elektrotechnik) sind nicht nur Ausdruck jetzt möglicher freier Studienentscheidung, sondern auch Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen mit unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen.<sup>1</sup>

Die Tab. 1 läßt erkennen, daß Frauen häufiger als Männer ihre Studienwahl aufgrund eines feststehenden Berufswunsches – beruhend auf entsprechenden Neigungen – getroffen haben. Der Berufsbezug ist bei Männern im Unterschied zu Frauen viel stärker gekennzeichnet durch die Hoffnung auf gute Verdienstmöglichkeiten, eine sichere Berufsposition und den angestrebten Status des Berufs. Bei den Frauen spielen die Möglichkeit, anderen zu helfen, zu Veränderungen beizutragen und sich persönlich entfalten zu können hingegen eine deutlich größere Rolle. Bereits hinter der Wahl für eine bestimmte Schulform mit ihrem jeweiligen Ausbildungs-

<sup>1</sup> Vgl. I. Lischka, Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung. In: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim 1997.

hochschule ost 2/1998

profil stehen häufig schon bestimmte fachliche und berufliche Orientierungen, deren Ausprägung geschlechtsspezifisch (und herkunftsspezifisch) erfolgt. So ist das Ausbildungsprofil bzw. die Studienvorbereitung an Gymnasien, die den höchsten Frauenanteil haben, vor allem durch Analyse komplexer Sachverhalte und starke Sprachorientierung gekennzeichnet. Die Gymnasien ermöglichen den Frauen wiederum auch den Zugang zu Studiengängen, die zu den von ihnen am häufigsten gewünschten Berufen führen: An der Spitze steht der Beruf der Lehrerin, gefolgt von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Bauingenieurin und Architektin, Publizistin, Ärztin, Anwältin und Rechtsberaterin.<sup>2</sup>

Auch bei der Wahl der konkreten Hochschule unterscheiden sich Frauen von Männern in einigen ihrer Motive. So legen z.B. Frauen stärkeren Wert auf überschaubare Verhältnisse an der Hochschule, ein vielfältiges Lehrangebot und die Möglichkeit eines Auslandsstudiums.

Tab. 1: Deutsche Studienanfänger im Wintersemester 1995/96 nach Studienwahlmotive/ Hochschulwahlmotive und Geschlecht Anteil mit hoher Motivation in Prozent

Studienwahlmotive mit großer Bedeutung	insgesamt	Frauen	Männer
fester Berufswunsch	48	54	42
Neigung/Begabung	66	67	65
sichere Berufsposition	35	30	41
gute Verdienstmöglichkeiten	34	26	41
wegen Status des Berufs	25	21	28
persönliche Entfaltung	45	49	41
anderen zu helfen	22	31	14
zu Veränderungen beitragen	20	25	15
Hochschulwahlmotive mit großer Bedeutung	insgesamt	Frauen	Männer
überschaubare Verhältnisse	39	41	37
vielfältiges Lehrangebot	30	32	28
Auslandsstudium möglich	19	22	16

HIS-Studienanfängerbefragung 95/96

In unseren Untersuchungen haben wir Studienanfänger an Fachhochschulen die Frage gestellt, warum sie das Fachhochschulstudium dem Stu-

<sup>2</sup> Vgl. K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, D. Sommer, Studienanfänger im Wintersemester 1995/96, HIS GmbH, Hannover 1996 u. a. HIS Kurzinformationen A 8/96, A2/97.

dium an der Universität vorgezogen haben.<sup>3</sup> Wie die Tab. 2 zeigt, dominiert eindeutig als Beweggrund die praxisverbundene Ausbildung an Fachhochschulen. Interessant ist, daß eine solche Ausbildung von Frauen noch stärker gewünscht wird als von Männern. Sicher ist ein enger Praxisbezug auch deshalb den Frauen besonders wichtig, weil sie seltener als Männer mit Praxiserfahrungen, z.B. einer abgeschlossenen Berufsausbildung, in das Studium kommen. Über 50% der Befragten erhoffen sich vom Fachhochschulstudium auch eine größere Berufsnähe, einen schneller erreichbaren Studienabschluß und bessere Berufschancen, tendenziell mehr Männer als Frauen. Für die Frauen war wichtiger als für die Männer, daß die Fachhochschule für sie günstiger lag als die in Frage kommende Universität. Über 30% der Neuimmatrikulierten an Fachhochschulen sind der Meinung, daß der Studiengang an der Fachhochschule stärker strukturiert ist als an der Universität. Das wurde häufiger von Männern als von Frauen gewünscht. Wie andere Untersuchungen zeigen, z.B. in den Ingenieurwissenschaften,<sup>4</sup> würden Anforderungen an ganzheitliches Denken, Projektarbeit und Teamwork frauenspezifischen Handlungsabläufen, Interessen und Fähigkeiten eher entsprechen als starke Strukturierung.

Tab. 2: Warum haben Sie das Fachhochschulstudium dem Studium an der Universität vorgezogen? (Angaben in Prozent)

Motive	Anfänger gesamt	Frauen	Männer
Ausbildung praxisverbundener	85,3	86,5	84,1
Studium berufsnäher	68,5	65,9	70,4
Abschluß schneller möglich	57	53,6	59,6
bessere Berufschancen	53,3	51,6	54,2
Fachhochschule lag günstiger	37,8	41,0	35,2
Studiengang stärker strukturiert	37,2	34,7	38,9

Studienanfängerbefragung Projektgruppe Hochschulforschung

Den erläuterten Erwartungen von Frauen an ein Studium werden die Fachhochschulen bisher nicht in ausreichendem Maße gerecht. Dafür gibt es einige Gründe, die vor allem aus der Tradition und Entstehungsgeschichte dieses Hochschultyps resultieren.

<sup>3</sup> Vgl. G. Buck-Bechler, H. Jahn, D. Lewin, Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern, Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1995.

<sup>4</sup> Vgl. B. Schwarze, Frauengerechtes Studium. In: Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen. Bonn 1995.

## 2. Traditionelle Hindernisse an Fachhochschulen: eingeschränktes Fächerspektrum

Als die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen mit dem Status von Fachhochschulen Anfang der 70er Jahre in den tertiären Bereich aufgenommen wurden, war es für sie nicht einfach, sich neben den hier etablierten Universitäten zu behaupten. Bezogen auf das Studienangebot prägten die Universitäten mit ihren traditionell gesicherten Studiengängen den Hochschulbereich und verwiesen damit die Fachhochschulen erst einmal auf die Studienangebote ihrer Vorgängereinrichtungen. Seit dieser Zeit wird das Fächerspektrum an Fachhochschulen von einem hohen Anteil an ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen bestimmt, die eine traditionelle Männerdomäne darstellen. Hingegen gibt es für Berufe, die gerade von Frauen gewünscht werden – wie Lehrerin, Ärztin, Anwältin – keine Studiengänge an Fachhochschulen. Eine Ausnahme bilden die Studiengänge des Sozialwesens (und, soweit vertreten, künstlerische sowie zunehmend auch betriebswirtschaftliche Studiengänge), die mit der Entstehung der Fachhochschulen ebenfalls ein „upgrading“ erfuhren und von Frauen stark nachgefragt werden. Im Unterschied zu den Universitäten, wo diese Studiengänge (und weitere) in einer Einrichtung existieren, wurden dafür im Fachhochschulbereich in den 70er Jahren oft eigenständige Einrichtungen geschaffen, die damit nicht das vor allem von Frauen gewünschte vielfältige Lehrangebot ermöglichen können. In den letzten Jahren hat es hier Veränderungen gegeben, die ihren besonderen Ausdruck in den Fachhochschulen der neuen Bundesländer finden. In den neuen Bundesländern wurden weniger weitgehend technisch orientierte Fachhochschulen gegründet. Häufig sind die typischen Fächergruppen der Fachhochschulen – Technik, Wirtschaft, Sozialwesen, bestimmte künstlerische Bereiche – in einer Einrichtung vertreten. Lehramt, Medizin und die Frauendomäne der Geisteswissenschaften fanden aber auch in die Fachhochschulen der neuen Länder als Fächergruppen keinen Eingang.

### Schulen als Vorgängereinrichtungen

Der ehemalige Rektor der Fachhochschule Lüneburg schätzte auf einer Tagung zur Lehre an Fachhochschulen ein, daß das Konzept und die Struktur der Fachhochschulausbildung einige Restriktionen in sich tragen. So nannte er z.B. die starke Verschulung des Fachhochschulstudiums, passivierende Vermittlungsformen, die sich auf Rezeption und unkritische Wiedergabe richten, die begleitet von hohen Lehrbelastungen und immensen Lernanfor-

derungen dazu führen, daß den Studierenden häufig eine reflektierende Distanz zu dem Gelernten fehlt.<sup>5</sup> Dieses „Erbe“ der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen ermöglicht den Frauen kaum die von ihnen gewünschten persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Eine etwas andere Situation gilt auch hier für die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern, die ihrem Charakter nach Neugründungen (nach westdeutschem Vorbild) sind und deren Nukleus auch Ingenieurhochschulen und Technische Hochschulen der DDR waren, in denen der selbständigen studentischen Tätigkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Bezüglich der schulischen Vorbildung ist festzustellen, daß mit dem für die Fachhochschulen geschaffenen eigenen praxisorientierten Zugangsweg, der Fachoberschule, u. a. versucht wurde, die Klientel der Vorgängereinrichtungen zu erhalten. Besondere Zugangsmöglichkeiten für Frauen zum tertiären Bereich wurden damit aber nicht eröffnet, wie ihr geringer Anteil unter den Fachoberschülern zeigt.

### Andersartig, aber nicht gleichwertig

Die Probleme, die die Fachhochschulen mit den als höherwertig angesehenen Universitäten im tertiären Bereich haben, spiegeln sich als Probleme ihrer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt wider und betreffen hier wiederum stärker Frauen als Männer. So ist z.B. der öffentliche Dienst ein interessanter Arbeitgeber für die Frauen, da er ihnen größere Arbeitsplatzsicherheit als die private Wirtschaft bieten kann, die vor allem in Zeiten starker familiärer Belastung besonders wichtig für Frauen ist. Die für Fachhochschulabsolventen aber bisher immer noch nicht erreichte Gleichstellung im Besoldungs- und Laufbahnrecht mit den Universitätsabsolventen wirkt sich gerade hier negativ für die Frauen aus, die aus Fachhochschulen kommen. Ihre Einstufung unterhalb der Universitätsabsolventen gilt in der Regel für Inhaber von Fachhochschulabschlüssen allgemein. Es ist sicher kein Wunder, wenn vorhandene Unklarheiten in der Differenzierung des tertiären Bereichs zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien in Deutschland auch die Fragen nach dem Wert deutscher Studienabschlüsse im Ausland verstärken. Auch hier sind die mehr auslandsorientierten Frauen und die Absolventen von Fachhochschulen besonders betroffen. Der Fachhochschulabschluß mußte sich als völlig neuer Abschluß im Ausland durchsetzen, was ein langer Prozeß verbunden mit einer

<sup>5</sup> Ebd.

zunehmenden Auslandsorientierung der Fachhochschulen insgesamt war und auch heute noch Fragen offen läßt.

Wie gehen die Fachhochschulen mit diesen Problemen um?

Die Fachhochschulen bemühen sich verstärkt, die Hypotheken ihrer Gründungsgeschichte abzutragen. Sie versuchen zunehmend, ihre Stellung vor allem durch selbstbewußteres Eindringen in traditionell universitäre Felder auszubauen und mit neuen Studiengangsentwicklungen auch die Existenzberechtigung der zusätzlich als Konkurrenz entstandenen Berufsakademien in Frage zu stellen.

Gerade die neu entstehenden Studiengänge an Fachhochschulen können Frauen besonders empfohlen werden, da sie sowohl besser ihren Studieninteressen entsprechen als ihnen auch mehr Möglichkeiten für berufliche Tätigkeit eröffnen.

### 3. Neue Möglichkeiten für Frauen in Fachhochschulstudiengängen

a) Die Fachhochschulen sind dabei, in erster Linie neue Tätigkeitsfelder zu erschließen. Interessante Ansätze zeigen sich gegenwärtig im „upgrading“ sogenannter Frauenberufe. Angesichts der Zuspitzung sozialer Probleme, der Entstehung neuer Randgruppen und Benachteiligungen und der Altersentwicklung der Gesellschaft wächst der Bedarf an Qualifikationen für soziale und therapeutische Berufsfelder. Im Bereich der nichtärztlichen Gesundheitsberufe besteht ein großer Bedarf an der Aufwertung bisheriger beruflicher Ausbildungsgänge, dem die Fachhochschulen mit neuen Studiengängen zu entsprechen versuchen. So wird z.B. an der Fachhochschule Zittau/Görlitz der Studiengang „Heilpädagogik/Behindertenpädagogik“ oder an der Fachhochschule Neubrandenburg der Studiengang „Pflege und Gesundheit“ angeboten. Bereits mehrere Fachhochschulen unterbreiten solche oder ähnliche Angebote, die über die traditionell von Frauen stark nachgefragten Studiengänge „Sozialarbeit“ und „Sozialpädagogik“ hinausgehen.

Auch Studiengangsentwicklungen in neuen Berufsfeldern, die neue Bedarfe schaffen und befriedigen helfen, sind den Frauen zu empfehlen (z.B. im Umweltbereich oder der Studiengang „Kulturarbeit“ an der Fachhochschule Potsdam).

Mit eigenen Angeboten im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften dringen die Fachhochschulen zunehmend in ehemals universitäre Ausbildungen ein, die aber an den Fachhochschulen in stärkerem Maße Praxis- und Berufsfeldbezüge erfahren, was wiederum besonders von

Frauen gewünscht wird. Neue Angebote in der Fremdsprachenausbildung, die z.B. im Studiengang „Fachkommunikation“ an der Fachhochschule Magdeburg zu einer guten Verbindung von Sprachkenntnissen und Kenntnissen auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet führen sollen, sind bisher noch relativ einmalig.

Die Fachhochschulen sind aber dabei zu prüfen, ob sie auf weiteren Gebieten ein analoges Angebot zu den Universitäten entwickeln können. Einige Beispiele in diese Richtung existieren bereits, wie der Studiengang „Wirtschaftsrecht“ an verschiedenen Fachhochschulen oder der Studiengang „Technische Redaktion“ an der Fachhochschule Hannover.

b) Die Orientierung auf neue Tätigkeitsfelder hat Konsequenzen für die Ziele und Inhalte der Fachhochschulstudiengänge. Das Ausbildungsziel in neuen (und auch traditionellen) Studiengängen ist heute an den Fachhochschulen stärker als früher der Erwerb von Berufsfähigkeit für breite Einsatzfelder und nicht von Fertigkeiten für spezialisierte Tätigkeiten. Ein verstärkt interdisziplinärer Charakter der Studieninhalte entspricht diesen neuen Qualifikationsanforderungen an Fachhochschulabsolventen, die häufig sowohl technische als auch betriebswirtschaftliche, organisatorische und andere Aufgaben lösen müssen. Darüber hinaus werden in den neuen Studiengängen stärker Qualifikationen erworben wie Sprachkompetenz, Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Eine zukunftsfähige Entwicklung an Fachhochschulen besteht darin, daß zunehmend traditionelle Bereiche wie Technik und Wirtschaft mit neuen Bereichen wie Umwelt, Multimedia und nicht zuletzt Europa kombiniert werden. Das kann zu neuen Studienrichtungen in traditionellen Studiengängen führen, wie z.B. zur Studienrichtung „Umweltsystemtechnik“ im Studiengang Maschinenbau an der Fachhochschule Brandenburg oder zu neuen Kombinationsstudiengängen wie z.B. dem Studiengang „Medienwirtschaft“ an der Fachhochschule Wiesbaden. Solche Angebote erscheinen im besonderen deshalb empfehlenswert, weil hier Disziplinen unterschiedlicher Methodik miteinander verbunden werden, die wiederum die kooperativen und kommunikativen Fähigkeiten von Frauen besonders herausfordern und ihnen mehr Interdisziplinarität und größere Berufschancen als bisher eröffnen.

c) Für solche Inhalte gibt es zunehmend auch neue Vermittlungsformen und Studiengangsstrukturen an den Fachhochschulen. Die oftmals größere Aufgeschlossenheit der Lehrenden an Fachhochschulen als an Universitäten für hochschuldidaktische Qualifizierung (nicht zuletzt weil schon quan-

titativ mehr mit Lehre beschäftigt) kommt dem entgegen. Dabei werden veränderte Anforderungen an Studienorganisation und -gestaltung unter Nutzung besonderer Möglichkeiten der Fachhochschulen umgesetzt. Fachhochschulspezifische Möglichkeiten, wie enger Praxisbezug, Kleingruppenarbeit, Problem- bzw. Berufsfeldorientierung werden in neuer Qualität z.B. mit einem hohen Anteil an Projektarbeit oder auch in verschiedenen Praxiskooperationen realisiert.

Für die Frauen ist zu bedenken, daß Studiengänge, die sich durch besondere Praxisbeziehungen auszeichnen, meist studien- und arbeitsintensiver sind als andere. Einmal gehören dazu Studiengänge, die Auslandsstudien ermöglichen. Die meisten Fachhochschulen sind dabei, europäische Studiengänge einzurichten. Hervorhebenswert erscheint der Studiengang „Baltic Management Studies“ an der Fachhochschule Stralsund, da hier Regionalbezüge über Ländergrenzen hinweg sowohl in den skandinavischen als auch in den osteuropäischen Raum hergestellt werden. Zum anderen handelt es sich ebenfalls mit engem Regionalbezug um sogenannte duale Fachhochschulstudiengänge, die in wachsender Zahl an den Fachhochschulen entwickelt werden. Das Besondere ist daran die Möglichkeit, hochschulische und betriebliche Ausbildung miteinander zu kombinieren und eine Doppelqualifikation (Berufs- und Fachhochschulabschluß) zu erwerben – wie z.B. im Studiengang „Kreditwirtschaft“ an der Fachhochschule Köln – oder wie in den dualen Studiengängen „Betriebswirtschaft“ und „Technische Betriebswirtschaft“ an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg erprobt wird, einen nachgefragten Studienabschluß bereits nach 3 Jahren zu erhalten.

Neue Studiengänge gibt es gegenwärtig nicht nur als Vollzeitstudium, sondern auch als berufsbegleitendes Teilzeitstudium, als Weiterbildungs- und Fernstudienangebot. So bietet die Fachhochschule in Dresden z.B. seit dem Sommersemester 1996 ein Fernstudium im Studiengang „Kommunikationstechnik“ an. Gerade die zunehmende Heterogenität der Studierenden an Fachhochschulen führt zu solchen Überlegungen. Die Tatsache, daß neben Fachoberschülern immer mehr Abiturienten und auch Berufstätige ein Studium an der Fachhochschule aufnehmen, sollte die Fachhochschulen darüber hinaus veranlassen, deren jeweils ganz unterschiedliche berufspraktische Erfahrungen, theoretische Kenntnisse und Erwartungen an ein Studium zu berücksichtigen und bewußt für die Ausbildung zu nutzen. Für die Nachfrage nach Fachhochschulausbildung ist dabei vor allem interessant, daß der Abiturientenanteil deutlich angestiegen ist (von 19% im Jahre 1975 auf 49% im Jahre 1995). Wenn die Fachhochschulen noch wi-

eiter wachsen wollen, dann sind sie auf Abiturienten angewiesen.<sup>6</sup> Da wiederum die Frauen prozentual am stärksten bei den Abiturienten vertreten sind, müßten sich die Fachhochschulen nicht zuletzt aus diesem Grunde noch intensiver um Frauen bemühen.

Es soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Bemühen um Frauen an Fachhochschulen auch einer besonderen Förderung – möglichst durch mehrere Träger – bedarf. Wie Ergebnisse aus verschiedenen Modellversuchen zeigen, sind dann noch weitergehende Möglichkeiten für Frauen an Fachhochschulen zu eröffnen, z.B. bessere Zugangsbedingungen und studienergänzende Angebote für Studentinnen im Bereich Ingenieurwissenschaften, Studienangebote für Frauen nach einer familienbedingten Unterbrechung oder auch Expertinnen-Netzwerke für Übergänge in adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten.<sup>7</sup>

*Heidrun Jahn, Dr. paed., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*

<sup>6</sup> Vgl. K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, D. Sommer, Studienanfänger im Wintersemester 1995/96, HIS GmbH, Hannover 1996 u. a. HIS Kurzinformationen A 8/96, A2/97.

<sup>7</sup> Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Modellversuche in der Bewährung: 2. Bericht zur Umsetzung von Modellversuchen im Bildungswesen. Bonn 1995.



# Speed, Shit und Scheine

## Der Umgang mit Rauschmitteln bei

### Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen

Theo Baumgärtner

Leipzig

#### I. Einführung

Mit dem Vereinigungsprozeß beider deutscher Staaten zu Beginn der 90er Jahre gingen für eine beträchtliche Zahl von Menschen in Ost-

und Westdeutschland Träume in Erfüllung, die viele von ihnen auch über Jahrzehnte hinweg nie aufgegeben hatten. In welchem Maße ihre damit verbundenen Hoffnungen tatsächlich eingelöst wurden, sei in diesem Beitrag dahingestellt. Unüberhörbar indes waren aber auch die vielfach geäußerten Vorbehalte gegenüber der allzu optimistischen Einschätzung, daß eine möglichst rasche Einführung westlicher Verhältnisse im Osten der Republik für deren Bewohner zu deutlich spürbaren Verbesserungen führe. Nicht alles – so der gängige Einwand vieler ehemaliger DDR-Bürger – was das sozialistische System hervorgebracht habe, sei von vornherein schlecht gewesen und ebenso wenig könne all' das, was eher für westliche Industrienationen typisch gewesen sei, gleichsam automatisch als gut und damit als erstrebenswert angesehen werden.

Zu diesen typisch westlichen Erscheinungen gehörte damals ohne Frage auch der Gebrauch von illegalen Drogen im allgemeinen und der – dort offenbar als Massenphänomen etablierte – Cannabiskonsum im besonderen (vgl. Reuband 1994). Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten glaubte man nun auch der drohenden Gefahr ins Auge blicken zu müssen, daß der Umgang mit psychoaktiven Substanzen unaufhaltsam und wellenartig in den Osten überschwappen könnte. Nach allem aber, was man heute weiß, waren diese Befürchtungen insgesamt eher zu hoch angesetzt und auch nach nunmehr sieben Jahren hat der Drogenkonsum in den Neuen Bundesländern allenfalls bei den Cannabisprodukten und beim Ecstasy westliches Niveau erreicht. Es liegt auf der Hand, daß die möglichen, mit dem Konsum bestimmter Substanzen einhergehenden negativen Konsequenzen erst mit einer entsprechenden zeitlichen Verzögerung zu erwarten sind. Daher sollte aus dem bisher vergleichsweise moderaten Anstieg der sichtbaren Drogenprobleme in Ostdeutschland nicht voreilig der Schluß gezo-

hochschule ost 2/1998

gen werden, daß man diese Entwicklung nicht länger mehr aufmerksam zu verfolgen brauche. Im Gegenteil: Wenn es darum geht, realistische Einschätzungen über die Wirkung 'drogenpräventiver' Maßnahmen vorzunehmen, um darauf aufbauend solide Prognosen über den Bedarf und die Inhalte zukünftiger Hilfsleistungsangebote im Suchtbereich treffen zu können, dann müssen wir diese Entwicklung mit den Mitteln der wissenschaftlichen Forschung weiterhin kontinuierlich begleiten.

Angesichts der gesundheitlichen und sozialen Verelendung unzähliger DrogenkonsumentInnen<sup>1</sup> – zumindest im Westen der Republik – einerseits und der über weite Strecken eher auf Polemik und Emotionalität denn auf Sachlichkeit beruhenden Drogenpolitik andererseits ist es dringend angezeigt, die gesetzlichen Regelungen bezüglich des Umgangs mit Drogen grundlegend zu überdenken. Da aber eine Politik immer nur so gut sein kann, wie die Fakten, auf die sie sich stützt, erscheint es unumgänglich, entsprechende Studien über die Verbreitung, die Probleme und vor allem über die Hintergründe des Drogengebrauchs durchzuführen.

Hierin genau liegt eines der übergeordneten Ziele einer seit Anfang 1996 laufenden Multi-Center-Panel-Studie, die wir an den Universitäten in Leipzig, Dresden und Hamburg durchführen. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen u.a. das Drogengebrauchsverhalten der StudentInnen dieser Großstädte und die Motive für ihre jeweils praktizierten Konsummuster, wobei wir uns insbesondere auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der dortigen, jeweils im ersten und im dritten Fachsemester eingeschriebenen Hochschulangehörigen konzentrieren (vgl. hierzu später). Worin aber, so könnte man an dieser Stelle sofort einwenden, liegt denn überhaupt der Erkenntnisgewinn einer Studie, die sich von vornherein in ihrem Erkenntnisinteresse auf eine derartige 'Spezialpopulation' beschränkt?

#### II. Die Hochschule als 'Epizentrum' sich verändernder Drogengebrauchsmuster

Eine erste Antwort auf die o.g. Frage wollen wir folgendermaßen als These formulieren: Die mit der politischen Wende 1989 in Gang gesetzten Anpassungsprozesse in Ost- und Westdeutschland vollziehen sich im Bereich der Hochschulen und in deren sozialem Umfeld in einem vergleichsweise zügigen Tempo. Relativ weitreichende Veränderungen in der wissenschaft-

<sup>1</sup> Auch wenn im folgenden die Verwendung des großen „I“ nicht immer konsequent durchgehalten wird, so beziehen sich die hier präsentierten Ergebnisse stets auch auf die Angehörigen des weiblichen Geschlechts. Abweichungen hiervon werden im Text explizit kenntlich gemacht.

hochschule ost 2/1998

tischen Personalstruktur sowie die rasche und im wesentlichen am Standard westdeutscher Universitäten orientierte Einführung entsprechender Curricula können für diese Entwicklung ebenso als Gründe genannt werden wie die Tatsache, daß für immer mehr westdeutsche Abiturienten und Abiturientinnen sowohl inhaltliche Kriterien wie auch studientechnische Standortvorteile wichtige Anreize dafür darstellen, in den Neuen Bundesländern statt an einer westdeutschen Massenuniversität ihr jeweiliges Studium aufzunehmen. Berücksichtigt man nun noch den – hier gleichwohl nicht streng wissenschaftlich belegten – Umstand, daß im Vergleich zu anderen Ausbildungsgängen ein Studium denjenigen, die es absolvieren, prinzipiell eine größere geographische und zeitunabhängige Flexibilität ermöglicht, dann erscheint es plausibel, daß in der StudentInnenschaft die ‘Durchmischung’ bzw. Heterogenität ost- und westdeutscher Mentalitäten am weitesten vorangeschritten sein dürfte. Mit Blick auf den Gebrauch von Drogen führt uns dies nun zu der Behauptung, daß sich neuere Entwicklungen und Trends in diesem Bereich vermutlich auch und vielleicht in besonderem Maße bei Studentinnen und Studenten abzeichnen; wir schreiben deren Gebrauchsverhalten sozusagen eine ‘Indikatorfunktion’ zu, so daß der Hochschule sowie ihrem sozialen Umfeld gleichsam die Bedeutung eines nicht unwesentlichen ‘Epizentrums’ sich verändernder Drogengebrauchsmuster zukommt. Auf diese Weise erlangen dann empirische Studien in diesem Feld und deren Ergebnisse einen – um im Bild zu bleiben – durchaus ‘seismographischen Charakter’.

Die Prüfung, inwieweit eine solche Annahme tatsächlich gerechtfertigt ist oder nicht, bedarf zweifellos weitergehender Forschungsaktivitäten. Sie erschien uns jedoch vorab bereits insofern plausibel, als daß nach Reuband (1994, S. 63f.) „...Jugendliche [und junge Erwachsene, T.B.] in besonderem Maße dazu prädestiniert [sind], neues, abweichendes Verhalten aufzugreifen und zu praktizieren“. In Anlehnung an Durkheim (1964) und Mannheim (1970) begründet dies der Autor u.a. damit, daß „...von der Rollenkonstellation her gesehen .. die Jugendphase (und im gewissen Maße die Phase der jungen Erwachsenen) eine Periode reduzierter Verantwortlichkeit [darstellt]. Soziale Rollen werden ausgeübt, deren Nichterfüllung zu keinen weitreichenden Konsequenzen für das soziale Leben führt: Wer sich dem Rausch hingibt und am nächsten Tag in der Schule [oder der Universität, T.B.] fehlt, berührt weniger zentrale Lebensbereiche als Personen, die einem Beruf nachgehen. Ebenso wird derjenige, der ohne familiäre Verpflichtungen ist, weniger Rücksicht auf etwaige gesellschaftliche Mißbilligung zu nehmen haben, die Konsequenzen sind weniger umfassend“ (ebda.).

Obwohl Reuband bei dieser Beschreibung vermutlich einen eher eng gefaßteren Begriff von Jugend vor Augen hat, erscheint es nicht unplausibel anzunehmen, daß sich seine Beschreibung ohne weiteres auch auf die für Studierende typische Phase der Post-Adoleszenz ausdehnen läßt. Da darüber hinaus mit der Aufnahme des Studiums oftmals ein Wechsel vom Elternhaus in die erste eigene Wohnung einhergeht und dies meist mit dem Umzug in eine Großstadt verbunden ist, kann hier ganz ohne Zweifel ein wichtiger Einschnitt im Lebenslauf der Betroffenen markiert werden: Das nun neue, großstädtische Umfeld mit seinem breitgefächerten soziokulturellen Angebot kommt der Bereitschaft junger Menschen, Neues und Aufregendes zu entdecken und auszuprobieren, sicher sehr entgegen. Durch den Wegfall des Elternhauses als unmittelbare ‘Kontrollinstanz’ und die stärkere Orientierung des eigenen Verhaltens der Betroffenen an dem ihrer FreundInnen und StudienkollegInnen werden solche Tendenzen sicherlich entsprechend begünstigt.

Es ist nun zwar anzunehmen, daß die im studentischen ‘Milieu’ erhobenen Daten zum Drogengebrauch nur bedingt Auskunft über die entsprechende Entwicklung in der ‘Normalbevölkerung’ geben können. Wir sind allerdings auch davon überzeugt, daß wir angesichts der Schwierigkeit, überhaupt Zugang zu diesem sehr sensiblen privaten Bereich zu bekommen, bei den Studentinnen und Studenten in zweierlei Hinsicht an der ‘richtigen Adresse’ sind: Zum einen stoßen wir bei ihnen auf eine relativ große Bereitschaft, aufgeschlossen und freimütig Auskünfte über ihre Einstellungen zum und Erfahrungen im Umgang mit Drogen zu geben. Zum anderen erscheint es uns aus den o.g. Gründen durchaus zweckmäßig, die ‘Installation von Meßinstrumenten’ und die Analyse entsprechender Daten im Sinne eines Frühwarnsystems vor allem dort vorzunehmen, wo die Sensibilität für mögliche Veränderungen im Drogenbereich potentiell am größten ist.

### III.1. Erfahrungen der Leipziger StudentInnenschaft im Umgang mit legalen und illegalen Rauschmitteln

Aus der Fülle des erhobenen Datenmaterials können wir in diesem Beitrag natürlich nur einen sehr kleinen Ausschnitt präsentieren.<sup>2</sup> Deshalb wollen

<sup>2</sup> Mit Blick auf den hier nur begrenzt zur Verfügung stehenden Platz verzichten wir an dieser Stelle auf eine Beschreibung der methodischen und methodologischen Aspekte unserer Untersuchung; vielmehr verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Ausführungen des im Frühjahr 1998 erscheinenden Buches zu unserer Studie (Baumgärtner 1998).

wir uns hier auf die wichtigsten Ergebnisse zu den Erfahrungen der Leipziger StudentInnenschaft im Umgang mit den verschiedenen Rauschmitteln sowie auf ihre Motive für dieses Verhalten beschränken und diese den entsprechenden Daten, die wir an den jeweiligen Instituten für Soziologie in Hamburg und Dresden erhoben haben, vergleichend gegenüberstellen.

Gleich zu Beginn unseres Fragebogens baten wir die StudentInnen, für eine Reihe verschiedener Rauschmittel anzugeben, welche von diesen sie in der Vergangenheit mindestens einmal probiert (Lifetime-Prävalenz) bzw. welche davon sie insgesamt schon mehr als 25 Mal konsumiert haben. Um darüber hinausgehende Informationen über die Aktualität des jeweiligen Gebrauchs zu erhalten, fragten wir ergänzend – wiederum gesondert für jedes einzelne Rauschmittel – danach, ob deren letzter Konsum in der vergangenen Woche (last-week-Prävalenz), im zurückliegenden Monat (last-month-Prävalenz) oder im vergangenen Jahr (last-year-Prävalenz) stattgefunden hat.

Die auf diese Weise erhobenen Daten erlauben uns hier nicht nur einen Überblick über die studentischen Erfahrungen im Umgang mit verschiedenen psychoaktiven Substanzen; durch eine Kombination der Informationen zur Häufigkeit des jeweiligen Drogengebrauchs und seiner ebenfalls ermittelten Aktualität sind wir darüber hinaus auch in der Lage, bestimmte KonsumentInnen-Typen zu identifizieren. So definierten wir all' jene Befragten als AbstinenzlerInnen, die das jeweilige Rauschmittel bisher noch nie genommen haben. Als Probierer einer bestimmten Droge werden diejenigen bezeichnet, die dieses Rauschmittel zwar bereits probiert, es aber nicht mehr als 25 Mal genommen haben. Erfahrene GelegenheitskonsumentInnen werden von uns diejenigen genannt, die die Substanz insgesamt schon mehr als 25 Mal benutzt haben, deren letzter Konsum jedoch länger als 7 Tage bei den legalen Drogen bzw. länger als 4 Wochen bei den illegalen Betäubungsmitteln zurückliegt. Schließlich gelten diejenigen StudentInnen als erfahrene GewohnheitskonsumentInnen, die das jeweilige Rauschmittel ebenfalls schon mehr als 25 Mal genommen haben, deren letzter Gebrauch jedoch in der vergangenen Woche (bei den legalen Rauschmitteln) bzw. im vergangenen Monat (bei den illegalen Substanzen) erfolgte.

Wir sind uns bewußt, daß die hier gewählte und vermutlich vom Alltagssprachgebrauch abweichende Abgrenzung der Gelegenheits- und GewohnheitskonsumentInnen und vor allem die Frage, nach welchen Kriterien jemand als das eine oder als das andere einzustufen ist, einer gewissen Willkür unterliegt und sicherlich einer strengen Überprüfung nicht standhalten würde. Tatsächlich stehen wir hier vor einem Problem: Zwar gelingt

es uns mit dieser Vorgehensweise, die unregelmäßig konsumierenden DrogengebraucherInnen im Sinne eines länger andauernden Konsumverzichts eindeutig zu identifizieren; umgekehrt aber können wir jedoch nicht sicher sein, ob sich in der Gruppe derer, die wir u.a. aufgrund der Aktualität ihres letzten Gebrauchs als Gewohnheits-KonsumentInnen bezeichneten, fälschlicherweise auch einige jener Studierenden wiederfinden, deren letzter Gebrauch einer bestimmten Droge nur 'zufällig' und nach einer längeren Abstinenzphase in der jüngeren Vergangenheit erfolgte. Damit wären diese GebraucherInnen eigentlich doch 'nur' als GelegenheitskonsumentInnen einzustufen. Solange wir freilich diese eher an Praktikabilitätsabwägungen orientierte Klassifizierung lediglich als ein begriffliches, graduell und nicht substantiell verstandenes Abgrenzungskriterium für statistische Zwecke verwenden werden, steht ihre Brauchbarkeit wohl außer Zweifel.

In den Übersichten III.1 bis III.4 haben wir die Ergebnisse der zuvor beschriebenen Datenreduktion zusammengetragen. Bei deren vergleichender Interpretation gilt es grundsätzlich folgendes zu beachten:

Unsere – in Leipzig bereits zum zweiten Mal durchgeführte – Befragung richtete sich an die studentischen Angehörigen verschiedener Fakultäten, während wir in Hamburg und Dresden fast ausschließlich Philosophie- und SozialwissenschaftsstudentInnen befragt haben. Daß sich daraus natürlich Konsequenzen für den Vergleich der jeweiligen Daten ergeben, liegt auf der Hand. Wir gehen daher bei allen hier vorgenommenen Gegenüberstellungen der ermittelten Befunde immer nach folgendem Schema vor: Werden die Daten der ersten und der zweiten Befragung an der Leipziger Universität miteinander verglichen, so liegen diesem Vergleich – wenn nicht explizit anders gekennzeichnet – stets die Daten aller an dieser Universität befragten Studierenden zugrunde. Bei der Gegenüberstellung der Hamburger und Dresdener Umfrageergebnisse mit den Daten, die wir in Leipzig erhoben haben, bezieht sich dieser Vergleich – wenn nicht anders angemerkt – stets nur auf die Angehörigen der dortigen Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften.

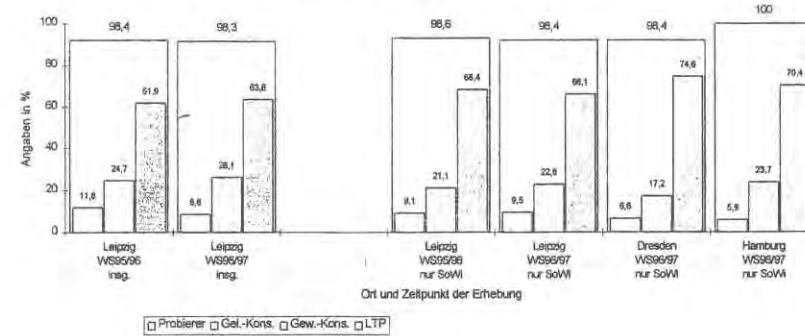
Wie nicht anders zu erwarten, haben fast alle befragten StudentInnen in Ost- und Westdeutschland einschlägige Erfahrungen mit dem hier wie dort kulturell etablierten und gesellschaftlich weithin akzeptierten Genußmittel Alkohol gemacht. Regelmäßig und zu bestimmten Anlässen Bier, Wein und/oder Spirituosen zu trinken, gehört für mehr als 90% der Untersuchten einfach zum Leben dazu und einige von ihnen äußerten gar ihr Erstaunen darüber, wieso wir in einer Studie über den Gebrauch von Rauschmitteln

Alkohol in einem Atemzug und gleichsam unterschiedslos mit in den Katalog von Drogen aufgenommen haben.

Jeweils mindestens drei Viertel der befragten StudentInnenschaft haben Zigaretten probiert (zwischen 76% und 86%), wobei aber die Anteile der aktuellen GewohnheitsraucherInnen sowohl in Hamburg als auch in Leipzig und Dresden deutlich unter der 50%-Marke zurückbleiben. Können wir beim Tabak also bereits eine merkliche Verschiebung zugunsten derer feststellen, die es beim Probieren belassen haben, so gilt dies mehr noch für diejenigen StudentInnen, die irgendwann einmal in ihrem Leben mit Cannabisprodukten in Berührung gekommen sind. Wir wollen uns an dieser Stelle die bezüglich dieses Rauschmittels ermittelten Ergebnisse etwas genauer ansehen.

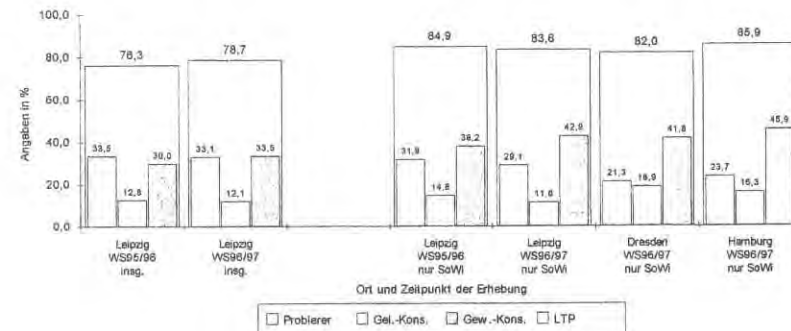
Im WS1995/96 konnte bereits jede(r) dritte Leipziger StudentIn auf einschlägige Erfahrungen mit Haschisch und Marihuana zurückblicken; ein Jahr später beträgt der entsprechende Anteil sogar schon fast 40%. Wir haben natürlich überprüft, ob und in welchem Umfang dieser Anstieg in den Prävalenzwerten darauf zurückzuführen sein könnte, daß die StudienanfängerInnen der jeweiligen Jahrgänge mit unterschiedlich großen 'Erfahrungen' an die Leipziger Universität gekommen sind. So errechneten wir für die ErstsemesterstudentInnen des WS1995/96 eine Cannabis-Lifetime-Prävalenz von gut 32%. Bei den StudienanfängerInnen des folgenden Jahres wird uns eine Prävalenzrate von 52% ausgewiesen, so daß man davon ausgehen muß, daß es die bereits 'mitgebrachten' Konsumerfahrungen der StudentInnen sind, die die ermittelte Steigerungsrate im wesentlichen bewirkten. Aufgrund des Panel-Designs unserer Untersuchung waren wir jedoch auch in der Lage, genauer zu prüfen, wie groß denn der Anteil der Studierenden ist, die erst nach Aufnahme ihres Studiums mit dem Gebrauch von Cannabisprodukten begonnen haben. Unsere Auswertung ergab, daß immerhin 8% der sowohl in der ersten als auch in der zweiten Welle befragten HochschulilerInnen erst im Anschluß an ihre Einschreibung an der Leipziger Universität mit Haschisch und Marihuana in Berührung gekommen sind. Drastischer stellt sich die Situation dann dar, wenn man sich nur den aktuellen CannabisgebraucherInnen zuwendet und für diese den Anteil der 'NeueinsteigerInnen' unter ihnen berechnet. Hier zeigt sich nämlich, daß jeder fünfte Kiffer (20%) seinen ersten Joint erst im Stadium des StudentInnendaseins geraucht hat.

Studentischer Drogengebrauch:  
Life-time-Prävalenz und KonsumentInnentypen  
(Alkohol)



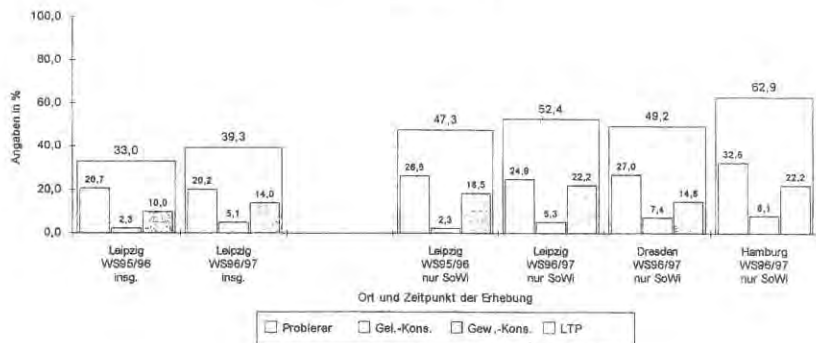
Übersicht III.1

Studentischer Drogengebrauch:  
Life-time-Prävalenz und KonsumentInnentypen  
(Tabak)



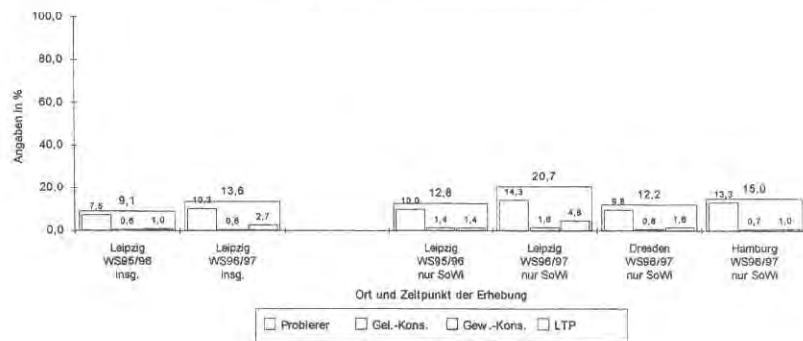
Übersicht III.2

Studentischer Drogengebrauch:  
Life-time-Prävalenz und KonsumentInnenentypen  
(Cannabis)



Übersicht III.3

Studentischer Drogengebrauch:  
Life-time-Prävalenz und KonsumentInnenentypen  
(ein oder mehrere andere BtM)



Übersicht III.4

Wenn wir nun die entsprechenden Ergebnisse aus Dresden und Hamburg mit in unsere Analysen einbeziehen, so springt die vergleichsweise große 'Überlegenheit' der westdeutschen HochschülerInnen bezüglich der Cannabis-Lifetime-Prävalenz ins Auge; diese wird aber sicher niemanden ersthaft verwundern. Bemerkenswert erscheint uns indes das Ergebnis im Hinblick auf die Verteilungen der jeweiligen KonsumentInnenentypen. Dort können wir erkennen, daß die Anteile der erfahrenen Kiffer i.S. eines regelmäßigen und vergleichsweise aktuellen Gebrauchs von Haschisch und Marihuana in Leipzig und Hamburg bis auf's Komma genau identisch sind (jeweils 22,2%). Wenn wir also nach wie vor noch von einem deutlich höheren Verbreitungsgrad von Cannabisprodukten insgesamt unter den westdeutschen StudentInnen ausgehen müssen, so scheint dieser allerdings 'lediglich' auf deren größere Probierbereitschaft zurückzuführen zu sein. Ist die Hemmschwelle erst einmal überwunden, dann zeigen auch die ostdeutschen Studierenden eine vergleichbar große Bereitschaft zum fortgesetzten und dauerhaften Konsum von Cannabisprodukten. Im Hinblick auf eine realistische Einordnung dieser Resultate sollten wir an dieser Stelle aber noch kurz auf eine Besonderheit hinweisen, die im übrigen auch für die w.u. folgende Interpretation der Zahlen zur Prävalenz der anderen illegalen Drogen von Bedeutung sein dürfte. Hierbei handelt es sich um das jeweilige Durchschnittsalter der in Leipzig, Dresden und in Hamburg befragten HochschülerInnen. Liegt der Altersmittelwert der an den beiden ostdeutschen Universitäten in die Untersuchung miteinbezogenen StudentInnen bei 21,3 (in Leipzig) bzw. 21,6 Jahren (in Dresden), so weisen die Hamburger KommilitonInnen mit 25,3 Jahren ein deutlich höheres Durchschnittsalter auf. Ohne dieser Tatsache hier im einzelnen auf den Grund zu gehen, sollen doch zwei mögliche Ursachen hierfür wenigstens kurz angedeutet werden: Anders als die westdeutschen AbiturientInnen, die das Gymnasium in der Regel erst nach dem 13. Schuljahr verlassen, erlangen die sächsischen PennälerInnen ihre Hochschulzugangsberechtigung bereits nach 12 Schuljahren. Der wohl stärker ins Gewicht fallende Grund für das von uns ermittelte höhere Durchschnittsalter bei den Hamburger StudentInnen ist vermutlich aber darin zu suchen, daß fast jeder Dritte von ihnen (32%) vor der Aufnahme des Studiums bereits eine Berufsausbildung absolviert hat, während dies in Leipzig für 'nur' 16% und in Dresden für gut 15% der Befragten zutrifft. Wenn nun ein höheres Lebensalter gleichsam systematisch eine größere Chance zum Probieren und Konsumieren bestimmter Rauschmittel beinhaltet, dann wird die 'Führungsposition' der Hamburger StudentInnen bezüglich ihrer Lifetime-Prävalenz doch deutlich relativiert. Zusammengefaßt können wir als erstes Ergebnis festhalten, daß

sich die noch bestehenden 'Ost-West-Unterschiede' zumindest beim Cannabisgebrauch in absehbarer Zukunft egalisieren und auf dem Niveau westlicher Verhältnisse einpendeln werden.

Wie schon angedeutet, baten wir die StudentInnen, auch für eine Reihe anderer Drogen anzugeben, ob und welche Erfahrungen sie mit diesen bisher gemacht haben. Da die jeweiligen Prävalenzwerte mit einer Ausnahme – nämlich bei der sog. Partydroge Ecstasy – allesamt unterhalb der 10%-Marke liegen, haben wir uns in Übersicht III.4 für eine entsprechend zusammenfassende Darstellung entschieden. Interessant erscheint dort die Tatsache, daß anders als bei den Cannabisprodukten nicht mehr die Hamburger, sondern die Leipziger StudentInnen die 'Führungsposition' übernommen haben. Genauere Analysen unserer Daten zeigen, daß dieses Ergebnis insbesondere durch die größeren, jeweils mit Ecstasy und LSD gemachten Erfahrungen der Leipziger Studiosi zustande kommt. Nun – wie läßt sich dies erklären? Eine erste und gleichwohl entscheidende Antwort hatten wir bereits w.o. im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Altersverteilungen unserer jeweiligen Stichproben angedeutet. Sieht man sich unsere Berechnungen zum Einstiegsalter der KonsumentInnen verschiedener Drogen an und bezieht auch die entsprechenden Ergebnisse anderer epidemiologischer Studien mit in die Überlegungen ein, dann scheint die Frage, ob und welche Rauschmittel jemand nimmt oder nicht, meist vor dem Eintritt in die dritte Lebensdekade entschieden zu sein. Wenn wir nun davon ausgehen, daß jüngere Menschen – nicht zuletzt aufgrund ihrer höheren Experimentierfreudigkeit – bestimmten Formen abweichenden Verhaltens offener gegenüberstehen als Erwachsene und wir uns darüber hinaus klarmachen, daß die sog. Party- und Designerdrogen ebenfalls eher von jüngeren Menschen anlässlich der von ihnen häufiger aufgesuchten typischen 'events' bevorzugt konsumiert werden, dann mögen die vermeintlichen 'Ost-West-Unterschiede' beim Gebrauch der anderen, neben Cannabis als illegal geltenden Drogen wiederum deutlich relativiert werden.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, daß für die Verbreitung des Konsums bestimmter Drogen immer dann, wenn wir uns nur auf die Ergebnisse der SozialwissenschaftsstudentInnen beschränken, deutlich höhere Werte ausgewiesen werden, als dies im Falle der Einbeziehung aller an der Leipziger Hochschule Befragten geschieht. Und tatsächlich: Der Gebrauch von illegalen Drogen ist unter den Angehörigen der Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften durchweg und deutlich größer als z.B. bei den StudentInnen der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaften (vgl. Übersicht III.5).

Daten zur Lifetime-Prävalenz von Cannabis und anderen illegalen Drogen bei den Leipziger StudentInnen nach Fakultätszugehörigkeit (1. und 2. Welle; Angaben in %)

		Philosophie und Sozialwissenschaften	Wirtschaftswissenschaften	Rechtswissenschaften
Cannabisprodukte	WS95/96	47,3	26,5	13,3
	WS96/97	52,4	27,4	21,6
ein o. mehrere andere BtM	WS95/96	12,8	9,3	2,8
	WS96/97	20,7	10,2	3,3

Übersicht III.5

Die möglichen Gründe für diese Unterschiede in den Prävalenzdaten bei den Angehörigen der verschiedenen Fakultäten lassen sich vielleicht in Form von zwei Thesen folgendermaßen zusammenfassen:

- A) Die sozialwissenschaftlichen Studiengänge heben sich neben vielen anderen Aspekten zweifellos u.a. auch dadurch vom Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ab, daß die StudentInnen der erstgenannten Fachrichtungen – insbesondere dann, wenn sie am Anfang ihres Studiums stehen – meist noch keine so klaren Vorstellungen über die Inhalte ihres Faches haben. Auch das, was sie im späteren Berufsleben an 'praktischer Arbeit' erwartet, liegt für die meisten von ihnen noch im Dunkeln. Diesbezüglich sind die Pläne der angehenden WirtschaftswissenschaftlerInnen und JuristInnen unbestreitbar konkreter, was vermutlich weniger auf unterschiedliche Grade in der Vorstellungskraft der jeweiligen StudentInnen zurückzuführen sein dürfte als vielmehr den strukturellen Bedingungen der entsprechenden Fächer geschuldet ist. Unabhängig davon, ob und inwieweit sich z.B. die Berufswünsche von StudienanfängerInnen der Rechtswissenschaften tatsächlich mit der Alltagsrealität von ausgebildeten Juristen decken: Bei den meisten Erstsemestern der Jurisprudenz besteht eine gewisse Klarheit darüber, was Rechtsanwälte oder Richter tun. Was aber tun Soziologen, Politologen oder gar Philosophen, wenn diese die Universität verlassen? Ohne dies streng wissenschaftlich belegen zu können und daher hier auch eher alltagstheoretisch formuliert, erscheint es durchaus plausibel anzunehmen, daß das Studium der Philosophie bzw. Sozialwissenschaften weniger zielorientiert absolviert wird als dies für die Wirtschafts- bzw. für die Rechtswissenschaften der Fall ist. Salopp formuliert könnte man auch sagen, daß für die einen der Weg mehr

oder weniger das Ziel sei, während bei den anderen die Hochschulausbildung eher als ein Mittel zum Zweck betrachtet wird. Wenn wir also einen wichtigen Unterschied zwischen jenen konstatieren, die ihre Ausbildung stärker als Selbstzweck betrachten und jenen, die sich eher an mittel- oder langfristigen Berufsperspektiven orientieren, dann ließe sich die These aufstellen, daß eine stärkere Neigung, das 'Hier und Jetzt' in den Vordergrund des eigenen Handelns zu stellen, vermutlich auch eine erhöhte Bereitschaft impliziert, neues, manchmal abweichendes und nicht immer an seinen langfristigen Konsequenzen hin ausgerichtetes Verhalten zu praktizieren.

- B) Aufbauend auf dieser ersten These und etwas provokativer formuliert wollen wir eine weitere Annahme als gegeben betrachten, die die Unterschiede bei den StudentInnen im Umgang mit illegalen Drogen je nach Fakultätszugehörigkeit erklären könnte. Die Entscheidung zum Studium der Philosophie und Sozialwissenschaften hebt sich von der Motivation, Jura oder Wirtschaftswissenschaften zu studieren, oftmals auch dadurch ab, daß erstere nicht selten einer eher 'systemkritischen' Grundhaltung des Studienanfängers entspringt, während angesichts relativ festgeschriebener Berufsrollen und -perspektiven die Aufnahme eines wirtschafts- bzw. rechtswissenschaftlichen Studiums deutlich stärkere Tendenzen 'systemkonformer' Einstellungen beinhaltet. Wenn man nun den illegalen Drogengebrauch nicht von vornherein als kriminelle, sondern eher als von althergebrachten gesellschaftlichen Konventionen abweichende Handlung begreift, dann fällt es leichter, die Gründe für die studienfachbedingten Unterschiede in den jeweiligen Prävalenzwerten zu erkennen.

### III.2. Über die Motive für den Gebrauch illegaler Drogen

In der Bundesrepublik Deutschland und nicht nur dort, ist der Gebrauch von Alkohol, Tabak und anderen sog. Genußmitteln nicht nur nicht strafbar, sondern man darf sogar, wenn auch z.T. eingeschränkt, gezielt Werbung dafür betreiben. Auf der anderen Seite steht der Konsum bestimmter anderer psychoaktiv-wirkender Substanzen – indirekt über das Verbot ihrer Herstellung, ihres Besitzes und des Handels mit ihnen – unter strafrechtlicher Verfolgung. Damit stellt der Gebrauch dieser vom Betäubungsmittelgesetz (BtMG) erfaßten Drogen eine Form abweichenden Verhaltens dar, dessen Auftreten in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur oftmals mit tiefer liegenden psychischen und sozialen Problemen der KonsumentInnen zu erklären versucht wird. (Illegaler) Drogenkonsum wird in dieser

Sichtweise als eine Problemlösungsstrategie verstanden, innerhalb derer oder die Betroffene versucht, mit Hilfe des Rausches seiner oder ihrer individuellen Krisensituation zu entfliehen. Daß und wieso dieser „Pathologische Erklärungsansatz“ die Realität nur unzureichend beschreibt, und warum er sich dennoch so hartnäckig hält, legt K.-H. Reuband (1994) u.a. in seiner Studie „Soziale Determinanten des Drogengebrauchs“ ausführlich dar. Dort werden auch alternative Erklärungsmodelle vorgestellt, auf die wir hier jedoch nicht eingehen werden. In diesem Abschnitt wollen wir uns lediglich auf einer rein deskriptiven Ebene den von den befragten StudentInnen genannten Gründen für ihren Rauschmittelkonsum zuwenden. Dabei sollen sozusagen zwei Analyse-Stränge verfolgt werden. Zum einen werden natürlich die verschiedenen, explizit vorliegenden Auskünfte der Studierenden zu ihrer jeweiligen Konsummotivation ausgewertet. Zum anderen sollen dann die von den Befragten genannten Umstände, unter denen sie bisher noch nicht konsumierte Drogen probieren würden, analysiert werden, um auf diese Weise – gleichsam über die Hintertreppe – die Ergebnisse zur Konsummotivation der GebraucherInnen durch die Befunde bezüglich einer evtl. Konsumbereitschaft bei den AbstinenzlerInnen sinnvoll ergänzen und validieren zu können.

#### III.2.1. Gründe des Konsums

Für eine Reihe verschiedener von uns vorgegebener Motive, aus denen heraus mutmaßlich illegale Drogen genommen werden könnten, wurden sowohl die aktuellen als auch ehemaligen KonsumentInnen dieser Rauschmittel aufgefordert anzugeben, inwieweit diese Gründe für ihr eigenes Drogengebrauchsverhalten von Bedeutung sind bzw. waren. Die vergleichsweise wenigen Fälle, in denen 'sonstige Gründe' für den Einstieg in den Drogengebrauch und seine Fortsetzung genannt wurden, deuten darauf hin, daß wir mit unseren Vorgaben zumindest die wesentlichsten Konsummotive erfaßt haben dürften.

Ein zentrales Moment des (Erst-)Gebrauchs von Rauschmitteln liegt naturgemäß in deren unterstellter und weniger ihrer faktischen Wirkung. Vor allem bei den illegalen Drogen, über die in der Regel weder die Medien noch Schule und Elternhaus mangels der dafür erforderlichen Sachkenntnisse kompetent zu informieren vermögen, zeigt sich sehr häufig, daß die KonsumentInnen die Wirkung der jeweiligen Droge vor ihrem Erstgebrauch anders eingeschätzt hatten. Dies trifft insbesondere für Cannabisprodukte zu. Das Rauscherlebnis hängt hier in starkem Maße von der jeweiligen inneren Haltung der ProbiererInnen ab und allzu hohe Er-

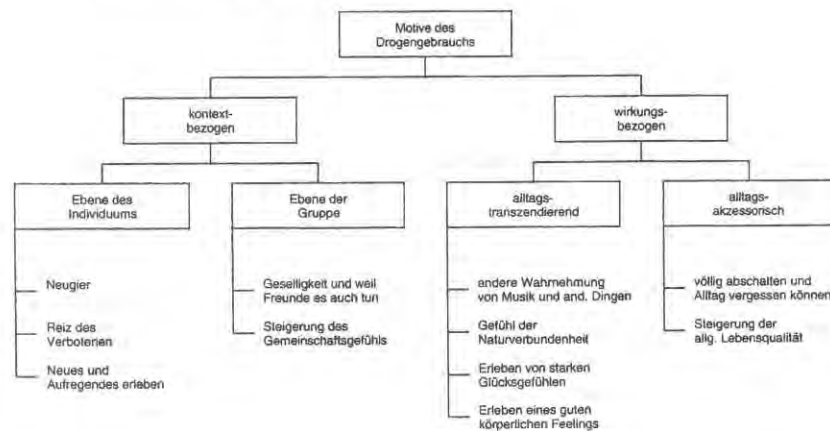
wartungen werden dann auch allzu oft enttäuscht. Unbestreitbar jedenfalls werden den meisten Rauschmitteln Eigenschaften und Wirkungsweisen zugeschrieben, die zu erleben gerade für Jugendliche und junge Erwachsene eine besondere Herausforderung darstellen (können). Es wundert daher nicht, daß 'Neugier' an erster Stelle genannt wird (85%), wenn wir die StudentInnen nach den Motiven für ihren Gebrauch von Drogen fragen. Daß dieses Motiv bei der ostdeutschen StudentInnenschaft mit 92% eine deutlich größere Rolle spielt als bei ihren Hamburger KommilitonInnen (77%), läßt sich sicher mit einem erhöhten 'Nachholbedarf' erklären. Das Phänomen des illegalen Drogengebrauchs, so wie es sich im Westen im Laufe mehrerer Jahrzehnte bereits entwickelt und etabliert hat, gab es zu DDR-Zeiten so gut wie nicht. Erst mit der politischen Wende Anfang der 90er Jahre boten sich auch in den Neuen Bundesländern Zugriffsmöglichkeiten auf die 'klassischen' Drogen, die nun zu probieren und in ihren Wirkungen kennenzulernen bei den ostdeutschen StudentInnen zweifellos einen stärkeren Reiz darstellen.

Nehmen wir unsere vorgegebene Liste der möglichen Gründe für den Drogenkonsum etwas genauer unter die Lupe (vgl. hierzu Übersicht III.6), so können wir feststellen, daß sich inhaltlich zwei Bezugsrahmen voneinander unterscheiden lassen: Das eine Bündel von Motiven richtet sich stärker auf die mit dem Drogenkonsum verbundenen unmittelbaren Wirkungen, während wir auf der anderen Seite Konsummotivationen finden, die eher mit dem Akt des Konsumierens, also mit dem Kontext, in dem der Gebrauch stattfindet, in Verbindung gebracht werden. Durch die Ergebnisse einer von uns durchgeführten Faktorenanalyse erhalten wir den Hinweis darauf, daß sich diese kontext- und wirkungsbezogenen Gebrauchsmotive jeweils noch einmal auf einer weiteren Ebene unterscheiden lassen. Bei den auf die Wirkung gerichteten Motiven des Drogenkonsums werden auf der einen Seite Gründe genannt, die man in Anlehnung an Scheerer & Vogt (1989; S.8f.) eher als alltagsakzessorisch bezeichnen könnte. Hierzu zählen z.B. die perzipierte Möglichkeit, mal abschalten und den Alltag vergessen zu können (49%) sowie die Einstellung, daß gelegentliche Rauscherlebnisse zur Steigerung der allgemeinen Lebensqualität beizutragen vermögen (52%). Demgegenüber lassen sich die Motive, mittels Drogen eine andere Wahrnehmung von Musik (72%) und ein Gefühl der Naturverbundenheit herzustellen (22%) ebenso wie das Erleben von Glücksgefühlen (37%) und die Herbeiführung eines besseren körperlichen Feelings (56%) eher als alltagsstranzendierend beschreiben.

Beim kontextbezogenen Drogenkonsum können wir eine klare Grenzlinie zwischen individual- und gruppenorientierten Gebrauchsmotiven mar-

kieren. So stehen – auf der Individualebene – die Neugier (85%), der Reiz des Verbotenen (34%) sowie das Bedürfnis, Neues und Aufregendes zu erleben (61%), jenen Motiven wie Geselligkeit (39%), Gemeinschaftsgefühl bzw. weil es die Freunde eben auch tun (39%), auf der Kollektivebene gegenüber. In der nachfolgenden Übersicht III.6 haben wir diesen Sachverhalt graphisch zusammengefaßt.

Die verschiedenen Drogengebrauchsmotive



Übersicht III.6

Wir wollen an dieser Stelle noch kurz auf eine Besonderheit hinweisen: Wenn in Übersicht III.6 unter den wirkungsbezogenen, alltagsakzessorischen Motiven auch das Item „Steigerung der allgemeinen Lebensqualität“ auftaucht, so erfolgte dies auf der Basis der Ergebnisse unserer Faktorenanalyse. Unabhängig aber von der Frage, ob der Gebrauch der verschiedenen illegalen Drogen erfolgt, weil man nun eher an ihrer jeweiligen Wirkung interessiert ist oder weil das setting des Konsumierens dieser Droge stärker im Vordergrund steht – in beiden Fällen zielen die Motivationen mehr oder weniger auf die unmittelbaren Aspekte des Gebrauche(n)s ab. Dem Item „Steigerung der allgemeinen Lebensqualität“ kommt m.E. jedoch insofern eine besondere Bedeutung zu, als daß es auch eine gleichsam übergreifende 'Sicht der Dinge' repräsentiert, denn in diesem Statement wird ja behauptet, daß der gelegentliche Drogenkonsum ganz allgemein zu einer positiven Lebensqualität beitrage. Es liegt die



Vermutung nahe, daß wir damit zu einem gewissen Teil auch die ethischen Vorstellungen der StudentInnen darüber erfaßt haben, was aus ihrer Sicht ein gutes und gelingendes Leben auszeichnet und welchen Platz sie dem Drogengebrauch darin einräumen wollen (vgl. hierzu ausführlich: Baumgärtner 1996a). Unsere Auswertung hat ergeben, daß immerhin die Hälfte der befragten StudentInnen (52%) der gelegentlichen Verwendung von Drogen durchaus einen positiven Beitrag zur Lebensqualität zuschreiben, wobei eine solche Einstellung stärker von den ostdeutschen HochschülerInnen (62%) vertreten wird als von den Hamburger KommilitonInnen (42%). Im anschließenden Kapitel wollen wir uns nun noch der Frage zuwenden, ob und in welchem Umfang sich unter den (bisherigen) AbstinenzlerInnen Studierende befinden, die unter konkret genannten Umständen bereit wären, bestimmte Drogen zu probieren.

### III.2.2. Umstände der Bereitschaft zum Probieren bisher nicht konsumierter Drogen

Es ist sicher ein erfolgversprechender Weg, wenn man zur Erforschung der Handlungsmotive der DrogengebraucherInnen diese möglichst unmittelbar nach den Gründen ihres Handelns befragt. Allerdings könnte hier eingesetzt werden, daß die auf diese Weise eingeholten Informationen retrospektiv von den Betroffenen erinnert werden müssen und dadurch im Verdacht stehen, nicht immer mit der in der konkreten Situation gegebenen Realität übereinzustimmen. So könnte es z.B. sein, daß ein regelmäßiger Konsument einer bestimmten illegalen Droge heute – also nach mehrmaligen Einnahmen des betreffenden Rauschmittels – den damals auf ihn wirkenden Reiz des Verbotenen oder seine ehemals vorherrschende Neugier, die er inzwischen vermutlich befriedigt haben dürfte, nunmehr als Gebrauchsmotiv 'unterschätzt'. Auch wenn dies sicher keine voll befriedigende Lösung des Problems darstellt: Die Ermittlung der Umstände, unter denen bisher drogenunerfahrene Studierende bestimmte Rauschmittel probieren würden, könnte ein Weg sein, um die möglichen, oben angedeuteten Verzerrungen etwas zu korrigieren.

In einer geschlossenen Frage baten wir die StudentInnen für jedes einzelne von ihnen bisher noch nicht probierte Rauschmittel anzugeben, welche Umstände gegeben sein müßten, unter denen sie die betreffende Droge probieren würden. Als mögliche Antworten gaben wir fünf verschiedene Konstellationen vor (vgl. Übersicht III.7).

Umstände und Bedingungen, unter denen bisherige AbstinenzlerInnen bestimmte Drogen probieren würden (WS96/97; Mehrfachnennungen möglich; Angaben in %)

	würde ich probieren...					
	...unter keinen -Umständen	...aus Neugier	...in der Disco/bei Feten und Konzerten	...mit Freunden, zu denen ich Vertrauen habe	...wenn es mein(e) PartnerIn oder viele meiner FreundInnen auch tun würden	...unter sonstigen Umständen
Cannabis	47,5	14,9	1,8	5,9	0,8	2,2
Ecstasy	78,8	8,9	3,2	3,8	1,0	1,7
Kokain	81,7	7,5	0,7	4,2	0,5	1,8
Heroin	91,7	1,5	0,0	1,2	0,3	1,1
LSD	81,1	6,6	0,8	5,1	0,5	2,6
Amphetamine	85,1	5,4	2,0	2,1	0,5	1,3
Psychopharmaka	82,2	6,4	1,5	2,7	0,4	3,1

Übersicht III.7

Keine Frage: Die hier ermittelten Daten zu den Umständen, unter denen man potentiell bereit wäre, eines oder mehrere der angeführten Rauschmittel zu nehmen, dürfen sicher nicht dahingehend interpretiert werden, daß – wären die genannten Bedingungen erfüllt – die bisher abstinenten Studierenden auch faktisch mit deren Konsum beginnen würden. Insofern haben die hier gefundenen Prozentzahlen zur potentiellen Konsumbereitschaft eher einen heuristischen Wert, und sie können uns Aufschluß darüber geben, in welchem Verhältnis die Bedeutungen unterschiedlicher Umstände zueinander stehen. Es zeigt sich, daß auch unter den Nicht-Konsumenten der Befriedigung von Neugier bei allen genannten Drogen die größte Bedeutung zukommt. Desweiteren läßt sich aus den Zahlen ablesen, daß es für die Konsumbereitschaft offenbar nicht so sehr auf die Zahl der FreundInnen, die ebenfalls Drogen nehmen, ankommt, sondern vielmehr auf die Qualität der Beziehungen, die man zu diesen FreundInnen unterhält. Bei einigen ist der Umgang mit Rauschmitteln für die eigene Person nur dann vorstellbar, wenn Menschen, zu denen man großes Vertrauen hat, es auch tun würden, was darauf hindeutet, daß im Zusammenhang mit Drogen insbesondere auch Ängste von nicht unerheblicher Bedeutung sind.

Berechnet man ungeachtet konkret vorausgesetzter Umstände die Gesamtanteile potentieller Probierer von Cannabisprodukten und anderen Drogen (vgl. Übersicht III.8), so zeigt sich, daß unter den ostdeutschen Studierenden prozentual mehr mögliche KonsumentInnen auftreten als bei

den westdeutschen HochschülerInnen. Hier wird die bereits w.o. angesprochene These des erhöhten 'Nachholbedarfs' offensichtlich nochmals bestätigt. Man könnte aber auch – nicht zuletzt aufgrund der durchgängig bei allen Drogen in gleiche Richtung weisenden Unterschiede zwischen Leipzig, Dresden und Hamburg – bei der Interpretation der Daten noch einen Schritt weiter gehen und die Behauptung aufstellen, daß es im Zusammenhang mit der Verbreitung des Drogengebrauchs grundsätzlich so etwas wie einen 'Sättigungseffekt' gibt. Idealtypisch würde dies bedeuten, daß bestimmte handlungsbedingende Faktoren zwar graduell auf die Höhe der jeweiligen Prävalenzraten einzuwirken vermögen, nicht jedoch auf die prinzipielle Affinität zu Drogen. Diese wird vielmehr durch andere Faktoren beeinflusst. Mit anderen Worten: Für die Frage, ob jemand bestimmte Rauschmittel konsumiert bzw. konsumieren würde oder nicht, ist nicht so sehr entscheidend, ob er oder sie beispielsweise in den Alten oder Neuen Bundesländern aufgewachsen ist oder mit welchen staatlichen Repressionen er oder sie zu rechnen hat; relevant indes ist vielmehr das bei den Betroffenen vorliegende grundsätzliche (Des-) Interesse, Drogen zu probieren und/oder fortgesetzt zu konsumieren. Wenn also die oben aufgestellte 'Sättigungsthese' zutreffen sollte, so müßte plausiblerweise dann auch die Addition der Prozentanteile der faktischen KonsumentInnen auf der einen und der potentiellen Probierwilligen auf der anderen Seite zu einer Harmonisierung der zuvor unter den jeweiligen Einzelaspekten konstatierten 'Ost-West-Unterschiede' führen. Tatsächlich ist dies der Fall. In der Übersicht III.8 haben wir die entsprechenden Prozentzahlen zur Lifetime-Prävalenz und zur Konsumbereitschaft von Cannabisprodukten und anderen Drogen aufgeführt sowie die daraus errechneten Summen festgehalten.

Lifetime-Prävalenz und Probierbereitschaft von Cannabisprodukten und anderen Drogen bei Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen (WS96/97; Angaben in %)

		Leipzig	Dresden	Hamburg
Cannabisprodukte	Lifetime-Prävalenz	52,4	49,2	62,9
	Probierbereitschaft	18,5	23,0	14,8
	Summe	70,9	72,2	77,7
ein oder mehrere andere BtM	Lifetime-Prävalenz	20,7	12,2	15,0
	Probierbereitschaft	35,4	39,3	36,3
	Summe	56,1	51,5	51,3

Übersicht III.8

Die 'Sättigungsthese' sollte nun nicht dahingehend mißinterpretiert werden, daß es sozusagen einen – wo auch immer – festgeschriebenen Pro-

zentsatz potentieller und faktischer DrogenkonsumentInnen gibt, der sich in seiner Größenordnung nicht beeinflussen ließe; aber es macht einen Unterschied für die Wahl der Mittel zur Einflußnahme und für den Erfolg von konkreten Interventionsstrategien, ob man dabei auf *Handlungen* von Personen oder auf deren *Handlungsabsichten* bzw. *grundsätzliche Handlungsbereitschaften* einzuwirken versucht. Für eine sinnvolle und befriedigende Drogenpolitik ist es zwar sehr wichtig zu wissen, was die wirklich entscheidenden Faktoren des tatsächlichen Gebrauchs von bzw. des Verzichts auf Drogen sind. Wenn man aber die steigende Drogenprävalenzrate im Osten der Republik im weitesten Sinne als das Ergebnis eines Anpassungsprozesses faktisch ausgeführter Handlungen an das Potential eines vorhandenen, aber bisher nicht aktivierten Handlungsrepertoires betrachtet, dann zeichnet sich damit vielleicht auch ab, daß sich das Bedürfnis nach einer möglichst weitgehenden Ausschöpfung eines solchen Handlungsspielraumes auf Dauer nicht wirklich mit Mitteln des Strafrechts nachhaltig verhindern läßt. Schließlich setzen diese erst dort an, wo sich eine grundsätzliche Handlungsbereitschaft längst entwickelt hat. Eine effektive Drogenpolitik sollte daher bereits auf der Ebene der Handlungsdispositionen richtungssteuernd und nicht erst auf der Ebene faktischer Handlungen richtungskorrigierend eingreifen. Nur auf diese Weise läßt sich der Mißbrauch von Drogen erfolgreich verhindern, ohne den Umgang mit ihnen gänzlich zu verbieten.

Theo Baumgärtner, Diplom-Soziologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Leipzig

#### Literatur:

- Baumgärtner, Theo (1996a): Drogengebrauch und Ethik. Wie die Verbannung ethischer Aspekte aus der drogenpolitischen Diskussion eine rationale Politik verhindert. in: *neue praxis*, Heft 1/96, S.33-45
- Baumgärtner, Theo (1996b): Studentischer Drogengebrauch in Leipzig. Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Voruntersuchung einer Multi-Center-Panel-Studie an den Universitäten Hamburg, Dresden und Leipzig
- Baumgärtner, Theo (1997): Abhängigkeit und das Problem ihrer Akzeptanz. in: *Akzeptanz* Heft 1/97, S.8-14
- Baumgärtner, Theo (1998): Kiffen, Koksen und Klausuren: Studentischer Drogengebrauch in Ostdeutschland (erscheint im Frühjahr diesen Jahres im Leipziger Universitätsverlag)
- Emmerlich, Alfred (1992): Die Illusion einer drogenfreien Gesellschaft. in: *Vorwärts* Heft 2, S.24
- Grözinger, Gerd (Hrsg.) (1991): *Recht auf Sucht? Drogen, Markt, Gesetze*, Berlin

IFT Institut für Therapieforschung (1996): Repräsentativerhebung zum Gebrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland. Schriftliche Erhebung 1995, München

Knauß, Ina & Erhard, Elmar (1993): Freigabe von Drogen: Pro und Contra. Literaturanalyse. Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden

Kreuzer, Arthur et al. (1993): Jugenddelinquenz in Ost und West. Vergleichende Untersuchungen bei ost- und westdeutschen Studienanfängern in der Tradition Giebener Delinquenzbefragungen, Bonn

Quensel, Stephan (1989): Cannabis-Politik. in: Scheerer, Sebastian und Irmgard Vogt (Hrsg.): Drogen und Drogenpolitik. Ein Handbuch, S.396-407, Frankfurt/Main / New York

Raschke, Peter & Kalke, Jens (1997): Cannabis in Apotheken. Kontrollierte Abgabe als Heroinprävention, Freiburg/im Breisgau

Rausch, Christian (1991): Drogenarbeit und Drogenpolitik in Europa, Rheinfelden / Berlin

Reuband, Karl-Heinz (1994): Soziale Determinanten des Drogengebrauchs. Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Gebrauchs weicher Drogen, Opladen

Riemann, Klaus / Troschke, Jürgen v. (1991): Die gesellschaftliche Bewertung gesundheitsriskanter Lebensweisen am Beispiel des Gebrauchs von legalen und illegalen Rauschmitteln. in: Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Prävention zwischen Genuß und Sucht; Dokumentation eines Symposium in Köln, S.105-119

Scheerer, Sebastian / Vogt Irmgard (Hrsg.) (1989): Drogen und Drogenpolitik. Ein Handbuch, Frankfurt/Main / New York

### Vergangenheitspolitik nach 1989

**Petra Bock**  
Berlin

Der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ ist Wissenschaftlern seit vielen Jahren ein Dorn im Auge. Viele Historiker und Politologen winden sich mit Anführungszeichen und Ersatzbegriffen wie „Aufarbeitung der Vergangenheit“ oder

„Umgang mit der Vergangenheit“ um das allzu psychologisch konnotierte Wortungetüm.<sup>1</sup> Seit einiger Zeit bewähren sich in wissenschaftlichen Publikationen die neuen Begriffe „Geschichtspolitik“ und „Vergangenheitspolitik“. Sie unterscheiden sich von dem in Deutschland publizistisch abgegriffenen Schlagwort „Vergangenheitsbewältigung“ und lassen sich für eine empirischen Analyse gut operationalisieren.

Geschichtspolitik bezeichnet danach die öffentliche Konstruktion und Inszenierung von Geschichtsbildern, die zur Legitimation, Mobilisierung, Integration und Abgrenzung dienen. Sie sind grundsätzlich unabhängig von der zeitlichen Nähe oder Ferne des instrumentalisierten historischen Ereignisses oder Zusammenhanges zur Gegenwart. Erinnerungsveranstaltungen, Gedenktage und Denkmäler sind Manifestationen von Geschichtspolitik. Geschichtspolitik kann jedoch auch ein Topos intellektueller Diskurse oder ein Argumentationsmuster in politischen Debatten sein. Der Rückgriff auf

<sup>1</sup> Vgl. auch Dudek, Peter, „Vergangenheitsbewältigung“. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 1-2(1992), S. 44-53.

Geschichte verweist jedoch grundsätzlich auf die Gegenwart und enthält damit Elemente der symbolischen Politik.<sup>2</sup>

Vergangenheitspolitik<sup>3</sup> dagegen meint den Umgang mit dem institutionellen und personellen Erbe eines überwundenen Systems im politischen Prozeß. Sie umfaßt die Bereiche Strafe/Amnestie, Aufklärung<sup>4</sup>, Wiedergutmachung und Elitenwechsel bzw. Disqualifizierung. Sie hat direkte, materielle Folgen für bestimmte Gruppen in der Bevölkerung. Damit verbunden ist ein relativ enger zeitlicher Rahmen zum historischen Ereignis, das es „aufzuarbeiten“ gilt.

Außer Frage steht, daß es enge Querverbindungen zwischen Geschichtspolitik und Vergangenheitspolitik gibt. In der Regel werden vergangenheitspolitische Maßnahmen geschichtspolitisch untermauert und legitimiert. Aber es gibt eine große, wenn nicht gar überwiegende Zahl von vergangenheitspolitischen Prozessen, die ohne Geschichtspolitik oder gar an Geschichtspolitik vorbei zur Entfaltung kommen. Immer dann, wenn sogenannte „realpolitische“ Überlegungen in den Vordergrund rücken, so scheint es, rückt Geschichtspolitik in den Hintergrund oder verschiebt sich inhaltlich deutlich in andere Argumentationsmuster. Immer jedoch stehen, wenn auch oftmals verdeckt, Interessen und deren Akteure im Mittelpunkt des Geschehens. Vergangenheitspolitik findet im Gegensatz zur Geschichtspolitik seltener in der repräsentativen Öffentlichkeit statt. Sie wird

<sup>2</sup> Einen Überblick über die bisherige Forschung zum Bereich „Geschichtspolitik“ gibt Edgar Wolfrum in seiner umfassenden Besprechung „Geschichte als Politikum“, in: *Neue Politische Literatur* 3(1996), S. 376-401.

<sup>3</sup> Den Begriff „Vergangenheitspolitik“ haben Claus Offe und Norbert Frei, wenn auch mit anderen Konnotationen, eingeführt. Vgl. Offe, Claus, *Rechtswege der „Vergangenheitspolitik“: Disqualifizierung, Bestrafung, Restitution*, in: ders., *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 187-229 und Frei, Norbert, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Herrschaft*, München 1996. Während Frei den Begriff als moralisch negativ konnotierten kritischen Ersatzbegriff für eine nicht praktizierte Vergangenheitsbewältigung in der Adenauer-Zeit verwendet, operationalisiert ihn Offe für die sozialwissenschaftliche Forschung. Timothy Garton Ash hat in einem jüngst in der „Zeit“ veröffentlichten Vortrag Elemente der von Offe beschriebenen „Vergangenheitspolitik“ untersucht, bezeichnete dies aber als „Geschichtsaufarbeitung“. Vgl. Ash, Timothy Garton, *Vier Wege zur Wahrheit*, in: *Die Zeit* Nr. 41 vom 3.10.1997, S. 44.

<sup>4</sup> Im Gegensatz zu Timothy Garton Ash würde ich die Öffnung von Akten zur wissenschaftlichen Aufarbeitung unter den Bereich der öffentlichen „Aufklärung“ fassen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Öffnung bilden dann vor allem Stoff für „Geschichtspolitik“. Die öffentliche Förderung spezieller Forschungsthemen fällt jedoch wegen ihrer materiell und elitengestaltenden direkten Auswirkungen auf eine gegenwärtige Wissenschaftslandschaft in den Bereich der Vergangenheitspolitik. Sie verläuft in den Meta-Bereichen Wissenschafts- und Bildungspolitik.

vornehmlich im Inneren des politischen Systems betrieben und folgt den gleichen Regeln wie die Bearbeitung anderer Politikfelder. Ein Großteil der vergangenheitspolitischen Dimensionen ordnet sich in die klassischen Politikfelder oder Systemteile wie Rechtspolitik, Sozialpolitik oder Wissenschafts- bzw. Bildungspolitik ein. Vergangenheitspolitik ist jedoch wie die Geschichtspolitik stark von tagespolitischen Konjunkturen abhängig. Das gesamtgesellschaftliche und politische Klima ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Konjunkturen moralischer Deutungsstrukturen passen sich dieser Dynamik an. In rechtsstaatlichen Demokratien bildet der Rechtsstaat und seine Ausdeutung Rahmen und damit oftmals die Begrenzung vergangenheitspolitischer Initiativen.

Eine empirische Analyse des Bereiches der Vergangenheitspolitik nach 1989 läßt zugegebenermaßen wenig Raum für Klischees, die auf allen Seiten bereits in die Diskurse eingebrannt sind. Unbestritten ist Moral eine politische Kategorie ersten Ranges, die Diskurse in einer Zivilgesellschaft prägen kann und darf, das vielleicht sogar sollte. Und unbestritten wird sie auch den geistigen Hintergrund einer als Demokratiewissenschaft gedachten Politikwissenschaft bilden. Erkenntnisfortschritt ist jedoch in den verfahrenen Diskussionen um die diktatorischen Vergangenheiten in Deutschland durch eine präzise operationalisierte und dadurch vielleicht distanziert wirkende Analyse der Diskurse und politischen Handlungen zu einer bestimmten Vergangenheit eher zu erreichen. Eine solche Herangehensweise öffnet den Blick für ein tatsächlich weites Forschungsfeld, das die ideellen und materiellen Folgen von Systemwechseln aller Art im 20. Jahrhundert vielleicht auch – wie Peter Steinbach vorgeschlagen<sup>5</sup> hat – darüber hinaus in die weiter zurückliegenden Vergangenheiten beobachtet. Die Notwendigkeit einer Vergangenheitspolitik – unter welchen Vorzeichen auch immer – ergibt sich danach für alle politischen Systeme und Gesellschaften, die einen Systemwechsel hinter sich haben. Was soll mit dem Personal, mit den Trägern des alten Systems geschehen? Wie soll man mit den Opfern oder ehemaligen Gegnern des alten Systems umgehen? Was soll mit denen passieren, die eine Gesellschaft für Täter hält oder die sich tatsächlich eines Verbrechens schuldig gemacht haben? Soll die „Wahrheit“ über die Vergangenheit ans Licht, soll sie manipuliert oder soll sie einfach verschwiegen werden? Dabei hat jede Gesellschaft ihre eigenen Traditionen, ihre geistige Matrix, vor deren Hintergrund die Lösung dieser Probleme Gestaltung erfährt. Die Inhalte und sogar die moralischen Maßstäbe wer-

<sup>5</sup> Steinbach, Peter, *Vergangenheitsbewältigungen in vergleichender Perspektive. Politische Säuberung, Wiedergutmachung, Integration*, Berlin 1994.

den je nach Tagesbedarf geändert. Dies muß nicht immer ein Zeichen von Prinzipienlosigkeit, sondern kann in den Augen von Sozialwissenschaftlern auch ein Zeichen für die Flexibilität einer politischen Elite oder einer Gesellschaft sein und ihre Fähigkeit zur Funktionalisierung von Themen zur Problemlösung aufzeigen.

Nach diesen Vorüberlegungen sollen die vier Bereiche der Vergangenheitspolitik im letzten Jahr der DDR und im vereinten Deutschland skizziert werden.

### Strafrechtliche Verfolgung oder Amnestie ?

Obwohl der „Mantel der Geschichte“ die Deutschen erst vor kurzem „streifte“, versagt in öffentlichen Diskussionen bereits heute das Gedächtnis über politische Frontlinien der Wendezeit. Entgegen dem Schlagwort von der westdeutschen „Siegerjustiz“ war es die DDR-Justiz, die die Strafverfolgung realsozialistischer Regierungskriminalität zuerst in Angriff nahm. Im Herbst 1989 herrschte in der DDR die geradezu unisono verbreitete Überzeugung, „Täter“ des Systems via Strafprozeß hinter Gitter bringen zu müssen. Der Glaube an die Legitimität von Strafprozessen gegen die „Urheber der Misere“ einte alle gesellschaftlichen Ebenen der zusammenbrechenden Diktatur.

Die Justiz selbst zeigte bereits früh vorauseilenden Fleiß. Verfahren gegen Volkspolizisten fanden schon im November 1989 statt, und derselbe Generalstaatsanwalt, der noch wenige Wochen zuvor das Vorgehen der Polizisten gegen Demonstranten gerechtfertigt hatte, kritisierte nun die Verurteilung eines Vopos als zu milde. Mit Heinrich Toeplitz setzte sich Ende November ein hochrangiger DDR-Jurist als Vorsitzender des neu gegründeten „Zeitweiligen Volkskammerausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauches, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderen Verdachts der Gesetzesverletzung“ an die Spitze der „Aufklärungsbewegung“. Die Staatsanwaltschaften setzten Arbeitsgruppen zur Verfolgung der ehemaligen Oberen ein, Fluten von Eingaben erboster Bürger, die radikale Abstrafung forderten, setzten die Justiz und die Politik unter enormen Druck.

Trotz einer Neuentdeckung der Unabhängigkeit der Justiz beugten sich die Juristen. Während der Renaissance der DDR-Verfassung und der Volkskammer als deren „höchstes Machtorgan“ scheuten sich die bis vor kurzem noch recht willfährigen Abgeordneten der 9. Wahlperiode nicht, die Justiz massiv unter Druck zu setzen. Die 14. Tagung der Volkskammer am 11. und 12. Januar 1990 wurde zu einem Fanal der Dominanz der

Volkskammer über die Justiz. In einer turbulenten Sitzung schoben Parlament und Regierung die gesamte Verantwortung für eine schleppende Aufarbeitung auf die Justiz und leiteten kurzerhand Disziplinarverfahren gegen den amtierenden Generalstaatsanwalt Harrland und den Präsidenten des Obersten Gerichtes, Sarge, ein. Dieser trat daraufhin von seinem Amt zurück. In der kommenden Sitzung am 29.1. glaubte sich der neue Generalstaatsanwalt Joseph in der Pflicht, Verantwortung auf seinen bereits zurückgetretenen Vorgänger Wendland zu schieben und der nach Urteilen gierenden Volkskammer obendrein eine Gesamtverurteilung der „politische Verantwortlichen“ zu liefern: „Ohne einer historischen und exakten juristischen Bewertung vorgreifen zu wollen“, so Joseph, „stellt es sich heute, auch auf der Grundlage bereits vorliegender Ermittlungsergebnisse, so dar, daß die Sicherheitsdoktrin letztlich der Machterhaltung einer kleinen Gruppe im Politbüro der SED diene. Diese Gruppe hat in einem historischen Prozeß, unter Bruch der Verfassung, systematisch dem Volk immer größere Lasten aufgebürdet, sich von ihm und seinen gewählten Organen entfernt, grundlegende Menschenrechte dem Volk immer mehr versagt und selbst in unbeschreiblicher Machtarroganz parasitär gelebt“.<sup>6</sup>

Auch der Runde Tisch verlangte eine strafrechtliche Verfolgung von Tätern.<sup>7</sup> Während sich die Vorwürfe anfangs v.a. gegen die schwammigen Tatbestände „Amtsmissbrauch und Korruption“ richteten, heizte sich das Klima zu Jahresbeginn derart auf, daß man unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes Joseph Politbürofunktionäre – allen voran Erich Honecker – wegen Hochverrats vor Gericht stellen wollte.<sup>8</sup>

Die DDR-Justiz beließ es aber nicht bei diesen Ermittlungsverfahren. Die Wahlfälschungsverfahren wurden beispielsweise bereits 1989/90 eingeleitet, Ermittlungen zu großem Teil noch in der DDR abgeschlossen. Die strafrechtlichen Untersuchungen gegen Wahlfälscher bis auf Bezirks- und Kreisebene brachten die Stimmung in der Bevölkerung sogar derart auf, daß kommunale Funktionäre und die Regierung die ersten freien Wahlen in Gefahr sahen. Die Räte und Bürgermeister wurden durch die Enthüllungen so sehr belastet und in ihrer Legitimation in Frage gestellt, daß sie reihenweise ihre Ämter niederlegten. Die übriggebliebenen wußten sehr wohl um ihre Unabkömmlichkeit und verlangten neben großzügigen Abfindungen

<sup>6</sup> Plenarprotokoll der 15. Tagung der Volkskammer (9.WP.) vom 29.1.1990, S. 439.

<sup>7</sup> So bereits im Beschlußprotokoll seiner ersten Sitzung vom 7. Dezember 1989. Vgl. Herles, Helmut, Rose, Ewald (Hg.), Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 23.

<sup>8</sup> So Joseph in der denkwürdigen 15. Sitzung vom 29.1.1990 (Anm. 6), S. 439.

für die Zeit nach ihrer Abwahl auch eine „veränderte Rechtsauffassung“ zu den Wahlfälschungen zumindest bis die Neuwahlen vorbei seien.<sup>9</sup> Wille und Umsetzung zur Strafverfolgung von Systemkriminalität hatten also bereits in der DDR ihre Wurzeln.

Es klingt heute paradox, aber warnende und beschwichtigende Stimmen kamen gerade von den westlichen Nachbarn. Die rechtspolitische Sprecherin der SPD, Hertha Däubler-Gmelin, warnte ebenso wie Volker Rühle vor politischen Prozessen gegen die DDR-Führung.<sup>10</sup> Das gesamte System sei schuldig geworden, nicht nur einzelne an der Spitze. In der Bundesrepublik erkannte man klar die Funktion der hastigen Strafverfolgung. Es sollten einige Köpfe rollen, um das System als ganzes, wenn auch in tiefgreifender Umgestaltung, zu entlasten.

Tatsächlich muten auch die zornigen Forderungen nach Strafe für die mächtigen Greise von seiten der Bevölkerung an, als wolle eine um die sozialistische Märchenwelt bedrohte Gesellschaft ihren Traum durch die Bestrafung der realsozialistischen „Spielverderber“ retten. Und das lag nun ganz und gar nicht im Interesse der Bundesrepublik. Seien es tatsächliche Sorge um die Rechtsstaatlichkeit der DDR-Verfahren oder Sorge um die Selbstrettung des Systems mit juristischen Mitteln: Die Politiker der Bundesrepublik, ob rechts – ob links – wollten die Prozesse nicht. Im Rechtsausschuß des Bundestags verweigerte man die Auslieferung von in der DDR gesuchten „politischen“ Tatverdächtigen, weil man an der rechtmäßigen Bearbeitung ihres Falles zweifelte.<sup>11</sup>

Realpolitische Interessen der Bundesrepublik waren es auch, die den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble dazu brachten, eine Amnestie für Spione beider Seiten vorzuschlagen und als Fraktionsentwurf einzubringen.<sup>12</sup> Die Angst vor Abwerbung von DDR-Agenten durch den KGB und der Wille zur raschen Selbstenttarnung von Spitzeln im eigenen Apparat, nicht etwa innerdeutsche Versöhnungswünsche, trieben die Bundesregierung zu diesem Kurs. Der SPD gelang es, ein solches Ansinnen mit dem Schlagwort „Keine Stasi-Amnestie“ zu vereiteln.<sup>13</sup> Dabei ging es Schäuble keineswegs um eine Amnestie der in der Öffentlichkeit nicht mehr zu schützenden offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS/AfNS, son-

<sup>9</sup> Vgl. Ministerratsbeschuß 16/1.a/90 vom 1.3.1990, in: BArch DA 1-I/3-2921.

<sup>10</sup> Protokoll zur 194. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 8.2.1990, S. 14885 und 188. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 18.1.1990, S. 14540.

<sup>11</sup> Diese Frage wurde in der 69. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vom 14.2.1990 diskutiert. Vgl. Protokoll der 69. Sitzung, S. 7ff.

<sup>12</sup> Vgl. BR-Drs. 585/90.

<sup>13</sup> Schäuble, Wolfgang, Der Vertrag, München 1993 (Erstauflage 1991), S. 271.

dern um die Durchsetzung hoheitlicher Interessen der Bundesrepublik. Mit der Entscheidung gegen ein Amnestiegesetz für Spione verzichtete die Politik auf ein Ruhen der Strafverfolgung und öffnete so den Weg für die Justiz.

In einem Rechtsstaat ist die Justiz nicht das Instrument der Politik. Die politischen Entscheidungsträger können jedoch entscheiden, ob Unrecht verfolgt werden soll oder die Verfolgung durch eine Amnestie ruhen soll. Das Parlament hat damit die Möglichkeit, per Gesetz eine Strafverfolgung in genau bestimmten Bereichen auszusetzen. Hier besteht für einen engen Bereich ein wesentlicher Einfluß auf die Aktivitäten der Justiz im Rechtsstaat. Ein der historischen Situation geschuldeter einmaliger Einfluß der Exekutive auf die Justiz, der eigentlich nur formal von der Legislative eng sanktioniert wurde, zeigt sich jedoch in den Bestimmungen des Einigungsvertrages. Hier wurden in freier Entscheidung der Regierungsdelegationen der DDR und der Bundesrepublik die Rahmen gesetzt, an die sich die Justiz trotz aller öffentlicher Schelte und eines gewissen eigenen Handlungsspielraumes bis heute zu halten hat.

Der Einigungsvertrag hat aus politischen Erwägungen heraus festgelegt, daß bei der Strafverfolgung grundsätzlich DDR-Recht zu gelten habe, es sei denn, das bundesdeutsche Recht erlaube eine mildere Sanktion.<sup>14</sup> Diese Zumutung, aus der Sicht eines diktatorischen Rechtssystems Recht sprechen zu müssen, hat die Justiz der Politik zu verdanken. Freilich erlaubt sie auch, DDR-Straftaten überhaupt zu verfolgen. Eine enge Auslegung des Rückwirkungsverbotes hätte ansonsten womöglich eine Strafverfolgung durch bundesrepublikanische Gerichte wohl ganz vereiteln können. Darüber hinaus haben sich die Gerichte, allen voran der Bundesgerichtshof, durch die Wiederentdeckung der Radbruch'schen Formel, die eine Bestrafung härtester Menschenrechtsverletzungen trotz seinerzeitigen Rechtsschutzes der Tat erlaubt, Spielräume erkämpft. Die beiden vom Bundestag verabschiedeten Verjährungsgesetze schickten die Justiz weiter auf die Reise der strafrechtlichen Verfolgung von systembedingter DDR-Kriminalität.<sup>15</sup>

Bekanntlich mahlen die Mühlen der Justiz langsam, und diese dem System innewohnende relative Langsamkeit rückt sie in der Öffentlichkeit oftmals in ein unangenehmes Licht. Getreu dem Prinzip, von unten nach oben, also von der unmittelbaren Tat zur eventuell dahinter stehenden Ver-

<sup>14</sup> Dieses Prinzip wurde im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) in Art. 315 niedergelegt.

<sup>15</sup> Vgl. Art. 315a EGStGB.

antwortung vorzugehen, entstand zu Beginn der Prozesse der Eindruck, man lasse wie gewohnt „die Großen laufen und hänge die Kleinen“. Die an den schnelllebigen Diskursen und tagespolitische Frontlinien orientierte Wahrnehmung der juristischen Aufarbeitung in der Öffentlichkeit läßt die Justiz somit manchmal unverdient in ein schiefes Licht rücken. Hinzu kommt – eine von Juristen nicht gerade vehement bekämpfte – Unwissenheit über die dem Recht innewohnenden Prinzipien, die manchmal jeglicher politischer Vernunft zu widersprechen scheinen.

## Aufklärung

Die Aufdeckung der historischen Tatsachen über das vergangene System und seine damit verbundene Funktionalisierung als Negativfolie zum nachfolgenden System ist wohl eine zentrale Erscheinung sämtlicher Systemwechsel. Es scheint eine geradezu kathartische Kraft in der Entdeckung und Repräsentation einer neuen „Wahrheit“ zu liegen, die stark konsensbildende Energien für eine sich neu formierende Gesellschaft freisetzt. Die Formen und Legitimationen zur öffentlichen Aufklärung sind dabei stets umstritten und von den politischen Akteuren heiß umkämpft. Wer sich noch an den Herbst des Jahres 1989 und die Jahreswende erinnern möchte, sieht beispielweise, daß die heute etablierte Lösung der Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes eine relativ späte und selbst innerhalb der DDR-Bürgerbewegung stark umstrittene Lösung war. Der Runde Tisch selbst entschied souverän über die Löschung der magnetischen Datenträger.<sup>16</sup> Die Gefahr des Zugriffes westlicher Geheimdienste, also außen- und sicherheitspolitische Tageserwägungen, siegten hier über innenpolitisch-moralische Bedenken. In der Hitze einer radikalisierten Vergangenheitspolitik zur Jahresmitte 1990, die vor allem inmitten der Vertragsverhandlungen trotzig gegen die „versöhnungswillige“ oder, je nach politischer Interpretation, zum Vertuschen bereite Bundesrepublik gerichtet war, setzte sich die durch Joachim Gauck vertretene Linie der Befürworter einer Aktenbewahrung und -öffnung durch. Sekundiert wurde diese Ziele durch Wünsche westdeutscher Politiker, mittels Aktenzugang eine bereits zu Jahresanfang befürchtete Unterwanderung des Öffentlichen Dienstes durch ehemalige Stasimitarbeiter zu verhindern. Darüber hinaus sprach der weit verbreitete Wille zur Verfolgung von strafrechtlich relevanten Taten und zur eindeutigen Rehabilitierung für die letztendlich gewählte Lösung.

<sup>16</sup> Diesen Beschluß faßte der Runde Tisch in seiner 13. Sitzung am 19.2.1990. Vgl. Herles, a.a.O., S. 188.

Die Aufklärung über die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit führte bekanntlich zu handfesten politischen Machtkämpfen, in der das Kriterium „IM oder nicht“ neben allen moralischen Implikationen auch als Steuerungsinstrument für den Zugang zu und die Verteilung von möglichen Elitepositionen im neuen geeinten Deutschland diente. Das immer enger werdende Nadelöhr zum geeinten Bundestag oder zu den stark dezimierten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst erforderte geradezu eine konsensual vertretbare Ausschlußkategorie.

Während die Öffnung der Stasiakten und die Einrichtung der Behörde des Bundesbeauftragten vor allem mit vergangenheitspolitischen Problemstellungen verbunden war und ist, mußte in der jungen vereinten Bundesrepublik bereits 1991/92 Aufklärung mit geschichtspolitischen Konnotationen rechtsstaatliche Grenzen der Vergangenheitspolitik ersetzen. Die Enttäuschung prominenter Bürgerrechtler über die schleppenden Verfahren gegen DDR-Systemträger – die Justiz der Länder war anfangs nur sehr zögerlich bereit, Personal für die in der Öffentlichkeit als so wichtig eingestufte juristische Vergangenheitsbewältigung bereitzustellen – führte in die Tribunaldiskussion, die die Rolle und Legitimation des Bundestages als höchstes politisches Repräsentationsgremium zumindest intellektuell in Gefahr brachte. Um wenigstens ein moralisches und politisches Urteil über die Qualität des überwundenen Systems öffentlich fällen zu können, einigten sich alle Parteien inklusive der PDS auf die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages, die wissenschaftlich fundierte Argumentationsmuster lieferte, die auch geschichtspolitisch nutzbar waren.<sup>17</sup>

Gerade die aufkommende schwere Krise der Bundesrepublik im Sommer und Herbst 1992 zeigte die Bedeutung geschichtspolitischer Auseinandersetzungen für die eben vereinte Republik. Hohe Arbeitslosenzahlen, ausufernder Rechtsradikalismus und weit verbreitete Politik- und Parteienverdrossenheit brachten die DDR-Geschichte vor allem in Ostdeutschland auf die Tagesordnung. Wachsende Teile der PDS und ihres Umfeldes, in dem die kommunistischen und apologetischen Kräfte wieder Oberwasser bekamen, entfalteten im Windschatten der „Komitees für Gerechtigkeit“ eine rege geschichtspolitische Aktivität. Die DDR-Geschichte drohte für einen nicht unerheblichen Teil der neuen Bundesbürger von der Negativfolie zur Positivfolie zum neuen System zu mutieren. Hier steuerte die Enquete-Kommission energisch gegen. Mit ihrer 1994 erschienenen zehnbändigen Publikation zur DDR-Vergangenheit und deren Rezeption in Wis-

<sup>17</sup> Vgl. Bock, Petra, Von der Tribunalidee zur Enquete-Kommission, in: *Deutschland Archiv* 11 (1995), S. 1171-1183.

senschaft und Öffentlichkeit scheint sie diesem Ziel zumindest langfristig näher gekommen zu sein.<sup>18</sup>

## Rehabilitierung und Wiedergutmachung

Die Frage der Rehabilitierung staatlichen Unrechts in der DDR war wie die juristische Strafverfolgung bereits in den frühen Wendemonaten virulent geworden. Großen Widerhall fand die öffentliche Lesung Ulrich Mühes aus Walter Jankas Memoiren „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ am 27.10.1989 im Deutschen Theater in Berlin. Der Wirbel um Janka hatte noch seine eigene Note: Der wahre Sozialismus sollte mit der Klage um das Martyrium des wahren Sozialisten Janka beschworen werden. Die öffentliche und nachher auch staatliche Rehabilitierung des alten Spanienkämpfers und Ulbricht-Opfers entlastete die zweite Reihe des Systems eher als es sie belastete. Aus Janka, das zeigen die vielen Briefe an Fernsehen und Rundfunk der DDR, schöpften gerade enttäuschte Genossen neue Hoffnung. Ein Beitrag über den Helden im Westfernsehen brachte der Staatsanwaltschaft der DDR denn auch die erste Eingabe eines Bürgers zur Rehabilitierung zu Unrecht verfolgter Kommunisten.<sup>19</sup>

In den ersten Wochen der Wende war die Rehabilitierungsfrage neben den Enthüllungen zu Amtsmissbrauch und Korruption das heiße Eisen in der öffentlichen Debatte. Im Dezember wurde es bis auf weiteres durch die aufkommende Stasi-Debatte in den Hintergrund gedrängt. Rehabilitierung spielte beim Runden Tisch keine allzu große Rolle. Im Dringlichkeitsplan der Regierung Modrow fand sich der Entwurf zu einem Rehabilitierungsgesetz erst weiter hinten.<sup>20</sup> Die turbulente Zeit um den Jahreswechsel brachte dann eine gewisse Beschleunigung. Am 18.1.1990 diskutierte der Ministerrat die erste Vorlage eines Rehabilitierungsgesetzes, das aber erst im Frühjahr verabschiedet werden sollte. Vordringlich schien die Versorgung der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und der zu entlassenden oder umzuschulenden Nomenklaturkader des Staatsapparates auf allen Ebenen.<sup>21</sup> Der Entwurf Modrows sah auch lediglich eine strafrechtliche Rehabilitierung vor.

<sup>18</sup> Vgl. Wilke, Manfred, Geschichtspolitik des Deutschen Bundestages, in *Deutschland Archiv* 4 (1997), S. 607-619.

<sup>19</sup> Vgl. Weinke, Anette, Die DDR-Justiz im Jahr der Wende, in *Deutschland Archiv* 1 (1997), S. 41-62.

<sup>20</sup> Der Justizminister Wünsche beschäftigte sich erst im Januar 1990 konkret mit der Rehabilitierungsfrage. Vgl. Beschluß des Ministerrates 8/6/90 vom 4.1.1990.

<sup>21</sup> Vgl. Ministerratsbeschlüsse 4/6/89 vom 7. 12.1989 und 6/18c/89 vom 14.12.1989.

Auch auf Druck der westlichen Verhandlungs- und Beratungspartner kümmerte sich die Regierung De Maizière um ein Rehabilitierungsgesetz. Dieser Entwurf,<sup>22</sup> der noch kurz vor der Vereinigung – aller Mitleidsrhetorik zum Trotz – von der bundesrepublikanischen Seite scharf bekämpft wurde, sah eine großzügige dreigliedrige Rehabilitierungslösung vor. Wer in Ausübung seiner von der DDR-Verfassung garantierten Menschenrechte strafrechtliche, verwaltungsrechtliche oder berufliche Nachteile erhalten hatte, wurde auf Antrag und unter Mitwirkung der Gerichte sowie zu schaffender Rehabilitierungsbehörden auf allen Ebenen rehabilitiert.

Eine pikante Note erhielt das Gesetz durch Passagen, die die tiefen inneren Paradoxen der Wiedergutmachungsbestrebungen in der DDR über das ganze Jahr 1990 und bis heute kennzeichnet. Unrecht hin oder her – sobald ein Dritter das enteignete Vermögen oder Gut redlich erworben hatte, gab es höchstens eine Entschädigung in Höhe des Wiederbeschaffungswertes. Darüber hinaus sollte die Zweckmäßigkeit einer eventuellen Rückgabe nach allen Seiten geprüft werden. Erst dann konnte der Geschädigte auf die Restitution seiner Eigentumsverhältnisse hoffen. Die Frage der „Rückgabe oder Entschädigung“ zeigt wie keine andere augenfällig die real- und damit interessenspolitische Verankerung von Vergangenheitspolitik. Das stark moralisch konnotierte Argument der Unrechtmäßigkeit der Enteignungen war für die DDR-Politik noch lange kein Grund für die vollständige Wiedergutmachung des Geschehenen. Schließlich vermutete man den wahren Widersacher schon recht bald im Westen. Und waren nicht bereits in den ersten Wochen der Wende aufdringliche „Alteigentümer“ vor den Hausbesitzern oder den Räten der Stadt aufgetaucht, die ab Februar/März 1990 zu einer regelrechten Plage für die örtlichen Räte und Volksvertretungen werden sollten?<sup>23</sup> Auch in den Ausschüssen des Bundestages stand das Thema Restitution von Vermögensansprüchen ganz oben auf der Tagesordnung.<sup>24</sup> Das Festhalten an den einmal erreichten materiellen Vorteilen wurde ein Politikum, das wie kein anderes das DDR-Volk noch einmal einen sollte und vielleicht bis heute eint. In großen Teilen setzte sich hier die Position der westdeutschen Verhandlungspartner durch. In der gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 wurde das Problem, das im ersten Staatsvertrag noch nicht zu lösen war, zugunsten der Rückgabe vor Ent-

<sup>22</sup> Entwürfe zum Reha-Gesetz vom 4. Juli und vom 18. Juli 1990 finden sich in BArch DA I I/3-3009 und I/3-3027.

<sup>23</sup> Vgl. Vorlage zur Lage in den Bezirken für die Ministerratssitzung vom 1.3.1990, in: BArch DA I I/2-2921.

<sup>24</sup> Protokoll zur 194. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 8.2.1990 und 188. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 18.1.1990.



schädigung gelöst. Entgegenkommen zeigte man mit Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen mit der Sowjetunion im Hinblick auf die Enteignungen in der Besatzungszeit 1945-49. Eine für den gesamtdeutschen Staat nicht unerfreuliche Lösung, sollte doch ein Großteil des Bodens an ihn fallen.

Trotz der immer wieder aufflammenden Diskussionen um die Rückgabe dieser Grundstücke, scheinen die Enteignungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit weiterhin sakrosankt zu bleiben. Die Grundsätze des umstrittenen dreigliedrigen DDR-Rehabilitierungsgesetzes wurden letztendlich in der vereinten Bundesrepublik – wenn auch mit weit kleinlicheren Bestimmungen im sogenannten 1. und 2. Unrechtsbereinigungsgesetz übernommen.<sup>25</sup> Eine Novellierung des Gesetzes brachte 1997 einige finanzielle Verbesserungen und die Möglichkeit einer moralischen Rehabilitation.<sup>26</sup>

### Disqualifizierung/Elitenwechsel

Disqualifizierung bedeutet den Ausschluß bestimmter Personen oder Personengruppen von Leistungen oder beruflichen Chancen. Das kann den Verlust eines Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst, die Verweigerung der Verbeamtung oder die Kürzung von im alten System erworbenen Ansprüchen bedeuten. Das Verschulden, politisch eng mit dem alten System verbunden gewesen zu sein und dadurch erheblich zur Stabilisierung der Diktatur beigetragen zu haben, wird hier außerhalb der Justiz am unmittelbarsten sanktioniert.

Die Exekutive der DDR unter Modrow und auch unter de Maizière legte keinen besonderen Wert auf einen grundlegenden Elitenwechsel. Zumindest Modrow sah sich gegenüber dem Staatsapparat in geradezu väterlicher Verpflichtung. Beide Ministerpräsidenten handelten aber auch aus realpolitischem Kalkül. Bis weit in das Jahr 1990 war nicht klar, wann die Einheit genau kommen würde. Lange gingen die Spekulationen in Richtung des Jahres 1992. Bis dahin mußte eine DDR-Regierung und ihr Apparat regierungsfähig bleiben. Die handverlesene Zahl von Juristen war dabei unabkömmlich. Auch ohne die Volkspolizei ging es nicht. Und daß die

<sup>25</sup> Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht vom 20.10.1992, BGBl I, S. 1814 und Zweites Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht vom 23. Juni 1994, BGBl I S. 1311.

<sup>26</sup> Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 1.7.1997, BGBl I, S. 1609, Inkrafttreten am 5.7.1997 bzw. 1.10.1997 bzw. 1.1.1998.

Räte und Funktionäre auf der lokalen Ebene zu entscheidenden Transmissionsriemen zentraler Politik gehörten, merkte man spätestens mit der Vorbereitung auf die erste freie Wahl vom 18.3.1990. Ohne loyale Bedienstete war nichts zu machen. Auf einen kompletten Transfer aus dem Westen konnte man wegen des Unwillens möglicher Kandidaten nicht rechnen, und darüber hinaus war das Heer der entlassenen Staatsbediensteten bereits groß genug, den Sozialetat bis an den Rand zu strapazieren. Im Februar/März 1990 kamen der Zentrale immer ungeheuerlichere Nachrichten über Eigenmächtigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung zu Ohren.<sup>27</sup> Weitere Verunsicherungen des Staatsapparates hätten die Situation ohne Zweifel verschlimmert.

So war es kein Wunder, daß Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung ganz auf Integration setzte und nicht einen Gedanken auf einen umfassenden Elitenwechsel verwendete. Gehen mußten die am deutlichsten Belasteten und das nicht allein wegen ihrer politischen Vergangenheit, sondern auch wegen augenscheinlicher Inkompetenz. Gehen mußten aber auch jene, die den „Wasserkopf“ der politisierten Diktatur bildeten: Parteifunktionäre und zahlreiche andere als überflüssig angesehene Bedienstete. Die zu entlassenden Mitarbeiter aus dem Justizdienst und anderer Staatsorgane – belastet oder nicht – erhielten jedoch bereits Mitte Dezember 1989 großzügige Abgangsregelungen, die ein Ausscheiden etwas leichter machten.

Versuchte Modrow zu Beginn, die Mitarbeiter der Stasi/AFNS auf ähnlich sanfte Weise umzuleiten oder finanziell abzufedern, so war hier die Toleranzgrenze der Öffentlichkeit erreicht. Am Ende konnten ehemalige Richter oder Staatsanwälte ihren Lebensabend gut abgesichert antreten, während die Kollegen vom MfS bereits im Januar 1990 schwere Disqualifizierungen aus dem Hause des SED-Politikers Modrow hinnehmen mußten. Unter dem Druck der Bürgerbewegung ließ er die Mitarbeiter des „Schildes und Schwertes der Partei“ fallen, sobald sie politisch nicht mehr zu halten waren. Bereits er ließ sie mit einem Beschluß zur Rücknahme ihrer Privilegien über die Klinge springen, auch wenn ihm das von seinen politischen Gegnern nicht honoriert wurde.<sup>28</sup> Die Frage der Überbrückungsgelder für Stasi-Mitarbeiter überdeckte auf diese Weise mit Getöse den sang- und klanglosen Übergang übriger Eliten.

<sup>27</sup> Vgl. Vorlage zur Lage in den Bezirken für die Ministerratssitzung vom 1.3.1990, in: BArch DA 1 1/2-2921.

<sup>28</sup> Beschluß des Ministerrates 10/I.a/90 vom 18.1.1990.

In Bonn war die Stimmung zweigeteilt. Wolfgang Schäuble wollte die Diskussion um die Übernahme von DDR-Funktionären in den Öffentlichen Dienst am liebsten ganz leise führen. SPD-Abgeordnete im Innenausschuß fragten süffisant an, wo denn die übliche Strenge bleibe, die bisher Regelanfragen selbst bei der Einstellung von Postboten vorsah.<sup>29</sup> Bereits Anfang 1990 beschäftigte den Innenausschuß die Sorge um ein mögliches „Einschleppen“ von ehemaligen Stasimitarbeitern in den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik. Ein „Zumachen“ der Stellen hätte jedoch große deutsch-deutsche und vielleicht sogar internationale Irritationen ausgelöst.

Schäubles Politik war, die Angelegenheit solange „tief zu hängen“ und Überläufe in Kauf zu nehmen, bis die Einigung unter Dach und Fach war. Selbst bei den in der Auslandsaufklärung tätigen ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AFNS wollte sich der neue gesamtdeutsche Staat mit einer möglichen Amnestie gerne großzügig zeigen. Das Wissen wichtiger Quellen, so Staatssekretär Neusel, sollte auf jeden Fall abgeschöpft werden.<sup>30</sup> Die Angst vor der Abwerbung durch osteuropäische Geheimdienste war größer als die Scheu vor einer möglichen Übernahme hochideologisierten Personals aus der Diktatur. In den anderen Bereichen gab der Einigungsvertrag den Behörden ein komfortables Sonderkündigungsrecht mit auf den Weg, das Arbeitnehmer „bei Nichtgebrauch“ oder ehemalige inoffizielle Mitarbeiter für die Staatssicherheit disqualifizierte.<sup>31</sup> Das neue Nadelöhr der alten Regelanfrage wurde die Nachfrage bei der Behörde des Bundesbeauftragten.

Bei den Richtern und Staatsanwälten war die Sache etwas verzwickter. Sie wurden gebraucht, waren aber besonders angewiesen auf eine möglichst weiße Weste. Die DDR-Justiz selbst hatte schon seit dem Herbst 1989 mit allseitigen Legitimationsproblemen zu kämpfen. Neben Bürgerreingaben und äußerst kritischen Medienberichten wurde sie auch vom Runden Tisch stark angegriffen. Das Verlangen nach Rehabilitation und Kassation verbot einen Wiedereinsatz der Juristen in den Strafsenaten für die Umkehrung ihrer einstigen Urteile. Gleichzeitig rückten immer neue Enthüllungen die gesamte Justiz ins Zwielflicht. Realpolitische Überlegungen der Entscheidungsträger retteten weite Teile der Justiz über den „Volkszorn“ hinweg. Der Runde Tisch verabschiedete eine Erklärung, die die DDR-Justiz als ganzes auf Kosten der Strafjustiz in Schutz nahm. Die

<sup>29</sup> Vgl. die Protokolle der Sitzungen Nr. 76 und Nr. 78 des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 7.2.1990 bzw. 7.3.1990.

<sup>30</sup> 84. Sitzung des Innenausschusses vom 9.5.1990, S. 53f.

<sup>31</sup> Anlage I zum Einigungsvertrag, Kapitel XIX, Abschnitt II, Ziffer 1 (5).

neue Volkskammer verabschiedete zwar ein Richtergesetz und ein Staatsanwaltsgesetz, das die Überprüfung jedes einzelnen vorschrieb, die Gremien kamen jedoch erst nach dem 3. Oktober zum Einsatz. Und Klaus Kinkel, damals Staatssekretär im Justizministerium, sagte im Rechtsausschuß des Bundestages unmißverständlich, daß schlichtweg der Mangel an Juristen im Beitrittsgebiet und der weit verbreitete Unwillen westdeutscher Beamter, in den „Busch“ zu gehen, zu einer weitreichenden Übernahme von DDR-Juristen in den Staatsdienst führen werde.<sup>32</sup>

## Fazit

Pragmatische Überlegungen haben in der Vergangenheitspolitik nach 1989/90 in den meisten Bereichen die Oberhand gewonnen. Die strafrechtliche Verfolgung von Regierungskriminalität begann bereits unter der Ägide der SED und diente während der Revolution – wenn auch letztendlich das Gegenteil erreicht wurde – einer Legitimierung und „Bereinigung“ eines angeblich nur von einigen wenigen korrumpierten Sozialismus. Die Aufklärung über die Vergangenheit in der DDR führte mit der Öffnung der Stasi-Akten zu einem Reservoir an strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Disqualifizierungsmöglichkeiten für Funktionseleiten des alten Systems. Rehabilitation und Wiedergutmachung verspricht jedoch anscheinend nur geringen politischen Gewinn und hängt von der Durchsetzungskraft einer starken Lobby ab. Daran zeigt sich, daß Moral nur eingeschränkt als Handlungsmaxime politikfähig war.

In der Frage des Elitenwechsels herrschte ebenfalls auf seiten der späten DDR und der Bundesrepublik Pragmatismus: Wer gebraucht wurde, konnte bleiben – solange nicht das Menetekel „Staatssicherheit“ auf die Stirn gebrannt war. Es war dabei relativ gleichgültig, welche staatstragende Rolle man in der DDR gespielt hatte. Wer nicht gebraucht wurde, mußte oft unter geschichtspolitischen Argumentationen gehen.

Vergangenheitspolitik ist, so legt die schlaglichtartige Analyse ihrer Dimensionen nahe, ein Handlungsgefüge, das den üblichen politischen Konstellationen von Macht, Interesse und Konsens unterliegt. Moral ist dabei eine von vielen argumentativen Ressourcen. Die Frage nach ihrem Gelingen oder Mißlingen ist also ganz entscheidend eine Frage des politischen Standpunktes und weniger eine, die sich wissenschaftlich nach allgemein ableitbaren moralischer Kategorien beantworten läßt.

*Petra Bock, Diplom-Politologin, Doktorandin im Projekt „Strafjustiz und DDR-Vergangenheit“ an der Humboldt-Universität zu Berlin*

<sup>32</sup> 98. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vom 14.10.1990, S. 70.

## WIPianer in blühenden Landschaften?

Nachruf auf ein Stück gelebter Solidarität im zusammenwachsenden Deutschland<sup>1</sup>

Gottfried Seifert

Berlin

In einer Presseerklärung mit dem Titel „Fünf Jahre deutsche Einheit – die blühenden Landschaften sind überall im Kommen“ hatte Zukunftsminister Rüttgers im Oktober 1995 das Ziel des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) nochmal klar definiert: „Als Bestandteil des Hochschulerneuerungsprogramms wurde das Wissenschaftler-Integrationsprogramm zur dauerhaften Eingliederung von Wissenschaftlern der ehemaligen Akademien in die Hochschulen der neuen Länder vereinbart“.<sup>2</sup> Ende 1996 sollte das Programmziel erreicht sein. Inzwischen ist die deutsche Einheit 7 Jahre alt. Unter den vielen Erfolgsmeldungen, die von Politikern aus diesem Anlaß zu vernehmen waren, ist merkwürdigerweise keine, die den Erfolg des WIP feiert.

Sind die im WIP Geförderten nun, nach Abschluß des Programms, in blühenden Landschaften oder wenigstens in Hochschulen angekommen? Im folgenden dazu eine Rückschau aus Sicht eines WIPianers, der auch versucht hat, im Rahmen der Möglichkeiten etwas für die Erfüllung des WIP-Ziels zu tun. Der Beitrag ergänzt den Zwischenbericht vom Frühjahr 1996.<sup>3</sup> Im einzelnen stehen dabei die Entwicklungen an den Hochschulen in Berlin im Vordergrund.

Sind die im WIP Geförderten nun, nach Abschluß des Programms, in blühenden Landschaften oder wenigstens in Hochschulen angekommen? Im folgenden dazu eine Rückschau aus Sicht eines WIPianers, der auch versucht hat, im Rahmen der Möglichkeiten etwas für die Erfüllung des WIP-Ziels zu tun. Der Beitrag ergänzt den Zwischenbericht vom Frühjahr 1996.<sup>3</sup> Im einzelnen stehen dabei die Entwicklungen an den Hochschulen in Berlin im Vordergrund.

<sup>1</sup> Peter Radunski, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin: „Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm ist ein Stück gelebter Solidarität im zusammenwachsenden Deutschland“, in: Presseerklärung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 20.2.1996.

<sup>2</sup> Jürgen Rüttgers: Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind überall im Kommen, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 182. – Alle Hervorhebungen in den Zitaten: G. S.

<sup>3</sup> Gottfried Seifert: Das Wissenschaftler-Integrations-Programm: Ein Instrument zum Aufbau einer blühenden Hochschul- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern?, in: *hochschule ost* 2/96, S. 179-190.

## Wie wurde man „WIPianer“?

*Evaluierungen – Wissenschaftsrat und Integrationsausschuß* Die politischen Konstrukteure der deutschen Einheit hatten im Einigungsvertrag (Art. 38) festgelegt, daß die DDR-Akademien (Akademie der Wissenschaften, Bauakademie, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften) aufzulösen sind. Im Vergleich etwa zur Abwicklung der IG Farben ging hier alles sehr schnell: Ende 1991 war die Akademie-Abwicklung planmäßig abgeschlossen. Ein mit der Wende plötzlich neu auftauchender Konkurrent im Kampf um Forschungsgelder war damit als Institution beseitigt.

Per Gesetz, und im März 1992 vom Bundesverfassungsgericht sanktioniert, wurden die unbefristeten Arbeitsverträge von etwa 36.000 WissenschaftlerInnen, wissenschaftlich-technischen und anderen MitarbeiterInnen zu wertlosem Papier. Die meisten dieser Personen verloren ihre berufliche Existenz. In neugeschaffenen bzw. erhaltenen Stellen der außeruniversitären Forschung fanden etwa 11.000 Personen Arbeitsmöglichkeiten. Nach mehreren Evaluierungen wurden Anfang 1992 außerdem etwa 2.000 der ehemaligen Akademie-MitarbeiterInnen als EinzelwissenschaftlerInnen oder als Forschungsgruppen in die Förderung über das Wissenschaftler-Integrationsprogramm aufgenommen.

Besonders wichtig war dabei die *Evaluierung durch den Wissenschaftsrat*, der diesen Personen mit ihren Projekten die Empfehlung „Eingliederung in eine Hochschule“ gegeben hatte. Für diese Empfehlung kamen grundsätzlich nur Arbeitsgebiete und Projekte der Grundlagenforschung in Frage. Das wissenschaftspolitische Ziel bestand darin, vom Wissenschaftsrat als wertvoll erkanntes Forschungspotential zu erhalten und gleichzeitig Forschung und Lehre an den Hochschulen zu stärken.<sup>4</sup> Das vom Wissenschaftsrat (unter Federführung seines damaligen Vorsitzenden Prof. Dieter Simon) konzipierte Wissenschaftler-Integrationsprogramm war das Förderinstrument zur Umsetzung dieser Empfehlung, mit dem die Zeit bis zur endgültigen Eingliederung überbrückt werden sollte.<sup>5</sup> Bund und neue Länder waren die Verantwortlichen für das Programm. Um eine WIP-Förderung zu erreichen, waren bis zum 10. September 1991 Projektanträge

<sup>4</sup> Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Wege zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen, 6.7.1990; Winfried Benz, Generalsekretär des Wissenschaftsrats: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum WIP und deren Umsetzung, in: GEW (Hrsg.): WIP – Leistungen und Perspektiven. Tagung der GEW und des WIP-Rats, 5. Dezember 1995, Humboldt-Universität Berlin. (Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung 80), S. 42-44.

<sup>5</sup> Jürgen Schlegel, Generalsekretär der BLK: Chancen und Grenzen des neuen Hochschulsonderprogramms, in: GEW, a.a.O. (Anm. 4), S. 29-35.

zu stellen, über die der sogenannte *Integrationsausschuß* zu Gericht saß. Dieser Ausschuß war von den Wissenschaftsministern der neuen Länder berufen worden und bestand im wesentlichen aus Vertretern der großen Wissenschaftsorganisationen der alten Bundesrepublik. Den (etwa 1.600) erfolgreichen Antragstellern wurden die Förderzusagen wenige Tage vor Auslaufen ihrer gemäß Einigungsvertrag befristeten Arbeitsverträge, praktisch als Weihnachtsgeschenk des Jahres 1991, zugestellt. Anfang 1992 gab es noch eine Ergänzungsausschreibung zum WIP, die für weitere (etwa 350) Bewerber einen positiven Ausgang hatte.

Die gegen Ende 1991 bedrohlich zunehmende Unsicherheit der beruflichen Zukunft hatte viele MitarbeiterInnen der Akademien bereits vorher veranlaßt, sich vorsorglich (erstmalig in ihrem Leben) arbeitslos zu melden. Der Weg vom Arbeitsplatz zum Arbeitsamt war oft sehr kurz: Die Arbeitsämter hatten in Ballungsgebieten der Akademien, z.B. in Berlin-Adlershof, Zweigstellen eingerichtet, um dem auf sie zukommenden Ansturm der zum 31. 12. 1991 arbeitslos werdenden Akademie-MitarbeiterInnen gewachsen zu sein. Übrigens ein schöner Zug vom Arbeitsamt: Wenn die Leute schon ohne die im Westen in solchen Fällen übliche Abfindung und ohne Sozialpläne ihren Arbeitsplatz verlieren, dann sollte ihnen der erste Gang zur zuständigen Behörde wenigstens möglichst leicht gemacht werden. Die in den Kreis der WIP-Geförderten Aufgenommenen konnten diesen Schritt nun wieder rückgängig machen. So wurden von Wissenschaftsrat und Integrationsausschuß positiv evaluierte WissenschaftlerInnen und wissenschaftlich-technische MitarbeiterInnen, denen die unbefristeten Arbeitsplätze durch Liquidierung der DDR-Akademien genommen wurden, zunächst einmal zu „WIPianern“.

*Laufzeit und finanzielle Ausstattung des WIP:* Für die Umsetzung der Wissenschaftsrats-Empfehlung waren ursprünglich zwei Jahre (1992-1993) veranschlagt worden. Bald nach Anlaufen des WIP wurde klar, daß in dieser Zeit das Ziel nicht zu erreichen war. Der Wissenschaftsrat, der zuständige Bundestagsausschuß, der „WIP-Administrator“ KAI e.V., Gewerkschaften und nicht zuletzt die spontan gewählten Sprecherräte der Betroffenen<sup>6</sup> setzten sich für eine Verlängerung der Laufzeit ein.

<sup>6</sup> Beispielsweise Sprecherrat der WIP-Fördergruppen in Berlin-Adlershof: Denkschrift zur Situation der über das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) geförderten Arbeitsgruppen und Einzelwissenschaftler der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, Berlin, 18.5.1992, u.a.: 6 Forderungen, darunter Verlängerung der Laufzeit des WIP auf fünf Jahre.

Nach einigem Hin und Her kamen schließlich auch die Verantwortlichen in Bund und neuen Ländern zu dieser Überzeugung und reagierten entsprechend im Rahmen der Revision des Hochschülerneuerungsprogramms (HEP).<sup>7</sup> Für seine dann auf 5 Jahre verlängerte Laufzeit (1992-1996) wurde das WIP von Bund und neuen Ländern einschließlich Berlin mit 600 Mio. DM (Personal- und Sachmittel) ausgestattet.<sup>8</sup> Durch einen hohen Bundesanteil an der Finanzierung (etwa 500 Mio. DM) wurde der Tatsache entsprochen, daß es sich hier um eine gesamtstaatliche *vereinigungsbedingte* Aufgabe handelt.

### Auf gutem Weg

*Ein Dach für die WIPianer – KAI e.V.:* In den ersten Jahren schien alles in Richtung auf das Ziel des WIP hin zu laufen. Die „Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den neuen Ländern“ (KAI e.V.) hatte zunächst (1992-1993) die Administration des Programms übernommen. Unter diesem Dach konnten die WIPianer die für ihre Eingliederung wichtigen fachlichen Verbindungen zu Hochschulinstituten aufbauen oder verstärken, zum Teil auch ihre Arbeitsmittel auf modernen Stand bringen. Die Hochschulen im Westteil Berlins waren als „Integrationsadressen“ eingeschlossen. Auch bestimmte hochschulnahe außeruniversitäre Einrichtungen wurden unter bestimmten Voraussetzungen noch als Ziele zugelassen.<sup>9</sup>

Mit der „Wende“ wurden für WissenschaftlerInnen der ehemaligen DDR persönliche Kontakte zu FachkollegInnen aus der alten Bundesrepublik und dem westlichen Ausland mehr oder weniger problemlos möglich. Während die in der DDR als „Reisekader“ eingestuft ihre alten Verbindungen weiter nutzen konnten, hatten diejenigen, denen dieses Privileg (im allgemeinen aus politischen Gründen) verwehrt worden war, hier einen hohen Nachholbedarf. Die Zeit bei KAI wurde vielfach zum Aufbau fachlicher Beziehungen in dieser Richtung genutzt.

<sup>7</sup> Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern (HEP), revidierte Fassung vom 9.7.1992; Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell, 16/92, Bonn 1992, Art. 8, Abs.1: „Zur Eingliederung von wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Einzelforschern in die Hochschulen werden in den Jahren 1992 bis 1996 Mittel in Höhe von 600 Mio. DM bereitgestellt. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats bilden dabei die Grundlage. Die Förderung endet für diejenigen am 31. Dezember 1993, deren Eingliederung zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet ist.“

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Beschluß der BLK vom 4.10.1993: Weitere Durchführung des WIP.

Rückblickend betrachtet waren die zwei Jahre unter der Administration der KAI wohl für die meisten WIPianer eine zwar problembeladene, aber von intensiver wissenschaftlicher und organisatorischer Aktivität geprägte, gute Zeit. Dazu trug insbesondere bei, daß neben der Bearbeitung der Projekte die Anknüpfung und Pflege von Kooperationsbeziehungen, die Teilnahme an Tagungen, Drittmittelaktivitäten und auch der Einsatz der aus dem WIP zur Verfügung stehenden Sachmittel im wesentlichen in eigener Verantwortung der WissenschaftlerInnen erfolgen konnten. Diese Freiheiten waren für die meisten weder früher in den DDR-Akademien noch später nach der Anbindung an Hochschulen oder außeruniversitäre Einrichtungen gegeben.

Allerdings spielte das bei KAI e.V. geparkte WIP-Potential in den damals laufenden Personalplanungen der Hochschulen so gut wie keine Rolle. Die vorhandenen regulären Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen wurden anderweitig besetzt oder freigehalten, bis die neuen Hochschullehrer berufen werden konnten. Professorenstellen gingen vorzugsweise an West-Importe. Vermutlich rechnete man auch damit, daß die WIPianer über politische Lösungen ohnehin noch an die Hochschulen kommen würden. Die befristeten „Arbeits- und Förderverträge“ wichen zum Nachteil der WIPianer nicht unbeträchtlich von den Bestimmungen des BAT-O ab. Viele WIPianer wurden qua Dienstaltersstufe verjüngt. Darüber hinaus gab es jetzt z.B. keine Eingruppierung nach Tätigkeitsmerkmalen und keinen Bewährungsaufstieg. Daraus ergaben sich gegenüber der Eingruppierung nach BAT-O, die Mitte 1991 noch erfolgt war, zum Teil erhebliche Einbußen und auch offensichtliche Ungerechtigkeiten, gegen die man angehen mußte. Protesten wurde seitens KAI entgegengehalten, daß es sich beim WIP um eine Förderung mit dem Ziel einer baldmöglichen Integration in eine Hochschule handele und die Bezahlung bis dahin in Anlehnung an die Förderpraxis der DFG erfolge. Da den WIPianern im Gegensatz zu vielen anderen Akademie-KollegInnen eine Beschäftigungsperspektive, und dazu noch eine im wissenschaftlichen Bereich, zugesagt war, sahen die meisten diese Dinge nicht verbissen. Hatten sie doch ein klares und erstrebenswertes Ziel: die Integration in Hochschulen!

*Integrationszusagen der Politik:* Über einen Mangel an Zusagen, Versprechungen und Verpflichtungen verantwortlicher Politiker und Gremien, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats ohne Abstriche umzusetzen, damit insbesondere auch die dauerhafte Eingliederung in die Hochschulen zu

hochschule ost 2/1998

realisieren, konnten sich die WIPianer nicht beklagen.<sup>10</sup> Die Wissenschaftsminister des Bundes und der neuen Länder beteuerten sowohl einzeln als auch im Ergebnis mehrerer Treffen in den Jahren 1991 bis 1993, daß es ihnen mit der dauerhaften Eingliederung ernst sei und daß sie dazu zusätzliche „Stellenpools“ einrichten werden. Um diese Ziele zu erreichen, „bekräftigten (sie) ihre auf dem vorangegangenen Ministertreffen bekundete Entschlossenheit“, „äußerten (sie) ihre Zuversicht“ und „bekräftigten (sie) ihren Willen“.<sup>11</sup>

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) versprach, das Erreichen des WIP-Ziels zum ständigen Gegenstand ihrer Arbeit zu machen; der Arbeitskreis zum Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) sollte „zu gegebener Zeit Vorschläge vorlegen“, um die „Voraussetzungen für eine dauerhafte Integration in die Hochschulen zum Haushaltsjahr 1997“ zu schaffen.<sup>12</sup> 1995 bestätigte die BLK in einem Rückblick auf bis dahin gefaßte Beschlüsse, „daß eine dauerhafte, über 1996 hinausgehende Integration angestrebt war“.<sup>13</sup>

Das revidierte HEP, eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, sah in Anlage 1b vor, „daß die Länder im Haushalt 1993 die entsprechenden Stellenplanmaßnahmen an den Hochschulen (*ausreichende Anzahl von zusätzlichen Planstellen in einem Stellenpool für befristete und unbefristete*

<sup>10</sup> Vgl. dazu Gottfried Seifert: Gibt es Integrationszusagen oder nicht?, in: *Berliner Debatte Initial* 8 (1997) Heft 1/2, S. 185-189.

<sup>11</sup> (a) Treffen der Wissenschaftsminister mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats am 19.9.1991 in Dresden (vgl. *KAI-Info* Nr. 12, Oktober 1991). (b) Treffen der Wissenschaftsminister am 17.9.1992 in Berlin; Abschlusserklärung: Anschub für Forschung Ost. (c) Bericht über ein weiteres Treffen der Wissenschaftsminister: Pressemitteilung der BLK 6/1993 vom 15.3.1993. (d) Pressemitteilung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Gebhard Ziller, vom 9.7.1992. (e) Staatsminister Prof. Meyer, Freistaat Sachsen: „Wir bekennen uns zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats, zu denen es keine Alternative gibt, und die wir umzusetzen gewillt sind, jedoch nicht als Torso“, in: *KAI-Info* Nr. 12, Oktober 1991.

<sup>12</sup> Schreiben von Jürgen Schlegel, Generalsekretär der BLK, an den Vorstand des WIP-Rats vom 28.12.1994.

<sup>13</sup> Jürgen Schlegel: „...in der Zusammenschau der Beschlüsse wird aber deutlich, daß eine dauerhafte, über 1996 hinausgehende Integration angestrebt war. Dies ergibt sich insbesondere aus den Beschlüssen des Jahres 1993, wo von der *Bereitstellung von Dauerstellen* neben Zeitstellen und der Bildung von Stellenpools gesprochen worden ist, um die dauerhafte Integration ohne Entlassung des derzeit an den Hochschulen tätigen Personals zu erreichen. Dies wäre nicht nötig gewesen, wenn Bund und Länder eingewilligt wären, daß mit Ablauf des Programms eine Integration nicht mehr angestrebt wäre.“ Schreiben an Heinz Tiersch (WIP-Gruppe Astronomie, Universität Potsdam) vom 11.9.1995.

hochschule ost 2/1998

stete Dienstverhältnisse, kw-Stellen, usw) geschaffen haben müssen“, um die Aufnahme der WIP-Geförderten zu sichern, ohne bereits vorhandenes Personal entlassen zu müssen.<sup>14</sup> Die Regierungschefs der neuen Länder und Berlins erteilten ihre rechtlich verbindliche Zustimmung zu einem Beschluß der BLK, wonach die Länder erklären, daß zum 1. Januar 1994 „die in der Bereitstellung von Beschäftigungspositionen bestehenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des WIP“ geschaffen werden.<sup>15</sup> Was kann „erfolgreiche Durchführung des WIP“ anderes bedeuten als das Ziel des WIP zu erreichen? Selbst die Bundesregierung lehnte sich bezüglich der Zukunft der WIPianer weit aus dem Fenster: „Bis zum 31. Dezember 1996 müssen die Betroffenen von den Hochschulen übernommen sein.“<sup>16</sup>

Für das Land Berlin kündigte Prof. Erhardt als Wissenschaftssenator der CDU/SPD-Koalition schon 1992 ein *Landesprogramm* („Berliner WIP“) an, um die Berliner WIPianer, die sich an den Hochschulen bewähren, für die Zeit nach 1996 in jedem Fall abzusichern:

„...Die so gewonnene Zeit (d.h. die durch die Verlängerung des WIP von zwei auf fünf Jahre zusätzlich zur Verfügung stehenden drei Jahre, G. S.) müssen die WIPianer zur weiteren arbeitsmäßigen Integration und die Hochschulen durch Berufungen und Übernahme auf unbefristete Planstellen nutzen. Für diejenigen, die bis Ende 1996 leer ausgegangen sind, sich aber durch 'herausragende Leistungen' in der Hochschule bewährt haben, müssen alternative Wege einer dauerhaften Einbindung ('Berliner WIP') erwogen werden.“<sup>17</sup>

Dieses Vorhaben wurde vom Senator im Dezember 1995 auf der Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“ erneut bekräftigt. Was sollte da noch schiefgehen mit der dauerhaften Eingliederung in die Hochschulen?

## Die WIPianer an den Hochschulen

*WIPianer klopfen an die Hochschultüren:* Anfangs war es keineswegs so, daß alle Hochschulen begeistert gerufen hätten: „WIPianer? Her damit!“

<sup>14</sup> Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung (HEP), a.a.O (Anm. 7).

<sup>15</sup> Weitere Durchführung des WIP/Zustimmung der Regierungschefs, BLK-Drs. – K 93.29 vom 11.8.1993.

<sup>16</sup> Bericht der Bundesregierung zur Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im vereinten Deutschland, in: Drs. 12/4629 vom 24.3.1993.

<sup>17</sup> Integration in Berlin kann anlaufen. Senator Erhardt: Berlin steht zu seinen Zusagen, in: *WIP-express* 6/92 (Bericht über das sog. KAI-Bibliotheksgespräch am 16.12.1992).

Zunächst war da die Angst, daß doch irgendwelche Kosten auf sie zukommen könnten, die angesichts der allgemeinen Sparzwänge nicht zu verkraften wären. Dann entstand in dem einen oder anderen Institut vielleicht auch die Frage, ob man sich mit diesen WIP-Leuten nicht WissenschaftlerInnen ins Haus holt, die eine gewisse Unruhe in die bislang laufenden Forschungsarbeiten bringen und unangenehme Konkurrenzsituationen, z.B. auch durch Lehrangebote, hervorrufen könnten.

Insbesondere die Hochschulen im Westteil Berlins, die durch den Umbruch in der DDR so gut wie unbehelligt geblieben waren und die an ihren eingefahrenen Strukturen festhalten konnten (und wollten), taten sich anfangs zum Teil schwer mit der Aufgabe, nun „WIPianer“ und „WIP-Gruppen“ zu integrieren. Für viele der dort etablierten ProfessorInnen kamen vereinigungsbedingte Konzepte wie ein sogenanntes „Wissenschaftler-Integrationsprogramm“ gleichsam aus einer anderen Welt. Auch kannten sie ihre Politiker schon länger und gaben nicht allzuviel auf deren Versprechungen, den Hochschulen zusätzliche Stellen für die dauerhafte Eingliederung der WIPianer zur Verfügung zu stellen; schließlich sahen sie sich andererseits mit Sparauflagen der Politik konfrontiert. Es gab durchaus auch Berührungsängste und Vorurteile zwischen Ost und West, und zwar auf beiden Seiten.

*Anbindung an die Hochschulen:* WIP-Geförderte und Zieleinrichtungen fanden aber schließlich doch zueinander. Anfang 1994 gelang es fast allen WIPianern, Arbeitsverträge mit ihren „Integrationsadressen“ abzuschließen. Von den Berliner WIPianern gingen 88% an Hochschulen, davon 7% an Fachhochschulen, und 12% an hochschulnahe außeruniversitäre Einrichtungen. An den Fachhochschulen wurden auch von WIPianern getragene An-Institute gebildet. Voraussetzung für eine Übernahme waren Arbeitszusammenhänge, die aus Sicht der Hochschulen fachlich sinnvoll waren. Die Entscheidung darüber wurde in jedem Fall von den Hochschulen getroffen; im Vorfeld mußten sich die WIPianer praktisch einer dritten Evaluierung unterziehen. Die Hochschulen erhielten ohne eigene finanzielle Aufwendungen leistungsfähige MitarbeiterInnen. Rechentechnik und experimentelle Ausrüstungen, darunter vollständig eingerichtete Labore von Forschungsgruppen, konnten sie kostenfrei übernehmen. Damit waren erst einmal die materiellen Arbeitsmittel ohne viel Aufhebens in die Hochschulen eingegliedert, und zwar dauerhaft. Was in Einzelfällen nach Auslaufen des WIP mit z.T. wertvollen Apparaturen geschah, steht auf einem anderen Blatt.

Bei den *Personen* dagegen sah es etwas anders aus: Die angebotenen

Verträge waren bis zum Ende der WIP-Laufzeit befristet. Im Vertrauen auf die politischen Zusagen einer letztlich unbefristeten Eingliederung und natürlich auch mangels Alternativen nahmen die WIPianer in der Regel die befristeten Beschäftigungsangebote an. Es war dies im übrigen der vierte befristete Arbeitsvertrag seit Inkrafttreten des Einigungsvertrags. Im Unterschied zu den Verträgen mit KAI e.V. gab es prinzipiell keine Abstriche am BAT/BAT-O. Auf eine Probezeit wurde ausdrücklich verzichtet(!). In Berlin und einigen anderen neuen Ländern kam es aber zu langwierigen und für die Betroffenen in der Sache kaum nachvollziehbaren Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Vordienstzeiten im Rahmen des BAT/BAT-O.<sup>18</sup> Nachdem die Akademie-Institute dann endlich als Vorgänger-Einrichtungen des Landes anerkannt waren, wurde ein nächstes tiefgründiges Problem konstruiert: Können die zwei Jahre bei KAI e.V. als Beschäftigungszeiten im öffentlichen Dienst gewertet werden oder ist damit eine Unterbrechung der im öffentlichen Dienst zurückgelegten Zeiten eingetreten? Es ist müßig, diese aufreibenden Kämpfe heute im einzelnen nachzuzeichnen. Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften, vor allem der GEW, und der WIP-Räte wurden letztlich die Lösungen erreicht, die der gesunde Menschenverstand von Anfang an nahegelegt hatte.

Mit Ausnahme der letzten drei Monate der WIP-Laufzeit galten in Berlin zwei Tarifzonen im öffentlichen Dienst: in Berlin-West wurde nach BAT, in Berlin-Ost nach BAT-O vergütet. Zur Anwendung der unterschiedlichen Tarife gab es juristische Auseinandersetzungen.<sup>19</sup> Fragen bezüglich des anzuwendenden Tarifs entstanden auch für WIPianer, die an den Hochschulen im Westteil Berlins angestellt waren. Von diesen hatten einige ihren Arbeitsplatz in den Gebäuden der Hochschule, andere nutzten nach wie vor ihre (während der WIP-Laufzeit vom Senat finanzierten) früheren Arbeitsplätze im Ostteil Berlins. Die Vergütung wurde schließlich so geregelt, daß der Standort des Schreibtischs und nicht der Sitz des Arbeitgebers das ausschlaggebende Kriterium war. Die Anbindung der aus dem Osten kommenden WIPianer an Hochschulen im Westteil Berlins hatte im übrigen in vielen Fällen einen nicht zu unterschätzenden Nebeneffekt: Wohl nirgends werden Vorurteile zwischen Ost und West so gründlich in Frage gestellt wie in der täglichen Zusammenarbeit.

<sup>18</sup> Vorstand des WIP-Rats: WIP-Memorandum. Verwirklichung des Wissenschaftler-Integrationsprogramms im Hochschulerneuerungsprogramm (HEP), September 1994. Vgl. auch WIP. Clever ending story oder Die Differenz von Anbindung und Einbindung, in: *hochschule ost* 5-6/95, S. 30-32.

<sup>19</sup> „Feuerwehrurteil“ des Bundes arbeitsgerichts vom 26. 10. 1995

An den Hochschulen wurden die WIPianer und die WIP-Gruppen bestimmten Hochschullehrern, den sogenannten Mentoren, zugeordnet. Die Zusammenarbeit zwischen WIPianern und *Mentoren* entwickelte sich unterschiedlich. Das Spektrum reichte vom mehr oder weniger formalen Abarbeiten des unbedingt Nötigen bis hin zu gemeinsamen Aktionen wie die Durchführung von Fachtagungen oder die Vorbereitung eines DFG-Sonderforschungsbereichs.

Ähnlich unterschiedlich war die *Einbeziehung der WIPianer in die Lehre*. Der Umfang der Lehrverpflichtungen hing hauptsächlich vom Mentor bzw. dem Institut, in gewissem Maße auch von den Angeboten der WIPianer ab. Manche Institute standen zusätzlichen Vorlesungsangeboten ablehnend gegenüber, in anderen waren sie sehr willkommen. Einige WIPianer waren mit Vorlesungen und Seminaren fast zugedeckt, andere gaben ihre Erfahrungen bei der Betreuung von Praktikanten, Diplomanden oder Doktoranden bzw. in Spezialseminaren weiter, andere wiederum widmeten sich voll den Forschungsaufgaben und hatten wenig mit Studenten zu tun.

Daß von WIPianern in hohem Maße wertvolle Beiträge in Forschung und Lehre erbracht wurden, wurde sowohl von Hochschulen<sup>20</sup> als auch von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)<sup>21</sup> anerkannt und bestätigt. Nachdem die Hochschulen erkannt hatten, daß mit den WIPianern leistungsfähiges Personal ins Haus gekommen war, setzten sie sich nicht zuletzt aus eigenem Interesse für den Verbleib der WIP-Geförderten bei ihnen ein. Sie machten dabei aber auch auf die Probleme aufmerksam, die sie Ende 1996 auf sich zukommen sahen, wenn die politisch zugesagten zusätzlichen Stellen nicht realisiert werden. Als Beispiel eine Stellungnahme der TU Berlin.<sup>22</sup>

„Die Integration dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeitszusammenhänge der Universität ist durchweg gut gelungen. Bei der Einwerbung von Drittmitteln stehen die WIP-Wissenschaftler inzwischen dem Durchschnitt der TU-Wissenschaftler nicht nach. [...] Eine befriedigende Lösung der WIP-Problematik, die das Versprechen einlöst, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses

<sup>20</sup> Einige Beispiele: Geleitwort des Präsidenten der TU Berlin, in: WIP-Rat der TU Berlin (Hrsg.): Das Wissenschaftler-Integrations-Programm an der Technischen Universität Berlin, Berlin 1996; Vorwort des Rektors der TU Dresden, in: WIP-Rat der TU Dresden (Hrsg.): WIP an der TU Dresden, Dresden 1995; Stellungnahme der Universität Potsdam, vgl. Josef Lange: Die Hochschulen und die Umsetzung des WIP, in: GEW, a.a.O. (Anm. 4), S. 36-41.

<sup>21</sup> Entschließung des 175. Plenums der HRK vom 20./21.2.1995, Entschließung des 77. Senats der HRK vom 30.1.1996.

<sup>22</sup> Schreiben des 1. Vizepräsidenten der TU Berlin, Prof. Steinmüller, an die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Edelgard Bulmahn, vom 7.3.1996.

Programms wie den Universitäten bei seiner Inangriffnahme zumindest politisch gegeben worden ist, ist nur denkbar über eine Sonderfinanzierung personengebundener Dauerstellen für diejenigen Angehörigen des Programms, die sich in fachlicher Hinsicht bewährt haben.“

*Strukturelle Fragen der Eingliederung:* Die dauerhafte Eingliederung erwies sich für die Hochschulen nicht nur als eine finanzielle, sondern auch als eine strukturelle Frage. Auch angesichts der bei ihnen vorhandenen Stellenkategorien sahen die Hochschulen Probleme auf sich zukommen. Das betraf in erster Linie die Fachhochschulen, wo wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit dem Schwerpunkt Forschung nicht die Regel sind (obwohl immer mal wieder davon geredet wird, die Forschung an den Fachhochschulen auszubauen). Viele WIPianer an Fachhochschulen engagierten sich demzufolge auch stark in der Lehre.

Die Universitäten der neuen Länder verfügten nach der 1:1-Übertragung der Personalstrukturen von West nach Ost nicht mehr über ihren früheren, unbefristet angestellten „Mittelbau“, der eigenverantwortlich in Forschung und Lehre tätig war. Dort hätten die meisten WIPianer aber strukturell ihren Platz finden müssen, wenn die Sonderregelungen des HEP (Schaffung des zusätzlichen Stellenpools) nicht greifen würden. Dem stand entgegen, daß an den Hochschulen diese Beschäftigungspositionen in großer Anzahl wegfielen und langjährig beschäftigte und bewährte Hochschul-MitarbeiterInnen entlassen werden mußten. Auch unabhängig vom WIP muß wohl über den (Wieder-)Aufbau eines Mittelbaus weiter intensiv nachgedacht werden. Schließlich gab es in den Hochschulen der DDR aufgrund dieses Mittelbaus „vergleichsweise günstige Betreuungsrelationen“,<sup>23</sup> die auch im vereinten Deutschland erstrebenswert sind. Das wäre dann endlich mal ein Beispiel dafür, daß Strukturen aus der DDR Einfluß auf die gesamtdeutschen Hochschulen haben.

Allein durch die Besetzung neu geschaffener oder freiwerdender (und dann nicht durch Sparauflagen wegfallender) Professorenstellen war die Integration der 1.030 (Stand 1995),<sup>24</sup> zum großen Teil hochspezialisierten WIP-WissenschaftlerInnen schließlich nicht möglich. Es kam hinzu, daß bei den Berufungen die vom Wissenschaftsrat sinnvollerweise gewollte Ost-West-Durchmischung zur Einbahnstraße von West nach Ost wurde und die WIPianer dabei im wesentlichen außen vor blieben. Die wenigen an den Universitäten vorhandenen Dauerstellen für wissenschaftliche Mit-

<sup>23</sup> a.a.O. (Anm. 16).

<sup>24</sup> GEW, a.a.O. (Anm. 4): Dokumentation der Tagungsbeiträge, GEW-Presseinformationen, statistische Angaben zum WIP usw.

arbeiter sind speziellen Aufgaben vorbehalten und standen auch schon deshalb für WIPianer im allgemeinen nicht zur Verfügung, weil sie schlicht und einfach besetzt waren.

Aber so war die Realisierung des WIP-Ziels von Anfang an auch nicht gedacht: Zum WIP-Ziel gehört der im HEP vereinbarte zusätzliche Stellenpool. Nur mit diesen zusätzlichen Stellen wäre es möglich gewesen, die strukturellen Probleme bei der dauerhaften Eingliederung der WIPianer zu umgehen. Daß ohne zusätzliche Dauerstellen die wissenschaftspolitische Zielstellung des WIP nicht zu erreichen ist, war sowohl denen klar, die das revidierte HEP vereinbart hatten, als auch den betroffenen WIPianern.<sup>25</sup> Die Folgen für das Versagen der Ersteren haben heute allein die Letzteren zu tragen.

Einige Hochschulen, z.B. die TU Berlin,<sup>26</sup> haben der Bundes- und Landespolitik schon frühzeitig die wesentlichen konkreten Fragen zur erfolgreichen WIP-Durchführung vorgelegt. Dort war man nicht bereit, die Integrationsversprechen durch konkrete Zusagen an die Hochschulen zu untermauern. Vermutlich spielte dabei das fortwährende Gerangel zwischen Bund und Ländern zur Frage der Finanzierung des WIP-Potentials nach 1996 die Hauptrolle. Die Hochschulen hüteten sich denn auch weitestgehend vor verbindlichen Integrationszusagen und verwiesen auf die Notwendigkeit belastbarer politischer Entscheidungen. Die WIPianer behielten damit im Rahmen der Universitätsstruktur immer einen gewissen *Sonderstatus*; z.B. blieb ihnen die Mitarbeit in Universitätsgremien, etwa den Institutsräten, im allgemeinen verwehrt. Auch die Einwerbung von Drittmitteln wurde mit herannahendem Ende des WIP immer komplizierter; schließlich forderten die Drittmittelgeber im allgemeinen eine Garantie dafür, daß Antragsteller und Projektbearbeiter für die gesamte Projektlaufzeit einen gesicherten Arbeitsplatz hatten.

Die Zusammenarbeit zwischen den WIP-Räten und den Leitungen der Hochschulen konnte deshalb durchaus konstruktiv sein. Aus eigener Erfahrung möchte ich hierfür das Beispiel der TU Berlin anführen, wo der WIP-Rat in Herrn Karl Schwarz von der Planungsgruppe einen stets ansprechbaren Partner hatte, mit dem nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern auch Probleme (sofern sie unterhalb der Ebene der dauerhaften Eingliederung lagen!) gelöst wurden.

Sofern die Gauck-Behörde, die in jedem Einzelfall befragt wurde, kei-

<sup>25</sup> Vgl. Vorstand des WIP-Rats, a.a.O. (Anm. 18).

<sup>26</sup> a.a.O. (Anm. 22); Schreiben des Präsidenten der TU Berlin, Prof. Schumann, an den Senator für Wissenschaft und Forschung, Prof. Erhardt, vom 23.11.1994.



ne IM-Tätigkeit oder ähnliches zutage förderte, konnten die WIPianer jedenfalls erst einmal bis 1996 an ihren „Integrationsadressen“ arbeiten. Die Zögerlichkeit der Hochschulen bezüglich perspektivischer Aussagen verursachte natürlich gewisse Irritationen. Die gegebenen politischen Zusagen und die Überzeugung, einen spezifischen Beitrag in die gesamtdeutsche Forschung einbringen und konkurrenzfähige Leistungen anbieten zu können, ließen aber wohl die meisten WIPianer wenigstens während der ersten Zeit ihrer „Hochschullaufbahn“ glauben, auf einem guten Weg zu sein.

### Der Weg wird steinig

*Bund und/oder Länder – Wer hat die Verantwortung?* Mit fortdauernder Laufzeit des WIP nahm bei den Verantwortlichen der politische Wille zur dauerhaften Eingliederung dieses Ost-Forschungspotentials in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft immer mehr ab. An die gegebenen Zusagen ließen sie sich immer weniger gern erinnern. In der Berliner Landespolitik erfolgte der Rückzug vom Ziel des WIP praktisch schlagartig mit dem Wechsel im Amt des Wissenschaftssenators im Frühjahr 1996.

Bund und Länder warfen sich gegenseitig den Ball zu, wenn es um die Finanzierung der WIPianer nach 1996 ging. Dieses unwürdige und im einzelnen kaum zu durchschauende Spiel wurde letztlich auf dem Rücken der WIP-Geförderten ausgetragen. Der Bund war bestrebt, sich aus dem vereinigungsbedingten Problem herauszumanövrieren; er verschanzte sich hinter den Regeln der alten Bundesrepublik und führte ins Feld, daß Finanzierung von Hochschulpersonal „im Normalfall“ Ländersache sei. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß die gesetzlichen Regelungen der alten Bundesrepublik keinesfalls für den Fall gemacht waren, daß zwei unterschiedlich strukturierte Wissenschaftslandschaften zu vereinigen waren. Die Vertretungen der WIPianer und die GEW forderten daher, daß der Bund in der Verantwortung bleibt. Die neuen Länder hatten aber offenbar Zusagen gegeben und Verpflichtungen übernommen,<sup>27</sup> aus denen der Bund seine Haltung rechtfertigen konnte. In einem Schreiben des Bundeskanzleramts vom 9. August 1996 an den Verfasser heißt es dazu: „Das Engagement des

<sup>27</sup> Gebhard Ziller, Staatssekretär im BMFT: „Im Rahmen der Revision des Hochschulerneuerungsprogramms 1992 hatten sich die Länder verpflichtet, eine ausreichende Anzahl von zusätzlichen Planstellen für befristete und unbefristete Dienstverhältnisse, kw-Stellen usw. oder andere Maßnahmen mit vergleichbarer Wirkung zu schaffen, damit die Integration erfolgen kann, ohne daß die Hochschulen [...] Personal zusätzlich entlassen müssen.“ Aus Schreiben an MdB Emil Schnell vom 12.7.1994; vgl. auch Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung (HEP), a.a.O. (Anm. 7), Anlage 1b; a.a.O. (Anm. 15).

Bundes (bei der Finanzierung des WIP, G. S.) war an die Zusage der Länder gebunden, für die WIP-Geförderten Beschäftigungspositionen zu schaffen, auf denen sie dauerhaft untergebracht werden.“

*WIPianern an Berliner Hochschulen droht das Aus:* Im Gegensatz dazu wurde von der CDU/SPD-Koalition in Berlin unter dem neuen Wissenschaftssenator Peter Radunski im Frühjahr 1996 plötzlich keine Möglichkeit mehr gesehen, das 1992 angekündigte und im Dezember 1995 nochmals bekräftigte Vorhaben eines Landesprogramms nun konkret umzusetzen. Die Haltung der Berliner Wissenschaftsverwaltung gegenüber den WIPianern wurde immer restriktiver. Bis zur Mitte des Jahres 1996 spitzte sich die Lage derart zu, daß praktisch allen an Berliner Hochschulen arbeitenden WIPianern für Anfang 1997 die Eingliederung in die Schlangen vor den Arbeitsämtern drohte. Von der Politik wurde das WIP-Potential nicht mehr als eine Chance für den Wissenschaftsstandort Berlin, sondern nur noch als ein die Hochschulen und die Senatsverwaltung bedrohendes arbeitsrechtliches Risiko betrachtet. Plötzlich wurde das Hochschulrahmengesetz mit seinen Befristungsregeln hervorgeholt und gegen das Programmziel mobilisiert, obwohl es in den Integrationszusagen bis dahin keinerlei Rolle gespielt hatte.

Anfang Mai 1996 hatte der Berliner Wissenschafts-Staatssekretär Prof. Thies in einem Schreiben<sup>28</sup> an den Präsidenten der TU Berlin, Prof. Schumann, die Schaffung von Dauerstellen für die WIP-Geförderten definitiv ausgeschlossen und darüber hinaus erklärt, „daß der Abschluß weiterer befristeter Verträge mit den Hochschulen – selbst bei einer Begrenzung auf nur noch zwei Jahre – mit einem zu hohen rechtlichen Risiko verbunden ist“. Die WIPianer wurden auf weitestgehend unrealistische, möglichst hochschulferne Beschäftigungsmöglichkeiten (z.B. in der privaten Wirtschaft) verwiesen, „die nicht mit Risiken für die Hochschulen oder den Landeshaushalt verbunden sind“. Der Staatssekretär verwies auf „die Kompliziertheit weiterer Förderung auch bei Verfügbarkeit von Mitteln“ und hatte auch gleich das Patentrezept für die Lösung des WIP-Problems parat: „Es wird besonders auf ein ideenreiches Bemühen der WIP-Geförderten selbst um die Inanspruchnahme der wenigen, weiterführenden Forschungschancen ankommen.“ Die Senatsverwaltung verfolgte damit das Ziel, sämtliche WIPianer nach Auslaufen des WIP aus den Hochschulen zu entfernen. Die WIP-Geförderten, die gemäß WIP-Ziel an ihrer fachlichen Integration in die Hochschulen arbeiteten, sollten sich also dann am besten umgehend beim Arbeitsamt melden; wenn sie dort erst registriert sind, bil-

<sup>28</sup> Schreiben des Berliner Wissenschafts-Staatssekretärs, Prof. Thies, an den Präsidenten der TU Berlin, Prof. Schumann, vom 3.5.1996.

den sie die geringsten „Risiken für die Hochschulen oder den Landeshaushalt“.

Der Inhalt dieses Staatssekretärs-Schreibens verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den WIPianern. Natürlich konnten sie nicht widerspruchsfrei akzeptieren, einfach so ins Aus geschickt zu werden. Es kam zu Protestversammlungen an mehreren Hochschulen, auf denen entsprechende Resolutionen verabschiedet und Vertretern der Senatsverwaltung der Standpunkt der WIPianer klargemacht wurde. Gestützt auf diese Stellungnahmen konnten WIP-Rat und GEW auf der *Berliner Landes-WIP-Runde* am 1. Juli 1996 entsprechend argumentieren. Daraufhin deutete sich die Möglichkeit einer gewissen Kurskorrektur bei der Senatsverwaltung an. Eine weitere Forderung von WIP-Rat und GEW auf dieser Veranstaltung war, daß sich Berlin an dem in Aussicht stehenden Hochschulsonderprogramm (HSP) III beteiligt. Das Ergebnis dieser WIP-Runde war dennoch im Kern eine erneute Absage an das Ziel des WIP und die Vereinbarung im HEP, Anlage 1b: „Staatssekretär Thies ließ keinen Zweifel daran, daß es für die Beschäftigung der WIPianer ab 1997 keine einzige zusätzliche Stelle für die Hochschulen geben wird.“<sup>29</sup> Irgendeine Verantwortung für diese Probleme übernahm die Wissenschafts-Senatsverwaltung nicht; es handelte sich offenbar um Schicksalsschläge, die man lediglich zur Kenntnis nehmen und den WIPianern mitteilen konnte. Staatssekretär Prof. Thies stellte einfach fest, daß die „Integration eben nicht gelungen“ sei<sup>30</sup> oder daß „die vom früheren Wissenschaftssenator Prof. Erhardt geforderte, nur gemeinsam mit dem Bund mögliche Schaffung von Dauerstellen für die WIP-Geförderten inzwischen nicht mehr in Betracht kommt“,<sup>31</sup> und Wissenschaftssenator Peter Radunski formulierte locker:

„Die ursprüngliche Intention, ihnen (d.h. den WIPianern, G. S.) dauerhafte Positionen in den Hochschulen zu verschaffen und damit die Konzeption des Wissenschaftsrats für die Neuordnung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern umzusetzen, konnte im wesentlichen nicht realisiert werden.“<sup>32</sup>

Da war doch der frühere Wissenschaftssenator Prof. Manfred Erhardt aus anderem Holz geschnitzt. Im Dezember 1995 sagte er zu der von ihm vertretenen Forderung nach Fortsetzung des WIP über 1996 hinaus: „Das ist deshalb erforderlich, weil wir als Politiker zu dieser unbefriedigenden Situation beigetragen haben.“<sup>33</sup> Unabhängig davon, ob diese Forderung an-

<sup>29</sup> Presseerklärung Nr. 64/96 der GEW Berlin vom 2.7.1996 zur Landes-WIP-Runde am 1.7.1996.

<sup>30</sup> Sitzung des Berliner Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 13.5.1996.

<sup>31</sup> a.a.O. (Anm. 28).

<sup>32</sup> Schreiben des Berliner Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Peter Radunski, an die Direktoren außeruniversitärer Einrichtungen vom 30.7.1996.

<sup>33</sup> Prof. Manfred Erhardt, Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin: Beiträge

gesichts des Umfallens der anderen neuen Länder damals wirklich noch durchsetzbar war oder nicht, bekannte er sich doch wenigstens klar zu seiner Verantwortung.

Auch in den anderen neuen Ländern war die Situation im Sommer 1996 sehr kritisch, aber im allgemeinen nicht derart zugespitzt wie in Berlin. In keinem anderen Land gab es eine derartige Polarisierung der Lage, wie sie durch das Schreiben des Berliner Staatssekretärs hervorgerufen wurde. Von der erneuten Bestätigung des Vorhabens eines Landesprogramms im Dezember 1995 zur generellen Verweigerung jeder Tätigkeit an den Hochschulen im Mai 1996 – die CDU/SPD-Koalition in Berlin mutete den WIP-Geförderten einiges zu.

### Das WIP als politisches Ärgernis

*Selbstorganisation der WIPianer:* Die WIPianer hatten sehr früh verstanden, daß es zur Verwirklichung der Integration in die Hochschulen nicht genügen wird, ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und ansonsten den politischen Zusagen zu vertrauen. Bereits Anfang 1992 wurden an vielen Akademie-Standorten lokale *Sprecherräte* gewählt.<sup>34</sup> Im Betriebsrat bei KAI e.V. arbeitete eine *WIP-Kommission*. Kurz vor Auflösung von KAI e.V. (Ende 1993) ging vom Betriebsrat die Initiative zur Bildung des *zentralen WIP-Rats* aus. Schließlich wurden WIP-Räte auf Hochschul- und Landesebene sowie die länderübergreifende *WIP-Koordinierungsgruppe* bei der GEW gebildet. Die neuen Länder und Berlin wurden zur (WIP-), „Räte-Republik“.

Die gewählten Vertretungen der WIPianer haben es als ihre Aufgabe betrachtet, der drohenden Vereinzelung der WIP-Geförderten entgegenzuwirken und ihre Interessen gegenüber Abgeordneten, Regierungen und Verwaltungen zur Geltung zu bringen. Niemand sollte sich aus seiner Verantwortung stehlen können. Unterstützt von einer Vielzahl „aktiver“ WIPianer haben sie die Erfüllung der Integrationszusage immer wieder eingefordert. Dabei konnten sie sich zwar nur auf die „Kraft der Argumente“ stützen, versuchten aber immer wieder, ihre vernünftigen Argumente mit

auf der Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“, Zitate aus dem Mitschnitt der freien Rede (Textfassung liegt dem Autor vor). Vgl. auch den von Prof. Erhardt autorisierten Beitrag von Karl Schwarz: *Wie gehts denn nun weiter mit dem WIP?*, in: *TU intern* 9/95 bzw. in: GEW, a.a.O. (Anm. 4), S. 45-47 sowie die in der in Anm. 59 angegebenen Quelle enthaltenen Zitate.

<sup>34</sup> Sprecherräte in Aktion. Gelungene Selbstorganisation, in: *WIP-express* 3/92.

persönlichem Einsatz und Engagement in die politischen Vorgänge einzubringen.

In diesem Zusammenhang einige Stichworte:

- Aktivitäten der 1992 spontan gebildeten Sprecherräte zur Lösung aktueller und perspektivischer Probleme,<sup>35</sup>
- das „WIP-Memorandum“ des WIP-Rats vom September 1994 (auch aus heutiger Sicht zum größten Teil noch erschreckend aktuell!),<sup>36</sup>
- Mahnwachen und Demonstrationen,
- Informations- und Protestveranstaltungen in den Hochschulen,
- Gespräche und Schriftwechsel mit Abgeordneten, Regierungsvertretern und Mitarbeitern der zuständigen Verwaltungen,
- Stellungnahmen und Resolutionen,
- Beiträge zu WIP-Problemen in Zeitschriften, Presse, Rundfunk und Fernsehen,
- die Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 in Berlin (s. unten),<sup>37</sup>
- die wissenschaftspolitische Tagung „Scheitert das Wissenschaftler-Integrationsprogramm?“ am 18. Oktober 1996 in Berlin mit etwa 250 Teilnehmern,<sup>38</sup>
- Verfassungsbeschwerden in den Ländern Brandenburg und Berlin,
- Umfragen zum Ergebnis des WIP,
- konstruktive und kritische Begleitung der von der Politik anstelle der dauerhaften Eingliederung durchgeführten Ersatzhandlungen.

Mit den Verfassungsbeschwerden, eingereicht im Juni bzw. Oktober 1996, wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß mittels politischer Aktionen und Diskussionen offenbar nichts mehr zu erreichen war. Sie waren auch Zeichen dafür, daß die WIPianer den aufrechten Gang noch nicht verlernt hatten: In Brandenburg waren es 153, in Berlin 257 Beschwerdeführer, die auch bereit waren, private finanzielle Mittel einzusetzen. Die gestellten Anträge forderten, grob gesprochen, die Umsetzung der vereinbarten dauerhaften Integration, in Berlin auch die Realisierung des zugesagten Landesprogramms. Die Beschwerden wurden zwar „Im Namen des Volkes“ (wer das in dieser Sache auch immer war) zurückgewiesen,<sup>39</sup> dessenunge-

<sup>35</sup> Ebd.; a.a.O. (Anm. 6).

<sup>36</sup> a.a.O. (Anm. 18).

<sup>37</sup> GEW, a.a.O. (Anm. 4).

<sup>38</sup> *Berliner Debatte Initial* 8 (1997) Heft 1/2, S.171-213.

<sup>39</sup> Beschluß des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vom 21. November 1996 (AZ VfGBbg 26/96); Beschluß des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin vom 20. August 1997 (AZ VerfGH 101/96).

achtet hatte die Aktion aber sicher einige (durchaus beabsichtigte) positive Nebeneffekte.

*Zusammenarbeit mit der GEW:* Unter den Gewerkschaften war es vor allem die GEW, die sich der Probleme des WIP und der WIPianer angenommen hat. Ohne enge Zusammenarbeit mit der GEW wäre für die WIP-Räte vieles nicht möglich gewesen. Zahlreiche wissenschaftspolitische Aktionen der WIPianer wurden durch den Geschäftsführenden Vorstand und die Landesorganisationen der GEW mitgetragen und inhaltlich und organisatorisch unterstützt. Unter Mitwirkung der WIP-Räte veranstaltete die GEW Pressekonferenzen zum Thema WIP, und auf ihre Initiative gab es mehrere „WIP-Runden“ bei den Landesregierungen. GEW und WIP-Räte gingen gemeinsam auf die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse und die Wissenschaftsorganisationen zu, um WIP-Probleme einer Lösung zuzuführen. Darüber hinaus brachte die GEW ihre Kompetenz in Sachen BAT/BAT-O-Anwendung, Hochschulrahmengesetz und Arbeitsrecht ein. Durch die Aktionen der Betroffenen konnte immerhin erreicht werden, daß die mit Auslaufen des WIP drohende Katastrophe zu einem fortwährenden politischen Ärgernis wurde. Regierungen und Parlamente mit ihren Ausschüssen (z.B. der zuständige Bundestagsausschuß<sup>40</sup>) sahen sich gedrängt, sich mit den anstehenden Problemen zu befassen. Viele WIPianer, insbesondere die Mitglieder der WIP-Räte, versuchten, mit gezielten Aktionen und als zu Anhörungen geladene Sachverständige Einfluß auf diese Abläufe zu nehmen.

*Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“:* Ein wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen WIP-Räten und GEW war die Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. 12. 1995. Die Veranstaltung sollte auf die „Einigungs-Ruine“ WIP aufmerksam machen und politische Lösungsansätze diskutieren. Insbesondere die Regierungen der neuen Länder waren aufgefordert, ihre Konzepte darzustellen. Über 500 WIP-Geförderte aus allen neuen Ländern waren der Einladung in die Humboldt-Universität zu Berlin gefolgt. In einer Poster-Veranstaltung wurden wissenschaftliche Ergebnisse vorgestellt, die im Rahmen der WIP-Förderung entstanden sind.<sup>41</sup> Für den wissenschaftspolitischen Teil der Veranstaltung

<sup>40</sup> Bundestagsausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: Anhörung zu „Erfahrungen und Revisionsvorschläge zu den Hochschulsonderprogrammen HSP I, HSP II und HEP einschließlich WIP“, Bonn 27.4.1995, Protokoll Nr. 8.

<sup>41</sup> GEW (Hrsg.): Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrationspro-

konnten die Generalsekretäre der wichtigsten Wissenschaftsorganisationen und der BLK sowie verantwortliche Politiker aus allen neuen Bundesländern gewonnen werden. Der Bund hatte die Einladung zur Tagung mit der Begründung abgelehnt, daß es „nach Auslaufen des WIP Ende 1996 alleinige Aufgabe der Länder (sei), die Integration der WIP-Geförderten durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.“<sup>42</sup>

Der Wissenschaftsrat bestätigte durch seinen Generalsekretär, daß er (damals!) nach wie vor zu dem Ziel „seines“ WIP stand.<sup>43</sup> „Sinn und Zweck der WIP-Förderung war und ist für den Wissenschaftsrat die Integration der Geförderten in die Hochschulen.“ Von den Politikern der neuen Länder bekannte sich allein der Berliner Wissenschaftssenator Prof. Manfred Erhardt zur konsequenten Erfüllung des Programmziels. Er forderte die unbefristete Fortsetzung des WIP über 1996 hinaus mittels einer (degressiven) Finanzierung durch Bund und Länder. Gestützt auf einen entsprechenden Beschluß des Abgeordnetenhauses erklärte er:

„Notfalls (falls Bund und die anderen Bundesländer nicht bereit sind, wieder auf den Zug Berlins mit aufzuspringen) muß das WIP wenigstens in reduzierter, aber nur mäßig reduzierter Form als Landesprogramm fortgesetzt werden.“<sup>44</sup>

Die eindrucksvollen Redebeiträge des damaligen Senators, in denen auch die bis dahin geübte Kontinuität in der Haltung des Berliner Senats gegenüber den WIPianern zum Ausdruck kam, bestärkten mindestens die Berliner WIP-Geförderten in ihren Erwartungen bezüglich Erfüllung der Integrationszusagen. Allerdings blieben angesichts der in dieser Hauptfrage indifferenten Stellungnahmen der anderen Länder und der BLK<sup>45</sup> auch ernste und, wie sich bald auch in Berlin zeigen sollte, berechtigte Zweifel. Der Generalsekretär der BLK, Jürgen Schlegel, trat der Forderung nach Fortsetzung des WIP über 1996 hinaus mit Argumenten entgegen, die von heute aus betrachtet geradezu zynisch erscheinen.<sup>46</sup>

„Ich (d.h. Jürgen Schlegel, G. S.) persönlich würde es allerdings sehr beklagen, wenn in einer Fortschreibung der Hochschulsonderprogramme das Wissen-

---

gramms, vorgestellt anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der GEW und des WIP-Rats „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin, November 1995.

<sup>42</sup> Schreiben des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie an die GEW, Landesverband Berlin, vom 19.5.1995.

<sup>43</sup> Winfried Benz, a.a.O. (Anm. 4).

<sup>44</sup> a.a.O. (Anm. 33).

<sup>45</sup> a.a.O. (Anm. 24).

<sup>46</sup> a.a.O. (Anm. 5).

*schaffler-Integrationsprogramm in seiner bisherigen Form fortgeschrieben würde. Dies würde nämlich heißen: Eine weitere – aus meiner Sicht unerträgliche – Verlängerung der Unsicherheit und der Übergangslösungen statt einer längst überfälligen endgültigen Integration in die Hochschulen. Was jetzt ansteht, sind ... Entscheidungen zur Integration.“*

Kommentar aus heutiger Sicht: Auch ohne Fortschreibung des WIP (besser: weil eine Fortschreibung des WIP nicht erfolgte) hat die „längst überfällige endgültige Integration in die Hochschulen“ nicht stattgefunden. Entscheidungen zur Integration gab es nicht. Die Unsicherheit wurde für zahlreiche WIP-Geförderte tatsächlich beendet: Sie werden keine Beschäftigung in Forschung und Lehre mehr finden. *Ist das nun erträglich, Herr Schlegel?*

Einige Bemerkungen zu weiteren Willensäußerungen und Aktivitäten der WIPianer mit dem Ziel, die Politik mit den WIP-Problemen nicht allein zu lassen, sind im folgenden eingearbeitet. Da das WIP Ende 1996 einen für die Betroffenen völlig unbefriedigenden Ausgang hatte, können sich die WIP-Räte (noch) nicht zur Ruhe setzen. Schließlich geht es auch darum, das WIP-Geschehen in umfassendere Zusammenhänge einzubetten.

## Neue Sonderprogramme – eine Lösung?

*HSP III und „Sachsen-WIP“:* Im Juli 1996 sahen sich die Politiker in Bund und Ländern schließlich doch veranlaßt, im Rahmen des Hochschulsonderprogramms (HSP) III<sup>47</sup> (Teilprogramm §1, Nr. 6: „Förderung innovativer Forschung in den neuen Ländern und Berlin“) gewisse Fördermöglichkeiten auch für WIPianer in Aussicht zu stellen. In die zuständigen Bund-Länder-Gremien hatte das Land Brandenburg entsprechende Vorschläge eingebracht. Im wesentlichen durch Initiativen aus Sachsen kam später noch ein Sonderprogramm zur Förderung wirtschaftsnaher Forschung („Sachsen-WIP“, „HSP III plus“) hinzu. Im Gegensatz zum WIP-Ziel der dauerhaften Eingliederung geht es hierbei nur noch um auf *höchstens vier Jahre befristete* Förderung. Immerhin saß nun auch der Bund wieder mit im schwankenden und ohne sicheren Kurs dahintreibenden WIP-Boot. Ohne das WIP-Ziel grundsätzlich abzuschreiben, ging es für WIP-Räte und GEW nun erstmal um Realisierung und konkrete Ausgestaltung dieser eingeschränkten Vorhaben.

---

<sup>47</sup> Vereinbarung zwischen Bund und Ländern nach Artikel 91b des Grundgesetzes über ein Gemeinsames Hochschulsonderprogramm III (HSP III) vom Juli 1996.

Berlin – Die mühsame Kofinanzierung: Anders als in Sachsen und Thüringen<sup>48</sup> wurden die politischen Vorgänge um die erforderliche Kofinanzierung der Bundesmittel in Berlin zu äußerst komplizierten Prozessen, die von den Betroffenen als unmittelbare Existenzbedrohung wahrgenommen werden mußten. Sie dauerten fast bis zum Ende des Jahres 1996. Wissenschaftssenator Radunski lehnte es strikt ab, Mittel aus seinem Haushalt zur Verfügung zu stellen. In verschiedenen Aktionen der WIPianer wurde die Beteiligung Berlins an den Programmen gefordert. *Eine Verweigerung der Kofinanzierung hätte praktisch für alle Berliner WIPianer mit Beginn des Jahres 1997 Arbeitslosigkeit bedeutet.* Das Ende des WIP wäre in Berlin zu einer totalen Katastrophe geworden.

Zum letztmöglichen Termin genehmigte der Senat Ende Juli 1996 schließlich doch noch die Landesmittel für das HSP III, Teilprogramm „Innovative Forschung“, in Höhe von circa 4 Mio. DM pro Jahr. Am 25. September 1996 beschloß der Wissenschaftsausschuß des Bundestags die Finanzierung des „Sachsen-WIP“ unter der Voraussetzung, daß die Länder kofinanzieren. Um die dafür notwendigen Berliner Landesmittel in Höhe von circa 2 Mio. DM pro Jahr wurde bis kurz vor Weihnachten 1996 gerungen. Erst als der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses eingeschaltet wurde, fand sich ein Weg.

Über den mangelnden politischen Willen, die aus der DDR-Forschungskommenden WIPianer einzugliedern, siegte in letzter Minute wohl der politische Zwang, angebotene Bundesmittel nicht zurückweisen zu können. Man darf davon ausgehen, daß auch der von den Betroffenen ausgeübte Druck, z.B. mittels der im Oktober 1996 eingereichten Verfassungsbeschwerde, zu diesem Teilerfolg beigetragen hat. WIP-Rat und GEW Berlin waren nun wieder gefordert, um zu sichern, daß diese Mittel tatsächlich vollständig für die Finanzierung von WIP-Projekten eingesetzt werden. Immer wieder mußte von den Betroffenen nicht unbeträchtliche Kraft aufgewandt werden, um die Dinge im Rahmen des Möglichen in Bahnen zu halten, von denen aus das WIP-Ziel wenigstens noch verschwommen erkennbar blieb. Für die Zeit von 1997 bis 2000 werden nun von Bund und Ländern insgesamt 200 Mio. DM für die Weiterführung von WIP-Projekten bereitgestellt. Auf Berlin entfallen davon circa 50 Mio. DM, pro Jahr also circa 12,5 Mio. DM. Damit wurde erreicht, daß ein gewisser Teil der bislang im WIP Geförderten wenigstens befristet weiterarbeiten kann und mit Auslaufen des WIP nicht sämtliche (positiv evaluierten und

<sup>48</sup> Pressemitteilung von MdB Dr. J. Schmidt, Bonn 26.9.1996. Vgl. auch Wolfgang Hansen, Ulrich Klemm: Das WIP – eine sächsische Lösung in Sicht?, in: a.a.O. (Anm. 38), S. 192-194.

„gegauckten“) Berliner WIPianer auf den Weg zum Arbeitsamt gezwungen wurden.

*Zur Verteilung der Fördermittel:* Zur Verteilung der Fördermittel nach HSP III, Teilprogramm „Innovative Forschung“, hatte die Wissenschaftssenatsverwaltung eine Prioritätenliste aufgestellt und Anträge bis Ende Oktober 1996 angefordert.<sup>49</sup> Oberste Priorität hatten Anträge auf vierjährige Förderung von Dauerbeschäftigungsverhältnissen; mir ist nicht bekannt, daß aus dem Hochschulbereich solche Anträge gestellt worden sind. Ebenfalls hohe Priorität hatten Anträge, die Drittmittel garantierten oder deren Einwerbung als nahezu sicher erscheinen ließen. Im Gegensatz zum Stand vom Mai 1996<sup>50</sup> waren die Hochschulen wieder als mögliche Arbeitgeber für die WIPianer nach 1996 zugelassen. Universitäten hatten auch ausdrücklich gefordert, „ihre“ WIPianer soweit wie möglich behalten zu können.

Vor dem Entstehen von Dauerbeschäftigungsverhältnissen, deren Finanzierung nach dem Jahr 2000 nicht aus eigenen Mitteln zu sichern ist, wurden die Hochschulen ausdrücklich gewarnt: „...bitte ich die Hochschulen, in den Anträgen mitzuteilen, daß sie entweder Dauerbeschäftigungsverhältnisse begründen wollen oder daß sie deren Entstehen nach rechtlicher Prüfung ausschließen können.“<sup>51</sup>

Die Hochschulen wollten daher alles vermeiden, was den WIPianern erlauben könnte, sich aus einer befristeten Beschäftigung heraus etwa auf eine Dauerstelle einzuklagen. Das Hochschulrahmengesetz entfaltete seine Wirkung. Wegen solcher „arbeitsrechtlicher Bedenken“ wurden von den Hochschulen für viele WIP-Geförderte auch dann keine HSP III-Anträge bei der Senatsverwaltung eingereicht, wenn die zuständigen Fachbereiche die Antragstellung aus fachlichen Gründen ausdrücklich befürwortet hatten. Allein an der TU Berlin gab es 17 derartige Fälle. So siegten oft juristische Formalien über wissenschaftliche Notwendigkeiten, die wissenschaftlich-technischen MitarbeiterInnen der WIP-Gruppen hatten so gut wie keine Chance auf eine HSP III-Förderung..

Antragsberechtigt waren die Institutionen, nicht die WIP-Geförderten selbst. Manche WIPianer, vor allem höherqualifizierte, die oft selbst längere Zeit Forschungsgruppen geleitet hatten bzw. nach wie vor leiteten,

<sup>49</sup> Schreiben des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Peter Radunski, an die Präsidenten der Berliner Hochschulen vom 30.7.1996.

<sup>50</sup> a.a.O. (Anm. 28).

<sup>51</sup> a.a.O. (Anm. 49).

empfanden dieses Verfahren als eine Entmündigung; sie waren darauf angewiesen, daß ein „Mentor“ für sie einen Antrag auf Förderung stellt. Wissenschaftler, die ihre Leistungsfähigkeit längst unter Beweis gestellt hatten, wurden in vielen Fällen zu Bittstellern degradiert, die mitunter mehrere Hochschullehrer anlaufen mußten, um eine Antragstellung zu erreichen (oder letztlich auch nicht zu erreichen).

Nachdem auch in Berlin die Finanzierung des „Sachsen-WIP“ endlich geklärt war, flatterten den Hochschulen am 17. Dezember 1996 Faxen der Senatsverwaltung ins Haus. Sie enthielten die Aufforderung, bis zum nächsten Tag Förderanträge zu benennen, die auch „Komponenten der Marktorientierung“ aufwiesen. Der weitaus größte Teil der „Sachsen-WIP“-Mittel ging an außeruniversitäre Einrichtungen, meist in Form sogenannter *Sockelfinanzierungen*.

Die auf Berlin entfallenen Fördermittel blieben ausschließlich Berliner Einrichtungen vorbehalten. Dieses Herangehen war einerseits verständlich, indem Forschung in Berlin unterstützt werden sollte. Andererseits widersprach es der Verfahrensweise bei der Verteilung der HSP III-Mittel auf die Länder („WIP-Schlüssel“) und stand der Mobilität Berliner WIPianer in den Fällen entgegen, wo HSP III-Förderanträge aus Einrichtungen anderer Länder vorlagen.

Abgesehen vom politischen Willen, das aus der DDR-Forschung kommende Potential zu integrieren, fehlte eine über die Anwen- dungsliste hinausgehende, stärkere Flexibilität, um mit den begrenzten Mitteln mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Die vom WIP-Rat angeregte Einbeziehung von Mitteln der Arbeitsförderung und die Entwicklung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im wissenschaftlichen Bereich<sup>52</sup> wurden von der Senatsverwaltung nicht aufgegriffen. In beschränktem Umfang wurden solche Möglichkeiten von den WIPianern in Zusammenarbeit mit „ihrer“ Dienststelle eigenständig realisiert. In Sachsen wurden den WIPianern Dauerstellen bei nur 50% Entlohnung (mit der Möglichkeit der Aufstockung durch Drittmittel o. ä.) angeboten. Auch solche „Lösungen“ standen in Berlin nicht zur Diskussion.

### Umfrage des WIP-Rats: Was ist aus dem Berliner WIP-Potential geworden?

*WIP-Erfolgsquote in Berlin – 3 bis 4%:* Zunächst konnten nach Angaben der Senatsverwaltung 16 (sechzehn) der ursprünglich 542 WIPianer dauer-

<sup>52</sup> Vorstand des WIP-Rats Berlin: Zur Perspektive der Berliner WIPianer nach 1996. Vorlage zur zweiten Berliner Landes-WIP-Runde am 27.11.1996.

haft in Berliner Hochschulen integriert werden.<sup>53</sup> Einige wenige wurden auf Stellen in Universitäten außerhalb Berlins berufen. Die „Erfolgsquote“ des WIP in Berlin liegt damit im Bereich von 3 bis 4%. Diese Eingliederungen erfolgten auf ohnehin vorhandenen Stellen der Hochschulen und hatten allenfalls mittelbar etwas mit dem WIP zu tun. Den im Hochschulerneuerungsprogramm vereinbarten, für die WIP-Geförderten vorgesehenen zusätzlichen Stellenpool, der neben befristeten auch unbefristete Dienstverhältnisse und kw-Stellen umfassen sollte, hat es weder in Berlin noch in einem der anderen neuen Länder gegeben.

*40% der Berliner WIPianer arbeitslos:* Ende 1996 wurden in Berlin noch 436 Personen im Rahmen des WIP gefördert. Die Anzahl der WIP-Geförderten reduzierte sich während der Programmlaufzeit u.a. aus Altersgründen; genaue Angaben über die Gründe des Ausscheidens liegen nicht vor. Auskunft über das berufliche Schicksal des Ende 1996 vorhandenen „Rests“ des WIP-Potentials und seiner Forschungsprojekte geben die Ergebnisse einer Umfrage unter den Betroffenen, die der Berliner WIP-Rat mit Unterstützung der GEW Berlin durchgeführt hat.<sup>54</sup> 258 (59%) der 436 WIPianer haben die gestellten Fragen beantwortet. Nach den Ergebnissen waren von den Berliner WIPianern im Juni 1997 etwa:

- 25% vollständig (befristet) HSP III- oder Sondermittel-gefördert,
- 15% teilweise (befristet) HSP III- oder Sondermittel-gefördert,
- 20% unabhängig von HSP III- oder Sondermitteln (z.B. Drittmittel, Arbeitsförderungsmaßnahmen, artfremde Tätigkeit, einzelne Existenzgründungen) mit meist kurzen Laufzeiten beschäftigt und
- 40% arbeitslos.

„Vollständig (teilweise) HSP III- oder Sondermittel-gefördert“ heißt, daß die Personalmittel vollständig (teilweise, z.B. als Sockelfinanzierung) aus dem HSP III, Teilprogramm „Innovative Forschung“, oder dem Sonderprogramm für wirtschaftsnahe Forschung („Sachsen-WIP“) kommen. An anderen Programmteilen des HSP III haben die WIPianer m.W. keinen Anteil. Die Förderung umfaßt in keinem Fall Sachmittel.

<sup>53</sup> Antwort der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur auf die Kleine Anfrage Nr. 2038 des Abgeordneten Wolfgang Girnus über „Weiterführende Förderung für ehemalige ForscherInnen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP)“, 21. Mai 1997.

<sup>54</sup> Vorstand des WIP-Rats Berlin: Auswertung einer Umfrage unter den (Ex-)WIPianern an Berliner Einrichtungen, in: Presseinformation des GEW-Hauptvorstands vom 23.7.1997. Dieser Bericht enthält neben dem im Text benutzten weiteres Zahlenmaterial aus der Umfrage.

Etwa 1/3 der Weiterbeschäftigten haben danach keinen Anteil an HSP III- oder Sondermitteln, sondern haben im allgemeinen in eigener Initiative andere Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen. Sie akzeptierten dabei u.U. auch relativ schlechte Bedingungen (Vergütung, Laufzeit der Verträge). Der mitunter geäußerte Vorwurf, WIPianer würden sich nicht selbst um Arbeitsmöglichkeiten bemühen und nur auf staatliche Förderung warten, kann allgemein wohl kaum aufrechterhalten werden.

Etwa 140 WissenschaftlerInnen mit Hochschulabschluß (darunter etwa 70 Promovierte und 15 Habilitierte) und etwa 30 wissenschaftlich-technische MitarbeiterInnen mußten in die Arbeitslosigkeit gehen und sind damit der Berliner Wissenschaftslandschaft wohl für immer verlorengegangen. Mehr als 100 Forschungsprojekte mußten abgebrochen werden, zahlreiche Lehrangebote entfallen. Wir trauern um Kollegen, die mit dem Verlust ihrer wissenschaftlichen Arbeit nicht fertig werden konnten.

In der gesamtdeutschen Forschungslandschaft kann neben den WIPianern wohl kaum eine andere Gruppe von WissenschaftlerInnen und wissenschaftlich-technischen MitarbeiterInnen auf derart gründliche Evaluierungen verweisen. Würde man 40% eines solchen Potentials auch dann zum Arbeitsamt schicken, wenn es den Stallgeruch DDR nicht hätte? Über Gleichbehandlung wird man in diesem Zusammenhang noch einmal nachdenken müssen. Seitens des Berliner Senats und der anderen Regierungen der neuen Länder muß alles getan werden, um die aus dem WIP heraus arbeitslos gewordenen Personen wieder in Forschung und Lehre wirksam werden zu lassen. Die Integrationszusagen sind schließlich auch ihnen gegeben worden. Und nicht zuletzt haben die Landesregierungen auch eine Verantwortung dafür, daß die für das WIP bereitgestellten Steuermittel zweckentsprechend, und nicht zur Finanzierung einer „Edel-ABM“, eingesetzt werden. Vielleicht läßt sich dann das Wort des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen „Ein zeitgemäßes Tafelsilber speist sich aus Bildung, Wissenschaft und Forschung“<sup>55</sup> doch noch auf das Berliner WIP-Potential beziehen; viel Hoffnung besteht freilich nicht mehr.

### Einige weitere Ergebnisse der Umfrage

*Zukunftschancen:* Mehr als die Hälfte der jetzt arbeitslos gewordenen WIPianer ist mindestens 50 Jahre alt. Für die meisten von ihnen wird es, trotz ihrer wertvollen Berufserfahrung, keine neue Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt geben. Die Landesregierung bleibt aufgefordert, für diesen Personenkreis Sonderregelungen zu schaffen. Denkbar wäre z.B. ein *Seniorenprogramm*, wodurch die wissenschaftlichen Erfahrungen dieser

<sup>55</sup> Berliner Zeitung vom 21.7.1997.

Leute nutzbar gemacht werden könnten. Ähnliches gilt auch für die arbeitslosen Schwerbehinderten und Alleinerziehenden.<sup>56</sup> Die Senatsverwaltung hat jede Sonderregelung für „sozial benachteiligte“ Gruppen abgelehnt. Über 90% der Arbeitslosen beurteilen ihre Chancen auf ein neues, ihrer Qualifikation entsprechendes Arbeitsverhältnis als *schlecht bis aussichtslos*. 81% der jetzt Weiterbeschäftigten geben an, daß ihre berufliche Perspektive nach Ablauf des derzeitigen Arbeitsverhältnisses unklar ist. Haben die Berliner WIPianer die Berliner Rede des Bundespräsidenten vom April 1997 nicht verstanden oder sind die Verhältnisse einfach nicht so?

*Beschäftigungsdauer:* Die Umfrage ergab weiter, daß die Dauer der gesicherten Beschäftigung für 32% der Weiterbeschäftigten nur ein Jahr und weniger beträgt. Etwa 60% der Beschäftigten haben Verträge mit einer Laufzeit bis zu 3 Jahren. Die vierjährige Fördermöglichkeit über HSP III wird gemäß Umfrage nur für etwa 33% der Weiterbeschäftigten ausgeschöpft. Um das „arbeitsrechtliche Risiko des Entstehens von Dauerbeschäftigungsverhältnissen“ zu umgehen, wurden von Hochschulen auch über HSP III finanzierte *Zweijahresverträge* abgeschlossen, obwohl die Fördermittel für 4 Jahre zur Verfügung stehen. Damit bleibt also sogar noch die Aufgabe, die relativ geringen Fördermittel voll auszuschöpfen! Der WIP-Rat hat seine Bereitschaft erklärt, nach Kräften an der Lösung damit zusammenhängender konkreter Fragen mitzuwirken.

Bei denen, die jetzt die (zum Teil sehr eng) befristeten Beschäftigungsverhältnisse eingegangen sind bzw. mangels Alternativen eingehen mußten, handelt es sich wesentlich um Personen mit nachgewiesener hoher fachlicher Qualifikation: Unter den 159 befristet weiterbeschäftigten Umfrageteilnehmern sind allein 37 Habilitierte und 78 Promovierte. Kann man bei so kurzatmig angelegten Beschäftigungsverhältnissen noch an langfristig ausgerichtete Grundlagenforschung denken?

*Materielle Bedingungen:* Die meisten der Weiterbeschäftigten, die bis Ende 1996 Arbeitsplätze außerhalb der Hochschulgebäude (z.B. in Berlin-Adlershof) hatten, fanden sehr schnell Arbeitsplätze innerhalb der Hochschulen, als die Senatsverwaltung die weitere Zahlung der Mieten verweigerte und die Hochschulen dafür verantwortlich machte. Vorher von den Hochschulen in vielen Fällen geltend gemachte Raumprobleme konnten praktisch über Nacht gelöst werden. Die Weiterbeschäftigten mußten zum Teil erhebliche *Gehaltsminderungen* in Kauf nehmen. Die Hochschulen

<sup>56</sup> Vgl. Vorstand des WIP-Rats Berlin, a.a.O. (Anm. 52).

setzten die Vorgaben der Senatsverwaltung:<sup>57</sup> („Arbeitsaufgaben und Arbeitsorganisation sind so zu gestalten, daß eine höhere Vergütung als BAT IIa in der Regel nicht in Betracht kommt. Eingruppierungen mit der Folge des Bewährungsaufstiegs sind zu vermeiden“) im allgemeinen in der Weise um, daß Arbeitsaufgaben und -organisation unverändert blieben, die Vergütung aber nun nicht über BAT IIa hinausgeht. Viele dabei Benachteiligte sehen in der Gehaltsminderung ihren Beitrag zur befristeten Weiterbeschäftigung möglichst vieler ihrer WIP-KollegInnen.

*WIP-Gruppen:* Viel zu wenig Aufmerksamkeit findet die Tatsache, daß nach Auslaufen des WIP *mehr als die Hälfte* der Berliner WIP-Gruppen nicht mehr existiert. Von den 104 Gruppen, zu denen Angaben aus der Umfrage vorliegen, betrifft dies 56 Gruppen. Außerdem mußte etwa 1/3 der Gruppen mehr oder weniger empfindliche Personalreduzierungen hinnehmen. Es ist vorgekommen, daß Berliner WIP-Gruppen bereits beim Übergang von KAI in die Hochschulen vor die Alternative gestellt wurden, entweder gar nicht oder nur als Einzelpersonen übernommen zu werden. Nach Liquidierung der Gruppenstruktur ließen sich dann bestimmte Personen, vornehmlich die Leistungsträger, besser aus der Gruppe und den WIP-Projekten herauslösen, um sie für andere Projekte des Hochschulinstituts einzusetzen. Eine gesicherte Perspektive für die Zeit nach 1996 war für diese Personen damit jedoch nicht verbunden. Daß die betreffenden Institute „im eigenen Hause“ keinen wissenschaftlichen Konkurrenten in Gestalt einer leistungsfähigen WIP-Gruppe haben wollten, ist natürlich eine reine Vermutung.

Mit den WIP-Gruppen gehen gewachsene, oft interdisziplinär arbeitende Forschungsstrukturen zugrunde. Dabei muß daran erinnert werden, daß der Wissenschaftsrat die ins WIP aufgenommenen Gruppen als leistungsfähige Struktureinheiten, und nicht als zufällige Ansammlungen von Einzelpersonen evaluiert und zur Eingliederung in die Hochschulen empfohlen hatte. Konsequente Teamarbeit, an der AdW der DDR vor allem in den naturwissenschaftlichen Bereichen vielfach praktiziert, ist wohl an den Hochschulen jetzt kaum gefragt. Ob aber die Arbeitsmethode „Ein Mann – ein Thema“ bei modernen, insbesondere interdisziplinären Forschungsaufgaben so erfolgreich sein kann wie die Arbeit einer gut organisierten, fachübergreifend zusammengesetzten Gruppe, bleibt wohl eher fraglich.

<sup>57</sup> a.a.O. (Anm. 49).

## Alles eine Finanzierungsfrage?

*Vorschläge für die Finanzierung:* Mit der Zielstellung des WIP hat dies alles kaum noch etwas zu tun. Auf die Defizite angesprochen, antworten verantwortliche Politiker im allgemeinen mit dem Totschlagargument *Kein Geld*. Auch angesichts angespannter öffentlicher Haushalte kann dies nur als Alibi für mangelnden politischen Willen und/oder falsche Prioritätensetzung betrachtet werden. Die für das WIP in allen neuen Ländern aufgewendeten Mittel beliefen sich im Jahr 1996 auf 128 Mio. DM.<sup>58</sup> Für die Förderung des Berliner WIP-Potentials wären pro Jahr größenordnungsmäßig 40 Mio. DM erforderlich, mit degressiver Tendenz. Nur zum Vergleich: Der Berliner Landeshaushalt umfaßt mehr als 40 Mrd. DM, der Bundeshaushalt mehr als 400 Mrd. DM (davon circa 50 Mrd. DM für das Militär, dem nach der Wende der Feind abhanden gekommen ist). Wollte man dieses „zeitgemäße Tafelsilber“ wirklich pflegen und erhalten, würde man auch Finanzierungsquellen ausfindig machen, die die Haushalte nicht belasten. Man müßte dazu nur den Suchraum erweitern. Einige Vorschläge:

Es könnte ein kleiner Teil der Steuermittel nutzbar gemacht werden, die der Berliner Landesrechnungshof dem Senat als nicht gerechtfertigte und sinnlose Ausgaben vorhält: im Jahr 1996 waren dies 328 Mio. DM. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler gehen den öffentlichen Haushalten jährlich 70 Mrd. DM (!) durch Schluderei verloren; weniger als 2 Promille davon würden alle WIPianer in der gesamtdeutschen Forschungslandschaft ankommen lassen.

Es fragt sich auch, ob die Landminenproduktion bei Daimler-Benz unbedingt mit öffentlichen Mitteln subventioniert werden muß (1994-1996: 900 Mio. DM); gegenwärtig sollen 250 Mio. DM in neue „Flächenverteidigungsminen“ der Firma Rheinmetall investiert werden. Daß der „Eurofighter“ nach der eingetretenen politischen Entspannung unbedingt erforderlich ist, dürfte einem positiv evaluierten Arbeitslosen nur schwer zu vermitteln sein (etwa 23 Mrd. DM).

425 Mio. DM wurden im Jahr 1996 an private Wachschutzfirmen gezahlt, um militärische Objekte bewachen zu lassen; können hierfür keine Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt werden, die ohnehin aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden?

*Ausgaben für Grundlagenforschung sind investiv:* Von der Politik werden völlig falsche Prioritäten gesetzt, wenn einerseits diese Ausgaben von Steuergeldern getätigt, andererseits die relativ geringen Mittel für das Er-

<sup>58</sup> Vgl. Erhardt, a.a.O. (Anmerkung 33).



reichen des WIP-Ziels verweigert werden. Die WIP-Problematik ist dabei nur ein Spezialfall einer allgemeinen Fehlentwicklung. Die für den Einsatz von Steuergeldern Verantwortlichen müßten endlich zur Kenntnis nehmen und verinnerlichen, daß Finanzierung von Bildung und Forschung, darunter natürlich auch die der Forschenden, zu den investiven und keineswegs zu den konsumtiven Ausgaben gehört.<sup>59</sup> Insbesondere Grundlagenforschung wird immer eine Aufgabe eines entwickelten Gemeinwesens bleiben. Ihre Ergebnisse bilden praktisch die Infrastruktur für darauf aufbauende, auf innovative Produkte gerichtete Forschungsarbeiten. Hatten „innovative Produkte“ nicht etwas mit dem „Standort Deutschland“ zu tun? Allerdings muß man hier schon einen Zeitrahmen ins Auge fassen, der über den nächsten Wahltermin hinausreicht. Neue Erkenntnisse sind das freilich nicht.

### Andere neue Länder

Das WIP-Ziel wurde in keinem der neuen Länder erreicht. Allerdings sieht es in den anderen neuen Ländern zum Teil etwas, zum Teil viel besser aus als in Berlin, wenn man die „Ersatzlösungen“ heranzieht. Einen Hinweis darauf gibt bereits ein Vergleich der für 1997 bis 2000 aus HSP III (Teilprogramm „Innovative Forschung“) und Sonderprogramm in den einzelnen Ländern vorhandenen Fördermittel. Für jeden, der Ende 1996 noch in der WIP-Förderung war, stehen für die 4 Jahre in Berlin 115 TDM, in den anderen Ländern aber mindestens 160 TDM zur Verfügung. Diese gravierenden Unterschiede sind wohl dadurch verursacht, daß Berlin unter allen neuen Ländern bei weitem die größte Anzahl von WIPianern aufgenommen hatte und für die Mittel aus dem „Sachsen-WIP“ der sogenannte „WIP-Schlüssel“ (d.h. Verteilung auf die Länder proportional der Anzahl der WIPianer) nicht zur Anwendung kam.

Eine *Umfrage der GEW bei den Landesregierungen* im Juli 1997<sup>60</sup> ergab, daß in Berlin nun 44% der WIPianer über HSP III und Sonderprogramm (zum Teil nur teilweise) gefördert werden; das Ergebnis der Umfrage des WIP-Rats (s. oben) lag mit circa 40% nahe bei diesem Wert. Gemäß GEW-Umfrage betragen die entsprechenden Anteile in Sachsen 49%, in Brandenburg 58%, in Mecklenburg-Vorpommern 60%, in Sachsen-Anhalt 76%, in Thüringen 83%. Allerdings sind die konkreten Bedingungen für die Ex-WIPianer in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, so daß diese Zahlen nur einen unvollkommenen Vergleich ermöglichen.

<sup>59</sup> Peter Ruben: Vom Ende einer Hoffnung. Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu ihrem Thema, in: a.a.O. (Anm. 38), S. 171-181.

<sup>60</sup> WIP-Bilanz, in: Presseinformation des GEW-Hauptvorstands vom 23.7.1997.

Z.B. ist der Nachweis von Drittmitteln in Brandenburg unabdingbare Voraussetzung für eine Förderung, die Berliner Verfahrensweise bevorzugt zwar WIPianer mit Drittmitteln, läßt aber auch andere Möglichkeiten zu (z.B. C2-Stellen).

Nach Angaben der Landesregierungen in der GEW-Umfrage gab es Ende 1996 in den neuen Ländern insgesamt noch 1.303 Personen, die im WIP gefördert wurden (Berlin 436, Sachsen 274, Brandenburg 228, Thüringen 153, Sachsen-Anhalt 129, Mecklenburg-Vorpommern 83). Davon haben 736 Personen (56,5%) Anteil an den nun noch zur Verfügung stehenden Fördermitteln.

### Dauerhafte Eingliederung gescheitert

Gemessen an seiner Zielstellung, der dauerhaften Eingliederung in die Hochschulen (vgl. Rüttgers-Zitat am Beginn dieses Beitrags), ist das WIP in Berlin, aber nicht nur dort, grandios gescheitert. Die der Zielstellung zugrundeliegende Empfehlung des Wissenschaftsrats wurde nicht umgesetzt. Die bis Ende 1996 im WIP Geförderten finden sich, von Einzelfällen abgesehen, entweder in bereits wieder bedrohten Beschäftigungsverhältnissen oder aber als mehrfach positiv evaluierte Arbeitslose wieder.

*Politischer Wille fehlte:* Die Ursachen des Scheiterns liegen weder bei den Hochschulen noch bei den WIPianern, sondern eindeutig bei der Politik, vornehmlich in den Ländern. Bei grundsätzlicher Unterschätzung der Rolle von Grundlagenforschung für die Zukunftsgestaltung fehlte dort einfach der politische Wille, das über 5 Jahre im WIP geförderte Forschungspotential aus den DDR-Akademien letztendlich dauerhaft einzugliedern. So gaben verantwortliche Politiker klare Zusagen für die dauerhafte Eingliederung, erfüllten sie aber nicht. Sie vereinbarten die Schaffung eines zusätzlichen Stellenpools durch die Länder, schufen ihn aber nicht. Das Argument der knappen Kassen kann nur als Alibi für mangelnden politischen Willen gelten. Die Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Frau Prof. Dagmar Schipanski, stellte kürzlich fest, daß „der Wissenschaftsrat nach der Wende eine umsetzungsbereite Politik vorgefunden hat. Seine Empfehlungen wurden 1:1 umgesetzt. Jetzt ist das alles wieder schwieriger geworden.“<sup>61</sup>

Bei der Empfehlung zur Integration in die Hochschulen genügte leider die anfängliche Umsetzungsbereitschaft der Politik nicht. Der politische Wille aller Verantwortlichen wäre über mehrere Jahre erforderlich gewesen, um den Prozeß der Integration zu einem guten Ende zu führen. Die

<sup>61</sup> Ein Seismograph der deutschen Wissenschaft. Interview mit der Vorsitzenden und dem Generalsekretär des Wissenschaftsrats, Prof. Dagmar Schipanski und Winfried Benz, in: *Berliner Zeitung* vom 24.12.1997.

von Prof. Schipanski konstatierten Schwierigkeiten kamen beim WIP voll zum Tragen. Von einer Umsetzung der Wissenschaftsrats-Empfehlung kann beim WIP keine Rede sein, schon gar nicht von einer „1:1-Umsetzung“.

Natürlich muß man das Scheitern des WIP auch im Kontext des Verteilungskampfes um die knapper werdenden Forschungsmittel sehen. Im Vergleich zu in diesem Geschäft erfahrenen, wohlorganisierten Forschungseinrichtungen der alten Länder hatten die WIPianer aus dem Osten dabei nicht die erforderliche starke Lobby. Sicher gab es einige Abgeordnete im Bundestag und in den Länderparlamenten, die sich für die WIP-Geförderten und ihre Projekte engagierten. Es gab aber keine im Wissenschaftsbetrieb etablierte Institution, die die positiv evaluierten WIP-Projekte entsprechend ihrer Bedeutung, auch für das Zusammenwachsen der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft, wirkungsvoll vertreten hätte. Um so stärker hätte die Unterstützung seitens der politisch Verantwortlichen sein müssen. „Gelebte Solidarität“ reicht dabei nicht aus, sie findet zu schnell ihre Grenzen, wenn es um Geld geht. Die wissenschaftlichen Leistungen und wissenschaftspolitischen Aktivitäten der WIPianer konnten die Nachteile nur zum Teil kompensieren.

*Forschungspotential trotz positiver Evaluierung abgewickelt:* Angesichts der nichterfüllten Versprechungen sind bei vielen WIPianern, ob jetzt arbeitslos oder befristet weiterbeschäftigt, ernste Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt entstanden. Diese Zweifel werden ihr künftiges politisches Handeln oder Nichthandeln wesentlich bestimmen. Ein weiterer Schritt zur allgemeinen Politikverdrossenheit ist getan. Die Verantwortlichen haben das offenbar billigend in Kauf genommen: Die relativ wenigen WIPianer werden künftige Wahlen nicht entscheidend beeinflussen können, und auch der Wissenschaftsbetrieb wird unabhängig von Ausgang des WIP irgendwie weitergehen.

Der Kampf um die Realisierung des WIP-Ziels kann angesichts des fehlenden Willens der Politik jetzt sicher nicht mehr gewonnen werden: Ein weiterer Teil des DDR-Forschungspotentials wurde abgewickelt bzw. zur baldigen Abwicklung freigegeben. Verbesserungen in konkreten Einzelfragen sollten aber dennoch möglich sein und sind auch dringend erforderlich, um wenigstens die jetzt noch vorhandenen Fördermittel für die Ex-WIPianer voll beschäftigungswirksam zu machen. Das schlimme Ende des WIP legt einen Rückblick auf die Entstehung des Programms nahe. Letztlich geht alles auf den Einigungsvertrag zurück, in dem die MitarbeiterInnen der DDR-Akademien gegenüber dem sonstigen öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik einer Sonderbehandlung unterworfen worden sind. Ei-

ne weitere, über das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (1992) und die Verfassungsbeschwerden in Brandenburg und Berlin hinausgehende juristische Aufarbeitung ist wohl angezeigt.

Das jetzt vorliegende konkrete Ergebnis des Wissenschaftler-Integrationsprogramms muß irgendwo zwischen der totalen Katastrophe, d.h. der Verbannung praktisch des gesamten positiv evaluierten WIP-Potentials aus der gesamtdeutschen Forschungslandschaft, und dem erklärten Ziel des Programms, der dauerhaften Eingliederung dieses Potentials in die Hochschulen, eingeordnet werden. Die Aktivitäten der Betroffenen, unterstützt von der GEW, haben angesichts der starken Gegenkräfte nicht ausgereicht, um das WIP-Ziel zu erreichen. Sie waren aber nicht ganz erfolglos: wenigstens die zeitweise drohende totale Katastrophe konnte vorerst verhindert werden.

*Gottfried Seifert, Dr. , Mathematiker, war bis Ende 1996 im Rahmen der WIP-Förderung wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hermann-Föttinger-Institut für Strömungsmechanik der TU Berlin, Sprecher des WIP-Rats der TU, Mitglied des Vorstands des Berliner WIP-Rats sowie der WIP-Koordinierungsgruppe bei der GEW*

## Profilbildung in der Wissenschaftslandschaft

### Mecklenburg-Vorpommerns:

Das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Heike Kahlert &  
Cornell Babendererde

Greifswald

#### Notwendige Vorbemerkung

Dieser Beitrag ist aus der Perspektive westdeutscher Frauen geschrieben, die zu unterschiedlichen historischen und (wissenschafts)-

biographischen Zeitpunkten mit den sich transformierenden ostdeutschen Hochschulen in Verbindung gekommen sind. Da wir weder so tun wollen und können als schrieben wir aus einer „originär ostdeutschen“ Perspektive, noch als gäbe es keine Unterschiede (mehr) zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlerinnen, möchten wir unsere ursprüngliche (wissenschaftliche) Herkunft zumindest benennen. Auch wir partizipieren am Wissenschaftstransfer im Transformationsprozeß.

#### Zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung im deutschen Hochschulwesen

Feministische Forschung ist Wissenschafts- und Gesellschaftskritik.<sup>1</sup> Sie gehört inzwischen zum festen Bestandteil einer sich als modern und demokratisch verstehenden Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Längst spielt diese innovative Forschungsperspektive „eine zentrale Rolle als wissenschaftskritische Kraft im Kanon der etablierten Disziplinen“ (Kirsch-Auwärter 1996b, 53). Die geschlechtskritische Inspektion und Neuschrift der etablierten Wissenschaftsdisziplinen weckt seit längerem die Denklust von Frauen, auch einige aufgeschlossene Männer wenden sich inzwischen zunehmend der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den asymmetrischen Geschlechterverhältnissen zu.

<sup>1</sup> Die Begriffe feministische Forschung sowie Frauen- und Geschlechterforschung werden hier synonym verwendet.

Das wachsende Interesse an Themenstellungen und Ergebnissen aus dem feministischen Spektrum korrespondiert im deutschen Hochschulwesen nicht mit dem Institutionalisierungsgrad dieser Forschungsperspektive im Wissenschaftsbetrieb. Zwar haben die alten Bundesländer historisch betrachtet grundsätzlich gegenüber den neuen Ländern einen Vorsprung in der Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung in den Wissenschaftsinstitutionen; erste Bemühungen um die Institutionalisierung von feministischer Forschung in den Hochschulen reichen in die siebziger Jahre zurück. Dennoch ist die Frauen- und Geschlechterforschung längst nicht in allen Hochschulen der alten Bundesländer institutionalisiert. Zum einen gibt es im Institutionalisierungsstand große fachspezifische Unterschiede zwischen den Sozial- und Kulturwissenschaften, in denen relativ viel feministische Forschung stattfindet, und den Technik- und Naturwissenschaften, in denen feministische Fragestellungen nur zögerlich aufgegriffen werden. Zum anderen gibt es diesbezüglich große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen und Berlin haben inzwischen eine Reihe von Frauenforschungsprofessuren eingerichtet, in bayerischen Hochschulen hingegen gibt es kaum Institutionalisierungsansätze. Auch in den Hochschulen der neuen Bundesländer ist der Institutionalisierungsgrad unterschiedlich weit vorangeschritten: vor allem die Humboldt-Universität in Ost-Berlin und die Universität Potsdam können einige Erfolge in der Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung aufweisen, aber auch in einigen sächsischen Hochschulen gibt es Institutionalisierungsansätze.

Seit einiger Zeit gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern institutionalisierte Frauen- und Geschlechterforschung: Im November 1996 wurde an der Philosophischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* gegründet, das sich als landesweiter Knotenpunkt im noch (fester) zu knüpfenden Netz der mecklenburg-vorpommernschen Frauen- und GeschlechterforscherInnen versteht und die Etablierung der feministischen Perspektive in Forschung und Lehre vorantreiben will. Bevor wir dieses Zentrum näher vorstellen, möchten wir unser Verständnis von Frauen- und Geschlechterforschung beschreiben und diskutieren, welche Rolle ihr im Wissenschaftssystem zukommt. Zunächst aber gehen wir auf den Zusammenhang von Gleichstellungspolitik und feministischer Wissenschaft ein, der auch für die Gründung des Greifswalder Zentrums von großer Bedeutung ist.

## Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft als Modernisierungsbeihilfen

Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft stehen zueinander in einem spezifischen Spannungsverhältnis:

- Gleichstellung ist nicht ohne die Erkenntnisse der feministischen Wissenschaft zu denken,
- feministische Wissenschaft im Hochschulwesen ist ohne Gleichstellungspolitik nicht möglich.

Gleichstellungspolitik im Wissenschaftsbetrieb setzt traditionell vor allem an der Erhöhung des Frauenanteils an den Studierenden, Lehrenden, Forschenden und dem nicht-wissenschaftlichen Personal an. Sie ist in erster Linie frauenparteiliche Personalpolitik, unabhängig von den inhaltlichen und frauenpolitischen Ausrichtungen der Betroffenen. Adressatinnen von Gleichstellungspolitik sind Frauen, also nicht nur feministische Wissenschaftlerinnen, diese sind nur eine kleine Gruppe der gleichzustellenden Frauen im Wissenschaftsbetrieb. Die Förderung von Frauen und die Förderung von Frauenforschung sind zwei unterschiedliche und doch miteinander verbundene gleichstellungspolitische Strategien. Die feministische Forschung liefert wichtige Ergebnisse für die Gleichstellungspolitik: Wenn wir beispielsweise nicht wüßten, wie klein der Frauenanteil an den Professuren ist, wie könnten wir sonst die Notwendigkeit von Gleichstellungsmaßnahmen in diesem Bereich begründen? Frauen- und Geschlechterforschung darf andererseits nicht auf Begleitforschung von Gleichstellungspolitik reduziert werden. Diese Themenstellungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem feministischen Forschungsspektrum. Insofern sind also Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft klar voneinander zu trennen.

Dennoch gibt es ein Wechselverhältnis zwischen diesen beiden Bereichen. Gleichstellungspolitik braucht die Erkenntnisse, Analysen und Anregungen von feministischen Wissenschaftlerinnen. Beispielsweise können Frauenförderpläne in den Hochschulen nur erstellt werden, wenn entsprechende Daten zur Repräsentanz von Frauen in den verschiedenen Arbeitsbereichen und auf den verschiedenen Stausebenen vorliegen. Frauenförderpläne sind ein zentraler und unverzichtbarer Bestandteil der Hochschulentwicklungsplanung, die ohne die Analyse von sozialstrukturellen Zusammenhängen im Bildungsbereich, zu denen wesentlich die Ungleichheit der Geschlechter gehört, nicht möglich ist. Auch braucht eine moderne und damit notwendigerweise gleichstellungspolitisch ausgerichtete Hochschulentwicklungsplanung Kenntnisse über die spezifischen Lebens- und Ar-

beitsbedingungen von Frauen im Wissenschaftsbetrieb, um die Durchsetzung von Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis nicht einseitig am männlichen Karrieremuster zu orientieren.

Frauen- und Geschlechterforschung wiederum bedarf der Gleichstellungspolitik, um in ihrer ganzen fächerspezifischen Ausdifferenzierung anderen wissenschaftlichen Schwerpunkten gleichgestellt zu werden und um angemessen in den Hochschulen repräsentiert zu sein. Das bedeutet, daß Gleichstellungspolitik mehr ist bzw. sein muß als Personalpolitik: Neben der Erhöhung des Frauenanteils muß sie auch zur Umstrukturierung des Themen- und Fächerkanons im Wissenschaftsbetrieb beitragen, z.B. indem sie die Einrichtung von entsprechenden Studien- und Forschungsschwerpunkten an den Hochschulen unterstützt. Die Etablierung von (Nebenfach-)Studiengängen zur Geschlechterforschung, wie sie nun erstmalig zum Wintersemester 1997/98 an der Humboldt-Universität in Berlin und an der Universität Oldenburg erfolgt, oder auch die Gründung von Zentren zur feministischen Forschung sind Maßnahmen konsequenter Gleichstellungspolitik.

Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft treffen sich in ihrer Zielsetzung: gemeinsames Ziel ist die Herstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen und damit die Demokratisierung von Wissenschaft und Gesellschaft. Da Demokratisierung wiederum ein zentraler Bestandteil von (reflexiven) Modernisierungsprozessen ist, sind Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft folglich „Modernisierungsbeihilfen“ (Wetterer 1992, 197f). Wenn wir uns verdeutlichen, wie wissenschaftsabhängig moderne Gesellschaften sind, und wenn wir uns weiter verdeutlichen, daß wissenschaftliche Erkenntnis entgegen lang verbreiteter Mythen nicht geschlechtsunabhängig produziert, vermittelt und rezipiert wird, wird verständlich, wie wichtig die gleichberechtigte reale und symbolische Repräsentanz von Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Wissenschaftsbetriebs für eine moderne und demokratische Gesellschaft ist.

Die Öffnung der Hochschulen für Frauen und die damit verbundene Erhöhung des Frauenanteils auf allen Hierarchiestufen allein bedeutet aber noch nicht zwangsläufig eine qualitative Veränderung des wissenschaftlichen Denkens und der Strukturen des Wissenschafts- und Gesellschaftssystems. Es ist sehr zweifelhaft, ob Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts eine qualitativ „andere“ oder gar „bessere“ Wissenschaft betreiben und allein durch ihre Repräsentanz die Hochschulen verändern. Für qualitative Veränderungen im wissenschaftlichen Umgang mit den Geschlechterverhältnissen in Lehre und Forschung braucht es die Frauen- und Geschlech-

terforschung, die die Inhalte sowie die Produktions- und Vermittlungsformen von Wissenschaft aus der Perspektive der Geschlechterdifferenz sukzessiv dekonstruiert, modernisiert und transformiert.

### Frauen- und Geschlechterforschung im Transformationsprozeß

Seit einigen Jahren diskutieren ostdeutsche Wissenschaftlerinnen kontrovers darüber, ob und in welcher Form es in der DDR eine eigenständige Frauenforschung gegeben hat, an die sich im Transformationsprozeß kritisch anknüpfen ließe. Einigkeit besteht unter den Diskutantinnen darin, daß in der DDR über die Situation von Frauen und über die Geschlechterverhältnisse geforscht wurde. Ob diese Forschung über Frauen als Frauenforschung bezeichnet werden kann und soll, ist unter den von uns rezipierten Diskutantinnen strittig (vgl. z.B. Dölling 1990, 1993; Gabriel 1992; Eifler 1993; Liebsch/Haas 1996). Diese in einer staatlich beeinflussten Forschung seit den sechziger Jahren gewonnenen Ergebnisse waren jedoch nur einer kleinen WissenschaftlerInnenelite, und zum Teil nur mit besonderer Erlaubnis, zugänglich. Gesellschaftskritische Schlußfolgerungen aus diesen Ergebnissen waren politisch nicht erwünscht und wurden nur selten bzw. nicht öffentlich gezogen. Christine Eifler (1996, 535) schreibt, daß unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen diese „Frauenforschung von oben“ nicht nur zu keiner Weiterentwicklung und Erweiterung der Frauenpolitik beitragen konnte, sondern diese in ihren Grenzen bestätigte – womit sie systemkonform war. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR-„Frauenforschung“ ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Unterschied zur westdeutschen Frauenforschung. „Autonome“ Frauenforschung, d. h. eine „Frauenforschung von unten“, die nicht bzw. nicht notwendigerweise positivistisch war und die Verhältnisse bestätigte, gab es in der DDR zwar nach Liebsch/Haas (1996) bereits in den achtziger Jahren. Ihre Ergebnisse unterliefen mehr oder weniger die DDR-offizielle Sicht auf die Geschlechterverhältnisse, wurden aber vor allem privat diskutiert und spielten in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit keine Rolle.

Was Frauenforschung mehr bzw. anderes ist als Forschung über Frauen, wurde vor allem in den achtziger Jahren unter westdeutschen Wissenschaftlerinnen breit und kontrovers diskutiert (vgl. z.B. Beiträge 1984; Zentraleinrichtung 1984; Nunner-Winkler 1994). Der Streit entzündete sich in den Sozialwissenschaften an der Frage, ob es spezielle Methoden in der Frauenforschung gibt. Diese Frage wird heute weitgehend verneint. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition, was Frauenforschung ist; sie

wird auch von kaum einer Wissenschaftlerin angestrebt. Je abhängig vom eigenen wissenschaftstheoretischen, fachspezifischen und politischen Standpunkt wird Frauenforschung als eine bestimmte Forschungsperspektive, die das Geschlechterverhältnis als grundlegendes gesellschaftliches Macht- und Herrschaftsverhältnis versteht, als Bezeichnung für die Forschung von Frauen oder als Forschung über Frauen gesehen.

Zentrale Kategorie und Grundtheorem der Frauenforschung ist die Strukturkategorie Geschlecht, die Perspektive und/oder Gegenstand einer kritischen Frauenforschung ist. Die derzeit entbrannte Diskussion um die soziale Konstruktion der Geschlechterdifferenz verdeutlicht, daß im feministischen Wissenschaftsdiskurs viel in Bewegung ist. Das vermeintlich für sicher gehaltene feministische Alltagswissen von der Zweigeschlechtlichkeit wird derzeit durch die konstruktivistische Perspektive radikal hinterfragt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wie können wir den Androzentrismus von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft kritisieren, wenn wir nicht (mehr) sagen können, was die „männliche“ und was die „weibliche“ Perspektive ausmacht? Mit dem Streit um die Differenz sind die methodologischen Grundlagen der Frauenforschung fragwürdig geworden. Der hohe Grad an (Selbst-)Reflexivität im feministischen Wissenschaftsdiskurs zeigt sich jedoch darin, daß diese methodologischen Verunsicherungen zu einer neuerlichen konstruktiven Diskussion um das Selbstverständnis von und unter Frauenforscherinnen geführt haben.

Zu diesen Selbstverständnisdebatten gehört auch die Auseinandersetzung mit der Geschlechterforschung. Der Begriff „gender studies“ bzw. Geschlechterforschung ist eine vergleichsweise neue Wortschöpfung im deutschsprachigen Feminismus der neunziger Jahre – und ebenso wie die „women's studies“ der siebziger Jahre ein angelsächsischer Import. So wie der Begriff Frauenforschung vor allem in den Anfängen der neuen Frauenbewegung kontrovers diskutiert wurde, ist auch der Begriff Geschlechterforschung umstritten. Mit dem aktuellen Streit um die Begrifflichkeiten verbinden sich Debatten um verschiedene theoretische und politische Perspektiven. Als Gegenstandsbereich der Geschlechterforschung werden die sozialen und kulturellen Dimensionen der Geschlechterverhältnisse angesehen. Ob und welche Veränderungen diese Auffassung des Gegenstandsbereichs gegenüber der bisherigen Frauenforschung bedeutet, wird unterschiedlich beantwortet (vgl. für den angelsächsischen Raum Richardson/Robinson 1994): Einige Wissenschaftlerinnen weisen darauf hin, bereits seit den Anfängen der neuen Frauenbewegung zu den Geschlechterverhältnissen geforscht und diese „Geschlechter“forschung als „Frauen“-forschung bezeichnet zu haben. Sie plädieren vor allem aus Gründen der

Traditionsbildung für die Beibehaltung des Begriffs Frauenforschung. Andere treten dafür ein, am Begriff Frauenforschung festzuhalten, um das widerständige und herrschaftskritische Moment der frauenzentrierten Forschungsperspektive zu betonen. Wiederum andere schlagen ebenfalls aus politischen Erwägungen heraus vor, von Geschlechterforschung zu sprechen: Diese sei in den traditionellen Wissenschaftsinstitutionen eher durchsetzbar. Während in der Frauenforschung umstritten ist, ob auch Männer diese Forschung betreiben können bzw. sollen, ist unwidersprochen, daß Geschlechterforschung von beiden Geschlechtern betrieben wird.

Die methodologische Reflexion der gesellschaftlichen Bedingtheit der eigenen Forschung, ihrer Ergebnisse und auch der eigenen blinden Flecken ist ein wichtiges Element einer (wissenschafts- und gesellschafts-)kritischen feministischen Forschung. Diese grundlegende Einsicht wird allerdings längst nicht von allen in diesem Feld engagierten Wissenschaftlerinnen gleichermaßen berücksichtigt. Bisher wird beispielsweise kaum von westdeutschen Frauenforscherinnen reflektiert, welche Konsequenzen das von westdeutscher Seite hierarchisch strukturierte Zusammenwachsen zweier Gesellschaftssysteme für feministische Forschung hat. Birgit Bütow (1994) hat kritisch und zu recht darauf verwiesen, daß sich durch den gesellschaftlichen Umbruch auch die Frauenforschung in der Krise befindet. Sie plädiert dafür, daß ostdeutsche Frauenforscherinnen selbstbestimmt eigene Spuren suchen und ein eigenes Profil entwickeln. Aus westdeutscher Perspektive weist Carol Hagemann-White (1995, 38) auf die grundlegend veränderte Lage der Frauenforschung durch den Vereinigungsprozeß hin. Der bisher historisch wohl vorbildlose Prozeß des männlich und westlich geprägten Wissenschaftstransfers im Transformationsprozeß verdeutlicht, wie wenig Macht und Bedeutung westdeutsche Frauenforscherinnen im Wissenschaftssystem trotz einiger wissenschaftspolitischer Erfolge hatten bzw. haben: Der bisherige Institutionalisierungsprozeß der Frauenforschung in westdeutschen Hochschulen sei an der Oberfläche geblieben, ohne auf herkömmliche Auffassungen in den Disziplinen weiter einzuwirken. Im Transfer des westdeutschen Hochschulwesens nach Ostdeutschland spielte die Frauenforschung keine Rolle. Festzuhalten bleibt: Bezüglich weiterführender theoretischer Reflexionen und der Entwicklung gemeinsamer wissenschaftspolitischer Handlungsstrategien stehen feministische Wissenschaftlerinnen in beiden Teilen Deutschlands noch ganz am Anfang.

## Frauen- und Geschlechterforschung als paradoxe Intervention im Wissenschaftssystem

Die westdeutsche Frauenforschung entstand als „akademischer Arm“ der Frauenbewegung. Sie ist bis heute sowohl in der sozialen Bewegung der Frauen als auch in der Wissenschaft verankert. Diese Spannung zwischen Wissenschafts- und Bewegungsorientierung ist eines ihrer Charakteristika und unterscheidet sie davon, ein Teilbereich der traditionellen Disziplinen zu sein. Aufgrund ihrer spezifischen Verortung zwischen Wissenschaft und Bewegung ist sie sperrig und widerständig gegenüber dem herrschenden Wissenschaftssystem, läßt sich nicht einfach vereinnahmen, disziplinieren, unterordnen. Anliegen der Frauenforschung ist die Klärung der Zusammenhänge von Diskriminierung und Befreiungsmöglichkeiten in den Geschlechterverhältnissen. In diesem Sinne ist sie Wissenschafts- und Gesellschaftskritik und kann als „Oppositionswissenschaft“ (Metz-Göckel 1993, 412) bezeichnet werden. In Anlehnung an Foucault verleiht diese Position der Marginalität bzw. Randständigkeit der Frauenforschung Macht und verstrickt sie damit zugleich in die Technologien der Macht, genauer: in das Geflecht aus Wissen und Macht. Auch und gerade die Kultur der Marginalität hat Effekte auf die traditionelle Institution Wissenschaft (vgl. Kirsch-Auwärter 1996a): diese verändert sich sukzessiv durch die Frauenforschung, die Frauenforschung wiederum verändert sich ebenfalls sukzessiv in ihrem Weg in und durch die Institution.

Die Institutionalisierung von feministischer Forschung in den Hochschulen ist paradox. Feministische Forschung sei Arbeit im Widerspruch, so Cornelia Giebeler (1992, 14). Von der Institution Geld und Schutz zu erlangen, deren androzentrischer Charakter grundsätzlich kritisiert wird, sei die Institutionalisierung der Paradoxie. Doch nicht nur die Institutionalisierung als solche ist paradox. Nach Angelika Wetterer (1993, 195) stellt die Institutionalisierung eine paradoxe Antwort und paradoxe Intervention hinsichtlich der paradoxen Situation dar, in der sich Frauenbewegung und Frauenforschung befinden. Diese Paradoxie bestehe darin, daß Frauenbewegung, Frauenforschung und feministische Wissenschaftspolitik, um wirksam sein zu können, das Geschlecht zum strukturbildenden Moment politischer Strategien machen müßten, um letztlich das Geschlecht als soziales und politisches Klassifikationsmerkmal außer Kraft zu setzen. Sie berufen sich auf die Kategorie Geschlecht, die es zu überwinden gilt.

Die Orte und Wege von feministischer Forschung sind im deutschen Hochschulwesen vielfältig, jeweils abhängig von den Bedingungen der einzelnen Disziplinen, von den vor Ort beteiligten Personen sowie von der

politischen und rechtlichen Verfaßtheit der jeweiligen Hochschule, in der sich die Oppositionswissenschaft institutionalisiert. Beispiele für Institutionalisierungsformen sind Frauenforschungsprofessuren, feministische Lehrveranstaltungen, Studienschwerpunkte bzw. die curriculare Bündelung von Frauenforschung als Nebenfach, Graduiertenkollegs zur Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenforschungsbibliotheken und Wissenschaftlerinnennetzwerke. Zusammenschlüsse von feministischen Wissenschaftlerinnen in disziplinären oder auch interdisziplinären Forschungsschwerpunkten können auch als Zentralisierung der Marginalität bezeichnet werden.

Im Folgenden beschreiben wir, wie sich die Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern zu institutionalisieren beginnt: Seit Herbst 1996 gibt es an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ein interdisziplinäres feministisches Forschungszentrum, um die vorhandenen Ansätze in diesem Wissenschaftsbereich zu bündeln und weitere diesbezügliche Initiativen anzuregen.

#### **Zur Gründung des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald**

Erste Bemühungen zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Greifswald gab es bereits zu Beginn der neunziger Jahre: Im Hochschulerneuerungsprozeß begannen frauen- und gleichstellungspolitisch aktive Frauen dieser Universität, sich für die Installierung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten sowie für Aktivitäten zur Einrichtung von Frauenstudien und Frauenforschung einzusetzen. Diese Initiative und Trägerschaft lag damals allein bei Philologinnen, da die sozialwissenschaftlichen Fächer wie Pädagogik und Psychologie, in denen es ebenfalls einige Ansätze zur Frauenforschung gegeben hatte, 1991 abgewickelt worden waren. Im Dezember 1991 wurden erste Veranstaltungen und eine Ringvorlesung zu Themenstellungen der Frauen- und Geschlechterforschung angeboten (vgl. Schneikart 1993, 43).

An der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald ist die Perspektive der Geschlechterdifferenz seither, wenn auch vereinzelt, in Lehre und Forschung vertreten (vgl. Kittel 1996). Im Sommersemester 1995 fand an der Universität Greifswald eine weitere interdisziplinäre Ringvorlesung zu Fragen und Ergebnissen dieser Forschungsrichtung statt. Was noch immer fehlte, war eine institutionelle Verstetigung der Zusammenarbeit der in diesem Bereich engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die beispielsweise ein interdisziplinäres Forschungszentrum gewährleisten könnte.

Die Initiative zur Etablierung eines Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien ging schließlich von der im September 1995 gegründeten Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus. Hier zeigt sich, daß die Gleichstellungspolitik und die Förderung bzw. der Ausbau von Frauenforschung an den Hochschulen eng verknüpft sind: Das politische Gebot der Demokratie, die Chancengleichheit der Geschlechter auch an den Hochschulen des Landes durchzusetzen, veranlaßte die Kultusministerin im März 1996, der Ernst-Moritz-Arndt-Universität die Gründung eines interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien zu empfehlen (vgl. Jahr 1996, 47) – diese Empfehlung sei „nachdrücklich“ gewesen, wie Sozialminister Kuessner anstelle der Kultusministerin in einer Rede vor dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern (1997, 3303) betonte. Die Landesregierung erhofft sich von diesem Zentrum, daß es einen wesentlichen Netzpunkt für die weitere Frauenforschung und -förderung an den Hochschulen im Land bilde (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1997, 3303) und daß es Politik und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu Fragen, die die Stellung von Frauen betreffen, beratend begleite, Problemfelder aufzeige und Lösungsansätze anbiete (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1997, 3304).

Im November 1996 wurde auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Sitzung das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* der Universität Greifswald gegründet. Daß diese Einrichtung zugleich wissenschaftliche und politische Bedeutung hat, verdeutlicht das von Doris Ruhe und Irene Erfen erarbeitete Positionspapier des Zentrums: Die Frauen- und Geschlechterforschung wolle das bisher praktizierte Verschweigen der Differenz zwischen männlichem und weiblichem Zugang zu wissenschaftlichen Themen aufheben und die Geschlechterdifferenz als produktive Kategorie der Erkenntnis nutzen. Diesbezügliche Defizite der jeweiligen Fächer seien aufzuarbeiten, ausführlich und differenziert zu beschreiben. Das politische Potential der Frauen- und Geschlechterforschung bestehe darin, die Perspektive der Geschlechterdifferenz zur Basis der wissenschaftlichen Untersuchungen zu machen. Insbesondere für Studentinnen habe dies wichtige Effekte auf ihre Lebens- und Karriereplanung, denn eine Karriere innerhalb der akademischen Institutionen werde Frauen in um so größerem Maß als wünschenswert und realisierbar erscheinen, wie aus weiblichen Lebenszusammenhängen entwickelte Ansätze in den Kanon wissenschaftlicher Arbeitsgebiete eingingen (Ruhe/Erfen 1996).

Das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* ist in Räumlichkeiten der Universität Greifswald untergebracht und wird vorläufig größtenteils aus Mitteln des Hochschulprogramms III finanziert.

Zusätzliche Unterstützung gewährt derzeit die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung. Gegenwärtig sind am Zentrum zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, eine wissenschaftliche Hilfskraft sowie mehrere studentische Hilfskräfte beschäftigt. Neben den Personalmitteln gibt es einen Sachmitteletat, aus dem auch eine Präsenzbibliothek zur Frauen- und Geschlechterforschung aufgebaut wird, die dazu beitragen soll, die Forschungsinfrastruktur in diesem innovativen Themengebiet zu verbessern.

Zielsetzungen des Zentrums sind die Erhöhung des Lehrangebots zu Fragestellungen der Geschlechterdifferenz, die Initiierung, Koordination und Förderung von Forschungsaktivitäten zu diesem Themenbereich sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Frauen- und Geschlechterforschung (vgl. Jahr 1996, 48f). Zu den mit diesen Zielsetzungen verbundenen Koordinations- und Dokumentationsaufgaben gehört die Herausgabe eines kommentierten Vorlesungsverzeichnisses zu Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Greifswald, das erstmalig zum Wintersemester 1997/98 erscheint. Im Rahmen des Studium generale bietet das Zentrum auch eigene Lehrveranstaltungen an: Im Sommersemester 1997 führten Wissenschaftlerinnen aus dem Zentrum in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Kolloquium zur Frauen- und Geschlechterforschung – das erste einer geplanten Kolloquiumsreihe – mit dem Titel „Geschlechterdifferenz im interdisziplinären Gespräch“ durch. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Greifswald sowie auswärtige Gäste stellten aus ihrer jeweiligen disziplinären Perspektive Ansätze und Fragestellungen zum Verhältnis der Geschlechter vor. Im Wintersemester 1997/98 findet ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein weiteres interdisziplinäres Kolloquium zum Thema „Geschlechterdifferenz. Texte, Theorien, Positionen“ statt. Die Beiträge beider Kolloquien werden veröffentlicht. Weitere Kolloquien und Tagungen sind geplant.

Da das Zentrum als landesweite Einrichtung geplant ist, gehört zu seinen nächsten Arbeitsschritten die Vernetzung aller Frauen- und GeschlechterforscherInnen, die innerhalb und außerhalb der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns arbeiten. Zu diesem Zweck wird am 7. Mai 1998 an der Universität Greifswald eine Konferenz stattfinden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Frauen- und Geschlechterforschungszentren, insbesondere in den benachbarten Bundesländern, ist angestrebt. Darüber hinaus legen es die geographische Lage Greifswalds sowie der an der Universität in Aufbau befindliche Forschungs- und Studienschwerpunkt Nord-

/Osteuropa (Ostseeraum) nahe, zu entsprechenden Institutionen an skandinavischen und polnischen Hochschulen Kontakte zu knüpfen.

Derzeit sind am *Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* vier Forschungsprojekte angesiedelt, die wir nun vorstellen.

### **Forschungsprojekte des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien**

Zwei Forschungsprojekte des Zentrums betreffen direkt die Entwicklung des Frauenstudiums sowie der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Es handelt sich um die Projekte:

- Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald,
- Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern – Bestandaufnahme und Perspektiven

Diese beiden Projekte werden von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Zentrums bearbeitet. Zwei weitere Forschungsprojekte des Zentrums sind fachspezifisch ausgerichtet und werden von Wissenschaftlerinnen aus der Philosophischen Fakultät durchgeführt.

#### *Das Projekt „Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald“*

Eine der Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Positionen der Universität ist das weitgehende Fehlen weiblicher Vorbilder und einer Tradition, die für Frauen eine akademische Laufbahn erreichbar erscheinen läßt. Die Erarbeitung einer Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald, die in einem zweiten Schritt auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet werden soll, hilft diesem Mangel ab und trägt dazu bei, eine weibliche universitäre Tradition aufzuzeigen.

Hierbei soll zunächst die institutionelle Seite des Frauenstudiums erforscht werden: Aus den Akten des preußischen Kultusministeriums sowie des Kurators, Rektors und der Fakultäten der Universität Greifswald wird der Prozeß rekonstruiert, der schließlich zur offiziellen Zulassung von Frauen zum Studium an den Universitäten Preußens im Jahre 1908 führte. Mit Ausnahme Mecklenburgs konnten sich Frauen zu diesem Zeitpunkt bereits in allen anderen deutschen Ländern immatrikulieren; im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich (1861), der Schweiz (1865) und England (1869) war man fast ein halbes Jahrhundert im Rückstand.



Die Entwicklung des Frauenstudiums an der Universität Greifswald und die der öffentlichen Meinung hierzu sollen bis zur aktuellen Situation weiter verfolgt werden. Darüber hinaus ist geplant, exemplarisch einige Studentinnen, Mitarbeiterinnen und Dozentinnen in ihrem wissenschaftlichen, aber auch persönlichen Werdegang vorzustellen, sowie Universitätsangehörige aufzuspüren, die sich besonders für die Belange des Frauenstudiums eingesetzt haben.

Die Ergebnisse dieses Projekts, mit dessen Durchführung Julia Pieper betraut ist, werden in einer Monographie veröffentlicht, außerdem ist eine Ausstellung zum Thema geplant. Da der neunzigste Jahrestag des Frauenstudiums in Greifswald in das Jahr 1998 fällt, soll dieser Anlaß auf diese Art feierlich begangen werden.

#### *Das Projekt „Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern – Bestandsaufnahme und Perspektiven“*

Bereits im Jahre 1989 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) die besondere Bedeutung der Frauenforschung im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie für die weitere Entwicklung der Wissenschaften betont. Zum weiteren Ausbau der Frauenforschung empfahl die BLK, an den Hochschulen und in der Forschungsförderung durch Bund und Länder Frauenforschungsschwerpunkte zu bilden, die Projektfinanzierung im Bereich Frauenforschung zu verbessern und die Frauenforschung zu koordinieren, indem die Breite und Vielfalt ihrer Themenstellungen in Forschungsberichten bzw. Dokumentationen gesondert ausgewiesen wird (vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1997, 56ff).

Das zweite Forschungsprojekt, das derzeit am *Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* der Universität Greifswald bearbeitet wird, hat das Ziel, eine Dokumentation der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Hierzu wird zunächst eine Dokumentenanalyse der Forschungsberichte und Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten und Fachhochschulen des Landes sowie eine Fragebogenerhebung bei einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie bei den Gleichstellungsbeauftragten durchgeführt. Ergänzend sind ExpertInneninterviews geplant. Die zu erwartenden Ergebnisse dieses Projekts sind zum einen für die weitere Vernetzung entsprechend engagierter Personen vor Ort wichtig, denn nicht immer kennt frau bzw. mann die Arbeiten der Kolleginnen und Kollegen

im eigenen Haus, aber auch an den benachbarten Hochschulen. Zum anderen können die Ergebnisse dieser Bestandserhebung Impulse für entsprechende Hochschulentwicklungsmaßnahmen und mögliche Schwerpunktsetzungen im Bereich der Frauenforschungsförderung geben. Diese Dokumentation, die von der Sozialwissenschaftlerin Heike Kahlert erstellt wird, wird veröffentlicht.

Im Rahmen des *Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien* ist darüber hinaus mit der Arbeit an zwei fachspezifisch orientierten Projekten begonnen worden:

Privatdozentin Irene Erfen (Germanistik/Mediävistik) bereitet die Edition und Übersetzung der lateinischen und deutschen Texte der Frühhumanisten Albrecht von Eyb und Niklas von Wyle in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vor, denen die Rede der Nicolasia von Sanuda zugrunde liegt. In ihrer lateinischen Rede wendet sich Nicolasia von Sanuda vor Kardinal Bessarion gegen die von ihm erlassenen Luxusgesetze. Zur Wahrung der Würde der Frauen führt sie hierbei herausragende Frauengestalten der Antike an. Die Auswirkungen, die diese Rede hatte, belegt ein in Gutachten dokumentierter Rechtsstreit. Da sowohl die lateinischen wie auch die deutschen Texte unzulänglich erreichbar sind, wird die Edition und Übersetzung dieser Texte einen wichtigen Beitrag für die Erforschung von frauenhistorischen Themen liefern.

Die Romanistikprofessorin Doris Ruhe plant eine Publikation zum Thema „Heilige Frauen – heilige Männer. Untersuchungen zur geschlechtsspezifischen Vorstellung von Heiligkeit in französischen Legenden des Mittelalters“. Da sich die Viten historisch belegter männlicher und weiblicher Heiliger ganz offensichtlich von den Darstellungen in populären Legenden unterscheiden, lassen sich aus dieser Diskrepanz Rückschlüsse auf die Rolle dieser Literatur bei der Konstituierung von Geschlechterrollen ziehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die sich auf das 12. bis 15. Jahrhundert konzentriert, sollen in einer Monographie mit dem gleichnamigen Titel veröffentlicht werden.

#### **Ausblick**

Frauen- und Geschlechterforschung ist bundesweit politisch gewollt und aus einer demokratischen und zukunftsweisenden Hochschulentwicklungsplanung nicht mehr wegzudenken. Mit der Gründung des *Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien* hat die Universität Greifswald bewiesen, daß sie die wissenschaftliche und politische Herausforderung durch die feministische Forschung aufnimmt und ihr Bedeu-

tung im Modernisierungs- und Demokratisierungsprozeß der wissenschaftlichen Institutionen beimißt. Wenn ein wirksamer Beitrag zur Förderung von Frauen und Frauenforschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns geleistet werden soll, dann ist eine gesicherte Ausstattung des Zentrums mit Personal- und Sachmitteln unerläßlich. Die Einrichtung einer Professur für feministische Forschung sowie die Verankerung dieser Forschungsperspektive in den Curricula wären weitere wichtige Schritte zur Etablierung dieser innovativen Wissenschaftsrichtung an der Universität Greifswald und den übrigen Hochschulen des Landes. Die Frauen- und Geschlechterforschung könnte damit in der derzeit einsetzenden Diskussion um individuelle Profilbildung und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen untereinander eine bedeutsame Position in der Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns und darüber hinaus einnehmen.

*Heike Kahlert, Dr., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald, Cornell Babendererde, M.A., war ebendort wissenschaftliche Mitarbeiterin und arbeitet z.Zt. an ihrer Promotion*

#### Literatur:

- Arndt, Marlies/ Magdalene Deters/ Gabriele Hart/ Gabriele Jähnert/ Johanna Kootz/ Birgit Riegraf/ Manuela Roßbach/ Karin Zimmermann (Hg.) (1993): *Ausgegrenzt und mittdrin – Frauen in der Wissenschaft*. Berlin: edition sigma.
- beiträge (1984): *Frauenforschung oder feministische Forschung? Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 7 (11).
- Bütow, Birgit (1994): *Frauenforschung in Ost und West vor der Aufgabe der Neu- und Umorientierung?* In: Dies./ Heidi Stecker (Hg.): *Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern*. Bielefeld: Kleine, S. 315-321.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1997): *Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft. Fortschreibung des Berichts aus dem Jahr 1989*. Bonn (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 53).
- Dölling, Irene (1990): *Situation und Perspektiven von Frauenforschung in der DDR*. In: *ZiF-Bulletin* 1, S. 1-25.
- Dölling, Irene (1993): *Aufbruch nach der Wende – Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern*. In: Helwig/ Nickel (Hg.), S. 397-407.
- Eifler, Christine (1993): *Ein begrenzter Einstieg: Forschung über Frauen in der DDR*. In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 11 (1+2), S. 77-89.
- Eifler, Christine (1996): *Frauenforschung in der DDR*. In: Kleinau, Elke/ Claudia Opitz (Hg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*. Band 2: *Vom Vormärz bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main/ New York: Campus, S. 535-547.
- Gabriel, Birgit (1992): *Was heißt es für uns, feministisch zu forschen?* In: *Beratungsstelle für Frauen Dresden* (Hg.): *Zur Situation der Frauenforschung in Sachsen. Beginn einer Bestandsaufnahme*. Dresden, S. 95-104.

Giebler, Cornelia (1992): *Zwischen Protest und Disziplin. Die feministische Paradoxie*. Bielefeld: AJZ.

Hagemann-White, Carol (1995): *Frauenforschung – der Weg in die Institution. Ideen, Persönlichkeiten und Strukturbedingungen am Beispiel Niedersachsens*. Bielefeld: Kleine.

Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.) (1993): *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Band 318).

Jahr, Silke (1996): *Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien an der Philosophischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald*. In: *Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern* (Hg.): *Nicht die Frauen müssen sich ändern, sondern die Strukturen*. Dokumentation zur 4. Frauenkonferenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 18./ 19. Oktober 1996 in Stralsund. Schwerin, S. 46-49.

Kirsch-Auwärter, Edit (1996a): *Anerkennung durch Dissidenz. Anmerkungen zur Kultur der Marginalität*. In: *Modelmog, Ilse/ Dies. (Hg.): Kultur in Bewegung. Beharrliche Ermächtigungen*. Freiburg: Kore (FF 9), S. 25-47.

Kirsch-Auwärter, Edit (1996b): *Emanzipatorische Strategien an den Hochschulen im Spannungsverhältnis von Organisationsstrukturen und Zielvorstellungen*. In: *Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen: Ist Gleichstellung lehrbar? Entwicklungslinien männlicher und weiblicher Sozialisation*. Band 2: *Symposium 1995 in Heidelberg. Vorträge und Statements. VBWW Rundbrief* 12 (Januar 1996), S. 49-54.

Kittel, Pirina (1996): *Lehre und Forschung zur Geschlechtsspezifität an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen Mecklenburg-Vorpommerns. Untersuchung der Lehrangebote im WS 1995/ 96 und der abgeschlossenen Promotions- und Habilitationsaufträge der Jahre 1993-1995 zu geschlechtsspezifischen Themenstellungen*. Studie im Auftrag der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Rostock (unveröff. Ms.).

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (1997). 2. Wahlperiode – 56. Sitzung am 23. Januar 1997, S. 3300-3306 (Tagesordnungspunkt 12: *Beratung des Antrags der Fraktion der PDS: Frauen in der Wissenschaft und Forschung – Drucksache 2/ 2218*).

Liebsch, Renate/ Angelika Haas (1996): *„Forschungen zu Frauen, aber keine Frauenforschung?“ (Selbst-)Kritische Reflexionen zweier Wissenschaftlerinnen über ein Forschungsgebiet in der DDR. Eine Aufforderung zur Diskussion*. In: *hochschule ost* 5 (3), S. 9-20.

Metz-Göckel, Sigrid (1993): *„Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit“*. *Frauenforschung in Westdeutschland*. In: Helwig/ Nickel (Hg.), S. 408-426.

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Hg.) (1994): *Frauenförderung ist Hochschulreform – Frauenforschung ist Wissenschaftskritik*. Bericht der niedersächsischen Kommission zur Förderung von Frauenforschung und zur Förderung von Frauen in Lehre und Forschung. Hannover.

Nunner-Winkler, Gertrud (1994): *Zur Definition von Frauenforschung*. In: *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen*. Mitteilung 1. Berlin: Akademie Verlag, S. 29-41.

Richardson, Diane/ Victoria Robinson (1994): *Theorizing Women's Studies, Gender Studies and Masculinity: The Politics of Naming*. In: *The European Journal of Women's Studies* 1 (1), S. 11-27.

Ruhe, Doris/ Irene Erfen (1996): Positionspapier des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald. Greifswald (unveröff. Ms.).

Schneikart, Monika (1993): Zur Situation von Wissenschaftlerinnen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. In: Arndt u.a. (Hg.), S. 39-44.

Wetterer, Angelika (1992): Enthierarchisierung oder Dekonstruktion der Differenz. Kritische Überlegungen zur Struktur von Frauenförderung. In: Kootz, Johanna/ Edith Püschel (Hg.): Studentinnen im Blick der Hochschulforschung. Empirie und Studienreform. Berlin: Freie Universität Berlin, S. 195-213.

Wetterer, Angelika (1993): Die Frauenuniversität – Überlegungen zu einer paradoxen Intervention. In: Arndt u.a. (Hg.), S. 189-197.

Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin (Hg.) (1984): Methoden in der Frauenforschung. Symposium an der Freien Universität Berlin vom 30.11.-2.12.1983. Frankfurt am Main: Rita G. Fischer.

## REAKTION

### Gefeuert, erneuert und was nun?

#### Der Rechtsstaat in Nöten

##### Arno Hecht

Auerbach

Natürlich beschreibt der Untertitel nicht die gesellschaftliche Realität. Welcher Staat gerät schon in den Rechtsnotstand, wenn es um die Durchsetzung der Ziele der herrschenden politischen Klasse geht. Staatliche Gewalt, gleich ob sie sich als proletarisch-diktatorisch offenbart oder als demokratisch, hat sich schon immer gegenüber dem scheinbaren „Souverän“, dem Volk, dem Individuum oder Gruppen durchgesetzt, besonders wenn es sich um die Rechte von Minderheiten handelt. Wenn sonst nichts hilft, wird gegenwärtig die Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung heraufbeschworen, wie jüngst durch den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Hans Joachim Meyer, dieses Mal jedoch nicht in seiner ministeriellen Funktion, sondern als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Den bösen Vorwurf des Zweifels am Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung erhebt er gegenüber den Autoren der „Erfurter Erklärung“,<sup>1</sup> Andersdenkenden,<sup>2</sup> die es wagen, eine andere Poli-

<sup>1</sup> Helfried Liebsch: Kongreß zur Erfurter Erklärung begann. Probst Falcke: Zukunftsorientierte Gespräche zum Tag der Einheit. In: *Neues Deutschland* vom 4./5. Oktober 1997, S.1.

tik und eine andere Regierung in deutschen Ländern einzufordern, mit friedlichen und legalen Mitteln. Allerdings äußern sie damit gleichzeitig auch Zweifel an der führenden Rolle der CDU, wenn diese Partei in der Erklärung auch nicht dezidiert benannt wird.

Diese Argumentation der Herrschenden kommt dem gelernten DDR-Bürger bekannt vor. Kritik an der führenden Rolle der SED oder der sozialistischen Gesellschaftsordnung war ein Sakrileg, das unnachlässig der Ahndung verfiel. Die Forderung nach der Freiheit des Andersdenkenden, heute nicht mehr vernehmbar, galt nur gegenüber dem politischen Feind. Nach seinem Verschwinden wurde sie nunmehr stillschweigend begraben.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Gefährdung spielte ebenfalls eine große Rolle in der Argumentation Hans Joachim Meyers und seiner westdeutschen Rechtsbeistände, dieses Mal jedoch in der prozessualen Auseinandersetzung mit der überkommenen Wissenschaftselite seines Freistaates,<sup>3</sup> die, wie manche bedauerten, zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR nicht einer Nacht der langen Messer zum Opfer fiel, als es darum ging, Tausende von ihnen ihrer Profession als Hochschullehrer zu berauben. Wir selbst haben diesen Prozeß beschrieben und zu erklären versucht.<sup>4</sup>

Jüngst ist auch Peer Pasternack auf diese Problematik eingegangen.<sup>5</sup> So sehr dem Autor in vielen Passagen zuzustimmen ist, so ergeben sich doch auch kritische Einwände, ebenso wie zu Überlegungen von Anna-Sabine Ernst.<sup>6</sup> Die Unstimmigkeiten begründen sich darin, daß, wie meist nach

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. In: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Bd. 4. Zur russischen Revolution. 5. Aufl. 1990, S. 353.

<sup>3</sup> Die Rechtsanwältin Susanne Gäbelein betont im Ergebnis eigener Erfahrungen: „Wenn unter dem Sozialismus Professoren verbannt wurden, weil sie nicht glühende Verfechter des Sozialismus waren, erfolgt dies heute unter umgekehrten Vorzeichen im Namen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“ In: Arbeitsrecht und Hochschulerneuerung in Sac hsen. In: *hochschule ost* 2(1993)6, S. 10-16, hier S. 16.

<sup>4</sup> Arno Hecht: Verzweigt und verhunzt – nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich-soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet. In: Texte zur Hochschulpolitik, Heft 2. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1997. Vgl. auch Siegfried Kiel: „Personelle Erneuerung“ an ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung. In: *hochschule ost* 3(1994)1, S. 59-73.

<sup>5</sup> Peer Pasternack: Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989. In: *hochschule ost* 6(1997)2, S. 116-143.

<sup>6</sup> Anna-Sabine Ernst: Doppelstaatsbürger von Partei und Fach? Das soziale und politische Profil der DDR-Medizinprofessoren in den 50er Jahren. In: *hochschule ost* 6(1997)2, S. 25-38.

Umbrüchen mit einem Macht- oder Systemwechsel, eine Bewertung der ablaufenden strukturellen und personellen Veränderungen aus der Sicht der Sieger,<sup>7</sup> der Akteure, der mehr oder weniger daneben Stehenden und weniger der Betroffenen selbst erfolgt. Der Autor gehört zu letzteren. Trotzdem, so widersprüchlich es klingt, stimmt er dem *Procedere* beim Austausch der Wissenschaftselite aus politischer Sicht zu, rechtsstaatlich sind ernsthafte Bedenken erlaubt.

## Problematische Vergleiche

Doch zuerst Bemerkungen zu zwei Äußerungen von Peer Pasternack und Anna-Sabine Ernst. Beide wenden sich explizit gegen einen Vergleich der Entlassungswelle mit dem Vorgehen der Nazis auf der Grundlage der „Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.<sup>8</sup> Warum eigentlich? Bestehen in der öffentlichen Meinung doch keinerlei Bedenken, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Dritte Reich mit der DDR zu vergleichen,<sup>9</sup> nach Möglichkeit gleichzusetzen, und ihr das Attribut des „Unrechtsstaates“ anzuhängen.<sup>10</sup> Dies ist natürlich genauso falsch wie die vorangegangene Analogie.

Ohne Zweifel ist der Vergleich zweier Sachverhalte nicht nur erlaubt, sondern sogar notwendig. Doch kann dieser nicht auf Zuruf, sondern nur auf der Grundlage wissenschaftlich definierter Kriterien erfolgen.

Außerdem irrt Anna-Sabine Ernst in der Sache, wenn sie den entscheidenden Unterschied darin sieht, daß es sich in den zur Diskussion stehenden Fällen, im Gegensatz zu 1933, überwiegend um sogenannte Bedarfskündigungen im Ergebnis finanzieller und struktureller Neuerungen han-

<sup>7</sup> Vgl. z.B. Wolfgang Schluchter: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Frankfurt am Main 1996.

<sup>8</sup> Rgbl I, Nr. 48 vom 6. Mai 1933. S. 245

<sup>9</sup> Vgl. etwa Klaus Kinkel: das SED-System, „das einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland“. In: Begrüßungsansprache des Bundesministers der Justiz Dr. Klaus Kinkel vor dem 15. Deutschen Richtertag am 23. September 1991 in Köln. *Deutsche Richterzeitung* (1992)1, S. 5

<sup>10</sup> Horst Sendler, Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes a.D., windet sich etwas, aber die DDR sei „ein Unrechtsstaat“ „im Kern“ gewesen, ebenso wie es NS-Deutschland in anderer Hinsicht und noch schlimmer gewesen sei. In: Über Rechtsstaat, Unrechtsstaat und anderes – Das Editorial der Herausgeber im Meinungsstreit. In: *Neue Justiz. Zeitschrift für Rechtsetzung und Rechtsanwendung*. 45(1991)9, S. 379-382.

delt. An dieser Stelle ist eine etwas stärker differenzierende Betrachtungsweise angebracht.

Der Auffassung der Autorin ist zuzustimmen, wenn es sich um die Bewertung des *procedere* beim akademischen Mittelbau handelt. Er unterlag tatsächlich einem rabiaten Stellenabbau, mit Ausnahme in der Medizin, der nicht vordergründig politisch, sondern strukturell zu begründen ist. Ganz anders sieht es dagegen bei den Hochschullehrern aus. Bei diesen hat sich der Stellenplan bei weitem nicht so gravierend verändert,<sup>11</sup> so daß aus diesem Grund Bedarfskündigungen nicht erforderlich gewesen wären. Von den zahlreichen Kündigungsschreiben der Medizinprofessoren, die wir zu Gesicht bekamen, war primär keine Kündigung mangels Bedarf erfolgt.<sup>12</sup> Aus dem von Hecht wiedergegebenen prozessualen *procedere* bei den Arbeitsgerichten und der dort von den Anwälten des sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vertretenen Standpunkte geht eindeutig hervor, daß es sich um politisch motivierte Kündigungen handelte. Primär haben wir es mit einer politischen Säuberung zu tun.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Anke Burkhardt u. Doris Scherer verweisen in ihrer Untersuchung darauf, daß die Zahl der Professorenstellen kaum Veränderungen unterlag, die Stellenzahl für wissenschaftliche Mitarbeiter dagegen knapp um die Hälfte zurückging. Die geringsten Veränderungen gab es in der Medizin. In: Hochschulpersonal-Ost im Wandel. Zwischenbilanz. *Das Hochschulwesen* 42(1994)6, S. 276-281.

<sup>12</sup> Arno Hecht, a.a.O., S. 29ff.

<sup>13</sup> Die politische Säuberung: „Sie entspringt letztlich allein der Verfügungsgewalt des historischen Siegers und seinem politischen Gestaltungsanspruch. Es geht nicht um Schuld, sondern um politisches Verhalten“. Und: „Um welche Personen, um welche Positionen es dabei im einzelnen geht, das bestimmt die neue politische Elite“. So unmißverständlich Klaus-Dietmar Henke: Aus der Geschichte lernen? Politische Säuberungen aus historischer Sicht. In: Jürgen Weber u. Michael Piazolo (Hrsg.): Eine Diktatur vor Gericht. Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz. München 1995, S. 37. – Neben haushaltspolitischen Erwägungen, so Peer Paster-nack, „wirkten jedoch ähnlich stark auch politische Motive.“ In: Thesen: Das ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem im Umbruch: 1989-1992. In: *hochschule ost* 1(1992)5, S. 39. – Die politische Stoßrichtung der Entlassungen läßt sich auch anhand der im Jahre 1997 noch verbliebenen Hochschullehrer im Vergleich zum Jahr 1989 erkennen. Zu diesem Zeitpunkt waren am Bereich Medizin noch 27% der ehemaligen SED-Mitglieder tätig, gegenüber 56% der parteilosen Wissenschaftler. Insgesamt hat sich die Zahl der Hochschullehrer aus dem Osten gegenüber 1989 um etwas mehr als die Hälfte verringert. Geringe Abweichungen sind möglich, da in den Vergleich nur 94% der Hochschullehrer des Jahres 1989 einbezogen werden konnten. Unter den nicht mehr Tätigen befinden sich auch solche, die nach Erreichen des Rentenalters ausgeschieden sind, aus anderen Gründen die Universität verließen bzw. verstorben sind. (Die Zahlenangaben beruhen auf eigener Kenntnis, dem Geschäftsbericht 1991 der Universität Leipzig, Bereich Medizin, den Angaben in Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, hrsg. zu ihrem

Diese Vorgehensweise wurde in dem Moment aufgegeben, als die angeklagte Behörde erkannte, daß sie an dieser Stelle in eine Begründungsnot geriet. So folgte *stante pede* die Kündigung mangels Bedarf, nachdem die Stellen durch Neuberufungen besetzt bzw. ausgeschrieben waren. Die Resultate der Arbeitsgerichtsprozesse wurden erst gar nicht abgewartet. Dieser rasche Wandel in der ministeriellen Strategie unterstreicht zugleich die Anfechtbarkeit der von der Personalkommission zusammengetragenen Anschuldigungen. Ansonsten hätte der Minister getrost die ursprünglichen Kündigungsgründe weiter vertreten können. Inzwischen findet sich Fragwürdigkeit der Kündigungsgründe durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichts bestätigt,<sup>14</sup> wenn sich die Exekutive auch unverändert schwer tut dies anzuerkennen.<sup>15</sup>

Neben dem Jahr 1933 bietet sich das Jahr 1945 als Bezugspunkt für den Vergleich im Umgang mit der Wissenschaftselite durch die politische Klasse der Bundesrepublik an. Sowohl aus west-<sup>16</sup> wie ostdeutscher<sup>17</sup> Sicht stellen sich bemerkenswerte Unterschiede dar. Als repräsentativ für viele andere Fälle verweisen wir auf die bemerkenswerten *curricula vitae* von Hans-Joachim Sewering<sup>18</sup> und Werner Julius Eduard Catel.<sup>19</sup>

575jährigen Bestehen 1990, den Hochschulnachrichten im *Arzteblatt Sachsen* sowie den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Leipzig der Jahre 1992-1997/98.)

<sup>14</sup> Siehe *Neues Deutschland* vom 20.11.1997, S.1. Danach erforderte eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst der DDR gesteigerte Loyalität gegenüber Staat und Partei. Die damit verbundenen Funktionen allein könnten deshalb allein in der Regel eine Kündigung noch nicht rechtfertigen.

<sup>15</sup> Siehe *Freie Presse* vom 21.11.1997: Rößler kritisiert Richterspruch. Minister will wegen Sonderkündigungen prozessieren. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes läßt Sachsens Kulturminister Matthias Rößler an der Sachkunde der Richter zweifeln, und er will deshalb erneut prozessieren.

<sup>16</sup> Karl-Heinz Heinemann bemerkt: „Der Wille zur Abrechnung fehlte damals (1945 d. Verf.) – trotz oder gerade wegen der schwer zu begreifenden Dimension des Verbrechens – heute tritt er massiv auf – und nicht nur von westlichen Vollstreckern geschürt. In: Zweierlei Arten der Vergangenheitsbewältigung. Deutsche Hochschulen nach 1945 und nach 1990. In: *hochschule ost* 1(1992)11, S. 30.

<sup>17</sup> Ludwig Elm verweist z.B. auf den nationalsozialistischen Staats- und Rechtslehrer Theodor Maunz (Lehrer von Roman Herzog), der nach 1945 unangefochten als Hochschullehrer in München wirkte. In: Deutsche Hochschullehrer nach 1945 und 1989 – Analogien und Unterschiede in Situation und Verhalten. In: *hochschule ost* 3(1994)5, S. 97.

<sup>18</sup> Hans-Joachim Sewering erlangte das Amt des Präsidenten der Bundesärztekammer und der Bayerischen Landesärztekammer trotz nachgewiesener Mitgliedschaft in der NSDAP und SS. Außerdem war er offensichtlich in die Überweisung eines 14-jährigen Mädchens in die Pflegeanstalt Eglfing-Haar verwickelt, wo es vermutlich Opfer der Euthanasie wurde. Nur energischer ausländischer Prozeß verhinderte, daß dieser Mann sein Amt als Präsident des Weltärztebundes antrat. Man vergleiche das

## Der Rechtsstaat in Gefahr

An dieser Stelle beginnt die Schwierigkeit im Verständnis der Begriffe „demokratische Erneuerung“ und „Rechtsstaatlichkeit“, ganz abgesehen davon, daß die Forderung der Wendezeit lautete: nicht das Parteibuch, sondern die fachliche Qualifikation entscheidet über die Ausübung einer leitenden Position. Wer dieser Parole Glauben schenkte, unterlag einem folgenschweren Irrtum. Zwar gibt Klaus-Dieter Müller<sup>20</sup> eine durchaus positive Wertung der DDR-Hochschullehrer bezüglich ihrer Wahrnehmung von Ausbildung und Erziehung der Medizinstudenten (dies gilt in gleicher Weise für die Erfüllung ihrer ärztlichen Verpflichtungen), und Anna-Sabine Ernst gelangt zu der bemerkenswerten Feststellung, daß auch in der DDR die Habilitation in der Medizin, im Gegensatz zu anderen Disziplinen, die Voraussetzung für den Hochschullehrerberuf war. Und weiter: „Dabei waren die Anwartschaftszeiten für einen Lehrstuhl bei SED-Mitgliedern nicht signifikant kürzer als bei Parteilosen ...“<sup>21</sup>

Das bestätigt die eigene Erfahrung. Trotz SED-Mitgliedschaft wurde im Fachgebiet mit 12 Jahren eine der längsten Dozentenzeiten absolviert. Dann erfolgte jedoch immerhin die Berufung zum Lehrstuhlinhaber. Außerdem handelte es sich nach Auffassung der Autorin weniger um „Parteibuchkarrieren“, sondern um eine „Doppelstaatsbürgerschaft von Partei und Fach“, wie sie es nannte. Damit hat sie die Situation wohl zutreffend beschrieben; denn, mit Ausnahmen, bemühte sich die SED um die fachlich besonders qualifizierten Mediziner, während die anderen, das erreichte ihnen nach dem Anschluß zum Vorteil, außen vor blieben.

Das klingt in den Kündigungsschreiben und den Stellungnahmen der Rechtsanwälte des sächsischen Wissenschaftsministeriums ganz anders. Von Parteibuchkarrieren und Privilegien ist hier die Rede und der Hintan-

---

mit den Vorwürfen, die gegen entlassene DDR-Hochschullehrer erhoben wurden. In: Norbert Jachertz: Sewering. Ende einer Karriere. *Deutsches Ärzteblatt* 90 (1993)5, S. B189-B190.

<sup>19</sup> Catel war ebenfalls Mitglied der NSDAP. Schwerer wiegt seine Mitgliedschaft im „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“. Dieser Ausschuß bestimmte die Tötung der Kinder, die aufgrund besonders schwerer Schädigungen als „lebensunwert“ galten. Das hinderte nicht, diesen Hochschullehrer nach dem Krieg auf die Lehrstühle von Lübeck und dann Kiel zu berufen. In: Achim Thom: Das verhängnisvolle Wirken des Pädiaters Werner Julius Eduard Catel (1894-1981) *Universität Leipzig* (1992)3, S. 11ff.

<sup>20</sup> Klaus-Dieter Müller: Konservative Bastion an den Hochschulen? Die SED und die medizinischen Fakultäten/Medizinischen Akademien in der DDR. In: *hochschule ost* 6 (1997)2, S. 39-51.

<sup>21</sup> Anna-Sabine Ernst, a.a.O., S. 33.

stellung fachlich Besserer. Natürlich hat es auch das gegeben. Doch ist das in der Bundesrepublik alt wie neu so anders? Entscheidet hier wirklich nur die fachliche Kompetenz? Wichtiger scheint bspw. die Fähigkeit zur Eintreibung von Drittmitteln. Aus der Zeit, als die Hochschullehrer der alten Bundesrepublik mit ihren Kollegen aus der DDR noch sprachen, sind Kungelei und die Effizienz von Seilschaften im bundesdeutschen Hochschulwesen und Berufungsgeschäft durchaus geläufig. Nicht wenige Wissenschaftler könnten berichten, wie ihnen die Hochschullaufbahn verwehrt wurde, weil sie von ihrem demokratischen Recht auf Kritik Vorgesetzter Gebrauch machten. Doch dies ist ein weites Feld, das an dieser Stelle nicht beackert werden soll.

Folgen wir Peer Pasternack, so handelte es sich bei der demokratischen Erneuerung insgesamt um ein rechtsstaatliches *procedere* mit einigen Schönheitsfehlern, wobei es leider auch Problemfälle und Fehlentscheidungen gegeben hat.

Einleitend sei dargelegt, daß dieser Argumentation durchaus gefolgt werden kann. Der Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG eröffnete die Möglichkeit, die bundesdeutsche Rechtsordnung ohne Wenn und Aber auf die aus der DDR hervorgegangenen neuen Länder zu übertragen. Dies ist geschehen und nichts anderes, legitimiert durch die DDR-Wahlen vom 18. März 1990, mag ihr demokratischer Charakter angezweifelt werden oder nicht. Der Wahlakt als solcher war zweifellos ein demokratischer, am Zustandekommen seines Ergebnisses läßt sich mancher Zweifel hegen. Auf der nun bald gültigen verfassungsmäßigen Grundlage waren natürlich Erfahrungen mit dem 1. Strafrechtänderungsgesetz vom 30. August 1951,<sup>22</sup> dem von der SPD-Bundesregierung erlassenen Radikalerlaß<sup>23</sup> auf das Beitrittsgebiet anzuwenden und fanden ihren Ausdruck in der Sonderkündigungsregelung des Einigungsvertrages vom 31. August 1990.<sup>24</sup> Die Konsequenzen für die Bundesrepublik alt im Hinblick auf das politische Strafrecht hat Diether Posser beschrieben<sup>25</sup> und für den Radikalerlaß Gerard Braunthal<sup>26</sup>. Die Folgen des Sonderkündigungsrechtes als Resultat des Einigungsvertrages bestimmen das Erleben in der jüngsten Vergangenheit des vereinigten, aber nicht geeinten Deutschlands.

<sup>22</sup> Siehe BGBl I vom 31. August 1951, S. 739.

<sup>23</sup> Siehe Bull BReg Nr. 15 vom 3. Februar 1972, S. 142.

<sup>24</sup> Siehe BGBl II, 1990, S. 889.

<sup>25</sup> Diether Posser: *Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968.* München 1991.

<sup>26</sup> Gerard Braunthal: *Politische Loyalität und öffentlicher Dienst. Der „Radikalerlaß“ von 1972 und die Folgen,* Marburg 1992.

Trotz aller schönen Worte und rabulistischen Begründungsversuche haben die drei Gewalten ihrem rechtsstaatlichen Anspruch Leides getan und dem politischen Ziel Präferenz vor dem Rechtsstaat zuerkannt. Die Existenz von Gesetzen an sich bedeutet noch nicht Rechtsstaatlichkeit. Diesem Vorwurf mußte sich nach ihrem Untergang die DDR stellen. Besonders auf dem Gebiet des politischen Rechts beinhaltet die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Individuum durch Gesetze nicht zwangsläufig Rechtsstaatlichkeit. Vor diesem Problem steht die Bundesrepublik mit der juristischen Gestaltung der Vereinigung. Dabei kann das politische Strafrecht an dieser Stelle nicht interessieren.<sup>27</sup> Deshalb nicht überraschend, daß auch auf anderen Rechtsgebieten, wie dem Arbeitsrecht, durch rechtliche Sonderregelungen der Grundsatz der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit ausgehebelt wird. Nicht zu diskutieren, daß das Arbeitsrecht der DDR gestrichen wurde. Doch weniger überzeugend, daß das bundesdeutsche Arbeitsrecht den politischen Erfordernissen angepaßt wurde, diese also Priorität besitzen.

So wurde durch die Legislative die im Einigungsvertrag festgelegte Frist zum 31.12.1992 für einigungsbedingte Kündigungen einfach um ein Jahr bis zum 31.12. 1993 verlängert, als es für opportun gehalten wurde. Die Verjährungsfrist für mittelschweres „DDR-Unrecht“ unterlag bereits zweimal dem gleichen Verfahren, und der Bundestag glaubt es mit dem Beschluß vom 28.11.1997 über die Verlängerung der Verjährungsfrist bis zum 02.10.2000 (mit Zustimmung des Bundesrates in letzter Minute vom 19. 12. 1997) erneut tun zu müssen.<sup>28</sup> Zu erinnern ist an die Aufhebung des Rückwirkungsverbot<sup>29</sup> sowie die Aussetzung der Verjährungsanspruches

<sup>27</sup> Nur so viel aus einer Arbeit von Jutta Limbach: „Politische Ziele können auch in Prozessen um gewöhnliche Kriminalität sowie in Zivil- und Verwaltungsprozessen eine prominente Rolle spielen.“ In: Politische Justiz im Kalten Krieg. *Neue Justiz* 48(1994)2, S. 49.

<sup>28</sup> Mit diesem Beschluß wird die juristische Ungleichbehandlung von Ost- und Westdeutschen fortgesetzt und das wichtige Rechtsgut der Verjährung beschädigt. Stimmen Grundgesetz und erlassene Rechtsvorschriften nicht überein, so erfolgt keine Normenkontrollklage durch Bundestag oder Bundes- bzw. eine Landesregierung, sondern es wird eine Veränderung des Grundgesetzes beschlossen. Entscheidung ist in jedem Fall die politische Vorgabe.

<sup>29</sup> Walter Gropp kritisiert diese Rechtsauslegung wie auch die Billigung der Anwendung des Naturrechts durch den BGH im Zusammenhang mit den „Mauerschützen“, wenn er feststellt, daß formale Strafrechtsgarantien und Rechtssicherheit durch unmittelbaren Rückgriff auf eine naturrechtliche Argumentation ersetzt werden. In: *Neue Justiz* 50 (1996)8, S. 396. Am Beispiel des Umgangs mit den Hochschullehrern der DDR ist ersichtlich, daß auch an dieser Stelle rückwirkend staatsbürgerliches Verhalten arbeitsrechtlich „bestraft“ wird, und die Notwendigkeit infrage gestellt wird, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische

zwischen 1949-1990.<sup>30</sup> Vorwiegend zur Handhabung des politischen Strafrechts gedacht, hat dieses Gesetz Bedeutung für die Rechtsprechung zur DDR insgesamt. Verfassungsgrundsätze wurden einfach ausgehebelt und Internationales Recht, wie es in den bürgerlichen Menschenrechten fixiert wurde,<sup>31</sup> einfach übergangen. Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit sind die Folge statt Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Menschen werden für ihr politisches Verhalten in einem ganz anderen politischen System bewertet, und es wird in diesem Kontext mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes<sup>32</sup> aus einer Zeit argumentiert, als die Wissenschaftler der DDR noch der Rechtshoheit der DDR unterstanden.

Es wurde in der Argumentation davon ausgegangen, daß die Arbeitsgerichte der Prägorative des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zu folgen hätten.<sup>33</sup> Dieses Ministerium und sein Minister sahen auch keinen Anlaß, Wissenschaftler, die ihr Anliegen bis zum Schluß gerichtlich mit Erfolg durchgefochten hatten, sich auf keinen Vergleich einließen, dann, als alle Vorwürfe ad absurdum geführt waren, wieder einzustellen, also dem abschließenden Urteil der Gerichte Folge zu leisten. Frage: Welcher Wert kommt einem Gerichtsurteil zu, was hat dieser Umgang mit Richterprüchen noch mit Rechtsstaatlichkeit zu tun?

In diesem Kontext besonders fragwürdig ist, daß, im Gegensatz zu einem Strafverfahren, beim Zweifel an dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Vermutung ausreichte und nicht der Beweis erforderlich war. Doch entspricht dieses Verhalten dem erwähnten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1975. Die Bundesrepublik behandelt die Bürger der DDR so, als wenn sie zwischen 1949 und

Rechte in innerstaatliches Recht zu überführen. Selbst im Falle des Beitritts eines Staates zu einer Internationalen Konvention wird diese erst dann für seine Bürger rechtswirksam, wenn sie Gegenstand der nationalen Gesetzgebung geworden ist. Letzteres war in der DDR nicht der Fall und wird auch von anderen Staaten, wie der BRD, nicht grundsätzlich so gehandhabt.

<sup>30</sup> Gesetz über das Ruhen der Verjährung bei SED – Unrechtstaten (VerjährungsG) vom 26. März 1993. Bgbl, Teil I, S. 392.

<sup>31</sup> Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950. Bruno Simma u. Ulrich Fastenrath: Menschenrechte – ihr internationaler Schutz. München 1992, S. 263ff.

<sup>32</sup> BverfG („Radikale im öffentlichen Dienst“) Beschl. vom 22. 5. 1975 – BvL 13/73. In: *Neue Juristische Wochenschrift* 28 (1975) 36. S. 1641-1652.

<sup>33</sup> Guido Holzhauser: Dem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber kommt eine Einschätzungsprägorative zu, „die die Arbeitsgerichte zu respektieren haben“. In: Zur gerichtlichen Überprüfung von Kündigungen im öffentlichen Dienst nach dem Einigungsvertrag. *Neue Justiz* 45 (1991)11, S. 494. Es stellt sich die Frage, warum dann überhaupt die Möglichkeit zur Anrufung der Arbeitsgerichte gegeben wird.

1990 solche der Bundesrepublik gewesen wären und sich entsprechend deren politischen und Rechtsverständnis zu verhalten gehabt hätten. Ebenso fragwürdig war die Aufstellung einer Schwarzen Liste durch den Wissenschaftsminister, die bereits vor den Arbeitsgerichtsprozessen den Berufungskommissionen zugestellt war mit dem Hinweis, daß diese Personen keine Chance auf eine Berufung hätten. Das Urteil der Arbeitsgerichte wurde durch den Minister gleichsam vorweggenommen und damit den Gerichten ihre Entscheidung vorgeschrieben.

So gerät der Rechtsstaat zwar nicht in Not, doch in Gefahr.

### Das parajuristische Verfahren vor den Personalkommissionen

Nun zu dem beschämendsten Akt, von Peer Pasternack als das Problem der parajuristischen Personalüberprüfungsverfahren gekennzeichnet.<sup>34</sup> An dieser Stelle bediente sich der Minister eines der ältesten und zugleich beschämendsten Instrumente, um unliebsame Mitbewerber auszuschalten, nämlich der Denunziation (dazu bedarf es nicht unbedingt eines MfS mit seinen IM). Dieser öffnete die Zusammensetzung der Personalkommissionen Tür und Tor. Während in jedem ordentlichen Gerichtsverfahren ein unabhängiger Richter über Schuld oder Unschuld des Angeklagten entscheidet, wurde in diesen Kommissionen gleichsam der Bock zum Gärtner gemacht. Pasternack umschreibt das vorsichtig mit der Formulierung daß subjektiv Betroffene – „deren Betroffenheit auch oftmals Zugangsvoraussetzung für die Kommissionen war“ – die Untersuchung durchzuführen und Entscheidungen zu treffen hatten.<sup>35</sup> Der gleiche Autor typisiert aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen die Überprüfungsgründe als solche auf Funktionsmißbräuche und, was vom Gesetz gar nicht eindeutig vorgegeben war, auf einfache Funktionswahrnehmungen.

So arbeiteten in den Kommissionen einmal Funktionäre der Massenorganisationen der DDR, die für ihre damaligen Leistungen durchaus belohnt worden waren und Auszeichnungen erhalten hatten. Zugleich hatten sie sich mit ihrem Verbleib an der Universität der Hochschul-lehrerberufungsverordnung und Mitarbeiterverordnung der DDR unterworfen, die ihnen eine sozialistische Mitwirkungspflicht abverlangte.<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Peer Pasternack: Zu Risiken und Nebenwirkungen, a.a.O., S. 132.

<sup>35</sup> Ebd., S. 137.

<sup>36</sup> Hochschullehrer zu sein verpflichtet „im Sinne der sozialistischen Verfassung aktiv zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen.“ Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaft-

Zum anderen handelte es sich um Wissenschaftler, die sich von den zu Überprüfenden zurückgesetzt fühlten und nun vorgaben, in ihrer Karriere aus politischen Gründen gehemmt worden zu sein. Eine sachgerechte Bewertung ihrer früheren Vorgesetzten frei von Emotionen<sup>37</sup> war so nicht zu erwarten. Dies äußerte sich auch darin, daß die vorher einzureichende Stellungnahme des Delinquenten in der Kommissionssitzung keine Rolle spielte, der Versuch, die Kompetenz von Kommissionsmitgliedern infrage zu stellen, sofort unterbrochen wurde und bei Niederlage des beklagten Wissenschaftsministeriums vor dem Arbeitsgericht von Kommissionsmitgliedern Vorwürfe nachgereicht wurden, die nicht Gegenstand der Kommissionssitzung gewesen waren. Dies widersprach den Vorgaben.<sup>38</sup> Da auch die zu bewertenden Sachverhalte durch die politisch Verantwortlichen nur sehr verschwommen und wenig konkret vorgegeben waren, wurde so der willkürlichen Bewertung Tür und Tor geöffnet.

Die Hochschullehrer mit dem Abzeichen mit den verschlungenen Händen am Revers mußten eine Sündenbockfunktion erfüllen. Das Auffinden von Sündenböcken dient der Entlastung von der eigenen Schuld.<sup>39</sup> Auch der sächsische Wissenschaftsminister, als ehemaliger Direktor für Erziehung und Ausbildung an der Sektion Anglistik der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Dolmetscher des letzten kommunistischen Hochschulministers, zweifellos stasiüberprüft, erfüllte durchaus nicht das politisch zu fordernde Reinheitsgebot, als er ins neue System wechselte. Beschämend die Beurteilung der moralischen Haltung ostdeutscher Wissenschaftler in diesem Prozeß durch Dieter Simon.<sup>40</sup>

---

lichen Hochschulen – Hochschullehrerberufungsverordnung (HBVO)- vom 6. November 1968. In: Gbl. der Deutschen Demokratischen Republik II, Nr. 126 vom 13. Dezember 1968. Einen vergleichbaren Passus enthielt auch die Mitarbeiterverordnung (MVO) vom 6. November 1968.

<sup>37</sup> Zwar behauptete Peter Matzen, Vorsitzender der Personalkommission Medizin: „In dieser Funktion darf man sich nicht von Emotionen leiten lassen.“ Und „Persönliche Rachegefühle bei dieser Arbeit hätten jeden von uns nur verdächtig gemacht.“ Interview in: *Leipziger Volkszeitung* vom 18. September 1992, S. 4. Das Studium von Akten aus der Personalkommission vermittelt einen anderen Eindruck.

<sup>38</sup> „Die Personalkommission hat dem Betroffenen rechtliches Gehör insbesondere zu allen von ihr herangezogenen Unterlagen zu gewähren.“ § 78 Abs. 2 Sächsisches Hochschulernerneuerungsgesetz vom 25. Juli 1991. (Hervorhebung durch den Autor)

<sup>39</sup> Vgl. Hans-Joachim Maaz: Die Entrüstung. Deutschland, Deutschland, Stasi, Schuld und Sündenbock. Berlin 1992.

<sup>40</sup> „Hätten sie gehaut (die aus dem Westen, d. Verf.), wie eifrig sich die Wissenschaftler verbeugen würden; wie sie übereinander herfallen und sich wechselseitig bei den neuen Herren anschwärzen würden; wie sie durch harte Worte und schnelle Gesten wegzuscheuchen waren, wie lästige Fliegen vom Tellerrand – hätten sie dies



Begünstigt wurde dieses Gemenge aus Neid, Rachsucht und Inkompetenz dadurch, wie Pasternack richtig beschreibt, daß innerhalb des Faches klare politische Fronten bestanden. Beim Studium der gegenüber den Ordinarien erhobenen Vorwürfe ist erkennbar, daß diese sich im Kern auf die aus den hierarchischen Beziehungen erwachsenden Personalentscheidungen zur Zeit der DDR beziehen. Sie wurden jetzt politisch instrumentalisiert, wenn sie nicht den Vorstellungen der sich zurückgesetzt fühlenden Wissenschaftler entsprachen. So wurde einem der Betroffenen eine falsche Personalpolitik vorgeworfen mit vorzugsweiser Förderung von SED-Mitgliedern. Dem gleichen Vorwurf hatte er sich, unter dem Vorsitz des Leiters der Kreisparteikontrollkommission der SED der Universität, einer APO-Leitung<sup>41</sup> zu stellen, die ihm eine falsche Kaderpolitik vorwarf und ihn als Parteischädling sowie jemanden, der immer als besser wüßte als die Partei, abqualifizierte. Damals allerdings bezog sich der Vorwurf auf die Förderung parteiloser Wissenschaftler.

Grundsätzlich wurden durch die Personalkommission alle Fakten bewertet, die aus Sicht der Kommissionsmitglieder zu Vorwürfen instrumentalisiert werden konnten. Entlastende Sachverhalte gab es nicht, wenn der Abschluß geplant war. Übertragen auf richtige Strafverfahren, oblag der Kommission in Tateinheit die Funktion von Staatsanwalt als Ankläger und Richter, der Recht zu sprechen hatte. Überwiegend wurde daraus Unrecht. Was Wolfgang Schluchter<sup>42</sup> bezüglich der Abwicklung äußerte, die aus seiner Sicht rechtlich nur schwer zu legitimieren war, sich aber doch politisch als kluge Entscheidung herausstellte, gilt in gleicher Weise für die Entlassung von Hochschullehrern. Auch für die Bundesrepublik gilt, daß im Zweifelsfall die politische Vorgabe bestimmend ist, der Wille der herrschenden politischen Klasse.

Die Verdrängung der Wissenschaftselite aus ihren Positionen folgte somit der Forderung des damaligen Justizministers der Bundesrepublik Klaus Kinkel auf dem Deutschen Richtertag nach Delegitimierung des SED-Unrechtregimes.<sup>43</sup> Im Bedingungskomplex, der die Voraussetzung für

---

geahnt, sie hätten sich vielerlei Mühe nicht gemacht.“ In: Dieter Simon: Westliche Theorie – Östliche Realität. Drei Szenen aus der deutsch/deutschen Wissenschaft. In: Sitzungsbereichte der Leibniz-Sozietät 8(1995)8/9. S. 145.

<sup>41</sup> APO = Abteilungsparteiorganisation der SED.

<sup>42</sup> Wolfgang Schluchter, a.a.O., S. 111.

<sup>43</sup> „Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren“. Begrüßungsansprache des Bundesministers der Justiz Dr. Klaus Kinkel vor dem 15. Deutschen Richtertag am 23. September 1991 in Köln. In: *Deutsche Richterzeitung* (1992)1, S. 5. Diese Forderung rechtfertigt politisch das Vorgehen

die Entlassung von Tausenden von Hochschullehrern der DDR darstellte, dominierte natürlich der politische Wille der Hauptakteure, wie er in der Forderung Klaus Kinkels zum Ausdruck kommt, gefolgt von der Legislative in Form aller Parteien des Bundestages, mit Ausnahme der PDS, und der Obersten Gerichte der Bundesrepublik, die die vorgegebene politische Linie in zahlreichen Urteilen bestätigten und ihr den rechtlichen Rahmen verliehen. Durch die so geschaffene Gesetzeslage wurden die Voraussetzungen für ein rechtsstaatliches Vorgehen geschaffen.

Zu den Erfüllungsgehilfen der bundesdeutschen Politiker gaben sich am Beispiel der Hochschullehrer die Personalkommissionen her. Bei der Mehrzahl von ihnen spielte der Wille zur Abrechnung eine entscheidende Rolle. Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es auch einzelne unter ihnen gab, die unter dem Druck des Zeitgeistes von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugt waren. Besonders hervorzuheben die Rolle der Denunziation, daran zu erkennen, daß in den Einrichtungen des Leipziger Medizinischen Fakultät die meisten Entlassungen ausgesprochen wurden, in denen sich einer oder mehrere derartiger Denunzianten fanden. Auffällig, daß sich in den Kommissionen praktisch keine wirklich unbelasteten Wissenschaftler fanden, die sich bereits im September, mit der Gründung des Neuen Forums oder vorher, wie es neudeutsch so schön heißt, „aus dem Fenster lehnten“. Wie überhaupt der Rachefeldzug an der Hochschule erst nach dem 18. März 1990 begann, als auch für den Dümmersten zu erkennen war, welche Fahrtrichtung der Zug „Deutsche Einheit“ unter der Führung des Kanzlers einschlagen würde.

## Die Konsequenzen

Die Konsequenzen dieser Entlassungswelle waren unterschiedlich. Für die Betroffenen bedeutete sie de facto ein Berufsverbot, da ihnen, mit Ausnahmen, die Tätigkeit im öffentlichen Dienst generell verwehrt war. Viele, insbesondere die Kliniker, suchten den Ausweg in der Niederlassung, für einen engagierten Wissenschaftler eine wenig attraktive Alternative. Insbesondere Wissenschaftlern aus theoretischen Fachgebieten blieb nur der Vorruhestand oder die Arbeitslosigkeit. Einige konnten die ihnen angetane Demütigung nicht verwinden und wählten den Freitod, prominentes Beispiel in Leipzig ist der Biowissenschaftler Arnim Ermisch.<sup>44</sup> Finanziell abgestraft durch ein politisch motiviertes Rentenrecht, ist eine Teilnahme am wissenschaftlichen Leben aus finanziellen Gründen überwiegend nicht mehr möglich. Außerdem erfolgt eine aktive Ausgrenzung, wie durch den

---

des Wissenschaftsministers des Freistaates Sachsen und seiner Personalkommissionen.

<sup>44</sup> Arno Hecht: a.a.O., S. 95-97.

Direktor der Ambulatorischen und Geburtshilflichen Tierklinik der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig, der mit Schreiben vom 17. 10. 1997, nach ursprünglicher Zustimmung, zwei Wissenschaftlern das Halten eines wissenschaftlichen Vortrages versagte, obwohl bereits im Programm angekündigt. Trost spendet jedoch der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst.<sup>45</sup> Hinzu kommt die Anpassung westdeutscher Wissenschaftler an den politischen Zeitgeist. Diese äußert sich darin, daß Publikationen mit Scheinargumenten nicht zur Veröffentlichung angenommen werden (Scheinargumente deshalb, weil es in der Regel gelingt, sie dann in ausländischen Zeitschriften unterzubringen). Ebenso wird vielfach die aktive Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen verwehrt (s.o.).

Begreiflich die Enttäuschung der entlassenen Hochschullehrer, die in ihrer politischen Naivität glaubten, an einer Neugestaltung der Hochschulen mitwirken zu können. Diese Enttäuschung ist jedoch bestenfalls auf den *modus agendi* der Entlassung und die soziale Deklassierung zu beziehen. Der Verlust der Funktion ist kein wirklicher. Die Mehrzahl der Entlassenen vernachlässigt, daß die heutige Universität nicht mehr die ist, die sie verlassen mußten. Neue Seilschaften regieren und verteilen die Pöstchen, ganz andere Erfahrungen sind gefragt, die bürokratischen Regularien übertreffen die der DDR bei weitem. Das Heranschaffen von Drittmitteln ist wichtiger als fachliche Kompetenz. Der wesentliche Vorteil besteht darin, daß der heutige Leiter nicht mehr für die ideologischen Verfehlungen seiner Mitarbeiter verantwortlich gemacht wird und seine Entscheidungskompetenz über die ihm unterstehenden Wissenschaftler größer ist. Der Anpassungsdruck für diese ist noch stärker als zu Zeiten der DDR, da der Arbeitsplatz auf dem Spiel steht und damit die berufliche Existenz bedroht wird.

Im deutschen und historischen Vergleich stellt die Entlassungswelle keine Besonderheit dar. Singulär sind das Ausmaß der Entlassungen und der Rigorismus beim Vorgehen. Dies gilt besonders für Mediziner. Selbst die Nationalsozialisten hatten nur 15% aller Wissenschaftler entlassen. An den Medizinischen Fakultät von Leipzig waren es 2 von 91 Hochschullehrern.<sup>46</sup> Auch die Behörden der sowjetischen Besatzungszone haben fast

<sup>45</sup> Hans Joachim Meyer beruhigt: „Auch Gutes und Richtiges fordert seinen Preis. Bei uns zahlen viele mit dem Ende ihrer beruflichen Chance für ein funktionstüchtiges und finanzierbares Hochschulwesen“. Sein Beitrag: Zwischen Kadernschmiede und Hochschulrecht. In: *hochschule ost* 1(1992)6, S. 35.

<sup>46</sup> Helmut Arndt: Niedergang von Studium und Wissenschaft 1933-1945. In: Lothar Rathmann (Hrsg.): *Alma mater lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*. Edition Leipzig 1984, S. 262.

alle der NSDAP verbundenen medizinischen Hochschullehrer an der Universität belassen. Einige mußten eine Karenzzeit von 3-4 Jahren überstehen, ehe sie wieder lehren durften.<sup>47</sup> Allerdings verbot sich nach dem letzten Krieg aus seuchenhygienischen Gründen eine Dezimierung der Ärzteschaft in großem Umfang, da niemand anderes zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung zur Verfügung stand. Die Vereinigung beider deutscher Staaten dagegen stieß in der BRD auf eine Vielzahl von Wissenschaftlern der 2. und 3. Reihe im Wartestand, denen der gesäuberte Osten zur Wahrnehmung nicht mehr erhoffter akademischer Ehren offen stand.

Und wie sieht es an der Universität aus? Neuberufungen sind erfolgt. Auch in der Medizin sind es durchaus nicht nur Spitzenkräfte, die den Weg gen Osten nahmen. Viele betrachteten den Ruf nur als ein Interregnum, in der nicht unberechtigten Erwartung, einen Ruf auf einen frei werdenden Lehrstuhl in den alten Bundesländern zu erhalten. Die sog. DieMiDo-Professoren haben eine traurige Berühmtheit erlangt. Der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates Dieter Simon<sup>48</sup> bemängelte die unzureichende Qualität vieler der aus dem Westen Neuberufenen. Von einer Vermännlichung und Verwestlichung der Hochschullehrer spricht Wolfgang Schluchter.<sup>49</sup> Letzteres trifft z.B. für die Medizinische Fakultät Leipzig ebenso zu wie für die Charité Berlin, wenn auch nicht so extrem wie für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten.

Dieser Prozeß läßt sich an den Vorlesungsverzeichnissen ablesen. So hat sich an der Charité die Zahl der Hochschullehrer praktisch halbiert. Letzterer Fakt ergibt sich aus der Finanznot Berlins und der Konkurrenzsituation zwischen Humboldt- und Freier Universität. Von 47 bis 1996/97 berufenen C4-Professoren stammen 30 (= 63,8%) aus den alten Bundesländern. Mit nur 13 Berufungen (= 25,5%) aus den alten Bundesländern gestaltet sich die Situation bei den C3-Professoren für Wissenschaftler aus dem Osten günstiger. Entscheidend sind jedoch die C4-Stellen, denn aus ihnen rekrutieren sich die Direktoren der Einrichtungen. Nur 3 der C3-Professoren waren ehemals Mitglied der SED, d.h. die Mitgliedschaft in dieser Partei war ein entscheidendes Kriterium für die Entlassung. Bei den C3-Professoren aus dem Osten handelt es sich überwiegend um solche, die bereits zu DDR-Zeiten berufen waren.

<sup>47</sup> Anna-Sabine Ernst: a.a.O., S. 26.

<sup>48</sup> „Unhabilitierte Sitzbleiber eigneten sich von heute auf morgen den Habitus des Großordinarius von gestern an. Der Sozialfall als verkanntes Genie.“ In: Dieter Simon, a.a.O., S. 138.

<sup>49</sup> Wolfgang Schluchter: a.a.O., S.64.

An der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig gestaltet sich die Situation nicht anders. Von gegenwärtig 43 berufenen Direktoren stammen 19 (= 44,2%) aus dem Osten, davon 8 ehemalige SED-Mitglieder. Optisch sieht das erst einmal günstiger aus als in Berlin. Jedoch sind 7 Direktorate vorerst überwiegend west-kommissarisch besetzt, und es ist zu erwarten, daß diese Lehrstühle ebenfalls von West-Professoren eingenommen werden. Der Anteil von 38% Ost-Professoren wäre dann weitgehend mit der Situation in der Charité identisch. Bemerkenswert und nicht gering zu schätzen die Tatsache, daß kürzlich ein ostdeutscher Mediziner zum Rektor der Leipziger Universität gewählt wurde. Abzuwarten bleibt, inwieweit er gegenüber der Exekutive eine gewisse Entscheidungsfreiheit der Universität durchzusetzen weiß.

All das kann kein Anlaß zur Klage sein. Wer, und das nicht zu unrecht, über Jahrzehnte den Klassenkampf propagiert hatte, darf als Unterlegener nicht erwarten mit Samtpfötchen angefaßt zu werden. Dabei bleibt unerheblich, ob dem Begriff Klassenkampf zugestimmt wird. In jedem Fall handelt es sich um einen Interessenkonflikt grundsätzlicher Natur. Dieser wurde vom Westen als „antisozialistische Gesamtstrategie“ verfolgt.<sup>50</sup> Hieran läßt Al Gore, Vizepräsident der USA, keinen Zweifel.<sup>51</sup>

Interessanterweise haben die nach Selbstbewertung unterdrückten Wissenschaftler aus DDR-Zeiten, die in den Personalkommissionen für die Entlassung ihrer vormaligen Chefs sorgten, nicht den erwarteten Bonus erhalten und auf die von ihnen frei gemachten Lehrstühle berufen worden. Im Gegenteil, sie beklagen sich über die Undankbarkeit Ihrer West-Chefs. Bezeichnend für ihre moralischen Qualitäten, daß sie dies selbst gegenüber ihren ehemaligen Chefs tun, für deren Verdrängung sie votiert und gegen die sie bei den Vertrauensabstimmungen Propaganda gemacht haben. Es gibt sogar Fälle, in denen sie ärztlichen Rat nicht bei den neuen, sondern ihren alten Chefs suchen, denen sie den Vorwurf machten, daß sie Mitarbeiter des MfS behandelt hätten. Wie immer in der menschlichen Geschichte: Geliebt wird der Verrat, jedoch nicht der Verräter.

<sup>50</sup> Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt. Bonn 1995.

<sup>51</sup> Nach Al Gore „bildete der Widerstand gegen den Kommunismus den Grundzug praktisch aller geopolitischen Strategien und Sozialpolitiken, die der Westen seit dem Zweiten Weltkrieg entworfen hat.“ In: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt am Main 1994. S. 269. Nur in Deutschland wird der Kampf auch nach dem scheinbaren Sieg bis zum bitteren Ende für die Unterlegenen ausgefochten.

## Der Lauf der Zeit

Wie wird es weitergehen? Grundsätzlich bleibt offen, was Universitäten und Hochschulen im abgewickelten und weitgehend entindustrialisierten Osten noch sollen. Für die ausgebildeten Akademiker fehlt nunmehr weitgehend das Hinterland, in dem sie ihre Profession ausüben können. Natürlich ist das etwas überspitzt formuliert. Doch mal ehrlich, gebraucht werden Ärzte, Lehrer, qualifizierte Beamte und in begrenztem Umfang ingenieurtechnisches Personal. Die Ausbildung dieser unverzichtbaren Akademiker könnten natürlich die westdeutschen Universitäten und Fachhochschulen übernehmen. Auf diese Weise wären Mittel in beträchtlichem Umfang einzusparen. Die verbleibenden Leitungsfunktionen in Einrichtungen des Ostens wären zunehmend von westdeutschen Stelleninhabern zu besetzen. Aus dem Osten steht Nachwuchs gegenwärtig praktisch nicht zur Verfügung. Die noch verbliebenen entsprechen offensichtlich in der erreichten fachlichen Qualifikation nicht den Anforderungen. Aus dem Mittelbau ist ebenfalls kein Nachschub zu erwarten. Die befähigten Nachwuchskräfte des akademischen Mittelbaus aus DDR-Zeiten haben überwiegend die Chance genutzt und sind in die Niederlassung abgewandert. Die Zahl der Habilitationen ist im Vergleich zu DDR-Zeiten deutlich zurückgegangen.<sup>52</sup> Aus dieser Personengruppe stehen kaum Nachwuchskräfte für die Hochschullehrerlaufbahn zur Verfügung. In der Regel ziehen die westdeutschen Chefs zudem Kräfte aus dem akademischen Mittelbau Westdeutschlands nach. Es fällt somit nicht schwer zu entscheiden, aus welchem Personenkreis sich der Hochschullehrernachwuchs rekrutieren wird. Hinzu kommen die Unsicherheiten, die aus der Diskussion um die zukünftige verwaltungsrechtliche Stellung der Universitätskliniken im Freistaat Sachsen erwachsen. Darüber hinaus fragt sich, welche Veränderungen die geplante Novelle zum Hochschulrahmengesetz mit sich bringt, die auf eine neoliberale Deregulierung der Universität mit Abschaffung der Gruppenuniversität, Beschneidung des Bildungszugangs zu den Universitäten und eine Bewertung der Leistung nach vorwiegend ökonomischen Effizienzkriterien zielt.

## Der Probelauf

Insgesamt stellt sich der Osten für die politische Klasse der Bundesre-

<sup>52</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden:1994 neuer Höchststand der Habilitationen im früheren Bundesgebiet. Weiterer Rückgang in Ostdeutschland. In: *hochschule ost*. 5(1996)1, S. 160.

publik als ein ausgezeichnetes Experimentierfeld dar. Hier wird geprobt, was eines Tages für Gesamtdeutschland verbindlich sein wird. Harmlos nehmen sich die tiefgreifenden Veränderungen (euphemistisch Reformen genannt) auf dem Gebiet der Tarif-, Renten, Sozial- und Arbeitspolitik aus, die zunehmend nicht nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer, sondern den Forderungen der Arbeitgeber gestaltet werden. Die Gesetzeslage wird so gestaltet, daß all das durchsetzbar ist. Wo es trotzdem klemmt, helfen die Gerichte mit den richtigen Urteilen nach. Die frustrierten Versuche von Widerstand im Osten sind zu vernachlässigen und überraschen selbst die westdeutschen Macher. Weniger harmlos gestalten sich Entscheidungen wie solche, die den großen Lauschangriff gestatten, mit entsprechender Verfassungsänderung und der Möglichkeit in die Privatsphäre jedes Einzelnen vorzudringen. George Orwell<sup>53</sup> läßt grüßen. Gewiß wird diese Maßnahme mit der erfolgreichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität begründet. Doch nur Naive können annehmen, daß es hierbei bleibt. Sollte sich eines Tages die politische und soziale Situation in Deutschland zuspitzen und damit aus der Sicht der politischen Klasse die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet werden, so werden die verfassungsgeschützten Ohren auch der politischen Überwachung dienen.<sup>54</sup>

Dies im Hinterkopf, ist der Umgang mit der medizinischen Hochschulintelligenz nicht etwa als ein etwas unglücklicher Sonderfall zu betrachten. Vielmehr wurde hier geprobt, wie die Staatsgewalt zukünftig mit Unzuverlässigen umzugehen gedenkt. Wer sollte das in Zukunft verhindern? Sollte Karl Jaspers mit seinem Menetekel recht behalten, das er für die Bundesrepublik vor mehr als 30 Jahren an die Wand malte: „Von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat; vom autoritären Staat zum Diktaturstaat; vom Diktaturstaat zum Krieg“.<sup>55</sup>

<sup>53</sup> George Orwell: 1984.

<sup>54</sup> Erinnert sei an die Abhöraffaire im Zusammenhang mit der Ermordung des Präsidenten des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände Hanns Martin Schleyer im Jahre 1977. Der Verstoß gegen das Grundgesetz wurde damals unter Berufung auf den §34 StGB zum rechtfertigenden Notstand gerechtfertigt. Nunmehr stehen wir vor einer Änderung des Grundgesetzes, die dann den großen Lauschangriff „rechtsstaatlich“ deckt. Siehe Georg M. Hafner u. Edmund Jacoby (Hrsg.): Die Skandale der Republik. Hamburg 1994. S. 165-168.

<sup>55</sup> Die Gründe für die Gefahr des Diktaturstaates charakterisierte Karl Jaspers folgendermaßen: „Da alle Parteien und Regierungen durch Menschen wirken, und da die Macht als solche den Menschen verdirbt, ist die Einschränkung der Macht notwendig. Die Macht drängt nach mehr Macht, nach absoluter Macht. Sie trübt das Urteil. Sie wird böse, wenn sie nicht im Dienste der Idee steht, die ihr Gestalt gibt, von der sie ihren Sinn zu Lehen trägt.“ In: Wohin treibt die Bundesrepublik? 10. Aufl., München 1988, S. 174.

Die durch den Abau des Sozialstaates drohenden Verwerfungen finden ihr Ergänzung durch die fortdauernde und immer wieder bestätigte Ungleichbehandlung der Menschen in den neuen Bundesländer.<sup>56</sup> Wenn nach den Wurzeln eines diktatorischen Regimes gefragt wird, sind sie durchaus im politischen System zu erkennen. Die Diskriminierung sowie Ausgrenzung von ethnischen, sozialen und politischen Minderheiten, die Vorbereitung des großen Lauschangriffs, die Schleierfahndung im 30 km tiefen grenznahen Raum, die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren u.a.m., begründet mit der Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, so begann es stets.

*Arno Hecht, Prof. Dr. med., bis 1993 Direktor des Instituts für Pathologische Anatomie der Universität Leipzig, nunmehr nach 3jähriger Arbeitslosigkeit Rentner*

<sup>56</sup> Auf die Gefahren der Ungleichbehandlung verwies Alexis de Tocqueville: „Man schalte die untergeordneten Ursachen aus, die die großen Unruhen der Menschen hervorriefen, und man wird fast immer auf die Ungleichheit stoßen.“ In: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart 1997. S. 283. In diesem Kontext sind als wesentlich die soziale, ökonomische u. rechtliche Ungleichheit zu benennen.

## Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und in Ostdeutschland 4. Folge

Die nachfolgende Dokumentation setzt die ersten drei Teile, veröffentlicht in *hso* 5/94, 5-6/95 und 4/96, fort. Das heißt: Sie führt aktuell laufende Projekte, die seinerzeit bereits annonciert worden waren, nicht noch einmal auf.

1999 wird der fünfte Teil erscheinen. Hilfreich dafür sind Mitteilungen über aktuelle laufende Projekte wie auch zu abgeschlossenen Graduierungsarbeiten an Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, Postfach 920, 04009 Leipzig.

### 1. Abgeschlossene Graduierungsarbeiten zu Themen der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus

Vorbemerkung: Abgeschlossene Graduierungsarbeiten werden nur dann in der folgenden Übersicht verzeichnet, sofern sie bis dato nicht veröffentlicht sind und ihr Erscheinen auch noch nicht angekündigt ist.

Winter, Christian: *Die Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung*. Dissertation, Theologische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1994. 332 S.

Eingangs liefert die Dissertation eine chronologische Darstellung der Vorgeschichte und der Umstände der Sprengung der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig am 30. Mai 1968. Dabei werden sowohl die Bestrebungen zur Beseitigung der Kirche als auch die Bemühungen um ihre Erhaltung geschildert. Motive und Hintergründe der gegensätzlichen Ziele und Plannungen sollen aufgezeigt werden. Es folgt die Darstellung der beteiligten Personen und Institutionen und ihrer Rolle in den Auseinandersetzungen. Neben den Konflikten zwischen SED-Führung und Kirchen werden auch politische und kulturelle Ereignisse in der Geschichte der DDR, wirtschaftliche Ursachen und Entwicklungen im Städtebau betrachtet, die Einfluß auf die Entscheidungen zum Schicksal der Kirche hatten. Die Zerstörung und Beseitigung der Universitätskirche sei nicht nur von Einzelpersonen betrieben worden, sondern die SED-Führungen in Berlin und Leipzig seien mit den Leitungsgremien der Stadt Leipzig beteiligt gewesen. Neben der vehementen Forderung der Universitätsleitung nach einem

Neubau hätte es auch in der Bevölkerung zum Teil Begeisterung ebenso wie Desinteresse für das Neubauprojekt und Unkenntnis gegeben.

Mock, Dietrich: *Die Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig von 1945 bis 1961 mit besonderer Berücksichtigung des Einflusses ihrer SED-Grundorganisation*. Dissertation, Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1995. 189 S.

Die Arbeit sucht die Entwicklung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig in der Zeit von 1945 bis 1961 in ihrer Gesamtheit darzustellen. Im ersten Kapitel sind unter anderem der eklatante Personalmangel durch Abwanderung nach Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die Entnazifizierung zentrale Themen. In weiteren Kapiteln stehen strukturelle und bauliche Veränderungen sowie der zunehmende Einfluß der SED-Grundorganisation gegen Ende der 50er Jahre und die Auswirkungen des Baus der Berliner Mauer im Mittelpunkt.

Kühn, Michael: *Die Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig von 1961 bis 1968*. Dissertation, Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1995. 188 S.

Die Arbeit sucht die Entwicklung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig in der Zeit von 1961 bis 1968 darzustellen. Im ersten Kapitel wird der Entwicklung chronologisch bis zur Auflösung der Fakultät und der Gründung der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin im Oktober 1968 nachgegangen, wobei die Aktivitäten der SED-Grundorganisation der Fakultät ein zentrales Thema bilden. In weiteren Kapiteln stehen die Entwicklung der einzelnen Institute und Kliniken im Mittelpunkt.

Leupold, Jörg: *Die Geschichte des Blutspende- und Transfusionswesens an der Universität Leipzig*. Dissertation, Med. Fak. der Universität Leipzig, Leipzig 1996. 141 S.

Grundlage der Arbeit war die Auswertung von internen Dokumenten aus den Jahren 1951-1988, die sich im Eigentum des Institutes für Klinische Immunologie und Transfusionsmedizin der Universität Leipzig befinden, von Verwaltungsakten sowie Personalakten, die Sichtung themenbezogener Literatur sowie Interviews mit Zeitzeugen. Die Untersuchung stellt die chronologische Entwicklung des Blutspende- und Transfusionswesens der Universität Leipzig bis hin zur Gegenwart dar. Im letzten Teil der Arbeit erfolgt ein Ausblick auf die nähere Zukunft dieses Bereichs an der Universität Leipzig.

Schulz, Dagmar: *Studien zum Leistungsprinzip und seiner Kritik unter besonderer Berücksichtigung politischer und pädagogischer Aspekte des Leistungsverständnisses in der DDR*. Dissertation, Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig, 1996. 230 S. + Anh.

Die Arbeit untersucht die Rolle des Subjekts im Bildungs- und Erziehungsprozeß der DDR anhand bisher unbekannter Quellen. Der Schwerpunkt geht über die Evaluierung von Strukturen hinaus und richtet den Blick auf die Analyse von Inhalten sowie ihre Relevanz in Forschung, Lehre und Schulpraxis, auch unter besonderer Problematisierung der Rolle des Lehrers. In der inhaltlichen Auseinandersetzung wurden exemplarisch die Forschungen an drei Hochschulstandorten ausgewählt, in deren Vorhaben sich die Auseinandersetzung mit der Problematik von Leistung im sozialistischen Bildungssystem besonders nachweisen läßt: Leipzig, Potsdam und Rostock.

Schreiber, Annett: *Psychische Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland*. Dissertation, Fak. für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie der Universität Leipzig, Leipzig 1995. 113 S. + Anh.

Gegenstand der Arbeit sind psychosoziale Erlebens-, Verarbeitungs- und Bewältigungsbesonderheiten angesichts globaler Menschheitsprobleme. Ausgehend vom Erkenntnisstand

friedens- und umweltpsychologischer Forschung werden psychologische Dimensionen makrosozialer Stressoren dargestellt. Dabei stehen die nukleare Hochrüstung und ihre Risiken als eine der wesentlichsten globalen Bedrohungen im Mittelpunkt. Verarbeitungsformen der ökologischen Krise, des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland und der Zuwanderung wie des Zusammenlebens mit Ausländern werden ausschnitthaft behandelt. Der empirische Teil der Arbeit referiert eine Längsschnittstudie zur Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland hinsichtlich makrosozialer Bedrohungsbewertungen, persönlicher und politischer Ängste, Persönlichkeitsmerkmalen, Werten, Kontrollüberzeugungen, Engagement und Variablen psychischer Gesundheit. Einbezogen sind weiterhin Bewältigungsformen in bezug auf den politischen Umbruch in Ostdeutschland und Einstellungen zu Au sländern.

Rasch, Konstanze: Studieren im neuen 'Zeitalter'. *Eine Analyse studentischen Umgangs mit veränderten Zeitstrukturen im Hochschulsystem der neuen Bundesländer*. Dissertation. Universität Leipzig, Institut für Soziologie. Leipzig, 1996. 269 S.

Die Dissertation thematisiert die im Ergebnis des ostdeutschen Transformationsprozesses entstehende neue Studienwirklichkeit. In den Mittelpunkt wird dabei die Ablösung paternalistischer Studienzeitstrukturen durch flexible Zeitstrukturen im Studium gestellt. Die Untersuchung stützt sich auf das empirische Material der Panelstudie "Student im Studium", die 1990 als Gemeinschaftsprojekt zwischen Mitarbeitern der Universität Leipzig und dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München gestartet wurde.

Bug, Judith: „Für mich kam der Osten eigentlich nie in Frage.“ *Warum sich die Studierenden aus den alten Ländern für das Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig entschieden haben. Eine qualitative Studie*. Magisterarbeit, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften der Universität Leipzig, Leipzig 1996. 266 S.

Das zugrundeliegende dreisemestrige Forschungsprojekt hatte sich zum Ziel gesetzt, ein umfassendes soziales Porträt der am Institut immatrikulierten Studentinnen und Studenten zu erarbeiten. Gegenstand der Erhebung waren soziodemographische Merkmale, Wege zum Studium, Fachmotivation sowie Wahl der Hochschule/des Hochschulortes, Aspekte subjektiver Studierenerwartungen und -funktionen, Bedeutung und Bewertung der Lehrgebiete und Studienbedingungen, Berufsperspektiven und Arbeitsorientierung, Interessen der Freizeit- und Mediennutzung sowie Haltungen allgemeiner Lebensorientierungen.

Bechert, Frank: *Keine Versöhnung mit dem Nichts. Zur Rezeption von Samuel Beckett in der DDR*. Dissertation, Philologische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1996. 327 S.

In der Arbeit wird sich auf drei verschiedenen Ebenen der Rezeption von Beckett in der DDR genähert. Zuerst wird die Einbindung von Beckett in die literaturwissenschaftlichen und kulturpolitischen Debatten aufgezeigt und der widerspruchsvolle Prozeß beleuchtet, den das ästhetische Verhältnis zu diesem Künstler und seinem Werk in der DDR durchlief. Die kontrovers geführte Diskussion sei keineswegs nur auf das Stereotyp vom Beckett als spätbürgerlichen Vertreter der Dekadenz zu reduzieren. In einem weiteren Kapitel werden in drei Studien direkte Einflüsse Becketts auf die Arbeiten von Bertolt Brecht, Heiner Müller und Volker Braun untersucht. Im letzten Themenkomplex wird die Auseinandersetzung des DDR-Theaters mit Beckett beschrieben. Die vom Autor als produktiv bezeichnete Beckett-Rezeption in der DDR sei als der unablässige Versuch bestimmbar, Becketts Kunstwelten in ein reales, historisch-gesellschaftliches Beziehungssystem zu stellen.

Breithaupt, Dirk: *Rechtswissenschaftliche Biographie DDR*. Dissertation, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 1993, 585 S.

Der Autor skizziert die Juristenausbildung und die einzelnen rechtswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der DDR.

Meyer, Peter: *Die ordentliche Kündigung von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer nach dem Einigungsvertrag*. Dissertation, Fachbereich Rechtswissenschaften der FU Berlin. Berlin 1993. 292 + XLIX + V S.

Das Anliegen der Arbeit ist es, einen Beitrag zur Inhaltsbestimmung des ordentlichen Kündigungsrechts des Einigungsvertrages als auch zu dessen Verhältnis zu den übrigen gesetzlichen Normen des Kündigungsschutzrechts zu leisten: Die Eigenständigkeit der ordentlichen Kündigungstatbestände im Einigungsvertrag war nicht ohne weiteres ersichtlich; denn mangelnde fachliche Qualifikation und fehlende persönliche Eignung konnten bereits personenbedingte (=außerordentliche) Kündigungen rechtfertigen, und weitere im Einigungsvertrag genannte Kündigungsgründe hätten als betriebsbedingte Kündigungsgründe nach Kündigungsschutzgesetz qualifiziert werden können. Der Autor will die vorhandenen gesetzlichen Wertungen offenlegen und mit ihrer Hilfe die Kündigungsgründe des Einigungsvertrages auslegen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der grammatikalischen, systematischen, historischen und teleologischen Auslegung der Kündigungsvorschriften.

## 2. Aktuell laufende Forschungsprojekte zu Themen der DDR-Hochschul- und -Wissenschaftsgeschichte sowie der ostdeutschen Wissenschaftsentwicklung

Gero Bühler, Universität Leipzig, Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften, PF 920, 04009 Leipzig:

**Medizinstudium in der DDR. Aspekte zur Entwicklung der ärztlichen Ausbildung in der DDR.**

Dissertationsprojekt. Seit 1996.

Catherina Wenzel, Humboldt-Universität zu Berlin, Theologische Fakultät, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Das Lebenswerk der Religionsphilosophin Liselotte Richter.**

Dissertationsprojekt.

Julian Rhys, Dept. of Germanic Studies, Arts Tower, 10<sup>th</sup> Floor, Sheffield University, Sheffield, S 10 3UJ, UK:

**Anpassung und Widerstand unter den Studierenden in der FDJ von 1971 - 1989.**

Dissertationsprojekt. Seit 1995, Abschluß voraussichtlich 1999.

Thomas Möbius/Thomas Sarzio, Wühlischstraße 48, 10245 Berlin, e-mail: thomas.moebius@rz.hu-berlin.de:

**Phönix im Sturzflug. Eine Retrospektive aus akteursspezifischer Sicht seit 1989 unter besonderer Berücksichtigung des „alten Personals“ und der akademischen „Zugvögel“ des Neuzugangs aus den alten Bundesländern an der Humboldt-Universität zu Berlin.**

Forschungsprojekt. Seit 1997, Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1998.

Heide Reinsch/Elke Lehnert, Humboldt-Universität zu Berlin, Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Erfassung und Erschließung der Archivbestände zur Geschichte des Frauenstudiums und akademischer Karriereverläufe von Frauen an der Berliner Universität (1890-1967/68).**

Seit 1997.

*Christina Felber/Karin Hildebrandt*, Humboldt-Universität zu Berlin, Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Folgen und Konsequenzen des Umstrukturierungsprozesses für die Karrieren von Frauen (Wissenschaftlerinnen) an den ostdeutschen Hochschulen.**

Seit 1997.

*Irmtraut Thierse*, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Zur Geschichte der DDR-Kunstwissenschaft.**

Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1998.

*Martina Stallmann*, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Rehabilitationswissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Verbleibstudie von Diplomabsolventen des Institutes für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin.**

Längsschnittuntersuchung. Seit 1995, Abschluß voraussichtlich 2000.

*Gerald Diesener*, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V., Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam/Institut für Kultur- und Universalgeschichte, Oststr. 41, 04317 Leipzig.

**DDR-Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit.**

Seit 1997.

*Gerald Diesener/Clemens Burcher/Gerd-Rüdiger Stephan*, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V., Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam

**Politisierung und Vergesellschaftung der Wissenschaften. Zwei Fallstudien: Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. – Zentrale Forschungspläne und deren Umsetzung in den Gesellschaftswissenschaften.**

Seit 1997.

*Petra Weckel*, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V., Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

**Biographie Wilhelm Fraengers (1890-1964).**

Dissertationsprojekt.

*Dolores L. Augustine*, Dept. of History, St. John's University, 8000 Utopia Pkwy, Jamaica, NY 11439, USA:

**Engineering, Society and the State in the GDR.**

Seit 1995, Abschluß voraussichtlich 1998.

*Czech/Ende/Schade/Sternhorst/Schandera*, Institut für Germanistik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, PF 4120, 39016 Magdeburg:

**Die Geschichte der Weimarer Beiträge 1955-1990.**

Seit 1995, Abschluß voraussichtlich 1999.

*Dagmar Ende*, Institut für Germanistik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, PF 4120, 39016 Magdeburg:

**Kontinuität und Diskontinuität in der Literaturwissenschaft der DDR der 80er Jahre. Zum Problem einer Hermeneutik ihrer Textkorpora.**

Seit Frühjahr 1997, Abschluß voraussichtlich Ende 1998.

*Anke Scheuermann*, Institut für Germanistik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, PF 4120, 39016 Magdeburg:

**Germanistik in der DDR: Die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats Germanistik und der Zentralen Fachkommission Deutsch beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bzw. Ministerium für Volksbildung der DDR.**

Dissertationsprojekt, seit 1996, Abschluß voraussichtlich 1999.

*Manfred Kuthe*, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Empirische Bildungsforschung, PH Erfurt, PF 307, 99006 Erfurt:

**Studenten in Erfurt.**

Seit 1996, Abschluß voraussichtlich Ende 1998.

*Tino Leubner*, Institut für Germanistik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, PF 4120, 39016 Magdeburg:

**Thomas-Mann-Rezeption in der DDR, untersucht am Beispiel des Thomas-Mann-Archivs der DDR-Akademie der Wissenschaften.**

*Recherche & Zusammenstellung: Peer Pasternack*

### Wissenschaftsrat würdigt Stärkung der Naturwissenschaften an den Universitäten in Sachsen-Anhalt

Vor dem Hintergrund von Erweiterungen des Fächerspektrums an der Universität Magdeburg u.a. durch die Eingliederung der Medizinischen Akademie und der Pädagogischen Hochschule hat der Wissenschaftsrat auf Bitten des Landes Sachsen-Anhalt Empfehlungen zur Struktur der Naturwissenschaften an den Universitäten Magdeburg und Halle-Wittenberg erarbeitet.

Nach Ansicht des Wissenschaftsrates ist es den Hochschulen und dem Land gelungen, die Schwerpunkte beider Universitäten im Bereich der Naturwissenschaften komplementär auszurichten. Nachdem in Sachsen-Anhalt zunächst die Konsolidierung der Naturwissenschaften an der Universität Halle-Wittenberg im Mittelpunkt stand, sind nunmehr Weiterentwicklungen des Fächerspektrums an der Universität Magdeburg geplant und zum Teil bereits erfolgt. Der Wissenschaftsrat spricht sich für die Erprobung eines auf das Hauptstudium beschränkten Studienganges Biologie mit dem Schwerpunkt Neurobiologie in Magdeburg aus. Er begrüßt die Entscheidung des Landes, mit Hilfe einer externen Gründungskommission ein tragfähiges Konzept für einen wettbewerbsfähigen Studiengang zu entwickeln und behält sich eine gesonderte Stellungnahme zum Aufbau eines Instituts für Biologie und zur Errichtung eines entsprechenden Diplomstudienganges vor.

Angesichts der wachsenden Anforderungen an physikalische Kenntnisse in allen modernen Technikwissenschaften hält der Wissenschaftsrat die

Beibehaltung des Diplomstudiengangs Physik an der Universität Magdeburg für sinnvoll. In den Empfehlungen wird gleichzeitig die Entscheidung des Landes begrüßt, auch künftig auf einen Diplomstudiengang Chemie in Magdeburg zu verzichten, da angesichts der gegenwärtigen und geplanten personellen Ausstattung die Basis für einen solchen Studiengang nicht gegeben ist.

Mit Blick auf die gegenwärtigen Studienanfängerzahlen hält der Wissenschaftsrat die Planung des Landes für den Ausbau der Studienkapazitäten in den Naturwissenschaften an beiden Universitäten für überdimensioniert und bittet das Land, sie stärker an der Studiennachfrage zu orientieren. Bei fortgesetzt niedrigen Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen sollte das Land insbesondere die Zahl der Standorte für die Lehrerausbildung überprüfen.

*Wissenschaftsrat*



### „Acht Magnifizenzen“ Ein Bilderstreit in Jena

*Die Malerin Anke Doberauer hat 1997 einige frühere Rektoren der Friedrich-Schiller-Universität Jena und den derzeitigen Amtsinhaber porträtiert. Darüber – insbesondere über die Zusammensetzung der Porträtreihe – ist in der Folge eine heftige Diskussion ausgebrochen. Wir dokumentieren auf den nächsten Seiten die Beiträge dieser Debatte, die in der Mehrzahl in der Universitätszeitung Alma mater jenensis(AMJ) veröffentlicht worden sind.*

#### Ahnen-Galerie aktualisiert. Neue Rektorenporträts

Im Auftrag der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Friedrich-Schiller-Universität porträtierte die in Marseille lebende Malerin Anke Doberauer zwischen dem 20. Februar und dem 25. März [1997, Red.hso] drei ehemalige Rektoren und den gegenwärtigen Amtsinhaber. Sie hatte ihr Atelier im Festsaal des Prinzessinnenschlößchens eingerichtet und empfing die Herren Wilhelmi, Schmigalla, Schmutzer und Machnik, deren Bildnisse sie nach dem Leben malte.

Mit der Vollendung der vier Porträts hat die Malerin den ersten Teil der Bestellung erfüllt, die seit 1945 bestehende Lücke in der Reihe der mit dem Gründungsrektor der Universität 1558 beginnenden Bildnisse zu schließen. Bei einem weiteren Aufenthalt in Jena im Verlaufe dieses Som-

mers wird sie sich der posthumen Bildnisse der früheren Rektoren Zucker, Hund und Hämel annehmen. Zu dem Vertrag zwischen der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Friedrich-Schiller-Universität, vertreten durch die Vorsitzende Gerda Dominicus-Schleutermann, und der Malerin war es am 27. November 1996 gekommen, nachdem Anke Doberauer die umfangreiche Porträtgalerie der Alma mater studiert und ein Konzept für ihr Projekt entwickelt hatte. Es sah vor, an das Format und die Tradition des Ölbildes der historischen Gemälde anzuknüpfen. Die hochformatigen Bilder stellen die Porträtierten in der Regel im Hüftstück und sitzend dar und haben annähernd die Maße von 81 auf 65 cm, die auch Anke Doberauer mit dem französischen Maß von 25 Figure zugrundelegte.

Die 1962 geborene Künstlerin hat erstmals einen derartigen Auftrag angenommen, wenngleich sie gelegentlich einzelne Persönlichkeiten, wie den Verleger Michael Klett und den Schriftsteller Ernst Jünger, im Bildnis erfaßt und bereits 1992 „Zehn Blaumänner“ sowie 1993 „Elf Marseiller“ porträtiert hat. Bekannt geworden ist sie durch ihre ganzfigurigen, lebensgroßen Gemälde von Männern, bei denen „schwer auszumachen“ ist, wie Jean-Christophe Ammann 1996 schrieb, „ob sich das Licht des Hintergrundes in der Figur verdichtet oder ob die ‚Ausstrahlung‘ der Figur dieses Licht bewirkt“. Der Direktor des Frankfurter Museums für Moderne Kunst hat inzwischen sieben dieser großformatigen Bilder für die Galerie erworben, die jüngst in den Ausstellungen „Szenenwechsel X“ und, um weitere Werke der Malerin ergänzt, im Kunstverein Grafschaft Bentheim in Neu- enhaus zu sehen waren.

Obgleich die Malerin bei diesen 210 auf 125 cm messenden Gemälden die Modelle überwiegend aus ihrem Bekanntenkreis wählte, trifft auch auf die Jenaer Rektorenporträts zu, was sie über jene sagt: „Das Bild, welches ich male, ist das Ergebnis eines langen Prozesses der Zusammenarbeit mit dem Modell. Ich habe Vorgaben, die ich nach seinen Wünschen, Möglichkeiten und Ideen verändere. Das Bild kann, wenn alles gutgeht, der Schnittpunkt zwischen meinem Blick und seinem Selbstbild sein.“

Anke Doberauer wuchs in Bad Homburg auf und studierte anschließend an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig. Ben Willikens – in Jena bekannt durch die Gestaltung des Foyers des Büro- und Geschäftshauses „Bau 59“, das 1992/93 sanierte ehemalige Forschungshochhaus des VEB Carl Zeiss Jena am Leutragraben – war ihr Lehrer, der sie 1991 zur Meisterschülerin machte. Unter den zahlreichen Stipendien ragen das der Karl-Schmidt-Rottluff-Förderungsstiftung und jenes der Hessischen Kulturstiftung heraus.

Die vier Porträts der Jenaer Rektoren sind mit drei weiteren in Jena entstandenen kleinformatigen Bildnissen, die zu einer Serie gehören sollen

und von der Künstlerin als Leihgabe überlassen wurden, im Festsaal des Prinzessinnenschlößchens auf Anfrage bei der Kustodie zu besichtigen.

*Prof. Dr. Franz-Joachim Verspohl*  
*Kunsthistorisches Seminar (AMJ Nr. 11, Jg. 8, 29.4.1997)*

## Zweierlei Angesicht

Wie steht es um die Universität Jena – als Ort moralischer, politischer, historischer Maßstäbe und Gesinnung? Einträchtig Seit an Seit prangen in der AMJ vom 29. April 1997 die opulenten Porträts zweier Jenenser Rektoren – *sicut pares*, als sei nichts weiter dabei, der integre Georg Machnik neben Ernst Schmutzer, der vom MfS als IMB Physiker geführt wurde und der seinen Stasi-Konnex längst erfolgreich verdrängt hat. Dazu kamen noch, wie man lesen und im Griesbachhaus auch sehen kann, weitere Persönlichkeiten der Universitätsgeschichte, eine Porträt-Kontinuität, gleiche Pose, gleiche Malweise, jedes Porträt für 15 000 DM Honorar, sicher sehr preiswert, gleich-wert, finanziert von dem über Geldnot klagenden Förderverein der Universität. Mein Gott, fragt sich der Zeitgenosse, wo leben wir denn? Nun, eben im moralisch gut eingeebneten, platt gemachten Deutschland des *laissez faire*. So gibt sich also die großzügige Demokratie der Beliebigkeit, so gedeiht Weitherzigkeit unter dem Schattenwurf historiographischer Souveränität. Es gibt also doch eine urdeutsche Kontinuität des Ignorierens und Verwischens, die kein Kriterium für Geschmacklosigkeit kennt. Aber wen graust schon noch dabei! Hätte man mit solcher Zumutung nicht noch ein paar Jährchen warten können? Dann wird sich ganz bestimmt sowieso keiner mehr an unangenehme Wahrheiten erinnern wollen...

*Gottfried Meinhold*  
*(AMJ Nr. 13, Jg. 8, 29.4.1997)*

## Ehrungen für Protagonisten der roten und der braunen Diktatur

Es ist sicher ein Zufall, daß fast gleichzeitig mit der Vorlage der Dokumentation „MfS und FSU“ (veröffentlicht von Gerhard Kluge und Reinhard Meinel) in der AMJ in einem fast ganzseitigen Artikel über neue Rektorenporträts der FSU informiert wird.

Peinlich wirkt allerdings, daß bis auf den gegenwärtig amtierenden Rektor die genannten Personen auch in der MfS-Dokumentation mit Klarnamen oder mehr oder weniger umfänglichen Aktivitäten erscheinen. Nimmt man dann noch das „Akrützel“-Interview (101. Ausgabe vom 30.

April 1997) dazu – man kann kaum glauben, daß das dort am Ende Gesagte ernst gemeint ist (oder ist es doch nur eine Zukunftsversion?) –, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus: „Als Geschenk für die Universität wird Anke Doberauer den Drittreichseugeniker Astel malen, der die Jenaer Hochschule zur SS-Universität machen wollte“, schreibt „Akrützel“ [Akrützel ist die Jenaer Studentenzeitung, Red. *hso*].

Ehrungen nicht nur für Protagonisten der roten, sondern auch noch der braunen Diktatur! Das hatten sich die, die sich 1989/90 um eine demokratische Erneuerung der Hochschule bemühten, sicher nicht als Ergebnis vorgestellt!

Da ist auch nur ein schwacher Trost, daß wenigstens für Astel kein Geld verschwendet werden soll. Ein Hinweis: So er es noch erleben könnte, würde er sich sicher freuen, wenn bei ihm statt der Darstellung im Talar die Uniform einer der NS-Organisationen gewählt würde, denn auch im Dritten Reich hielt man nichts vom „Muff unter den Talaren“!

Die mangelnde Sensibilität für menschliche Verletzbarkeiten und im Umgang mit historischer Problematik, die in dieser Aktion zum Ausdruck kommt, ist unglaublich! Geschichte wird auf diese Weise mit Sicherheit nicht aufgearbeitet, und die Friedrich-Schiller-Universität erwirbt sich damit garantiert auch keinen Ruhm. Vielmehr ist zu befürchten, daß am Ende der Schaden für ihr Ansehen größer als der Nutzen ist!

*Joachim Oelsner*  
*(AMJ Nr. 14, Jg. 8, 29.4.1997)*

Einen regelrechten „Bilderstreit“ hat das Kunstwerk „Acht Magnifizenzen“ von Anke Doberauer hervorgerufen. Die Debatte hat sich vor allem an dem achten Bild, auf dem der ehemalige Nazi-Rektor Karl Astel (Amtsperiode 1939–1945) abgebildet ist, entzündet – in der Universität selbst und darüber hinaus. Dabei wird auf sehr unterschiedlichen Ebenen diskutiert: auf einer moralischen, politischen, historischen und natürlich kunstästhetischen. Eines zumindest dürfte mit der Ausstellung der Bilder deutlich werden: Lange nicht mehr ist die gesellschaftspolitische Dimension der Kunst so offenbar geworden wie an diesem Beispiel. Der Universität ist es gelungen, an die „aufregenden Zeiten“ des Jenaer Kunstvereins anzuknüpfen, der in der Vorkriegszeit für Furore sorgte. Die Gesellschaft der Freunde und Förderer der FSU hat auf Anregung von Universitätsangehörigen die Malerin beauftragt, sieben bislang nicht portraitierte Nachkriegsrektoren zu malen; die Rektoren Franz Bolck, Günther Drefahl und Otto Schwarz wur-

den bereits in den 70er Jahren von Heinz Wagner gemalt. Das achte Bild, jenes, auf dem Karl Astel zu sehen ist, hat Anke Doberauer aus eigenem Antrieb und ohne Auftrag gemalt; es bleibt auch ihr Eigentum. Doch der Kunststreit hat auch eine historische Dimension. Mit dem Nazi Karl Astel ist vielen die jüngere Geschichte erneut in Erinnerung gerufen worden. Ihre Aufarbeitung hat sich die Friedrich-Schiller-Universität längst zur eigenen Aufgabe gemacht und wird sie weiterführen.

*Red. AMJ*

*(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)*

## **Unigeschichte aufarbeiten**

### **Lutz Niethammer: Portraits als willkommene Provokation**

Als „einen Skandal, der uns provozieren soll“, betrachtet der Zeithistoriker Prof. Dr. Lutz Niethammer die acht Rektorenportraits. Man habe das Kunstwerk – Niethammer sieht die Serie als Einheit – ereignishaft zu verstehen und zum Anlaß zu nehmen, um die eigene jüngere Universitätsgeschichte kritisch zu erforschen. Denn in diesem Gesamt-Kunstwerk werde der Versuch, eine überlebte Tradition – die Repräsentation einer komplexen wissenschaftlichen Institution durch Talare und Charakterlarven – zu restaurieren und nach dem Gesetz der Serie quer durch die deutschen Diktaturen nach rückwärts zu ergänzen, ästhetisch ironisiert. Die moralische, politische und historische Problematik der Universität und ihrer obersten Funktionäre werde durch das artistische Problem des direkten oder indirekten Portraitierens und das Spiel mit den Ornaten weitgehend in den Hintergrund gerückt. „Das ist als künstlerische Provokation gut, als erfundene Tradition aber schlecht“. Wenn man die Reform nach 1989 als geglückt empfinde, müsse man nun auch eine Schrittmacherrolle in der Selbsterforschung anstreben; eine selbstkritische und selbstbewußte Haltung sei dazu angeraten. Wenn man diesen Weg nicht gehen wolle, „dann müßte die Universität das ganze Kunstwerk ablehnen“, zeigt Niethammer Konsequenz.

Ihm fehlt an den Portraits die historische Dimension. Als zeitgeschichtliche Dokumente könne man sie nicht anerkennen, weil sich eine Überlieferung ja nicht im Nachhinein fabrizieren lasse. So dokumentiert die Serie eher ein Geschichtsverständnis und Traditionsempfinden der 90er Jahre als der 30er oder 50er Jahre.

Auch könnten die Bildnisse nicht die komplexen Systeme einer Universität in ihren historischen Wandlungen präsentieren. Sie stellten in ihrer ästhetischen Qualität immer nur eine Oberfläche „ohne die Tiefendimensi-

on der Möglichkeiten der Verstrickung dar“, die man von den Gesichtern kaum ablesen könne.

Die Frage nach der persönlichen Integrität der abgebildeten Rektoren kann das Kunstwerk nicht beantworten. Vielmehr könnte es von Betrachtern als Ehrenbezeugung mißverstanden werden. Im Falle Karl Astels ist für Niethammer die historische Bewertung eindeutig: Er hat mit seiner rassistischen „Gesundheitspolitik“ und Mitwirkung an der Euthanasie die Ermordung tausender Menschen vorbereitet und vorangetrieben. „Nach heutigem Verständnis war er ein Verbrecher.“

Aber auch in der Debatte um die Anschuldigungen gegen Rektoren der SBZ- und DDR-Zeit hülften die Portraits nicht weiter. – Es sei denn als Anstoß für historische Forschung. „Aber wir können das nicht nebenbei tun“, warnt Niethammer. „Dazu muß man eine eigene Arbeitsgruppe mit hinreichenden Mitteln ausstatten.“

*wh*

*(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)*

## **Bildbotschaften lesen lernen**

### **Karen Michels: Portraits unvoreingenommen betrachten**

„Begeistert“ über die Auseinandersetzung um die Rektorenportraits ist die Hamburger Kunsthistorikerin PD Dr. Karen Michels, die zur Zeit in Jena die Professur von Prof. Dr. Andreas Beyer vertritt. Allerdings stellt sie fest, daß heute mehr denn je Erklärungsbedarf im Umgang mit Bildern herrscht. Die Schere zwischen der zunehmenden Flut von Bildbotschaften und der Fähigkeit der Rezipienten, sie zu „lesen“ und zu verstehen, werde immer größer. Hier zu vermitteln, sei Aufgabe der Kunstgeschichte.

Michels, die in Hamburg ein DFG-Projekt zur „Verfolgung und Vertreibung emigrierter Kunsthistoriker“ leitet, empfiehlt eindringlich, Führungen, Vortragsreihen oder Symposien über die Rektorenportraits zu veranstalten. Zwei sozialhistorische Handicaps macht sie bei vielen ostdeutschen Kritikern der „Acht Magnifizenzen“ aus: Zum einen sei man in der DDR weniger intensiv im „offenen Umgang mit der eigenen Vergangenheit“, insbesondere der NS-Vergangenheit geschult worden, zum anderen sei die interpretierende Bildrezeption durch den Sozialistischen Realismus verstellt. „Die Angst vor der Begegnung mit der eigenen Vergangenheit muß im Osten wie im Westen Deutschlands überwunden werden“, erläutert sie, und die Debatte um das Astel-Bild gebe dazu einen wichtigen An Schub. „Man traut hier der Kunst und ihrer Aussagekraft weniger zu, als man im Westen gewohnt ist“, macht Michels Unterschiede deutlich. „Man muß

doch zunächst versuchen, an Kunstwerke offen heranzugehen und sich auf sie einzulassen." Nur dann könne man auch die Bildsprache des Künstlers verstehen.

„Die Aussage, die Frau Doberauer im Fall Astel trifft, ist eine eindeutige. Aber vielleicht wird sie nur nicht richtig gelesen." Karen Michels hebt die zweifach geäußerte Distanz zwischen dem Betrachter und dem Portrait Astels hervor; aus dem Buch der Geschichte, das die Rückenfigur in den Händen halte, könne man nun mal keine Seiten herausreißen, sondern müsse auf die historischen Fakten reagieren. Die Farbikonographie des braunen Hintergrunds sei unverkennbar, ebenso wie das sehr „viel intensivere leuchtende Inkarnat" der Rückenfigur. Eine naheliegende Interpretation: „Die Künstlerin hat versucht, einen Betrachter darzustellen, dessen Backen vor Scham glühen."

Insofern böten die Bildaussagen hinreichend Diskussionsstoff. Anders hingegen argumentiert sie bei den jüngeren Portraits der SBZ- und DDR-Rektoren: „Die Kunst darf nicht mißbraucht werden als ein Mittel, das politische Bewertungen zementiert. Aber ich bin auch nicht der Meinung, daß die Portraits ex ipso als eine Würdigung der gezeigten Personen zu sehen sind." Vielmehr sei hier eine historische Situation von einem distanzierten, künstlerischen Standpunkt aus interpretiert worden.

wh

(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)

### Hermeneutisch interpretieren

#### Franz-Joachim Verspohl: Innere Logik des Kunstwerkes

Die ästhetische Autonomie des Kunstwerks stellt Prof. Dr. Franz-Joachim Verspohl in den Mittelpunkt der Diskussion um die „Acht Magnifizenzen" Anke Doberauers. Er plädiert für eine hermeneutische Betrachtungsweise der Portraitserie.

Die Malerin sei um Bildnisse bemüht gewesen, die „zwischen der Darstellung des Individualgesichtes wie des Zeitgesichtes oszillieren", erläutert Verspohl. Insofern sei das dargestellte Gesicht einerseits Ergebnis einer „innengeleiteten, endogenen Persönlichkeitsform", andererseits werde es „durch die Malweise als Ergebnis außengeleiteter, exogener Vorgegebenheit interpretiert". So vertrete z.B. die Farbe des Malgrundes, der sich „wie ein Schleier über alle Bildelemente legt", diese exogene Vorgegebenheit.

Historische Formeln entbehren, so Verspohls Argumentation, angesichts ihrer Entwertung in den Diktaturen unseres Jahrhunderts heute der „die Bildautonomie unterstützenden Überzeugungskraft" und müßten, einer

hochschule ost 2/1998

inneren Logik der Kunst folgend, neu anverwandelt werden. Anke Doberauer nutzte dabei bei den ad vivum gemalten Portraits die Freiheit, durch Lichtverhältnisse, Farbnuancen, Peinture und Festlegung des Umraums die zu malenden Persönlichkeiten zu interpretieren.

Das Schema des Doppelbildnisses der vier älteren Rektoren hat Anke Doberauer an Vorbildern der Renaissance entwickelt. Sie wandelte, so Verspohl, die damals übliche ereignishafte Unmittelbarkeit, die aus dem bildauswärts gerichteten Blick des Portraitierten resultierte, in einen innerbildlichen Dialog zwischen betrachtendem Jüngling und betrachtetem Bilde ab: „Im Schauen der Knaben werden die Rektoren ansichtig."

wh

(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 17.12.1997)

### Fehlende Sensibilität

#### Dietfried Jorke: Drei Portraits nicht aufnehmen

„Ich vermissе hier die nötige Sensibilität", kritisiert Prof. Dr. Dietfried Jorke. Die Lücken in der Reihe der Rektorenbilder zu schließen, hält der emeritierte Mediziner und Ehrensенator der Universität zwar im Ansatz für begrüßenswert. Doch seien bei der Erteilung und der Ausführung des Malauftrages Fehler gemacht worden. Die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität habe allein die Bildnisse nach 1945 bestellt, keineswegs das von der Künstlerin zusätzlich angefertigte Bild Karl Astels. Außerdem sei vor der Auftragserteilung nicht sauber recherchiert worden. „Da dies versäumt wurde, stehen wir vor dem Fiasko, daß einer der Urheber des Holocaust in die Bilderreihe aufgenommen wird, aber zum Beispiel der jüdische Jurist Eduard Rosenthal – dessen Bild von Astel in den Keller verbannt wurde und nun verschollen ist – fehlt."

Jorke ist zwar für kunsthistorische Diskussionen offen. Doch hier geht es um mehr als Kunst: „Wir leben nicht im luftleeren Raum. Dieser ist vielmehr gefüllt mit zum Teil schrecklicher Historie, die vor allem vielen Älteren nahe geht, so daß man über die Protagonisten zweier Diktaturen nicht mit kühlem Abstand theoretisieren kann", reagiert Jorke, der langjähriger Sprecher der „Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule" war, betroffen.

Auch die künstlerische Umsetzung gefällt ihm nicht. „Robe und Barrett sind Zeichen der Würde des Rektors. Kann man sie spielerisch Knaben umhängen", bezweifelt der Mediziner. Die Bildkomposition Astel bis Hämel sei bis auf geringfügige Details gleich. Eine deutliche Zäsur etwa zwischen „dem Verbrecher Astel und dem Humanisten Zucker" fehle. Wenn

hochschule ost 2/1998

erst ein schriftlicher Kommentar dies aufzeigen könne, was solle man dann von Bildaussagen halten?

Außerdem sorgt sich der Ehrensator um die Außenwirkung. „Ich höre schon den Triumph der Neonazis: Astel gemalt, der Jude Rosenthal aber nicht“, befürchtet er, ebenso wie „das breite Lächeln der Ewiggestrigen“, die sagen: Seht, unsere Staatsfunktionäre im Rektoramt kommen doch noch zu Ehren.

Jorkes Meinung ist daher eindeutig: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halte ich die Aufnahme des Bildes Astel und die der beiden Rektoren vor der Wende für unvertretbar.“

Dennoch kann Dietfried Jorke dem „Bilderstreit“ etwas Positives abgewinnen: wenn er zum Anlaß genommen wird, um „das braune Kapitel auch an der FSU schonungslos zu bearbeiten und die Fakten immer wieder bewußt zu machen“ – dann, aber nur dann hat das Ärgernis wenigstens eine gute Seite.

AB

(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)

### **Portraitieren als künstlerische Kommentierung.**

#### **AMJ-Interview mit Rektor Prof. Dr. Georg Machnik zu den Rektoren-Portraits**

*Magnifizienz, Ihr Portrait hängt in einer Reihe mit weniger glanzvollen Rektoren. Wie fühlen Sie sich dabei?*

Die Frage nach einer Reihe assoziiert, daß diese Reihe auch eine Aufreihung von Gleichwertigkeit ist. Dies gilt für diese bildlichen Darstellungen nicht.

*Aber Sie werden in einen Zusammenhang mit einem Rektor wie dem Rassenhygieniker Karl Astel gestellt.*

Ich habe dabei nicht nur persönliche Emotionen, sondern einfach ein breit empfundenes Verantwortungsbewußtsein für die Zeitgeschichte, die zu einem Teil auch noch in das eigene Leben reicht. Und damit gibt es keine Subjektivismen, sondern eine sehr deutliche Stellungnahme zu Karl Astel: Er hat als Rassenideologe in massiver Form bei den Verbrechen des Nazi-regimes mitgewirkt. Dort gibt es keine Kontinuität im Sinne von Persönlichkeiten, die als Rektoren dieser Universität vorgestanden haben. Astel war Sachverwalter des Naziregimes und von diesem eingesetzt worden. Dies ist ein historischer Tatbestand, und wir können und dürfen ihn nicht leugnen, sondern haben dazu Stellung zu nehmen.

hochschule ost 2/1998

*Ist das Portraitieren und dann das Ausstellen des Bildes nicht immer eine Ehrung?*

Für mich ist es nicht immer eine Ehrung. Es kommt nach meinen Empfinden darauf an, wie ein Bildnis gestaltet wird. Landläufig scheint mit dem Wort Portrait eine en-face-Darstellung verbunden zu sein. Dieses ist aber bei Astel nicht gegeben. Insofern ist das Portraitieren gleichzeitig eine künstlerische Interpretation und eine Kommentierung.

*Aber mit Astel wird genauso verfahren wie mit dem anerkannten Physiker Friedrich Hund.*

Mit Herrn Hund wird nicht genauso verfahren. Wenn man bei näherer Betrachtung der bildlichen Darstellung die Unterschiede wahrzunehmen bereit ist, wird man sie auch erkennen.

*In der momentanen Debatte treffen wissenschaftliche kunsthistorische Argumente auf eine moralisch-humanistische Betrachtungsweise der Portraits. Wo stehen Sie?*

Ohne Zweifel bestehen unterschiedliche Auffassungen, die teilweise leidenschaftlich artikuliert werden. Indessen sehe ich keinen Gegensatz der künstlerischen Auffassung gegenüber einer humanistischen. Ich sehe eine durchaus künstlerische, wertende, gestaltende, auch humanistische Darstellung auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine Wertung mit dem Blickwinkel eines zeithistorischen, eines politischen Hintergrundes. Für mich sind durchaus beide Standpunkte reflektiert.

*Wie wird die Universität mit dem Bild von Karl Astel, einer Leihgabe der Künstlerin, umgehen?*

Dieses Bildnis ist weder vom Verein der Freunde und Förderer der Universität noch von der Universität in Auftrag gegeben worden, sondern ein Eigenanliegen der Künstlerin. Sie hat erklärt, daß das Bild auch ihr Eigentum bleibt. Inwieweit dieses als eine Leihgabe weitergereicht wird, ist für mich derzeit noch offen, wird aber zum geeigneten Zeitpunkt entschieden werden.

*Die Diskussion um die Portraits ist ein Anstoß, die Vergangenheitsaufarbeitung der gesamten Universität fortzuführen. Wie geht es damit weiter?*

Zunächst einmal war eine Darstellung von Karl Astel nicht vorgesehen. Dieses zusätzliche achte Bild intensiviert die an der Friedrich-Schiller-Universität bereits frühzeitig begonnene Aufarbeitung der Universitätsgeschichte, was ich ausdrücklich begrüße. Und ich hoffe, daß diese Diskussion sich nicht nur auf eine Figur begrenzt, die kommentiert abgebildet ist,

hochschule ost 2/1998

sondern auch grundsätzlich die Menschen in ihrer Verantwortung und Verpflichtung für die Vergangenheit aufrüttelt.

*(Es fragte Axel Burchardt)  
(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)*

### Aus der Debatte um die Portraits

Der ehemalige Rektor der FSU Karl Astel war ein „Theoretiker der Tötungsmaschinerie“, sagte der gegenwärtige Amtsinhaber Prof. Dr. Georg Machnik am 9. Dezember in seinen Begrüßungsworten für Ignatz Bubis. Die Universität arbeite auch diesen Teil ihrer Historie auf und das nicht erst, seit das nicht von der Universität bestellte Bild Astels die Gemüter erregt. Sie bekenne sich zu ihrer Verantwortung und Verpflichtung, „diese Geschichte bewußt zu machen und sich ihr zu stellen“, erklärte der Rektor.

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland antwortete auf diese Bemerkungen mit einem Beispiel. „Ich meine“, sagte Bubis, „zur Auseinandersetzung mit der Geschichte muß auch Sensibilität gehören. Wir hängen ja auch nicht in Buchenwald die Täter und die Opfer in die gleiche Reihe. Beides gehört zur deutschen Geschichte, aber: Wer würde begreifen, wenn man die Täter und die Opfer bei der Darstellung von Buchenwald in die gleiche Reihe hängt? Hier gibt es eben Dinge, die man auch nach 50 Jahren, und ich meine auch nach 100 Jahren, nicht in die gleiche Reihe hängen will.“

Die Debatte nahm noch am gleichen Abend eine deutlich heftigere Fortsetzung. Bei der Jahresversammlung des Collegium Europaeum Jenense (CEJ), das Bubis eingeladen hatte, nahm der scheidende Kurator Prof. Dr. Franz-Joachim Verspohl das Thema wieder auf. Der Kunsthistoriker und Initiator des Mal-Auftrages nahm Bilder und Ausstellung in Schutz, nicht sie seien der Skandal. „Nein, der Skandal ist meines Erachtens“, sagte Verspohl, „daß innerhalb der Universität, seit die Malerei von Frau Doberauer bekannt geworden ist, nicht von allen Seiten der Versuch gemacht wurde, trotz berechtigter Skepsis und eines hohen Anteils von berechtigten Emotionen inhaltlich sachlich und wissenschaftlich zu argumentieren. Es kam zu einem politischen Schlagabtausch. Wie sonst sollten die Gemälde zum Politikum werden? Ich habe großes Verständnis dafür, daß jedem, der hört, daß Naziverbrecher und Stasimitarbeiter gemalt werden sollen, die Ohren klingeln. Nochmehr Verständnis habe ich für diejenigen, die unter den beiden Gewaltregimen gelitten haben und daher ihren Peinigern auch im Bilde nicht gegenüberreten möchten. Aber es dürfte klar sein, daß we-

der die Gesellschaft der Freunde und Förderer noch ich jemals daran gedacht haben, einen Künstler nach Jena zu holen, der sich dieser Portraits nicht reflektiert und nicht bewußt annehmen würde.“ Die Künstlerin habe „der Diskussion über die Geschichte der Universität eine weitere Dimension eröffnet“ und keineswegs alle Abgebildeten dabei geehrt.

Doch diese Meinung teilten viele der Anwesenden nicht, waren aber bereit, Meinungspluralität gelten zu lassen. Wichtiger Kritikpunkt war die zu spät begonnene Debatte über die Portraits. „Defizite an Verständigung, an Gespräch“ diagnostizierte der Sprechwissenschaftler Prof. Dr. Gottfried Meinhold, der später – gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. Ulrich Zwiener und Dr. Lothar Späth – zum neuen Kurator des CEJ gewählt wurde. Die frühzeitige Diskussion, nicht das Schaffen von Tatsachen, hätte der Sache mehr genutzt, so der Tenor.

Die Kunstwerke selber wurden ebenfalls kritisiert. „Für mich ist das keine große Kunst“, sagte etwa Dr. Edwin Kratschmer. Der Thüringer Literaturwissenschaftler und Kunstkenner verwahrte sich auch dagegen, daß alle, die ein anderes Kunstverständnis als Professor Verspohl hätten, umgehend als Kunstbanausen deklassiert würden.

In einem Punkt herrschte jedoch Einigkeit: Die Debatte habe gezeigt, daß es notwendig ist, eine „Streitkultur zu entwickeln“ und sich weiterhin verstärkt um die Aufarbeitung der Vergangenheit zu kümmern. Diesem Anliegen nimmt sich nicht zuletzt der CEJ-Arbeitskreis für Zeitgeschichte der Universität unter Leitung von Prof. Dr. Herbert Gottwald an.

*Axel Burchardt  
(AMJ Nr. 6, Jg. 9, 18.12.1997)*

### Nachdenken über Gesprächskultur.

#### Zur Eröffnung der Ausstellung „Anke Doberauer: Acht Magnifizenzen“

Bilder – und ich habe den Gedanken noch nicht aufgegeben, daß es heute um Bilder geht –, Bilder reden mit sich selbst und von sich selbst; sie reden von ihrem Bildsein, ihrem Bildsein unter Bildern. Freilich, indem sie von sich selbst reden, handeln sie zugleich von uns und unserer Welt, handeln sie nämlich von unserem Blick, von dem Blick, in den die Welt eingehängt ist, wie wir an ihm in die Welt.

Das übersehen wir manchmal, besonders, wenn wir abstrakte Kunst, scheinbar weltabgewandte Kunst, vor uns haben, ja womöglich wehren wir uns dagegen, wie der immer wieder neu aufflammende Widerstand gegen die Abstrakten zeigt, von dem wir jüngst, mit der Kunst Frank Stellas und

Imi Knoebels konfrontiert, in Jena neue Kostproben bekommen haben; und doch bezeugt eben dieser Widerstand, bezeugt gerade die empörte Aufgeregtheit, zu der er neigt, daß es um uns geht und unseren Blick in die Welt.

Und andererseits: wo uns die Kunst nicht abstrakt, sondern gegenständlich entgegentritt, wo sie uns Abbilder unserer Welt gibt, Abbilder von Dingen und Menschen, die wir zu kennen meinen, da übersehen wir leicht, daß wir nur Bilder vor uns haben, nur Bilder, die zunächst mit sich selbst und von sich selbst reden. Und auch damit entgeht uns, daß sie von uns, den Betrachtern, von unserem Blick handeln, daß sie ihn befragen, in Frage stellen, zur Disposition stellen. Das Abbild lädt, wie die moderne Kunst nur zu gut weiß, zum Durchgriff auf den Gegenstand ein, den jedermann schon immer besser zu kennen meint als das Bild. „Den Stoff sieht jedermann vor sich“, sagt Goethe, „den Gehalt findet nur der, der etwas dazuzutun hat, die Form“ – nämlich der Blick – „ist ein Geheimnis der meisten“.

Materialismus und Moralismus haben in all ihrer Unterschiedlichkeit doch dieses gemein, daß ihnen die Form kein Geheimnis, der Blick kein Problem ist. Sie wissen immer schon, wie sich die Welt dem Blick darstellt und wie der Blick die Welt festzustellen hat. Deshalb kennen sie nur eine dienende Kunst, eine Kunst, die ihr Wissen illustriert und bestätigt; von ihr in eine Befragung ihres eigenen Blickes hineingezogen zu werden, lassen sie nicht zu.

„Acht Magnifizenzen“, der achtfache Versuch, Lücken aufzuzeigen – nicht alle Lücken –, die die jüngere und jüngste Geschichte in die über vierhundertjährige Porträt-Reihe von Rektoren der Jenaer Universität gerissen hat, sie ins Bewußtsein zu heben und einer bildnerischen Auseinandersetzung zuzuführen, – damit rückt freilich ein Gegenstand ins Blickfeld der Kunst, der kein Stoff wie irgendein anderer ist; das mußte jedem klar sein, der dieses Projekt mit auf den Weg gebracht hat. Kein Gegenstand wie ein anderer, treten mit den acht Magnifizenzen doch die letzten sechzig Jahre der Universitätsgeschichte neuerlich in den Blick, und damit die deutsche Geschichte seit 1933, und mit ihr jene Brüche und Abgründe, bei deren Kennzeichnung jedes Wort sogleich zur Phrase zu werden droht. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte geraten wir alle in ein schärferes Licht, ein unmenschlich scharfes Licht, wir alle, Wissenschaftler und Künstler, Medienleute und Politiker, bewegte Bürger und Zeitungsleser, Menschen, denen Kunst etwas bedeutet, und solche, denen sie wenig oder nichts bedeutet.

Kein Wunder also, daß schon allein die Nachricht von dem Projekt, das heute vorgestellt wird, Unruhe auslöste, Fragen, Bedenken, Sorgen.

Würde wirklich Mitgliedern der Universität zugemutet werden, noch einmal jener Rektoren aus DDR-Zeiten ansichtig zu werden, mit deren Anblick für sie Momente schlimmster Bedrängnis verbunden sind, bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben?

Mit wem würde Georg Machnik da in einer Reihe zu stehen kommen? Würde jene Unfähigkeit zu Scham, die in den Protagonisten der PDS obszön vor der Öffentlichkeit posiert und deren rasende Suade die Splitter in den Augen aller Welt abgrast, um vom Balken im eigenen Auge abzulenken – würde sie nun auch noch in unserer Universität triumphieren? Und vor allem: Wie sollte das angehen, daß der SS-Rektor Astel, der „Professor für menschliche Züchtungslehre“, auf einer Leinwand in Erscheinung trete, in jener Universität, aus der er selbst einmal das Bildnis des Rektors Eduard Rosenthal entfernt hat, wie sollte sein Anblick neben dem eines Friedrich Zucker, eines Friedrich Hund zu ertragen sein?

Dies hätte nun eigentlich zu einem intensiven Austausch über das Projekt führen müssen, bei dem für so viele und für die Universität insgesamt so viel auf dem Spiel stand.

Die Vorgänge der letzten Tage und Wochen, insbesondere das öffentliche Echo, lassen mich heute mit Enttäuschung und Bedrückung feststellen: Die Gesprächskultur, die sich in Jena und um Jena herum seit der Wende entwickelt hat, ist offenbar noch weit von dem Niveau entfernt, das dem Thema jüngste deutsche Geschichte gemäß wäre.

Ich will hier nicht darüber rechten, was im Vorfeld dieses Tages von dieser oder jener Seite an Gesprächsangeboten versäumt oder ausgeschlagen worden ist. Das betrifft übrigens die Künstlerin am allerwenigsten, die jeder, der das Gespräch nur suchte, gesprächsbereit finden konnte, bis hin zur Einbeziehung in die künstlerische Konzeption selbst, wie auch ich erfahren habe, als ich mit meinen Sorgen zu ihr ging. Es betrifft vielmehr den von zwölf Jahren Faschismus und fünfundvierzig Jahren Sozialismus verseuchten Boden, auf dem wir uns bewegen und dessen giftige Ausdünstungen in eben dem Moment neuerlich über uns zusammenzuschlagen drohen, in dem wir dank des Muts und der Gestaltungskraft Anke Doberauers die Chance haben, diesen Boden gemeinsam unter die Lupe zu nehmen.

Die Friedrich-Schiller-Universität hat sich nach der Wende in einem Kraftakt ohnegleichen, einem schmerzlichen Kraftakt, von innen heraus, aus sich selbst und mit großer Konsequenz strukturell und personell erneuert, und sie hat dafür im In- und Ausland viel Anerkennung gefunden. Aber der Erfolg war nicht allen gleich genehm. Von Anfang an war die Erneuerung aus durchsichtigen Gründen von Versuchen begleitet, sie über Organe mit so hohen Maßstäben wie das „Neue Deutschland“ und die „taz“ ab-

wechselnd in ein rechtes und ein linkes schiefes Licht zu rücken, und manchmal beides zugleich; da sollte man zugleich Verfolger und Komplize einer stasifähigen Geistigkeit sein – Projektionen, die mehr über die Projektoren als über die Projektionsfläche sagen.

In der Arbeit der Universität spielt das natürlich keine Rolle, da gibt es nur den gemeinsamen Willen, gemeinsam voranzukommen, aber es reicht doch aus, um um die Universität herum und selbst in manchem ihrer Winkel ein Klima der Gesprächsverweigerung zu erhalten – ein Klima, in dem allein es dahin hat kommen können, daß das Urteil über die Rektorenbilder bereits feststand, bevor überhaupt irgend jemand die gestalterischen Lösungen zur Kenntnis genommen hatte, die die Künstlerin vorschlägt, ja ohne auch nur den Willen erkennen zu lassen, die Bilder bei seinem Urteil mit zu berücksichtigen.

Es haben sich schon Hunderte öffentlich über sie geäußert, aber nur eine Handvoll hat sie – wie Ignatz Bubis – zuvor sehen wollen. Das Urteil, ein wahres Vorurteil, lautete: Da kommt eine Reihe von Bildern auf uns zu, die auf Repräsentation zielen, die also in irgendeiner Form eine Ehrung auch des Astel bedeuten könnten. Ist aber die Frage, auf welche Weise das Kapitel Astel ins Bild gebracht wird, nicht ausschließlich eine Frage der künstlerischen Gestaltung, eine Frage, die man redlicherweise nur vor dem Bild diskutieren kann, zu welchem Ergebnis man am Ende auch kommen mag?

Und überhaupt: der Gedanke, irgend jemand unter den Freunden und Förderern der Universität, die die Bilder in Auftrag gegeben haben, irgend jemand von denen, die in der Universität Verantwortung tragen und schließlich die Künstlerin selbst – ich darf das vielleicht sagen, denn ich gehöre nicht zu den Initiatoren des Projekts, habe seine Entstehung nur als Zaungast verfolgt –, der Gedanke, sie alle hätten bei einem Unternehmen, das auf Herstellung von Öffentlichkeit mit den Mitteln der Kunst abzielt, im Zusammenhang mit Astel etwas Ehrendes meinen oder den Eindruck des Ehrenden auch nur leichtfertig in Kauf nehmen mögen – dieser Gedanke ist so aberwitzig, so beleidigend und so töricht, daß man sich fragen muß, wie er überhaupt formuliert und von so vielen hat kolportiert werden können.

Wer den am Projekt Beteiligten schon jenes bessere Geschichtsbeußtsein abspricht, über das er offenbar selbst verfügt, der sollte wenigstens nicht ihr Wissen darum in Frage stellen – schmähhlich genug, das sagen zu müssen –, daß sich jeder, der in der deutschen Öffentlichkeit steht, unweigerlich selbst beschädigt, wenn er sich in Sachen Holocaust auch nur

den Anschein einer Blöße gibt; ich nenne nur den Namen des der öffentlichen Amnesie verfallenen Philipp Jenninger.

Man weiß es doch: in Deutschland ist es seit Jahren eine verbreitete Übung, daß sich Protagonisten des öffentlichen und des Geisteslebens in dröhnenden Diskursen wechselseitig ihr defizientes Auschwitz-Bewußtsein um die Ohren schlagen, so als könne der Holocaust unter den Erben der Täterschaft ein Gegenstand selbstgewisser Rechthaberei sein, ein Spektakel, dem sich manches Medium nur allzu bereitwillig als resonierender Hohlkörper zur Verfügung stellt.

Auschwitz wird dazu benutzt, sich gegenseitig Rechnungen zu präsentieren, die auf ganz anderen Feldern aufgemacht worden sind; die ihre Wurzeln in den Trivialitäten des üblichen Interessengerangels haben. Wollen wir dabei in Jena mittun?

Soviel sollte sich für uns doch wohl von selbst verstehen: wenn die Universität Jena als eine der großen alten Traditionsuniversitäten in Deutschland ihr Selbstverständnis auch – nicht nur, aber auch – aus ihrer Geschichte bezieht, dann kann sie nicht nur auf Melancthons Lehrplan, auf Weigel und Lipsius, auf Glanzzeiten im Zeichen Goethes und Abbes, auf Männer wie Zucker und Hund blicken – dann muß sie sich auch den dunklen Kapiteln stellen, deren dunkelstes den Namen Astels trägt, und dies mit allen Mitteln, die sie gerade als Universität hat.

Tradition ist – zumal in Deutschland – nicht nur ein Kapital, mit dem man wuchern kann, sondern auch eine Hypothek, die abzutragen ist bis auf den letzten Pfennig. Jeder hier könnte übrigens wissen, daß es seit langem schon in der Universität eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Astel gegeben hat, gibt und weiter geben wird, jedermann zugänglich. Aber die Öffentlichkeit ist erst auf das Kapitel Astel aufmerksam geworden, weil Anke Doberauer sagte: Ich kann die Rektoren seit 1945 nur darstellen, wenn ich auch den Rektor vor 1945 darstelle, denn da liegen die Ursachen für das, was seit 1945 geschehen ist. Auch die Flugblätter, die hier zu sehen sind, gäbe es ohne das Projekt Anke Doberauers nicht.

Die Universität kann und will – dazu bekennt sie sich heute auch mit diesen Rektorbildern – die finsternen Kapitel nicht auf sich beruhen lassen. Sie anzugehen, darf auch nicht etwa deshalb unterbleiben, weil der, der an sie rührt, sofort Gefahr läuft, der Unzulänglichkeit seiner Mittel geziehen zu werden, sofort riskiert, zum Gegenstand eines Skandalvoyeurismus zu werden, der sich auch jenseits der Realitäten einen Sündenbock zu finden weiß, an dem er jene Rituale vollziehen kann, die nichts anderes sind als die Flucht vor der Verantwortung.

Ich sage: wer von uns Erben des Holocaust von sich behaupten kann,



er sei im Besitz der wissenschaftlichen Mittel, der künstlerischen Mittel, der publizistischen Mittel, die dem Thema Holocaust gewachsen wären, der trete vor und lasse sich näher betrachten. Wie schwer es die Kunst hat, sich ihm zu nähern, haben wir soeben bei der Diskussion der Pläne für ein Holocaust-Denkmal in Berlin erlebt.

Wir stehen hier vor einer Phase unserer Geschichte, die es ebenso unmöglich erscheinen läßt, ihrer zu gedenken wie ihrer nicht zu gedenken. Alles Feilen an künstlerischen Konzepten hat ihr gegenüber von vornherein etwas Unangemessenes, Unzulängliches, Abgeschmacktes, und man möchte daran zweifeln, ob die Kunst überhaupt über die Mittel verfügt, sich diesen Gegenstand zum Stoff zu machen. Wer wollte Ignatz Bubis widersprechen, wenn er in dieser Frage stets alles Argumentieren mit künstlerischen Konzepten beiseite gewischt und auf die nackte Faktizität des Stoffes verwiesen hat, oder wenn er wie am Dienstag hier bei uns in Jena sagt: Täter und Opfer können nicht in einer Reihe dargestellt werden.

Bei den „Acht Magnifizenzen“ handelt es sich freilich nicht um Täter und Opfer in dem Sinne, den uns Bubis mit dem Hinweis auf Buchenwald bezeichnet hat. Denn die Magnifizenzen sind alle – der schreckliche Täter Astel, der ehrenwerte, Widerstandskreis nahestehende Zucker – Teil und Erbe jener Täterschaft, die deutsch heißt. Wer von uns Erben des Jahres 1933, das uns Ignatz Bubis am Dienstag noch einmal so eindringlich in Erinnerung gerufen hat, wer von uns Erben deutscher Täterschaft, ob alt oder jung, ob aus Ost oder West, ob mit glücklicherer oder unglücklicherer Biographie, darf von sich sagen, er stehe nicht in jener historischen Reihe, in der er einem Astel begegnen muß, er habe Verdienste, die es ihm erlaubten, sich dahin zu stellen, wo Bubis und seinesgleichen stehen?

Es ist in den letzten Tagen viel von dem Bildnis des mehrfachen Rektors Eduard Rosenthal die Rede gewesen, das seit der Zeit Astels verschollen ist. Man wird darüber reden müssen, wie man diesen Akt der Barbarei dokumentieren und ob ein neues Bildnis wirklich eine Lösung sein kann, klingt derlei doch allzusehr nach einem Wiedergutmachungsversuch der Art, zu der wir nicht fähig sind. Es gibt in Jena allerdings noch ein Bildnis Rosenthals, und ich darf die Verantwortlichen und die Bürger der Stadt, die zuletzt in öffentlichen Stellungnahmen zu unseren Rektorbildern ihr Engagement sehen ließen – ich darf sie vielleicht auf dieses Bildnis hinweisen. Es befindet sich auf dem Rosenthalschen Anwesen in der Kahlaischen Straße, das der Stadt gehört, in einem Gartenpavillon, der trotz der Demarchen von Anwohnern bei der Stadt noch immer in dem beklagenswerten Zustand ist, in den ihn die DDR versinken ließ; ihm könnte die Stadt ihr neu bezeugtes Engagement verstärkt zuwenden.

Anke Doberauer hat uns mit den Mitteln ihrer Kunst einen Vorschlag gemacht, wie wir versuchen können, uns der jüngsten Geschichte unserer Universität zu stellen. Für diesen Versuch steht sie mit ihrer künstlerischen Integrität ein. Keinem Opfer der deutschen Geschichte wird man je zumuten dürfen, sich von einem Nicht-Opfer Auskunft über diese Geschichte zu holen, und sei es ein noch so begnadeter Künstler. Aber wir anderen, die wir die verantwortlichen Erben der deutschen Täterschaft sind, wir können doch wohl das Gespräch, zu dem uns Anke Doberauer mit ihrer Kunst auffordert, nicht anders aufnehmen, als indem wir vor ihre Bilder treten, als indem wir uns auf das Gesprächsangebot, das sie mit großem künstlerischen Ernst macht, mit ebensolchem Ernst einlassen, ob wir ihr nun zustimmen können oder nicht.

Ich für meinen Teil meine – aber das muß nun wirklich jeder für sich selbst prüfen –, daß uns die Bilder mit einem zutiefst kritischen, distanzierenden, radikal fragenden Blick in die Geschichte konfrontieren. Daß ihnen eine immer schon ehrende Gestik zugrunde läge, kann ich durchaus nicht erkennen. Sicher bedienen sie sich der Insignien der Rektorwürde, aber bei der Hälfte der Bilder sind es Kinder und Halbwüchsige, die, während sie in das Buch der Geschichte blicken, Talar, Barett und Amtskette tragen, so als hätten sie sie im Spiel angelegt; aber sie wirken an ihnen lastend, als eine Bürde, so wie die Aufgabe, vor die sie der Blick in das Buch der Geschichte stellt.

Die Insignien sind damit in der Bilderreihe entfunktionalisiert, oder vielmehr: ihre Funktion wird in ihr in Frage gestellt. Nicht die Insignien können Ehre feststellen, die können allenfalls die Dargestellten selbst mitbringen, können und müssen wir, die Betrachter, zu- oder absprechen.

Die Bilder sind voll von solchen Irritationen des Blicks, wie sie die moderne Kunst kennzeichnen, obwohl, nein gerade weil sie im Modus des abbildlichen Darstellens zunächst entgegengukommen scheinen. Sie machen es uns, den Betrachtern, nicht leicht, sie nehmen uns nicht mit plakativen Mitteln die Arbeit ab, die uns der Blick in unsere Geschichte nun einmal abverlangt – und welche Kunst könnte das, dürfte das. Sie setzen uns solcher Arbeit aus, fordern sie ein – und welcher Betrachter dürfte von der Kunst erwarten, sie möge ihn vor solcher Anstrengung des Blicks bewahren.

Denn das geschichtliche Unheil kommt ebenso mit einem Menschengesicht daher wie die Normalität, keinem Gesicht steht „gut“ oder „böse“ an die Stirn geschrieben, nichts und niemand kann die Verantwortung genauen Hinsehens von uns nehmen.

Wer sich in diesem Sinne auf die Bilder Anke Doberauers einläßt, der

wird in ihnen eine Schule eben jener Sensibilität finden, die im Vorfeld der Ausstellung angemahnt worden ist und von der jedenfalls in dem wohlfeilen Krawall der Vorverurteilungen keine Spur war. Bilder, die uns für den Blick in die Geschichte sensibilisieren – ich könnte mir denken, daß mancher Anke Doberauer dafür eines Tages dankbar sein wird.

Ein letzter Hinweis: wenn wir gleich in den Ausstellungsraum hinübergehen, werden einige von ihnen nach den zahllosen Fehlinformationen der letzten Tage vielleicht überrascht sein, nicht in eine „Ahnengalerie“ der Universität geführt zu werden, sondern in einen schlichten Ausstellungsraum. Es gibt eine solche Ahnengalerie nicht; es gibt lediglich eine umfangreiche Sammlung von Rektoren- und Professorenporträts, von denen nur einige wenige im Universitätshauptgebäude öffentlich zugänglich sind.

Die „Acht Magnifizenzen“ können also gar nicht einer „Ahnengalerie“ zugeführt werden. Heute erleben wir ihre öffentliche Präsentation in einer Ausstellung. Ein Konzept für ihre spätere Hängung gibt es natürlich noch nicht.

Für die Frage, wie eine solche Konzeption aussehen könnte, wird, was an Vorverurteilungen zu hören war, keine Rolle spielen, wohl aber eine dem künstlerischen Ernst der Bilder gerecht werdende, redliche Diskussion, von der ich hoffe, daß sie heute beginnen kann.

*Prof. Dr. Gottfried Willems*

*Vorsitzender des Konzils der Friedrich-Schiller-Universität  
(AMJ- Dokumentation, 16.12.1997)*

### **Das braune Schaf. Fast ein Jenaer Bilderstreit: Darf Galerie der Universitätsrektoren vollständig sein?**

Der Brauch geht bis ins Jahr der Gründung der Universität Jena zurück. Seit 1558 ist es üblich, daß Rektoren in Öl verewigt werden. Die Bilder ergäben eine lange und aufschlußreiche Ahnenreihe, wenn sie denn irgendwo im ganzen zu sehen wären. Doch hängen nur wenige davon verstreut in der Aula, auf den Fluren oder in den Dienstzimmern. Zwei Dutzend der über dreihundert Rektorengemälde gelten zudem als verloren. Mit dem Bildnis eines Theologieprofessors, der von 1935 bis 1937 Rektor war und mit seiner Hakenkreuzkrawatte seltsam eingezwängt aus dem Rahmen blickt, brach die Tradition vorerst ab.

Sie wurde Anfang der siebziger Jahre wieder aufgenommen, als der Leipziger Maler Heinz Wagner drei ausgewählte sozialistische Magnifizenzen porträtierte. Von sieben anderen, angefangen von den ersten beiden

Nachkriegsrektoren, die fluchtartig die SBZ verlassen mußten, bis hin zum gegenwärtigen Amtsträger wurden Ende vergangenen Jahres Porträts bei der in Frankreich lebenden Künstlerin Anke Doberauer bestellt. Doch lieferte sie „Acht Magnifizenzen“. Eigenständig und auf eigene Rechnung, wie die Universität betont, fügte sie ihrer Bilderreihe auch noch den bislang nicht porträtierten Nazi-Rektor Karl Astel hinzu, der von 1939 bis zu seinem Selbstmord 1945 im Amt war und daneben zahlreiche Funktionen innehatte, die ihn als Aktivist der Euthanasie und des Rassenwahns ausweisen.

Das löste eine heftige Kontroverse aus, die fälschlicherweise bereits als Jenaer Bilderstreit bezeichnet wird. Bezeichnenderweise setzte er aber gerade nicht voraus, daß man die Bilder der fünfunddreißigjährigen Künstlerin gesehen haben mußte, die erst seit kurzem im Observatorium des von der Universität genutzten ehemaligen Zeiss-Gebäudes ausgestellt sind. Vor den Kunstfragen waren die politisch grundsätzlichen aufgeworfen worden, und die „taz“ hatte prophezeit, daß alle Ewiggestrigen „hoffnungsvoll“ nach Jena blickten. Das Astel-Bild als Ehrung für einen Nazi mißzuverstehen, setzt alles andere als Kunstsinn voraus.

Anke Doberauer schuf mit ihren „Acht Magnifizenzen“ einen Porträtzyklus, der bereits durch die Wahl der Hintergrundfarben einen geschichtlichen Gesamtzusammenhang symbolisiert. Vom Brauntönen, der dem Nazi-Rektor zugemessen wurde, wechseln die Farben abgestuft zum Schwarz-Rot-Gold. Schon durch diese Symbolik wird deutlich, daß man der Geschichte gewissermaßen eine Farbe nähme, würde man das braune Bild nicht zeigen, wie das gefordert wurde. Wirkliche Porträts schuf Doberauer nur von jenen vier Rektoren, die ihr Modell saßen. Wo sie auf fotografische Vorlagen angewiesen war, bildete sie die Gesichter auch lediglich als in Brauntönen stilisierte Fotografien ab. Man sieht sie in Büchern, die Knaben in den Händen halten, gekleidet als kindliche Magnifizenzen im Bildvordergrund.

Das aufgeschlagene Buch, das den in Hakenkreuzuniform dargestellten Astel zeigt, trägt die Inschrift „Ahnblatt“, und auch das Wort „rassisch“ ist zu entziffern. Weitere Mitteilungen zu seiner Person enthält das Bild nicht, und in der gleichen Art und Weise erscheinen auch drei der Nachkriegsrektoren lediglich als dokumentarische Details im Buch der Geschichte. Es aufzuschlagen und vor allem nicht zu schließen dürfte eine Interpretationsmöglichkeit sein. In diesem Sinne ist die Botschaft bereits angekommen, wie die Reaktion beispielsweise des Jenaer Historikers Lutz Niethammer auf die Bilder zeigt, der eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der unterbelichteten Universitätsgeschichte anmahnte.

*Siegfried Stadler*

*(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.1997)*

## Erklärung der Universitätsleitung zur Bildserie „Acht Magnifizenzen“ von Anke Doberauer (vor dem Senat am 16. Dezember 1997)

Die Malerin Anke Doberauer erhielt den Auftrag, sieben Porträts von Rektoren anzufertigen, mit denen die Lücken an Porträts von Rektoren nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen werden sollten. Sie fügte ein achttes Bildnis hinzu, für das sie keinen Auftrag erhalten hatte und das ihr Eigentum bleibt. Diese Bildserie hat eine intensive Diskussion ausgelöst, der kontroverse Auffassungen zugrunde liegen.

Auf der einen Seite stehen kunstbezogene, das Gestaltungskonzept betreffende Aspekte im Vordergrund; auf der anderen Seite ist die Auffassung durch politische, zeitgeschichtliche Überzeugungen bestimmt. Insbesondere das Bildnis des von der nationalsozialistischen Landesregierung Thüringens als Rektor der Friedrich-Schiller-Universität eingesetzten Rassenideologen Karl Astel, der entscheidend zu Verbrechen des Nazi-Regimes beigetragen hat, steht im Mittelpunkt der Diskussion. Die Meinungen reichen von der Ablehnung bis zur Bekräftigung der Notwendigkeit zur Aufhängung des Bildnisses, das eine nicht zu leugnende Tatsache dokumentiert.

Die Leitung der Friedrich-Schiller-Universität begrüßt die eingetretene Diskussion zu dieser Bildserie. Diese dient der Verpflichtung, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Die Friedrich-Schiller-Universität stellt sich ernsthaft und nachdrücklich dieser Pflicht zur Aufarbeitung. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, denen sich das deutsche Volk schuldig gemacht hat, die Zerstörung von Demokratie und Freiheit, die Verformung der Wahrheit und Wissenschaft im Dritten Reich dürfen nicht verdrängt oder vergessen werden. Verletzungen, die völlig unbeabsichtigt durch die Ausstellung bei Bürgern eingetreten sind, werden von der Universität aufrichtig bedauert; sie sind ihr um so mehr Verpflichtung, über die Vergangenheit zu forschen und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Die Leitung der Friedrich-Schiller-Universität fordert alle Interessierten der universitären und außeruniversitären Öffentlichkeit auf, sich an der Diskussion zu beteiligen und im Gespräch die Standpunkte auszutauschen.

Sie begrüßt alle Initiativen zur sachlichen und wissenschaftlichen Analyse der bestehenden Meinungen.

Die bereits seit längerer Zeit laufenden Aktivitäten (zum Beispiel Fertigstellung von acht Dissertationen allein der Medizinischen Fakultät zu Themen der NS-Zeit, insbesondere zur Zwangssterilisation) werden verstärkt.

Zu diesen gehören unter anderem:

- die Durchführung eines Hauptseminars von Prof. Dr. Jürgen John (Jena) und Dr. Uwe Hoßfeld (Jena): Die Universität Jena im „Dritten Reich“, Lehrveranstaltung des Historischen Instituts im Sommersemester 1998;
  - ein Vortrag im zeitgeschichtlichen Kolloquium des Historischen Instituts der FSU von Dr. Uwe Hoßfeld (Jena) zum Thema: Die „Rassen-Quadriga“ von Jena: Hans F. K. Günther, Gerhard Heberer, Victor Franz, Karl Astel, am 21.01.1998 (16.00 Uhr im Seminarraum des Historischen Instituts);
  - Forschungen von Prof. Dr. Klaus Raschzok zu Meyer-Erlach;
  - eine Dissertation von Tobias Schüfer (Lehrstuhl für Kirchengeschichte): Die Jenaer Theologische Fakultät im Nationalsozialismus.
- Die Öffentlichkeit wird über die Ergebnisse informiert werden.

(AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)

## Nachdenken über ein Bild

Das Porträt Karl Astels selbst dürfte für einen geschichtsbewußten Rezipienten, der nationalsozialistische Insignien als negativ bewertet, nicht mißverständlich sein. Fraglich allerdings ist, welche Funktion es im Zusammenhang mit den sieben anderen Bildnissen erfüllt, welchen Sinn die Ausstellung haben soll, und wie sie im gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld wirkt.

Um Aufarbeitung von Geschichte kann es bei den „Acht Magnifizenzen“ wohl nicht gehen – sofern dies anhand von Porträts überhaupt möglich ist, fehlen eben die Bildnisse von Otto Schwarz, Günther Drefahl und Franz Bolck, die immerhin über 28 Jahre hin die Jenaer Universität repräsentierten. Der äußere Umstand aber, daß es bis jetzt Lücken gab, begründet nicht hinreichend eine innere Einheit gerade dieser Serie. Und wenn man schon Lücken schließen wollte: Warum begann man mit dem Nazi Astel und verzichtete auf den jüdischen Rektor Eduard Rosenthal, dessen Bildnis der „Professor für menschliche Züchtungslehre“ beseitigen ließ?

Der zartbraune Hintergrund läßt keineswegs das Verbrecherische des Naziregimes deutlich werden, wenn ihm einfach ein klischeehaftes Schwarz-Rot-Gold der anderen sieben Bilder folgt und dabei ausgerechnet für Friedrich Zucker ein tiefes Schwarz gewählt wird, das eher eine Vergrößerung des Elends als den radikalen Umbruch des Jahres 1945 zu symbolisieren scheint. Der Gedanke, die von der Künstlerin direkt porträtierten

Gelehrten anders darzustellen als die verstorbenen, die nach Fotografien wiedergegeben werden mußten, wäre an sich akzeptabel – wenn nur nicht auf diese Weise abermals eine enge Beziehung zwischen Karl Astel, Friedrich Zucker, Friedrich Hund und Josef Hämel suggeriert würde.

Wir leben am Ende des 20. Jahrhunderts in einer Zeit sozialer Spannungen, in der nicht nur offenkundige rechtsextremistische Aktivitäten, sondern auch subtilere Haltungen zu verzeichnen sind, welche die Jahre von 1933 bis 1945 relativ undistanziert in den Gang der deutschen Geschichte einordnen. In diesem Umfeld besteht die Gefahr, daß durch die Komposition der Ausstellung nicht wenige Betrachter einen Traditionszusammenhang herstellen, innerhalb dessen die Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Diktatur nicht mehr reflektiert wird.

Die „Acht Magnifizenzen“ zeugen von Unbedachtheit und mangelnder Sensibilität. Zur Auseinandersetzung mit der Nazizeit und mit ihren Wirkungen und Folgen tragen sie nichts bei.

*Prof. Dr. Volker Riedel*

*Institut für Altertumswissenschaften (AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)*

### Nähe zur Auftragskunst der DDR

*Zu den von Karen Michels benannten „Handicaps“ „vieler ostdeutscher Kritiker“ der Doberauer-Kunst äußert sich Edwin Kratschmer, Literaturwissenschaftler und Kenner der DDR-Kunst-Szene:*

Viele der Kritiker hätten in der DDR also zuwenig intensive Schulung im „offenen Umgang mit der eigenen Vergangenheit“ und insbesondere der NS-Diktatur gehabt.

Ist es wirklich entgangen, daß zu den heftigsten Kritikern der Doberauer-Kunst gerade die bedingungslosesten „Vergangenheitsaufklärer“ gehören und daß deren Empörung vor allem daraus resultiert, daß sich die Doberauer-Kunst allzu belanglos und zu beliebig zur Vergangenheit der Ostdeutschen verhält (O-Ton Doberauer: „Mit den Kommunisten habe ich keine Probleme!“)?

Ihnen – „vielen ostdeutschen Kritikern“ – sei die „interpretierende Bildrezeption verstellt durch den Sozialistischen Realismus“. Warum rühren sich aber auch gerade jene, die zu den Kennern der ostdeutschen Kunst gehören? Sie eben kritisieren Gestaltungskonzept und Bildsprache der Doberauer-Kunst wegen ihrer Nähe zur offiziellen Auftragskunst der DDR, so daß Frau Doberauer eigentlich nachträglich noch die Verdienstmedaille der DDR verliehen werden müßte.

hochschule ost 2/1998

DDR-Kunstkenner sind geradezu übersensibilisiert für die Metaphorik („Kassibersprache“) der Kunst, weil sie in der DDR eine wichtige subversive Funktion hatte („Die Konterbande, die mit mir reist...“).

Wer weiß nicht, daß Kunst in der DDR unendlich mehr gewesen ist als der offizielle „sozialistische Realismus“?

*Dr. Edwin Kratschmer*

*Institut für Germanistische Literaturwissenschaft (AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)*

### Magnifizenzen und Verbrecher

Ich fordere die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Stadt Jena und das Land Thüringen auf, in genauer und kritischer Weise all das öffentlich zu dokumentieren, was sich auf das Thema „Rektor an der Universität Jena“ bezieht in diesem Jahrhundert. Zur Sprache kommen müßte z.B. das Wirken des Verfassungsrechtlers Eduard Rosenthal, der noch 1944, beinahe 20 Jahre nach seinem Tode, von Nazi-Rektor Astel, einem „Rassentheoretiker“, in widerlicher Weise als „jüdischer Rektor“ verhöhnt wurde.

Dokumentiert werden müßte auch, wie es dazu kam, daß zu DDR-Zeiten Rektoren der Universität Jena als „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“ registriert wurden.

Die Studenten der Universität bitte ich, nicht zuzulassen, daß Fakten ausgespart werden und erneut Legenden entstehen. Außerordentlich peinlich empfinde ich Versuche, mit Hilfe von Auftragskunst kitschiger Art dieses Konfliktthema unter Niveau abzuhandeln. Was jetzt ansteht, ist kritisches Nachfragen, genaues Recherchieren und Vertraut-Machen mit den Folgen von nationalsozialistischer und stalinistischer „Nutzung“ und Zerstörung von wissenschaftlicher Forschung und Lehre.

*Jürgen Fuchs*

*Berlin (AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)*

### Problematische Traditionspflege

In den Reden zur Ausstellungseröffnung „Acht Magnifizenzen“ am 13. Dezember 1997 ging es auch um die vielfältigen Traditionen der Jenaer Universität. Mit ihnen sei in lebendige Auseinandersetzung zu treten. Das hätten die Veranstalter nun allerdings selbst beherzigen müssen. Raum für Meinungsstreit war jedoch nicht vorgesehen. Weder machte man sich die Mühe, zu einem öffentlichen Podium zu den Bildern einzuladen, noch war daran gedacht, im Eröffnungsteil kritische Stimmen zu Wort kommen zu

hochschule ost 2/1998

lassen. Der letzte Redner (Prof. Verspohl, Red. AMJ) war sichtlich darum bemüht, keine Pause entstehen zu lassen, in der sich jemand hätte zu Wort melden können. Beklagt wurde das mangelnde Niveau der öffentlichen Kritik an den Bildern, das Fehlen einer Gesprächskultur. Der eigentliche Mangel aber bestand in der Gesprächsverweigerung durch die Veranstalter, indem sie so taten, als wenn es sich um eine ganz normale Ausstellungseröffnung handele. Dabei war im Vorfeld hinreichend deutlich geworden, daß es Gesprächsbedarf gab. Mit einem Protest zu den Rektorenbildern, der auf dem Universitätsgelände an verschiedenen Stellen aushing, wurde wie in finstersten DDR-Zeiten umgegangen. Er wurde kurzerhand entfernt, von Herren, die diesmal dem Sicherheitsdienst der Universität angehörten. Meinungsbildung zu verhindern aber ist ein Demokratie gefährdender Vorgang. Warum hat man nicht auf die mahnenden Stimmen, vor allem auch von jüdischer Seite gehört. Im Blick auf den Nazirektor Astel reicht es nicht aus, daß sich der Betrachter sein Bild macht. Hier ist das klare politische Urteil der Universität gefragt über dieses verhängnisvolle Kapitel der Universitätsgeschichte. Ich halte es auch für verfrüht, diese Zeit in das Buch der Geschichte einzuordnen. Die Leidensgeschichten, auch die durch den damaligen Universitätsrektor mit verursachten, wirken weiter. Deshalb ist auf die Stimme derer, die für die Opfer eintreten, zu hören. Problematisch ist die Einordnung Astels in die Bilderfolge. Die Brüche der Geschichte werden so nicht sichtbar. Der Nazirektor, der Verbrechen begangen hat, erscheint so in einer Reihe mit den anderen Rektoren, wo doch dieses Kapitel Geschichte nicht einfach eines unter anderen ist.

Und dann die DDR-Rektoren, gute Wissenschaftler, aber doch auch Erfüllungsgehilfen des Systems unter ihnen. Nichts in den Porträts erinnert an ihre Verstrickung.

Vom Neuanfang der Universität, der international Beachtung fand, war in den Reden zu hören. Dazu gehört auch das Urteil über das Gewesene. Personen, die zu DDR-Zeiten die Universität repräsentierten, müssen es sich heute gefallen lassen, in ihrem Denken und Handeln beurteilt zu werden.

Alles in allem war es eine vertane Chance, sich kritisch mit der Geschichte der beiden Diktaturen auseinanderzusetzen. Hierzu bedarf es wohl auch anderer künstlerischer Gestaltungen als Rektorenbilder, um diese Geschichte in den Blick zu bringen.

**Gotthard Lemke**  
Ev. Studentenfarrer, Jena

*Anmerkung der Redaktion [AMJ]:* Aushänge, die nicht an den dafür vorgesehenen Orten hängen, werden grundsätzlich und unabhängig vom Inhalt

entfernt. Ein spezieller Auftrag der Universitätsleitung, den offenen Brief von Jürgen Fuchs (s. o.) zu entfernen, wurde nicht erteilt.

(AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)

## Gegenrede

„...und ich habe den Gedanken noch nicht aufgegeben, daß es heute um Bilder geht...“ Diese Worte stehen am Beginn der Rede von Prof. Dr. Gottfried Willems zur Eröffnung der Ausstellung „Anke Doberauer: Acht Magnifizenzen“, dankenswerterweise dokumentiert in einer Sonderausgabe der AMJ (v. 18.12.97). – Prof. Willems ist bekanntlich Vorsitzender des Konzils der FSU, und man darf davon ausgehen, daß er – als Inhaber einer solchen repräsentativen Funktion – sich seines politischen Auftrags bewußt ist. Liest man die Rede etwas aufmerksamer unter diesem Aspekt, so ist nicht zu übersehen, daß es ihm durchaus nicht nur um Bilder geht.

Man kann zu den Gemälden von Anke Doberauer sicher verschiedene Auffassungen haben. Wir haben uns die Ausstellung angesehen und meinen: Es gibt keinen Grund, die Bilder der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Möglichst viele Menschen sollten die künstlerische Umsetzung kritisch unter die Lupe nehmen und ihre Meinung im Kontext politischer Sichtweisen kundtun. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei jedoch vorangestellt, daß es uns an dieser Stelle nicht um Bilder geht, sondern um die Ansprache von Prof. Willems.

„Mit wem würde Georg Machnik da in einer Reihe zu stehen kommen?“, fragt Professor Willems rhetorisch, um sich zunächst einmal auf die „Rektoren aus DDR-Zeiten“ sowie die „Protagonisten der PDS“ einzuschließen, bevor er sich dem SS-Rektor Astel zuwendet. Wenig später ist die Rede von dem „von zwölf Jahren Faschismus und fünfundvierzig Jahren Sozialismus verseuchten Boden, [...] dessen giftige Ausdünstungen [...] neuerlich über uns zusammenschlagen drohen“. Solche Polemik hat die Gleichsetzung von DDR- und Nazi-Zeit zum Ziel. Es ist oft, aber offenbar nicht oft genug, betont worden, daß durch derartige Rundumschläge eine unerträglich oberflächliche Sicht auf die Geschichte vermittelt wird, die einer Bagatellisierung des Faschismus das Wort redet.

Für Professor Willems scheint diese Geisteshaltung jedoch typisch zu sein. Bevor er sich mit Inhalten auseinandersetzt, verwendet er viel Mühe auf aktuell-politische Belehrung. Er beklagt in schulmeisterlicher Weise die Gesprächskultur in Jena, indem er feststellt, sie sei „noch weit von dem Niveau entfernt, das dem Thema jüngste deutsche Geschichte gemäß wä-

re." Diese Behauptung dokumentiert in unseren Augen schlichtweg Überheblichkeit und Intoleranz gegenüber Menschen mit einem anderen Erfahrungshintergrund sowie Unfähigkeit, die eigene, westdeutsche Geschichte in einem kritischen Licht zu sehen. Es wäre nur ehrlich gewesen, hätte Professor Willems zugegeben, daß es ebendiese Einstellung war, die die „Erneuerung“ der FSU – wie er es nennt – vorangetrieben hat. Doch gerade hier meint er, der Universität zusprechen zu müssen, sie habe sich „von innen heraus, aus sich selbst und mit großer Konsequenz strukturell und personell erneuert“. Wer will solche Propaganda ernst nehmen? Keine einzige Universität im Osten Deutschlands hatte nach der Wende die Chance, ihre Erneuerung selbständig und kreativ zu betreiben. Deshalb ist es auch nicht zu einer wirklichen Demokratisierung der verknöcherten Strukturen gekommen, die jetzt im Zuge der Studentenproteste erneut in Frage gestellt werden. Werfen wir noch einen Blick auf jene Passagen der Rede, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit befassen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn die FSU nun für sich beansprucht, mit der Ausstellung des Astel-Bildes „sich auch den dunklen Kapiteln [zu] stellen“, andererseits aber an entsprechender Stelle wiederholt entschuldigend darauf verwiesen wird, dieses Bildnis sei ein Eigenanliegen der Künstlerin (siehe AMJ-Interview mit Rektor Prof. Machnik). In der Tat hat die FSU nur sieben Bilder in Auftrag gegeben, und es ist bisher vermieden worden, die Auswahl zu begründen. Um so seltsamer mutet es an, daß Professor Willems die Rektorenbilder plötzlich in den Gesamtzusammenhang der Holocaust-Aufarbeitung einordnet. Es kündigt von einem eigenartigen, richterlichen Selbstbewußtsein, sich mit den Worten an die Öffentlichkeit zu wenden: „Ich sage: wer von uns Erben des Holocaust von sich behaupten kann, er sei in Besitz der wissenschaftlichen Mittel, der künstlerischen Mittel, der publizistischen Mittel, die dem Thema Holocaust gewachsen wären, der trete vor und lasse sich näher betrachten.“ Wir wollen hier bloß auf Claude Lanzmanns Film „Shoah“ verweisen und am Rande vermerken, daß an Professor Willems' eigenem Institut kompetente Holocaust-Forschung stattfindet.

Es bleibt zu hoffen, auch in Zukunft möge sich Widerspruch artikulieren, wenn Hochschulrepräsentanten ihre Positionen benutzen, um – unter welchem Vorwand auch immer – der akademischen Öffentlichkeit zweifelhaften politischen Nachhilfeunterricht zu erteilen. Die Zeit der Bevormundungen ist leider mit dem Ende der DDR nicht abgelaufen – soviel wenigstens wissen wir jetzt.

*Jan Richter, Student Germanistik, Romanistik, Anglistik (FSU) & Uwe Rühling, Student Sozialwesen (FH Jena) (AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)*

## Die innere Scham sollte obsiegen

Ende Juni 1997 habe ich für den Freundeskreis der Studienjahrgänge in Jena nach dem Krieg an den Vorstand der Freunde und Förderer der FSU geschrieben, als bekannt wurde, daß für beachtliches Geld die Lücken bei den Rektorenporträts nach dem Krieg geschlossen werden sollten. Ich habe auf die dringend notwendigen Maßnahmen verwiesen, die statt dessen mit den gesammelten Beiträgen und Spenden unterstützt werden sollten. Ohne das damals irgend etwas über in Frage kommende Porträts verlautete, habe ich gefragt, „...ob etwa demnächst auch ein Bild von Astel in Auftrag gegeben wird...“

Nun haben wir auch dies in der Welt. Nicht als Auftrag der Fördergesellschaft oder gar der Universität. Das sei ausdrücklich festgestellt. Astel aber soll als private Zugabe der Künstlerin zusammen mit den Rektoren des Aufbaus nach dem Krieg und dann noch unter dem gemeinsamen Dach von „Acht Magnifizenzen“ vorgestellt werden! Und nun sind die Initiatoren, die für die „Ergänzung“ der Rektorenporträts ausgerechnet um Astel verantwortlich sind, erschrocken oder gar erstaunt über die Reaktionen, die wie reife Früchte längst an diesem faulen Baum hingen. Die Kunstfreiheit soll beschädigt sein?! Sicher ist es die Freiheit des Künstlers, Astel in seinem – einem Knaben geliehenen – Amtskleid vorzustellen, obwohl er, wie auf dem gemalten Foto zu sehen ist, Uniform getragen hat.

Ob die Freiheit aber auch die Abscheu erträgt, bei diesem Repräsentanten der schlimmsten Untaten des Nazi-Regimes? Und erst recht wegen der gemeinsamen Darstellung mit Zucker, Hund, Hämel und Machnik sollte die innere Scham obsiegen.

Vielleicht sollte das aber Anlaß sein für die Universität oder die Stadt Jena, dieses Erbe, das ja auch zur Universitätsgeschichte gehört, gesondert aufzuarbeiten. Dann kann das Bild von Astel dabei sein – wenn berichtet und dargestellt wird, wer Astel war, was er den Menschen seiner Zeit und auch der Universität Jena angetan hat.

*Hermann Marx  
Bonn (AMJ Nr. 7, Jg. 9, 13.1.1998)*

## Sammeln oder ehren Die Diskussion um die Rektorenporträts wird sachlicher

Unter dem (weihevollen) Titel „Anspruch und Anmutung“ hat am 15. Januar [1998, Red. hso] der „Jenaer Universitätskreis“ den Versuch unternommen, „die Kontroverse um die Rektorenbilder“ sachlich zu rekapitulieren, von hochfliegenden Emotionen zu befreien und unter den widerstrei-

tenden Positionen für Verständnis und Respekt zu werben. Das war nötig geworden, nicht zuletzt weil der Literaturwissenschaftler und Vorsitzende des Konzils, Prof. Dr. Gottfried Willems, in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung „Acht Magnifizenzen“ eine sachliche „Gesprächskultur“ angemahnt, dann aber selbst eine polemische Keule gegen die Gegner des Malauftrages geschwungen hatte. Um es vorwegzunehmen: Die Diskussion war sachlich und respektvoll, Verständnis stellte sich ein, ein Konsens war nicht zu erreichen. Die Kritiker hatten die besseren Argumente, die Befürworter des Kunstwerkes dafür die Lacher auf ihrer Seite.

In der gut zweieinhalbstündigen Veranstaltung vertrat der Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Gottfried Meinhold, bereits als engagierter Streiter in der Sache bekannt, die kritische Position. Die anschließende Gegenrede hielt der Informatiker Prof. Dr. Gerd Wechsung.

Die Fakten über den – hochtrabend „Jenaer Bilderstreit“ genannten – Vorgang sind bekannt und müssen nicht rekapituliert werden. Meinhold brachte noch einmal die Hauptargumente der Kritiker vor. Wenn man an eine Tradition des Rektorporträts, die bis zur Gründung der Universität zurückreicht, mit neuen Bildern anknüpft, dann stellt dies automatisch eine Identifikation mit den Hauptabsichten dar, die hinter dieser Tradition stehen. Und die Tradition ist eine ehrende Tradition, so Meinhold. In der Person des Rektors feiert sich die Universität gewissermaßen selbst. Wenn man Rektoren malt, denen diese Ehrung nicht zukommen soll, dann muß mit künstlerischen Mitteln eine deutliche Distanzierung vorgenommen werden. Diese Distanzierung fehlt. Statt dessen drängt sich der Eindruck einer „strukturellen Homogenität“ zwischen je vier Porträts auf. Die honorarigen Rektoren Zucker, Hund und Hämel finden sich in einer Reihe mit dem Theoretiker des Rassenwahns, Astel, gestellt. Und der amtierende Rektor Machnik muß sich den Platz mit den „belasteten Rektoren“ Wilhelm, Schmigalla und Schmutzer teilen. Ob die Künstlerin mit ihrem Anspruch, eine Zäsur zwischen Astel und Zucker einerseits, Schmutzer und Machnik andererseits sichtbar zu machen, gescheitert ist, muß jeder Betrachter selbst entscheiden. Daß eine solche Meinung möglicherweise mehrheitsfähig ist, zeigte der lautstarke Applaus, als die künstlerische Kompetenz Anke Doberauers in diesem Punkt in Frage gestellt wurde.

Gegen Meinhold sprach Wechsung von einer „historischen Pflicht, die Tradition des Sammelns fortzusetzen“. Jeder Briefmarkensammler kennt es, das Streben nach Vollständigkeit. Deshalb sind abgeschlossene Sammelgebiete ja so beliebt. Die Sammeltradition der Jenaer Universität zu pflegen, ist aber nur dann unverdächtig, wenn die Porträts keine Ehrung der dargestellten Person implizieren. Kein Befürworter dieser speziellen

Traditionspflege will den Verbrecher Astel ehren. Und in der Tat, nicht jedes Bild stellt eine Ehrung dar. Da haben Wechsung und der Kunsthistoriker Prof. Dr. Franz-Joachim Verspohl, der ihn in diesem Punkt in der Diskussion unterstützte, natürlich recht. In einer Vielzahl von Bildern werden die dargestellten Personen nicht geehrt. Ob es sich bei dem Porträt eines Jenaer Rektors, das sich in einer Reihe mit knapp 300 anderen Bildern wiederfindet, die alle die jeweils dargestellte Person zu ihrer Zeit feiern, aber nicht doch anders verhält? Den Nazi-Rektor oder „Staatsrat“ Astel, wie er sich selbst nennen ließ, zu malen, war nicht Bestandteil des Werkauftrags an die Künstlerin. Indem Wechsung betonte, nur sieben (!) Porträts sollten die Tradition fortsetzen, schien die schärfste Klippe und der Hauptquell des öffentlichen Zorns bereits umschiff. Ein Satz wie „Uni läßt Astel malen“ ist, da hat Wechsung recht, eine Lüge. Aber es entsteht doch der Eindruck, die Eigenmächtigkeit der Malerin komme nicht ungelegen. Wechsung sorgte mit einem Symmetrieargument zugunsten einer Reihe von acht Bildern für Heiterkeit: Mit dem belasteten Rektor Astel in Opposition zu Rektor Machnik entstehe eine rotationssymmetrische Bilderreihe. Welche Gründe allerdings zu dem achten Porträt und der spezifischen Bildersprache von Anke Doberauer führten, war für Wechsung eigentlich gar nicht wichtig. Denn er wollte die künstlerische Autonomie der Malerin nicht angetastet sehen. Aus der Tatsache, daß Doberauer als „souverän handelnde Künstlerin über ihr Thema verfügt“, folgt für die Frage, welche offizielle Haltung die Universität gegenüber dem Projekt der „Acht Magnifizenzen“ einnehmen soll, allerdings gar nichts. Manchmal darf man nämlich auch einem geschenkten Gaul ins Maul schauen.

Einige erfreuliche Ergebnisse der Diskussion sollen hier noch berichtet werden: Erstens bestand Übereinstimmung, daß es sich bei dem Streit nicht um einen Ost-West-Konflikt handelt. Wenigstens das Ossi-Wessi-Klischee blieb diesmal vor der Tür. Zweitens hat Astel das Porträt des jüdischen Rektors Rosenthal nicht vernichten lassen, wie mehrfach fälschlicherweise behauptet wurde. Ohne Rahmen ist es in einer Inventarliste des Jahres 1948, die das Universitätsarchiv entdeckt hat, verzeichnet. Vielleicht wird das Bild schon bald gefunden, die Jenaer sind aufgerufen, danach auf ihren Dachböden zu suchen. Drittens war man sich einig, daß die Diskussion um die Rektorenporträts der Universität nicht geschadet haben. Was aber mit den Bildern nach dem Ende der Ausstellung geschehen wird, ist weiterhin offen. Nur der amtierende Rektor hat sich ausgebeten, „nicht zu Lebzeiten aufgehängt zu werden.“ Den Gefallen wird man ihm tun.

Frank Städtner  
Institut für Philosophie (AMJ Nr. 8, Jg. 9, 27.1.1998)

## Betrachtungen eines Laien

Mühsam steigt man die Wendeltreppe zum Kuppelraum der Goethogalerie empor, sieht sich um und wundert sich: Man sieht 3+3+2 Bilder – aber mußten es nicht genau 4+4 sein, aus rein künstlerischen Gründen?

Na, sehen wir uns die Bilder mal an. Wo ist denn das Streitobjekt, das mit dem nazigelben Hintergrund? Ach ja, ganz rechts – nein, das ist der Machnik, mit befremdlich oberflächlichem Gesicht. Sieht der Wilhelmi jetzt wirklich so maskenhaft aus? Aber die Knaben mit der Rektorkette sind hübsch, besonders bei Zucker und Hund passen Faltenwurf und Hintergrundfarbe. Schmigalla und Schmutzer erinnern an ihre besten Zeiten. Nicht ganz klar, was die vier „neuen“ in den Händen halten. Schmutzer offensichtlich ein Geschenk der Leute, die ihn heute nicht mehr genügend achten – wie vergänglich ist doch alles. Machnik irgend etwas Blutiges, nicht? Und ist das bei Wilhelmi ein Laser oder der Füller, mit dem er seine Berichte schrieb? Also der Knabe bei Hämel, der sieht irgendwie ein bißchen krumm aus. Ganz links, das muß der Astel sein, der unterscheidet sich aber nur wenig von den anderen indirekten Rektoren (na ja, sieht wohl doch wie ein scharfer Hund aus). Noch mal ein Blick von weitem auf das Ganze: etwas zuviel Knaben, aber insgesamt eigentlich ganz schön. Einige möchte man sich bei langweiligen Sitzungen im Rektoramt vielleicht mal länger ansehen.

Was werden wohl die Betrachter in hundert Jahren aus den Bildern herauslesen?

*Prof. Dr. Hans Stephani*

*Theoretisch-Physikalisches Institut (AMJ Nr. 8, Jg. 9, 27.1.1998)*

## Schaden ist nicht wegzudiskutieren

Die korrekte Berichterstattung in der AMJ 8 über die Veranstaltung des „Jenaer Universitätskreises“ bedarf des Widerspruches zu der Feststellung, die Auseinandersetzung um die Rektorenporträts habe der Universität nichts geschadet. Wenn in Regierungskreisen offen von einer „Jenaer Entgleisung“ gesprochen wird, wenn bundesweit in Fernsehsendungen und Berichten der Presse sehr kritisch und ohne Verständnis über dieses Ereignis gesprochen und geschrieben wird, dann muß die Universität dies sehr ernst nehmen. Nicht verharmlosen ist erforderlich, nicht die Augen verschließen und nicht (was zu verstehen ist) den Schaden ignorieren, sondern selbstkritische Schadensbekämpfung ist notwendig.

hochschule ost 2/1998

Es sollte in diesem Zusammenhang noch einmal festgestellt werden, daß Astel das Porträt des Rektors Rosenthal bewußt nicht vernichtet hat, um für alle Zeiten die Schande der Universität zu dokumentieren, daß sie sich jüdische Rektoren geleistet hat. Was mit den Porträts nach Ende der Jenaer Ausstellung geschehen wird, sollte auch weiterhin offen bleiben. Es wird von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der FSU zu prüfen sein, wer auf Grund des Vertrages mit der Künstlerin Besitzer und Eigentümer der sieben Rektorenporträts ist und die Verfügungsgewalt darüber hat. Und diese Prüfung wird verlangt werden müssen auf Grund einiger Unklarheiten.

Wenn eines durch diese „Jenaer Ereignisse“ erreicht wird – nämlich die Erstellung eines „Sonderforschungsprojektes Neuerstellung der Universitätsgeschichte 1933 bis 1990“ –, dann wäre dies die Instalierung eines wichtigen Projektes mit Blick auf die 450-Jahr-Feier der Universität im Jahr 2008. Und dies muß jetzt und heute geschehen.

*Dr. Wolfgang Möhring*

*z. Zt. Jena (AMJ Nr. 9, Jg. 9, 10.2.1998)*

hochschule ost 2/1998



## Debatte über Forschungs- und Technologiepolitik 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Februar 1998

Hans-Otto Schmiedeberg (CDU/CSU), Boltenhagen:

### Nachholbedarf in den neuen Ländern

Umfang und Leistung von Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittelständischen Betrieben sind entscheidend für den Aufbau einer wettbewerbsfähigen ostdeutschen Industrie. Die Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern ist fast ausschließlich durch kleine und mittelständische Betriebe gekennzeichnet. Dieser Struktur hat sich ostdeutsche Industrieforschung in den vergangenen Jahren angepaßt. So arbeiten fast 90 Prozent des FuE-Personals in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten. Die Hälfte des FuE-Personals der kleinen und mittelständischen Betriebe arbeitet in der externen Industrieforschung, den sogenannten Forschungs-GmbHs. Die Forschungslandschaft im Bereich der Industrie unterscheidet sich also gravierend von der in den alten Bundesländern, so daß für deren Entwicklung spezielle Programme in den letzten Jahren auf den Weg gebracht werden mußten.

Auch im achten Jahr der deutschen Einheit befinden sich die forschungsintensiven Bereiche der Industrie in den neuen Ländern in einer noch unbefriedigenden Situation. Die Eigenkapitaldecke der meisten ostdeutschen Unternehmen ist nach wie vor so schwach, daß sie nicht in der Lage sind, Forschung und Entwicklung im notwendigen Umfang mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Dies führte in den ersten Jahren zu einem gefährlichen Abbau der Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung.

Ein Vergleich dieser Ausgaben mit denen in den alten Bundesländern macht deutlich, daß gerade auf diesem Gebiet bei den Betrieben in den neuen Ländern noch ein enormer Nachholbedarf besteht. Während in den alten Bundesländern annähernd 5 Prozent des gesamten Personals Forschung und Entwicklung betreiben, liegen die neuen Länder mit nur 2,5 Prozent auf halbem Niveau. Deshalb ist die Unterstützung der ostdeutschen Industrieforschung auch in den nächsten Jahren aus unserer Sicht durch direkte und gezielte Zuschüsse erforderlich.

Die staatliche Förderung muß sich ganz besonders daran orientieren, daß die Unternehmen Produkte mit einer überlegenen Qualität zu kostendeckenden Preisen auf dem Markt anbieten können. Die jungen Unternehmer in den neuen Ländern müssen in bereits verteilte Märkte eindringen. Es bleibt deshalb unsere Aufgabe, diese Unternehmen bei der Innovation zu unterstützen, so daß sie neue Märkte erschließen können. Für die Ent-

wicklung eines innovativen Mittelstandes ist die verstärkte Wiederansiedlung von FuE in den kleinen und mittelständischen Betrieben eine unabdingbare Voraussetzung.

Die Ansiedlung von Forschung und Entwicklung in den Betrieben wurde bisher durch zwei spezielle Förderprogramme unterstützt. Das eine ist das Programm „Personalförderung Ost“ des BMWi, das andere das Programm „Personalszuwachsförderung in der Wirtschaft“ des BMBF. Das BMBF-Programm läuft aus, während das BMWi-Programm eine Laufzeit bis zum Jahre 2001 hat.

Der gemeinsame Antrag von CDU/CSU, F.D.P. und SPD zielt deshalb in die Richtung, durch ein Bündel von Maßnahmen die Unterstützung der ostdeutschen Industrieforschung zu verstetigen. Es ist deshalb erforderlich, die BMWi-Programme „Personalförderung Ost“ und „Marktvorbereitende Industrieforschung“ fortzuführen und finanziell angemessen auszustatten. Das gleiche gilt für die BMBF-Programme „FUEGO“ und „FUTOUR“, welche die Beschleunigung des Transfers von Forschungsergebnissen und die Förderung besonders innovativer und risikoreicher Existenzgründungen beinhalten.

Daß es sich lohnt, Technologieunternehmen zu unterstützen, belegt auch die neueste Studie der Technologiebeteiligungsgesellschaft der Deutschen Ausgleichsbank. Wenn ich sie in einem Satz zusammenfassen muß, dann kann man sagen: Technologieunternehmen schaffen Arbeitsplätze. Dazu einige Zahlen: Mit einem Durchschnittsalter von nur knapp vier Jahren beschäftigte jedes Unternehmen 1997 durchschnittlich 23 Personen. Gegenüber 1996 gab es hier einen Zuwachs von fünf Arbeitskräften pro Betrieb. Auch 1998 sollen laut Umfrage neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist mit einem Zuwachs von ungefähr 30 Prozent auf somit 30 Beschäftigte zu rechnen.

Besonders optimistisch sehen die Unternehmen der Biotechnologie und der Softwarebranche die wirtschaftliche Zukunft. Hier rechnen ungefähr 80 Prozent mit einer weiteren Verbesserung ihrer Lage. Ebenfalls positiv schätzen die Unternehmen aus den Bereichen Kommunikation und Lasertechnologie ihre Zukunftsaussichten ein.

Die Ergebnisse dieser Umfrage bestätigen, daß die Art und Weise der Förderung richtig ist. Sicherlich wäre es wünschenswert, die finanzielle Ausstattung dieser Programme zu erweitern. In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage bin ich jedoch der festen Überzeugung, daß die Forschungsförderungsprogramme sowohl des BMBF als auch des BMWi ein Maximum an Förderung unter den angegebenen Bedingungen bewirken.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)*

Edelbert Richter (SPD), Weimar:

### Kapital und Ideen zusammenführen

Ich möchte etwas zu dem Antrag "Risikokapital für junge Technologieunternehmen" sowie zur Fortsetzung der gezielten Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern sagen, die Ihnen schon länger vorliegen.

Deshalb möchte ich Sie bitten, sich mit mir einmal in die Situation eines innovativen Unternehmers aus den neuen Bundesländern zu versetzen. Wer solche Unternehmer besucht, der wird feststellen, daß es an hervorragenden technischen Ideen nicht fehlt. Denken Sie an den ersten FCKW-freien Kühlschrank von Foron aus Sachsen oder an das erste quecksilberfreie Thermometer aus Geraberg in Thüringen oder an das erste Gerät für drahtlose weltweite ISDN-Kommunikation aus Berlin.

Eine sehr verbreitete Auffassung ist die, daß die ostdeutschen Unternehmen einfach zu träge, zu unerfahren und zuwenig selbstbewußt im Marketing sind. Das liege daran, daß in den 40 Jahren der Befehlswirtschaft die unternehmerische Tradition verlorengegangen sei. Ein anderer angeleglicher Grund ist, daß es sich um Forscher- und Tüftlercharaktere handele, also um Leute, die ihren Spaß am Entdecken und Erfinden haben, verständlicherweise aber nicht so recht den Sinn dafür haben, ihre Produkte auch an den Mann zu bringen.

Ich bin zu einem anderen Schluß gekommen. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß das alles im einzelnen zwar zutreffende Gründe sein mögen, daß es sich darüber hinaus aber um tiefer liegende innere Gründe handelt, an denen wir in absehbarer Zeit wahrscheinlich nichts ändern können. Oder es handelt sich sogar um vorgeschobene Gründe, mit denen sich politisches Nichtstun wunderbar rechtfertigen läßt.

Wir sollten von der Maxime ausgehen, daß an der beklemmenden Situation etwas zu ändern ist. Methodisch sollten wir uns in dieser Frage daher pragmatisch verhalten, indem wir uns auf das konzentrieren, was tatsächlich verändert werden kann. Das ist immer noch genug. Es sind offensichtlich die einengenden äußeren Bedingungen, also weniger die inneren Beschränkungen, unter denen der ostdeutsche Unternehmer tätig sein muß. An den äußeren Bedingungen muß sich etwas ändern.

Der wichtigste Punkt ist der chronische Eigenkapitalmangel der ostdeutschen Unternehmen. Hierauf muß man beharren, auch wenn das bekannt ist. Ich will das folgendermaßen belegen: Der Anteil von Unternehmen mit Eigenkapitalquoten von unter 10 Prozent beträgt nach einer Studie

der Deutschen Ausgleichsbank 45 Prozent, nach einem Bericht der Deutschen Bundesbank sogar 60 Prozent.

Gewiß, ich weiß, daß dieses Problem auch bei den kleinen und mittleren Unternehmen in den alten Bundesländern besteht; doch hier beträgt die Eigenkapitalquote im verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich immerhin 23 Prozent. Das ist auch niedrig. Aber in den neuen Ländern beträgt die Quote nur 10,4 Prozent.

Nun wird immer noch die These vertreten, wegen Eigenkapitalmangel werde keine Existenzgründung verhindert; Hauptsache, der Unternehmer sei kompetent und das Konzept stimme. Aber diese These ist grundfalsch – das muß man hier einmal ausdrücklich sagen –, denn alle jungen – zumal die technologieorientierten – Unternehmen müssen sogenannte Sprunginvestitionen tätigen, und fast alle machen zunächst Anlaufverluste – es wurde vorhin die Biotechnologie erwähnt –, ganz unabhängig davon, ob das Unternehmen gut oder schlecht geführt ist.

Ich will noch auf die schon erwähnten inneren, also mentalen, Ursachen für die Schwierigkeiten der ostdeutschen Selbständigen zurückkommen. Da beobachtet man zum Beispiel ihre geringere Initiative und Risikobereitschaft und sagt dann: Sie sind eben selbst schuld. – Es ist aber eine der am besten fundierten Erkenntnisse der Risikotheorie, daß die Aversion gegen Risiken erst mit steigendem Vermögen abnimmt. Ausnahmen gibt es vielleicht im Bereich der Kriminalität. Es ist also gar nicht verwunderlich, daß der ostdeutsche Unternehmer eher auf Nummer Sicher geht. Diese Haltung hat offenbar sehr viel mit der schwachen Eigenkapitalbasis zu tun, auf der er steht.

Man muß sich daran erinnern – solche Zahlen sind immer noch eindrücklich –, daß das durchschnittliche Geldvermögen pro Haushalt 1991 in den neuen Bundesländern 19,5 Prozent von dem in den alten Bundesländern betrug.

Zur Zeit der Wende, also 1989/90, hatte der potentielle Selbständige kurze Zeit zwar mal die Hoffnung, vom erarbeiteten Volksvermögen über Anteilscheine endlich etwas abzubekommen und dann wirtschaftlich mitentscheiden zu können – oder er hatte die Hoffnung, etwa durch ein Vorkaufsrecht beim Erwerb von Grundeigentum vor der übermächtigen westlichen Konkurrenz geschützt zu werden –, aber diese Hoffnung wurde ja, wie wir wissen, bald enttäuscht. Sie wurde nicht erfüllt wegen der skeptischen Beurteilung in bezug auf den Wert des Volksvermögens, aber auch wegen des Fernbleibens großer Investoren aus dem Westen.

Diese Investoren wollten natürlich ohne die Möglichkeit des freien Erwerbs von Grund und Boden nicht kommen. Als sie dann – freilich zöger-

lich – kamen, führte das prompt zu einem Eigentumstransfer von Ost nach West, so daß vom Firmenvermögen der alten DDR für die Ostdeutschen – ich erwähne wieder eine eindrucksvolle Zahl – nur ganze 6 Prozent übrigblieben.

Wenn man das alles bedenkt – ich habe nur wenige dieser an sich bemerkenswerten Zahlen genannt –, dann ist man geneigt, ein Hohelied auf die innovativen Unternehmer in den neuen Ländern zu singen, denn er ist ein wahrer Heros der Marktwirtschaft, sozusagen ein neuer David, der es mit Goliath sogar aufnimmt, ohne eine Steinschleuder zu haben. Zugespißt gesagt, vollbringt er das Wunder, Kapitalismus ohne Kapital zu spielen.

Ich habe an die Zeit der Wiedervereinigung erinnert, weil angesichts der Förderbemühungen der Bundesregierung heute oft vergessen wird, daß es auch ihre damaligen Fehlentscheidungen waren, die uns in diese prekäre Situation gebracht haben. Die Bundesregierung muß mit ihrer Förderpolitik heute oft das zusammenflicken, was sie damals selber an Löchern gerissen hat.

Auch die allgemeine öffentliche Förderung kann das Eigenkapitalproblem nicht lösen – höchstens indirekt –, weil sie bekanntlich einen Investor voraussetzt, der über mindestens 50 Prozent der Investitionssumme verfügt. Die allgemeine öffentliche Förderung setzt also im Grunde voraus, daß das Eigenkapitalproblem gelöst ist.

Die Paradoxie – um das noch einmal auf den Punkt zu bringen –, in der wir uns gesamtdeutsch befinden, besteht darin, daß wir zwar einerseits eine Fülle von guten technischen Ideen und andererseits wahrlich auch eine Fülle von Geldkapital haben. Dennoch können die Ideen oft nicht – jedenfalls nicht schnell genug – umgesetzt werden, weil das Kapital nicht zu den Unternehmern findet. In diesem Schlüsselbereich müssen wir zu Lösungen kommen, wenn der Aufschwung Ost – um den ging es mir zunächst, aber es ist auch ein gesamtdeutsches Problem – nicht zur Phrase werden soll.

*(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)*

*Horst Kubatschka (SPD), Landshut:*

### **Der Regierung fehlt ein Gesamtkonzept**

Unsere Enkel werden uns in 50 Jahren verfluchen, wenn wir jetzt nicht handeln. Die Bundesregierung handelt für mich nicht entschieden genug. Wir müssen eine nachhaltige, zukunftsverträgliche Entwicklung einleiten.

Der Bundesregierung fehlt ein Gesamtkonzept für eine Politik der

nachhaltigen Entwicklung, in das die Forschungs- und Technologiepolitik eingebunden ist. Es fehlen langfristig verlässliche Rahmenbedingungen, die eine ökologische Orientierung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in Wissenschaft und Wirtschaft fördern und Planungssicherheit für Investitionen von Unternehmern und Verbrauchern schaffen.

Unsere Enkel werden uns daran messen, ob wir damit anfangen, unsere Produktionsweisen und Dienstleistungen auf Nachhaltigkeit, auf Zukunftsfähigkeit, umzustellen. Wir müssen damit beginnen, in Kreisläufen zu denken und zu handeln. Wir müssen Ressourcen schonen und abfallarm wirtschaften, eine stetige Erhöhung der Stoff- und Materialproduktivität erreichen, eine massive Effizienzsteigerung einleiten, der Solarwirtschaft zum Durchbruch verhelfen und die Verkehrssysteme umweltgerecht und energiesparend umgestalten.

Wir brauchen eine Forschungs- und Innovationspolitik, die die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die gerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und Lebenschancen als gleichrangige Ziele verfolgt.

Nach wie vor ist eine erkennbare Umorientierung der Forschungspolitik auf das Kriterium „Nachhaltigkeit“ nicht eingeleitet worden. Noch immer liegen die Ausgaben für erneuerbare Energien deutlich unter denen der Kernenergieforschung.

Eine konsequente Effizienz- und Solarstrategie löst Innovationen auf breiter Front aus. Energiespar- und Solartechnologien sind echte Problemlösungstechnologien und nicht Problemverlagerungstechnologien, Solartechnologien und Energiespartechiken sind eine gute Vorbereitung auf die Weltmärkte der Zukunft.

Forschen und Entwickeln ist die eine Seite der Medaille, den neuen Erkenntnissen zum Durchbruch auf dem Markt zu verhelfen ist die andere. Dafür muß eine gezielte Markteinführungspolitik betrieben werden.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie muß aufgewertet werden. Die neuen Erkenntnisse, das neue Wissen muß in Innovationen umgesetzt werden. Dazu ist ein Innovationsministerium erforderlich. Dieses muß die notwendigen Marktstrategien entwickeln und den Innovationen eine Chance geben. Wir dürfen nicht Wissen, sondern müssen Produkte exportieren.

Dazu ein Negativbeispiel: Das Ministerium förderte mit 30 Millionen DM die Hochgeschwindigkeitsbearbeitung im Werkzeugmaschinenbau. Diese Erkenntnisse wurden jedoch nicht in Deutschland in Arbeitsplätze

umgesetzt, sondern in Japan. Bei uns wurden die Erkenntnisse erarbeitet, und die Japaner haben diese umgesetzt.

Zur Zeit werden die Forschungseinrichtungen „auf schlank“ getrimmt. Der Nachwuchs steht draußen vor der Tür. Wir bilden die jungen Wissenschaftler aus; im Zuge des Generationenvertrages werden erhebliche Mittel dafür aufgewendet. Aber: Bei uns haben sie dann auf dem Arbeitsmarkt nur eine geringe Chance. Die Industrie hält sich zurück, die Forschungseinrichtungen des Bundes können sie nicht brauchen. Der Wissenschaftstransfer ist gefährdet. Bekanntlich findet dieser vor allem über die Köpfe der Nachwuchswissenschaftler statt. Hier müssen wir etwas machen.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagnieren; sie liegen gerade mal bei 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen führen bei uns nicht zu mehr Arbeitsplätzen. Deutschland hat bei den wissensintensiven Dienstleistungen einen großen Nachholbedarf.

Bei den Zukunftsbranchen ist nicht alles Gold, was glänzt. In der Biotechnologie liegt der Patentspitzenreiter Deutschland weit hinter den USA zurück. In der Mikroelektronik und der Multimediabranche „schwimmt Deutschland im weltweiten Trend mit“, ohne nennenswert aufzuholen.

Die Forschungs- und Technologiepolitik dieser Regierung ist zu stark technikzentriert und auf konventionelle Themen ausgerichtet. Aus diesen Gründen werden wir den Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums nach der gewonnenen Bundestagswahl deutlich aufstocken und die richtigen Schwerpunkte für eine auf Nachhaltigkeit orientierte Innovations- und Forschungspolitik setzen, die mit innovativen Produkten und intelligenten Dienstleistungen neue Arbeitsplätze schafft und die vorhandenen Arbeitsplätze sichert.

*(Beifall bei der SPD)*

*(Das Parlament, Nr. 8, 13.2.1998)*



**Dieter Dohmen: Neuordnung der Studienfinanzierung. Eine kritische Bestandsaufnahme des heutigen Systems und der vorliegenden Reformvorschläge. Verlag Peter Lang/ Frankfurt/M. u.a. 1996, 240 S., DM 69,00. ISBN 3-631-30903-1.**

Die Finanzierung des Studiums ist ein Schlüsselfaktor für die langen Studienzeiten an den deutschen Universitäten. Das stellte kürzlich eine Studie der Universität Koblenz-Landau fest. Insbesondere der Umstand, daß über 80% der Studierenden neben ihrem Studium einer Arbeit nachgehen müssen, um ihre Lebenshaltungskosten zu erwirtschaften, verlängere die Studienzeiten. Um so mehr verwundert es, wie sehr sich die Diskussion um eine Reform der Ausbildungsförderung bereits in die Länge zieht. An einen bald gescheiterten Versuch von Bundesbildungsminister J. Rüttgers anschließend, die Darlehensleistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verzinst rückzahlungspflichtig zu machen, entspann sich ab dem Sommer 1995 eine zunächst heftige Diskussion um Modelle und Rechenbeispiele (vgl. *hochschule ost* 4/1996). Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder am 18. Dezember des letzten Jahres mit der Bundesregierung jedoch erneut nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnten, ruht inzwischen auch dieses Reformvorhaben sanft den Wahlen entgegen.

Der Autor des hier anzuzeigenden Bandes, seit 1993 Leiter des Kölner Forschungsinstitutes für Bildungs- und Sozialökonomie, hatte dies noch nicht vorausgesehen: „Die Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung für Studierende wird konkret ... Damit bleibt das Thema Studienfinanzierung auf der politischen Tagesordnung“ (S. 6), schreibt er in seinem Vorwort. Das geschah vor dem Hintergrund einer breiten Palette von Modellen, die seit 1995, teils als Reaktion auf Rüttgers' Vorstoß, teils als schon länger

angedachte Vorschläge, wie Pilze aus dem bildungspolitischen Bodenschossen. Diese Modelle will der Autor in seinem Buch vorstellen und auf ihre spezifischen Schwächen und Stärken befragen.

Zunächst stellt Dohmen ausführlich die bestehenden ausbildungsbezogenen Transferleistungen dar, die vom BAföG über Kindergeld bis zur Sozialversicherungsfreiheit während des Studiums reichen – insgesamt zählt er über 40 solcher Leistungen auf, die Studierende und deren Eltern von den Kosten eines Studiums entlasten sollen (S. 94). Die sich daraus ergebende wichtige Frage nach dem Finanzvolumen für eine Reform der Ausbildungsförderung kann er allerdings allein aufgrund eigener Berechnungen beantworten, da nur mangelhafte offizielle Daten vorliegen. Für 1996 schlußfolgert er auf einen Betrag von 9,4 Mrd. DM (dieses Finanzvolumen hat sich bis heute sowohl nominal wie auch real erheblich verringert), wovon zwei Drittel auf Eltern gewährte studienbezogene Leistungen entfallen. Von diesem Finanzvolumen müßten Reformvorschläge zwangsläufig ausgehen (Kostenneutralität), „da eine Zustimmung der Finanzministerien zu höheren Ausgaben bzw. Mindereinnahmen kaum zu erwarten ist“ (S. 95). Das bisherige System charakterisiert der Autor als in seiner Organisation ineffizient und intransparent, die Abstimmung der verschiedenen Transferleistungen als nicht zufriedenstellend (S. 96).

In einem zweiten Teil formuliert Dohmen Zielsetzungen für eine Neuordnung der Studienfinanzierung. Abgesehen vom Vorschlag Rüttgers', dessen Absicht sich in der kurzfristigen Einsparung von Haushaltsmitteln erschöpft (S. 103), lassen sich aus den verschiedenen Modellvorschlägen allgemeine Grundsätze für eine Reform ableiten, die Dohmen als seine Kriterien für die Diskussion der einzelnen Modelle definiert. Darunter zählen Ziel- und Systemeffizienz, Transparenz, Sicherung von Chancengleichheit, die Lösung von Studierenden aus der Unterhaltsabhängigkeit gegenüber ihren Eltern und eine Flexibilität angesichts neuer Formen der Verbindung von Studium und Erwerbsarbeit.

Im Hauptteil geht der Autor nach der gängigen Unterscheidung der Modelle vor: Verzinsliche Teildarlehen (z.B. Rüttgers), Sockelförderungsmodelle (Deutsches Studentenwerk und Kultusministerkonferenz) sowie Ausbildungskassenmodelle (Bundesausbildungsförderungsfond/ BAFF). Mit einer detaillierten Diskussion der jeweils spezifischen Problemzonen der einzelnen Modelle, die von bildungspolitischen Erwägungen, staatsfinanziellen Überlegungen bis zu verfassungsrechtlichen Bedenken reichen, macht Dohmen deutlich, mit welchen Schwierigkeiten eine Revision des bestehenden BAföGs zu rechnen hat und liefert damit, dies sei als Anmer-

kung hinzugefügt, eine naheliegende Erklärung für den zu konstatierenden Drang der politisch Verantwortlichen zur Beibehaltung des *status quo*. Interessant ist auch seine wenig erfreuliche Schlußfolgerung aus der Analyse des Rüttgers-Modells, „daß mit der geplanten Modifikation eine Veränderung der Nachfrage nach Ausbildungsförderung beabsichtigt und mittelfristig die Abschaffung der Ausbildungsförderung angestrebt wird“ (S. 158).

Doch auch die anderen Modelle dürften Studierende nicht jubeln lassen. Während beim BAFF „insbesondere gutsituierte Familien bzw. Studierende aus einkommensstärkeren Familien“ durch Umverteilungsmaßnahmen begünstigt würden (S. 217), könnten beim Modell der Kultusministerkonferenz (Drei-Körbe-Modell), wie es dem Autor 1996 vorlag, eine Begünstigung allein Familien mit mittlerem Einkommen erwarten (S. 203); zudem beabsichtige es eine Lenkung von Studierenden in die Fachhochschulen. Das DSW-Modell, dessen Grundstruktur Dohmen aufgrund der Zusammenfassung der Transferleistungen (was allerdings allen Vorhaben mit Ausnahme desjenigen von Rüttgers eigen ist), einem geringen Verwaltungsaufwand und einer stärkeren Ausrichtung des Förderungsbetrages an studentischen Bedürfnissen als vorteilhaft beurteilt (S. 172), hat ebenfalls mit dem Problem einer Umverteilung zuungunsten einkommensschwacher Familien zu kämpfen und daher mit dem Vorwurf, bildungspolitisch unerwünschte Wirkungen zu entfalten.

Abschließend macht Dohmen einen eigenen Vorschlag, der allerdings – der Autor führt dies selbst an – noch erheblicher Überarbeitung bedarf und insbesondere in rechtlichen Fragen auf wackeligen Füßen stehen dürfte. Allerdings ist die Feststellung, die Dohmen zu diesen eigenen Reformüberlegungen Anlaß gab, bedenkenswert: „Die vorgestellten und diskutierten Reformvorschläge sind aus unterschiedlichen Gründen in ihrer vorliegenden Form nicht umsetzbar“ (S. 219). Da mit Fug und Recht gleichzeitig immer wieder betont wird, wie revisionsbedürftig das derzeitige BAföG ist, bleibt die beklemmende Frage nach dem *Wie weiter* auch nach der Lektüre dieses Buches offen.

Dohmens Arbeit war mit der Veröffentlichung in Teilen unaktuell. Inzwischen sind einige Modelle aus praktischen (DSW) oder politischen (BAFF) Gründen nicht mehr in der Diskussion präsent, andere haben ihr Gesicht unterdessen völlig gewandelt, neue sind hinzugekommen (Bayern-Modell, Potsdamer Modell von Studierendenvertretungen). Die allen Reformüberlegungen zugrunde liegenden Finanzansätze sind zweifellos obsolet, denn die als Basis genommenen Ausgaben für die Ausbildungsförderung auf Bundesebene sind weiter gesunken und werden weiter sinken (vgl. dazu

die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, in *hochschule ost*, 1/1998, S. 227). Eine Kostenneutralität einer BAföG-Reform ist damit noch weitaus illusorischer als vor zwei Jahren – und ihre politische Durchsetzungsfähigkeit ebenso.

Da das zähe Geschäft um die BAföG-Reform also weitergehen wird, bleibt das vorliegende Buch auch künftig nützlich insofern, als es die prinzipiellen Komponenten des bestehenden Transfersystems beleuchtet und durch die Diskussion der meisten bisher formulierten Vorschläge Vorgaben für neue Ansätze liefert. Sein Hauptverdienst dürfte jedoch darin liegen, die Modellvorschläge verschiedener Provenienz auf ihre (bildungsökonomischen und -politischen) Wirkungen untersucht und damit die Möglichkeit eröffnet zu haben, politische Absichtserklärungen mit der Realität zu konfrontieren. Da dieses Buch zudem über weite Strecken wenn auch nicht fesselnd, so doch gleichfalls für NichtwirtschaftswissenschaftlerInnen verständlich geschrieben wurde, ist es handhabbar für potentielle NutzerInnen.

**Falk Bretschneider (Leipzig)**

## PUBLIKATIONEN

### 1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

University of California, Department of History, Central European History (Ed.): *The GDR as historical subject* (=Central European History Vol. 28, Nr. 3). Publ. by Humanities Press International, Riverside/Spring 1996. \$ 19.95. Bezug bei: Humanities Press International, Inc., 165 First Avenue, Atlantic Highlands, NJ 07716-1289.

Die Ausgabe enthält eine vierzigseitige Studie von John Connelly: „East German Higher Education Policies and Student Resistance, 1945-1948“, daneben auch ein „Survey of institutional research on the GDR“ von Anna-Sabine Ernst: „Between ‘Investigative History’ and Solid research: the Reorganization of Historical studies about the Former German Democratic Republic“.

Borgolte, Michael: *Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit* (Beiheft zur *Historischen Zeitschrift* Bd. 22). R. Oldenbourg Verlag, München 1996. 540 S. DM 138,-. Im Buchhandel.

Der Autor geht in seiner Abhandlung auf die Traditionen der marxistischen Mediävistik und die Wechselwirkungen zwischen DDR- und BRD-Mittelalterhistorie ein. Insbesondere erörtert er Spezialforschungen im Spannungsfeld ‘bürgerlicher’ und marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassungen. Es schließen sich Thesen zu Geschichte und Stand der sozialhistorischen Mittelalterforschung in Deutschland an. Das Literaturverzeichnis enthält eine Zeittafel sozialhistorischer deutscher Forschungsliteratur seit 1950.

Schubert, Werner: *Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar* (Texte zur Literatur H. 3). Hrsg. von Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1997. 103 S. DM 7,-. Bezug bei: R.-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Die Arbeit geht auf einen Vortrag zurück, den Werner Schubert - 1982 bis zur Pensionierung 1990 Generaldirektor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar - im Oktober 1994 im literaturhistorischen Arbeitskreis gehalten hat. Schuberts Aufmerksamkeit gilt zunächst Elisabeth Förster-Nietzsche, der Begründerin des Nietzsche-Archivs und des in Weimar seit Beginn des Jahrhunderts inszenierten Nietzsche-Kults. Im Anschluß daran teilt der Autor einige weniger bekannte Tatsachen über den Verbleib des Archivs in der ersten Nachkriegszeit mit, das 1950 dann in das Goethe- und Schiller-Archiv überführt wurde. Schubert stellt dar, daß es in der Folgezeit trotz aller Probleme nicht an seriöser Arbeit mit den Materialien gemangelt habe. Das Schlußkapitel erörtert die Geschehnisse nach 1989 und die Aktivitäten zum 150. Geburtstag Nietzsches.

Kleinhempel, Friedrich/Möbius, Anette/Soschinka, Hans-Ulrich/Waßermann, Michael (Hg.): *Die Biopsychosoziale Einheit Mensch. Begegnungen. Festschrift für Karl-*

**Friedrich Wessel** (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie & Humanontogenetik Bd. 10). Kleine Verlag, Bielefeld 1996. 665 S. DM 83,-. Im Buchhandel.

Die Herausgeber möchten mit diesem Band das Wirken von Karl-Friedrich Wessel aus Anlaß seines 60. Geburtstages würdigen. Wessel hatte Anfang der 80er Jahre die Humanontogenetik begründet und ist Gründer des - weltweit ersten - interdisziplinären Instituts für Humanontogenetik an der Berliner Humboldt-Universität. Folgende Artikel des Bandes sind DDR-Wissenschaftsgeschichtlich relevant: Würdigungen des Jubilars von Günter Tembrock, Clemens Burrichter, Hubert Laitko, Anette Möbius, Reinhard Mocek, Frank Richter, Jörg Schulz, Harald Kretzschmar, desweiteren: „Plädoyer für eine souveräne Lehrerbildung“ (Ludwig Eckinger), „Impulse für die Sportwissenschaft“ (Albrecht Hummel), „Zur Okkupation eines DDR-Wissenschaftlers: K.-F. Wessel“ (Hans-Werner Jendrowiak), „Zur Geschichtsschreibung an der Berliner Universität“ (Hannelore Bernhardt), „Wissenschaftseliten und elitäre Wissenschaftler im Realsozialismus der DDR - ein theoretischer Denkansatz“ (Clemens Burrichter), „K.F. und die (Allgemeine) Pädagogik der DDR“ (Wolfgang Eichler), „Sexualwissenschaft an der Humboldt-Universität: Eine verpaßte Chance“ (Erwin J. Haberer), „Reflexionen über Karl-Friedrich Wessel, Hermann Ley und die List der Geschichte“ (Hubert Laitko) sowie „Zur Entwicklung der Humangenetik in der DDR - ein kurzer Diskurs unter Verwendung historischer Akten“ (Jörg Schulz). Eine Wessel-Bibliographie schließt den Band ab.

Prokop, Siegfried: *Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*. Dietz Verlag, Berlin 1997. 318 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Wolfgang Harich war unter anderem gefragter Brief- und Gesprächspartner von Bloch, Brecht und Lukács. 1956 wurde er einer der Sprecher einer intellektuellen Opposition in der DDR. Der Band beleuchtet zahlreiche Details seines Lebens in drei deutschen Staaten. Die Witwe des Philosophen verhinderte im September 1997 per einstweiliger Verfügung die vorläufige Auslieferung der Biographie.

Sabrow, Martin (Hg.): *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert Bd. 1). Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 1997. 342 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext ist auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation. Der Fall DDR“ (Martin Sabrow), „Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung“ (Konrad H. Jarausch), „Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis“ (Martin Sabrow), „Wissenschaftliche Schulen in der Historiographie der DDR?“ (Matthias Middell), „Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ (Beatrice Vierneisel), „Die Preußen-Renaissance: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt“ (Edgar Wolftrum).

Kuczynski, Jürgen: *Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm*. Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, Berlin 1997. 245 S. DM 24,80. Im Buchhandel. Dieses Buch wurde kurz vor Kuczynskis Tod beendet. Kuczynski erzählt dem Journalisten Thomas Grimm von seinen Begegnungen mit Schriftstellern, Gelehrten und Politikern dieses Jahrhunderts. Grundlage des Bandes sind eine fünfzehnjährige zyklische Filmarbeit, die auf 26 Kassetten mit einer Gesamtlänge von über 13 Stunden die Gespräche mit Kuczynski festhält.

Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig: *Geschichtsforschung in Leipzig. Von der Sächsischen Kommission für Geschichte zur Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1896-1996* (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte Bd. 14). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1996. 203 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Folgende Artikel dieses Bandes sind im hiesigen Zusammenhang relevant: „Die Historische Kommission des Landes Sachsen 1945-1956“ (Manfred Unger), „Die Historische Kommission

bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig: Möglichkeiten und Grenzen landesgeschichtlicher Arbeit in der DDR“ (Reiner Groß) und „Die Unternehmen der Sächsischen Kommission für Geschichte/Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und ihr erreichter Stand“ (Reiner Groß). Desweiteren dokumentiert der Band u.a. das „Statut der Historischen Kommission des Landes Sachsen bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig vom 2. Oktober 1950“, die „Geschäftsordnung der Historischen ... vom 2. Oktober 1950“, die Arbeitsordnungen für die Historische Kommission vom 11.2.1957, vom 22.1.1973, vom 3.6.1983 und die „Satzung der Historischen Kommission... vom 17. Dezember 1993“.

Timothy Garton Ash: *Die Akte „Romeo“. Persönliche Geschichte*. Carl Hanser Verlag. München/Wien, 1997. 269 S. DM 34,-. Im Buchhandel.

Ash, amerikanischer Historiker, hatte 1980 ein Forschungsstipendium für die Humboldt-Universität erhalten. Er forschte in Ost-Berliner Archiven, befragte Menschen und trug im Zuge von Polen-Aufenthalten brisante Nachrichten über die Streikbewegungen aus dem Land. 1981 erschien ein kritisches Buch von ihm über die DDR als *Spiegel*-Vorabdruck. Im Januar 1982 verwies ihn die DDR des Landes. Von Beginn seines Aufenthaltes an war er vom MfS observiert worden. Das derart entstandene Konvolut hat Ash nunmehr gelesen und mit seinen damaligen Tagebuchaufzeichnungen verglichen. Er rekonstruiert die seinerzeitige Situation in einer spannungsreichen Reportage und schildert seine erneuten Begegnungen mit damaligen Bekannten, die als Autoren von MfS-Berichten gewirkt hatten.

Weidig, Rudi: *Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates* (Veröffentlichungen der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Forschungsschwerpunktes 'Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse' des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, FS III 97-407). Berlin 1997. 109 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Die Herausbildung der Soziologie in der DDR verlief nach Aussagen des Autors völlig anders als in Westdeutschland. Die Veröffentlichung beschränkt sich auf einige Schwerpunkte und institutionelle Rahmenbedingungen der soziologischen Forschung in der DDR, wie sie sich zu Beginn der 70er Jahre entwickelten. Der Autor, früher Direktor des Instituts für Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, konzentriert sich dabei auf Forschungen, die durch den Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung in der DDR koordiniert wurden. Grundlagen der Erörterung sind offizielle Dokumente, Fakten und Datenmaterial der Soziologieentwicklung sowie persönliche Erinnerungen. Desweiteren wird auf die problem- und konfliktreichen Anfänge der Soziologie in der DDR eingegangen.

Berger, Horst: *Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte* (Veröffentlichungen der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Forschungsschwerpunktes 'Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse' des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, FS III 97-408). Berlin 1997. 44 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Es zeige sich, so der Autor, daß für die Entstehung der Sozialindikatorenforschung als sozialwissenschaftlicher Forschungsrichtung ein soziologisches Forschungsinteresse und ein Interesse an der Selbstaufklärung der DDR-Gesellschaft durch einige wenige Soziologen, ein komparatives Interesse von Sozialstatistikern und ein sozialpolitisches Verwertungsinteresse von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen relevant waren. Kern des Beitrages ist die Darstellung eines Anfang der achtziger Jahre ausgearbeiteten „Systems sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise“.

Brislinger, Evelyn/Hausstein, Brigitte/Riedel, Eberhard (Hg.): *Jugend im Osten. Sozialwissenschaftliche Daten und Kontextwissen aus der DDR sowie den neuen Bun-*

desländern (1969 bis 1995). Beiträge eines gemeinsamen Workshops des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und des Deutschen Jugendinstituts München in der GESIS-Außenstelle. Berlin vom 25. bis 27. Oktober 1995. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1997. 220 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Disziplingeschichtlich sind folgende Beiträge dieses Bandes von Relevanz: „Ein computergestütztes Informationssystem zu Jugendstudien“ (Eberhard Riedel), „Dokumentation der 'Grauen Literatur' aus der DDR und osteuropäischer Jugendforschungsprojekte“ (Ute Koch), „Die KSPW in den ostdeutschen Sozialwissenschaften und ausgewählte Ergebnisse zur ostdeutschen Jugend“ (Uta Schlegel/Hubert Sydow), „Zur inhaltlichen und methodischen Forschung am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig“ (Walter Friedrich), „Forschungsprogramm, empirische Erhebungen und Datenbanken am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Berlin“ (Helga Gotschlich) sowie „Information zum Dokumentenarchiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Berlin“ (Katharina Lange).

Lötsch, Ingrid/Meyer, Hansgünter (Hg.): *Die Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung. Beiträge zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch* (WiSoS-Schriften Bd. 11). trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1998. 361 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Lötsch, 1993 verstorben, war einer der wenigen DDR-Soziologen, von denen eigenständige Impulse zu soziologischer Theoriebildung ausgingen. Der Band vereint Texte der persönlichen Erinnerung, der Einordnung Lötsch' in die Disziplingeschichte und Analysen seiner Arbeiten. Er geht zurück auf ein im Juli 1993 stattgefundenes Kolloquium in Berlin. Im hiesigen Kontext sind vor allem folgende Beiträge relevant: „Manfred Lötsch: Curriculum vitae“ (Ingrid Lötsch), „Erinnerungen an Manfred Lötsch“ (Reinhard Kreckel), „Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung - Erfahrungen und Grundlagen“ (Helmut Steiner), „Über Soziologie und Sozialstrukturforschung in der DDR“ (Hansgünter Meyer) und „Sozialstrukturforschung in der DDR zwischen Affirmation und kritischer Analyse“ (Gert-Joachim Glaeßner). Am Schluß des Bandes werden auf 60 Seiten drei Manuskriptfragmente von Lötsch zur „Intelligenz - Zum Wesen einer sozialen Schicht“ aus dem Nachlaß dokumentiert. Schließlich findet sich dort auch eine Bibliographie der wissenschaftlichen Arbeiten von Manfred Lötsch.

Gansen, Petra: *Wirkung nach Plan. Sozialistische Medienwirkungsforschung in der DDR. Theorien, Methoden, Befunde*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1997. 391 S. DM 72,-. Im Buchhandel.

In der Erwartung, durch gezielten Einsatz kommunikativer Stimuli Wirkungen von Kommunikation und Massenmedien steuerbar machen zu können, wurde in der DDR Medienwirkungsforschung betrieben. Der Band versucht, ein Bild des Theoriebestandes, der eingesetzten Methoden und der empirischen Resultate dieses Wissenschaftszweiges zu vermitteln. Die Autorin erörtert den wissenschaftlichen Stellenwert dieser Forschung und den Grad ihrer ideologischen Instrumentalisierung. All dies wird breit eingebettet: Einführende Kapitel befassen sich mit der „Marxistisch-leninistischen Philosophie und Erkenntnistheorie“ (allerdings auf schmaler Quellengrundlage, nahezu ausschließlich unter Bezug auf Rugard Otto Gropps „Grundlagen des dialektischen Materialismus“ von 1970) und mit dem „Wissenschaftssystem in der DDR“.

Schwiedrzik, Wolfgang Matthias: *Lieber will ich Steine klopfen ... Der Philosoph und Pädagoge Theodor Litt in Leipzig 1933 - 1947*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1997. 49 S. + Anh. DM 19,-. Im Buchhandel.

In dieser Schrift geht es nicht in erster Linie um das philosophische und pädagogische Werk Theodor Litts, sondern um seine politische Haltung in den Jahren zwischen 1933 und 1947. Sie soll den Versuch einer „Rehabilitierung“ darstellen, sofern diese nötig sei.

Häder, Sonja/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): *Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext* (Bibliothek für Bildungsforschung Bd. 6). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997. 399 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Wissenschafts- und intelligenzgeschichtlich sind folgende Beiträge dieses Sammelbandes relevant: „Bildungsgeschichte einer Diktatur. Probleme ihrer Analyse am Beispiel der DDR“ (Sonja Häder/Heinz-Elmar Tenorth), „Die Bildungsgeschichte der DDR. Teil der deutschen Bildungsgeschichte?“ (Heinz-Elmar Tenorth), „Vom Revisionismusverdikt zum einheitlichen Bildungssystem“ (Oskar Anweiler), „Historisches Lernen und Geschichtsmethodik in der SBZ/DDR als Gegenstand und Problem geschichtsdidaktischer Forschung“ (Bernd Schönemann), „'Kommunisten-Lümmel' oder 'Propagandisten des gesellschaftlichen Fortschritts'? Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953“ (Brigitte Hohlfeld), „Bildungschancen in der DDR“ (Heike Solga), „Bildung zwischen Macht, Technik und Lebensstil. Das Beispiel der 'sozialistischen Intelligenz' in der DDR“ (Manfred Stock) und „Skizzen zum politischen Umgang von SED und FDJ mit der DDR-Studentengeneration 1961-1965“ (Ulrike Schuster).

Dilcher, Gerhard (Hg.): *Rechterfahrung DDR. Sozialistische Modernisierung oder Entrechtlichung der Gesellschaft?* Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1997. 146 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Die Autoren suchen das DDR-Rechtssystem und die zugrundeliegende DDR-Rechtswissenschafts-Geschichte zu erfassen. Disziplingeschichtlich interessieren folgende Artikel: „Politische Ideologie und Rechtstheorie, Rechtspolitik und Rechtswissenschaft“ (Gerhard Dilcher), „Das Verfassungslos der DDR - die verfassungslose DDR. Aspekte der Verfassungsentwicklung und der individuellen (Grund-)Rechtsposition in der DDR“ (Thomas Friedrich) und „Vom Bürgerlichen Gesetzbuch zu den 'Rechtszweigen' - Sozialistische Modernisierung oder Entdifferenzierung des Rechts?“ (Gerhard Dilcher).

Güpping, Stefan: *Die Bedeutung der 'Babelberger Konferenz' von 1958 für die Verfassungs- und Wissenschaftsgeschichte der DDR*. Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1997. 199 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

In dieser Abhandlung wird die Babelberger Konferenz aus dem historischen und systematischen Konext heraus „als verfassungsdeklarierende Versammlung“ der DDR untersucht. Sie will sich damit nicht nur auf die rechtswissenschaftlichen Aspekte der Konferenz beschränken, womit die Perspektive bisheriger Untersuchungen erweitert werde. Die Arbeit versucht zudem, den (mit der Babelberger Konferenz abgeschlossenen) Aufbau der Rechtswissenschaft der DDR nachzuzeichnen und abschließend die Geschichte der DDR- und UdSSR-Verfassungen zu vergleichen.

Bernhardt, Ulrich: *Die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ 1948-1971* (Rechtshistorische Reihe Bd. 160). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1997. 267 S. DM 84,-. Im Buchhandel.

Die Babelberger Akademie entwickelte sich in der Ära Ulbricht zum zentralen Steuerungsinstrument für die Rechtswissenschaft (eine Funktion, die sie in den 70er Jahren wieder verlor). Ziel der SED-Führung war eine „sozialistische Gemeinschaftsarbeit“ aller Rechtswissenschaftler unter Führung der Staats- und Rechtsakademie. Wie diese Orientierung durchzusetzen versucht wurde, untersucht die Studie - 1995/96 als juristische Dissertation in Potsdam verteidigt -, indem sie systematisch das Verhältnis zwischen den Parteiorganen und der Akademie beleuchtet. Daneben wird versucht, einen Einblick in die Mechanismen der Justizkader-Ausbildung zu gewinnen. Ein Anhang enthält zentrale zeitgeschichtliche Dokumente.

Thiel, Wera: *Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung* (Beiträge zu den Berichten der Kommission für die



Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW, Bd. 6.1). Leske + Budrich, Opladen 1997. 190 S. DM 36,-. Im Buchhandel.  
Die Expertise will nicht „aufarbeiten“ in dem Sinne, etwas zu Ende zu führen und abzuschließen oder sich dessen zu entledigen. Vielmehr sollen in den Grenzen früherer Kenntnisse und Erfahrungen sowie heutiger Sicht und Einsichten arbeitsrechtliche Entwicklungen nachvollzogen und beurteilt werden. Dabei werden Arbeitsrecht und Arbeitsrechtsverständnis nicht im Vergleich zur Arbeitsrechtsordnung der Alt-Bundesrepublik betrachtet, sondern im Zusammenhang mit der ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung der DDR. Nichtsdestotrotz werden Bezüge zum westdeutschen Arbeitsrecht, da beide besonders in den ersten Jahren nach 1945 gemeinsamen Wurzeln folgten, hergestellt.

Lieberwirth, Rolf: *Rechtshistorische Schriften*. Hrsg. von Heiner Lück. Böhlau Verlag, Köln 1997. 600 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Lieberwirth war bis zu seiner Emeritierung 1985 Professor für Deutsche Rechtsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Herausgeber Lück bescheinigt den hier vorgelegten Arbeiten, eindrucksvoll zu belegen, daß „in Halle trotz schwieriger politischer Bedingungen für das Fach solide rechtsgeschichtliche Forschung betrieben wurde. Ein gerüttelt Maß an charakterlicher Stärke war neben der hohen Fachkompetenz dafür eine wichtige Voraussetzung.“ Die zuvor verstreut und teils schwer zugänglichen Schriften Lieberwirths werden hier in einer repräsentativen Auswahl vorgelegt. Ein Beitrag verhandelt auch explizit „Die Rechtsgeschichte in der DDR“. Eine Bibliographie Lieberwirths beschließt den Band.

Scholz, Michael F.: *Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste*. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1997. 286 S. DM 19,90. Im Buchhandel.

Vieweg, Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre führender Agrarfunktionär der SED, hat, durch die Umstände erzwungen, mehrere Karrieren in seinem Leben aneinandergereiht. Zwei davon waren wissenschaftliche. Nach seiner politischen Entmachtung 1952 auf die Direktion des Instituts für Agrarökonomie an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften abgeschoben, entwickelte er sich alsbald zum führenden agrarpolitischen Theoretiker der DDR. Sein Reformprogramm zielte auf Verlangsamung der Kollektivierung in der Landwirtschaft wie auf fortdauernde Chancen auch für kleinere und Familienbetriebe. 1957 war im Umfeld parteiinterner Entscheidungskämpfe, die zugunsten Ulbrichts ausgingen, sein Kredit endgültig aufgebraucht. Den seinerzeit üblichen Folgen entzog sich Vieweg durch Flucht nach Westdeutschland. Das Versprechen der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS, bei Rückkehr straffrei auszugehen, konnte die HVA nicht einlösen, da sie dann selbst, nach der Ablösung Wollenbergers durch Mielke als Minister für Staatssicherheit, unter massivem Druck stand. Die Folge für Vieweg waren sieben Jahre Haft in Bautzen. Anschließend brachte ihn das MfS bei den Nordeuropawissenschaften an der Greifswalder Universität unter, wo er recht bald, aufbauend auf Landes- und Sprachkenntnissen aus der Emigrationszeit, solide Arbeiten vorlegte. Zugleich erarbeitete er zahlreiche Studien zu den skandinavischen Ländern für das MfS. 1971 wurde er, nachdem ihm 1958 seine agrarwissenschaftliche Professur aberkannt worden war, zum zweiten Male, nun außerplanmäßiger Professor. 1976 verstarb er.

Klein, Alfred/Neuhaus, Manfred/Pezold, Klaus (Hg.): *Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des dritten Walter-Markov-Kolloquiums*. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1997. 200 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Folgende Beiträge des Sammelbandes sind für die DDR-Literaturwissenschaftsgeschichte von Interesse: „Heimat auf Zeit. Hans Mayer an der Universität Leipzig. Die Ausgangslage. Die Leistung. Die Ausgrenzung“ (Alfred Klein), „Hans Mayer und der Aufbau-Verlag“ (Elmar Faber), „Hans Mayers akademische Antrittsvorlesung“ (Werner Schubert), „Hans Mayers Leipziger Beiträge zur Schillerforschung“ (Günter Mieth), „Die Romantik-Konferenz 1962 - ein Auftakt“ (Dietrich Löffler), „Gelegenheitsdichtung des jungen Brecht“. Hans Mayer entschlüsselt

ein Gedicht“ (Klaus Schuhmann), „Der Literaturhistoriker und die deutschsprachige Literatur seiner Zeit. Hans Mayer als Partner von Autoren aus Ost und West“ (Klaus Pezold), „Begegnungen mit Hans Mayer. Frankfurt am Main 1947 und Leipzig 1948 bis 1963“ (Joachim Pötschke), „Prüfungen 1953. Die fatalen Details“ (Erhard Scherner), „Bert Brecht bei Hans Mayer“ (Waltraud Engelberg), „Operettentheater Leipzig. 7. Oktober 1959. Unauslöschliche Erinnerung an Hans Mayer“ (Günter Lohse), „In anekdotischer Manier“ (Christel Hartinger), „Erziehung durch Hans Mayer“ (Ute Baum), „Zu Persönlichkeit, Lehre und Arbeitsstil von Hans Mayer aus der Sicht seiner chinesischen Schüler der Leipziger Zeit“ (Yan Baoyu) und „Hans Mayer in Leipzig 1948-1963. Eine bio-bibliographische Chronik“ (Günter Albus). Mit Personenregister.

Suratzsch, Herwig/Großmann, G. Ulrich (Hg.): *Lust und Last. Leipziger Kunst seit 1945*. Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit 1997. 459 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Der Band ist der Ausstellungskatalog der gleichnamigen Exposition im Leipziger Museum für bildende Künste, die dort von Oktober bis Dezember 1997 zu sehen war (und von Mai-September 1998 in Nürnberg gezeigt wird). Da Leipziger Kunstgeschichte seit 1945 immer auch - und sei es in betonter Abgrenzung - Geschichte der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst war, verdient der Band auch unter hochschulgeschichtlichem Aspekt Aufmerksamkeit. Mit Beiträgen von Herwig Suratzsch, Dieter Hoffmann, Karl-Heinz Mehnert, Peter Guth, Renate Hartlieb, G. Ulrich Großmann, Dieter Brusberg, Eduard Beaucamp, Anneliese Hübscher, Dieter Ronte, Frank Eckart, Perdita von Kraft, Rainer Behrends, Arnd Schultheiß, Christiane Klauke und Andrea Lorz.

Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein (Hg.): *Erwin Hahs. Das Buch meiner Seele. Auszüge aus den Tagebüchern 1945-1952*. Limitierte Auflage. Halle/Saale, 1995. o.S.

Der Band beschränkt sich in seiner Auswahl auf die Jahre 1946 bis 1952 der Tagebuchaufzeichnungen des Malers Erwin Hahs: In dieser Zeit lag der zweite Abschnitt seiner Tätigkeit an der Halleschen Kunsthochschule Burg Giebichenstein auf dem Lehrstuhl für Malerei. Dieser Lehr- und Lebensabschnitt wurde mit einer erneuten, endgültigen und politisch-ideologisch begründeten Entlassung aus dem Lehrdienst 1952, wie schon einmal 1933, beendet.

Beck, Rainer/Kardinar, Natalia: *Trotzdem. Neuanfang 1947. Zur Wiedereröffnung der Akademie der bildenden Künste Dresden* (Schriftenreihe für Kunst und Philosophie der Hochschule für Bildende Künste Dresden, Phantasos I). Verlag der Kunst, Dresden 1997. 431 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Die aufwendig und farbig illustrierte Publikation ist ein Beitrag zum 50. Jubiläum der Wiedereröffnung der Kunstakademie im April 1947. Das Buch ist dabei keineswegs nur ein Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, sondern greift weiter. Zwei Beiträge beleuchten das erste Nachkriegsjahr fünf: „Vom Zusammenbruch zum Formalismusstreit“ (Rainer Beck) und „Hochschule für Werkkunst - Anfang und Ende“ (Natalia Kardinar). Sodann werden die bedeutendsten Hochschullehrer der folgenden Jahrzehnte differenziert gewürdigt: „Hans Grundig - Rektor und Lehrer 1946-1949“ (Erhard Frommhold), „Mart Stam in Dresden“ (Wolfgang Rother), „Erich Fraaß“ (Gert Claußnitzer), „Josef Hegenbarth“ (Dieter Hoffmann), „Eugen Hoffmann. Eine biographische Collage“ (Helmut Heinze), „Wilhelm Lachnit: Erwachen - dynamisch“ (Friedegund Weidemann), „Über Reinhold Langner“ (Holger Gothart Herrmann), „Erich Nicola - eigentlich François Jules Max Erich Nicolas“ (Christian Janecke), „Hans Theo Richter - Selbstbehauptung durch stille Beharrlichkeit“ (Wolfgang Holler) und „Wilhelm Rudolf“ (Martin Schmidt). Daran schließen sich Kurzvorstellungen (in Wort + Bild) von früheren Studenten der Hochschule an, die nachhaltige Wirkungen in der Kunstentwicklungen zu entfalten vermochten. Erinnerungen von früheren Hochschulangehörigen (Karl-Heinz Adler, Wolfgang Beier, Götz Bergander, Heinz Friege, Gerd Jaeger, Hannelore Köhler, Harald Metzkes, Hans Mroczinski, Christian Roeckenschuss, Isolde Rose, Christian Rost, Jürgen Seidel und Siegfried Stefanow) dokumentiert ein letztes Kapitel.

Bielka, Heinz: *Die Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. Beiträge zur Geschichte*. Hrsg. von Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin. Springer-Verlag, Berlin 1997. 207 S. DM 168,-. Im Buchhandel.

Das Buch beschreibt Wurzeln und wichtige Etappen der Grundlagenforschung und klinischen Forschung in Berlin-Buch, beginnend mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1930. Den größten Raum der Darstellung nehmen die Jahre nach 1945 ein; 1972 waren in Buch drei Zentralinstitute der Akademie der Wissenschaften gebildet worden: ZI für Molekularbiologie, für Krebsforschung und für Herz-Kreislaufforschung. Gleichfalls Behandlung erfährt die nach-1990er Entwicklung, insbesondere die des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC). Der Verfasser stützt sich dabei auf persönliche Erinnerungen und Aufzeichnungen nach mehr als vierzigjähriger Tätigkeit in den Bucher Instituten, auf Archivmaterialien, Dokumente von Zeitzeugen und Literaturrecherchen. Ergänzt werden die Beschreibungen durch Kopien von Originaldokumenten. Mit Personen- und Sachregister.

Rapoport, Ingeborg: *Meine ersten drei Leben. Erinnerungen*. edition ost, Berlin 1997. 447 S. DM 39,90. Im Buchhandel.

Die Autorin gehört zum Kreis der international anerkannten Kinderärzte aus der DDR. Die Autobiographie stellt ihr sich in drei Etappen vollziehendes Leben dar: Kindheit, Jugend und Studentenzeit in Hamburg während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Emigration als „Halbjüdin“ und medizinische Lehrjahre in den USA, erneute Emigration während der McCarthy-Ära und fast 40 Jahre ärztliche und wissenschaftliche Tätigkeit in der DDR, insbesondere als Leiterin der Abteilung für Neugeborene an der Berliner Charité.

Thom, Achim/Riha, Ortrun (Hg.): *90 Jahre Karl-Sudhoff-Institut an der Universität Leipzig*. Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften, Leipzig 1996. 175 S. Bezug bei: Universität Leipzig, Karl-Sudhoff-Institut, PF 920, 04009 Leipzig.

Der Band enthält neben anderen folgende hier interessierende Beiträge: „Zur Entwicklung und derzeitigen Lage der Bibliothek des Karl-Sudhoff-Institutes“ (Thomas Gruner), „Verzeichnis der am Institut seit seiner Gründung tätigen Hochschullehrer, wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter“ (Sabine Schönau), „Wissenschaftshistorische Habilitationen und Dissertationen aus dem Karl-Sudhoff-Institut der Universität Leipzig 1945 bis 1995“ (Sabine Fahrenbach) und „Auswahlbibliographie wissenschaftlicher Publikationen aus dem Karl-Sudhoff-Institut für die Jahre 1980 bis 1995“ (Achim Thom).

Becker, Cornelia/Hofmann, Eberhard: *Die Physiologische Chemie in Leipzig. Geschichte und Gegenwart* (Leipziger Hefte Bd. 9). Hrsg. von Leipziger Geschichtsverein. Sax-Verlag Beucha, Beucha 1996. 48 S. DM 12,-. Im Buchhandel.

Die Autoren erörtern neben den historischen Wurzeln der Physiologischen Chemie speziell ihre Geschichte in Leipzig, wo dieser Wissenschaftsbereich auf mehr als 150 Jahre Forschung und Lehre zurückblicken kann. In einem abschließenden Beitrag wird die Entwicklung des Institutes für Biochemie des Leipziger Universitätsklinikums seit 1967 dargestellt.

Ulf Messow/Konrad Krause: *Physikalische Chemie in Leipzig*. Festschrift zum 100. Jahrestag der Einweihung des Physikalisch-chemischen Instituts an der Universität Leipzig. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1998. 192 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

An dieser Stelle sind im besonderen die Teile der Festschrift zur Geschichte des Instituts nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart von Interesse. In dies wird en auf die einzelnen Institutsdirektoren, die Werkstätten, die Hochschulreformen und die damit zusammenhängende Auflösung der Institute eingegangen.

Winter, Friedrich: *Robert Havemanns Beerdigung - aus kirchlicher Sicht. Eine theologisch-kirchenpolitische Studie* (epd-Dokumentation Nr. 21/96). Hrsg. von Ge-

meinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. Frankfurt, 1996. 24 S. DM 6,-. Bezug bei: GEP-Vertrieb, PF 500550, 60394 Frankfurt a.M.

Der Autor thematisiert in dieser Studie Havemanns Beerdigung und vor allem die offizielle Beerdigungsrede des Orts Pfarrers und Freundes der Familie Havemann, Johannes Meinel, sowie die inoffizielle Grabrede von Pfr. Rainer Eppelmann. Beide Reden waren insofern ungewöhnlich, als Havemann nicht Glied der Kirche gewesen war. Der Autor des Heftes, seinerzeit Propst und Vorgesetzter beider Pfarrer, dokumentiert Meinels Rede und ordnet sie zeitgeschichtlich, theologisch und kirchenpolitisch ein.

Mewes, Klaus-Hermann: *Pirna 014. Flugtriebwerke der DDR. Entwicklung, Erprobung und Bau von Stahltriebwerken und Propellerturbinen*. Aviatik Verlag, Oberhaching 1997. 159 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Dieses Buch will eine Lücke in der historischen Darstellung der deutschen Triebwerksforschung und des Triebwerksbaus schließen. Es wird die Entstehungsgeschichte des Strahltriebwerks „Pirna 014“ und das weit darüber hinaus reichende Triebwerkprogramm der DDR in den fünfzig Jahren in den Mittelpunkt gestellt. Der Autor, selbst Ingenieur in Pirna, dokumentiert diese Ära u.a. auf der Grundlage zahlreicher unveröffentlichter Details und Abbildungen. Im März 1961 waren sämtliche Aktivitäten im Flugzeug- und Triebwerksbau gestoppt worden. Im weiteren wurden Gasturbinen nur noch zur Stromerzeugung, für Schiffsantriebe oder für andere stationäre Zwecke entwickelt. Die reich illustrierte Darstellung ist ein fundierter Beitrag sowohl zur Technik- wie auch zur Technikwissenschaftsgeschichte der DDR.

Fratzscher, Wolfgang/Meinicke, Klaus-Peter (Hg.): *Verfahrenstechnik und Wiedervereinigung* (Studien und Materialien der Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften). Akademie Verlag, Berlin 1997. 199 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Die Beiträge in diesem Band sollen die Folgen der deutschen Vereinigung auf die Verfahrenstechnik speziell in Ostdeutschland dokumentieren. Dazu werden Beiträge geliefert, die vornehmlich die Fachentwicklung in der DDR darstellen: „Die Entwicklung der Verfahrenstechnik zur wissenschaftlichen Disziplin“ (K. Krug), „Verfahrenstechnik an den ostdeutschen Hochschulen - eine Bestandsaufnahme zum Einfluß der Wiedervereinigung“ (K.-P. Meinicke), „Die Stellung der Chemischen Industrie der DDR zur Verfahrenstechnik“ (R. Kunze), „Die Bedeutung der Systemverfahrenstechnik in der DDR und für die heutige Entwicklung“ (K. Hartmann), „Die Entwicklung der Verfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden“ (K.-E. Militzer), „Die Entwicklung der Verfahrenstechnik an der Bergakademie Freiberg“ (E. Klose).

Haase, Günter/Eichler, Ernst (Hg.): *Sächsische Akademie der Wissenschaften. Wege und Fortschritte der Wissenschaft. Beiträge von Mitgliedern der Akademie zum 150. Jahrestag ihrer Gründung*. Akademie Verlag, Berlin 1996. 771 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Folgende Artikel in diesem Sammelband sind im Kontext der DDR-Wissenschaftsgeschichte von Interesse: „Zum Geleit: Die Sächsische Akademie der Wissenschaften in ihrem 150. Jubiläumsjahr“ (Günter Haase/Ernst Eichler), „Geotopologie und Geochorologie - Die Leipzig-Dresdener Schule der Landschaftsökologie“ (Günter Haase), „Drei 'sächsische Säulen' der deutschen Pflanzenphysiologie: Wilhelm Pfeffer, Wilhelm Rubland, Kurt Mothes“ (Benno Parthier), „Leipziger Mathematiker in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften 1900-1975“ (Klaus Beyer), „Prähistoriker in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig - ihre Beiträge zur Geschichtsforschung“ (Werner Coblentz) und „Tischrechenautomat contra 'Rechenfabrik'. Ein Kleinstrechenautomat 1959 in Dresden“ (Nikolaus Joachim Lehmann).

## 2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Fuchs, Hans-Werner: *Bildung und Wissenschaft seit der Wende. Zur Transformation des ostdeutschen Bildungssystems*. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1997. 354 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Diese Dissertation versucht eine umfassende Analyse der Ende 1989 einsetzenden Transformationsprozesse in den Politikfeldern Bildung und Wissenschaft: Sie will Auskunft geben, „welche rechtliche, strukturelle, organisatorische, institutionelle, personelle und inhaltliche Neugestaltung das Bildungs- und Wissenschaftssystem... erfährt“. Sie stellt insoweit eine empirische Fleißarbeit dar, die einen gerafften Überblick bietet. Neben Rechtsvorschriften und den Veröffentlichungen von Regierungen und Bildungsministerien wurden Dokumente von Parteien, politischen Gruppen, des Zentralen Runden Tisches, des Kultusministerkonferenz, des Wissenschaftsrates usw. ausgewertet. In Ergänzung dieser Quellen stützt sich die Untersuchung auf bisher unveröffentlichte Dokumente sowie qualitative Interviews mit beteiligten Akteuren.

Burkhardt, Anke: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*. Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 1997. 49 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

Der Bericht greift die Besetzung der Professuren während des Umbruchs im ostdeutschen Hochschulwesen erneut auf. Es werden die Daten einer 1995 durchgeführten statistischen Wiederholungserhebung präsentiert. Die analytische Basis konnte durch nachträgliche Einarbeitung auf 90 Prozent der Stellengesamtheit erweitert werden. In Kombination mit den 89er Eckdaten für das DDR-Hochschulwesen ermöglichen die 1995er Daten eine quantitative Bilanz des personellen Umbaus.

Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG: *Bewilligungen nach Hochschulen. Bewilligungsvolumen 1991 bis 1995. Anzahl kooperativer Projekte im Jahr 1996*. Bonn o.J. 67 S. + Anl. Kostenlos bei: DFG, Pressereferat, Kennedyallee 40, 53175 Bonn.

Mit dieser Veröffentlichung legt die DFG erstmals eine Statistik ihrer Bewilligungen aufgeschlüsselt nach Hochschulen vor. Der Berichtszeitraum umfaßt die Jahre 1991 bis 1995, mithin die Zeit, in der erstmals auch ostdeutsche WissenschaftlerInnen Anträge an die DFG stellten. Darüber hinaus sind Übersichten zur Zahl der im Berichtsjahr 1996 geförderten Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen, Innovationskollegs und Graduiertenkollegs beigefügt.

Wissenschaftsrat (Hg.): *Empfehlungen und Stellungnahmen 1996*. 2 Bde. Köln 1997. 457 + 490 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsrat, Bröhler Str. 11, 50968 Köln.

Die Bände beinhalten u.a. Stellungnahmen zur Aufnahme der Hochschule für Musik und Theater Rostock und der Fachhochschule Altmark Stendal in die Förderung nach Hochschulbauförderungsgesetz, zur bibliothekarischen Versorgung der Universität Erfurt und zum geplanten Neubau der dortigen Universitätsbibliothek, zur weiteren Entwicklung der Hochschulmedizin in Mecklenburg-Vorpommern sowie zum Museum für Naturkunde, Berlin, und zur Projektgruppe Entomologie, Eberswalde.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): *Forschung in den neuen Ländern. Eine Übersicht*. Bonn 1997. 121 S. Kostenlos bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Die anlässlich der „Tage der Forschung 1997“ entstandene Broschüre gibt einen Überblick über die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland und deren Forschungsaktivitäten.

Hochschullehrerbund (Hg.): *Die Fachhochschulen in den neuen Ländern als Chance für das deutsche Hochschulsystem. Dokumentation der Fachtagung des Hoch-*

*schullehrerbundes in Erfurt am 30. Mai 1996* (hlb aktuell). Bonn o.J. (1996). 32 S. Kostenlos bei: Hochschullehrerbund, Rüngsdorfer Str. 4c, 53173 Bonn.

Die Broschüre enthält die Tagungsbeiträge von Günther Edler („Der Beitrag der Fachhochschulen in den neuen Ländern zur Weiterentwicklung des deutschen Hochschulsystems“), Barbara Wiesner („Spannungsfeld Fachhochschule - Universität“) und Dietrich Grille („Individualisten im Verbund? Kein Widerspruch im hlb!“).

Pfeiffer, Waldemar (Hg.): *Wissen und Wandel. Universitäten als Brennpunkte der europäischen Transformation* (Wissenschaftliche Reihe Bd. 2). Hrsg. in Zusammenarbeit mit Brigitte Seliger. Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza, Poznan 1997. 182 S. Bezug bei: Europa-Universität, Fakultät für Kulturwissenschaften, Lehrstuhl für Fremdsprachendidaktik, PF 776, 15207 Frankfurt/O.

Die zweite Publikation der wissenschaftlichen Reihe des Collegium Polonicum, einer gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtung der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznan und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, ist Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Tagung, die im November 1996 stattfand. Neben den Begrüßungsansprachen von Waldemar Pfeiffer, Hans N. Weiler und Markus Meckel sind unter anderem folgende im hiesigen Kontext relevante Beiträge dokumentiert: „Europäische Universitäten und die Herausforderung einer neuen Internationalität“ (Hans N. Weiler), „Hochschulerneuerung in Ostdeutschland: Das Beispiel Sachsen. Erfahrungen und Überlegungen zur Weiterführung“ (Manfred Heinemann), „Hochschule - Perspektive 2010“ (Hansgünter Meyer), „Universitätsreform als Teil einer breiten Wissenschaftsreform“ (Clemens Burrichter), „Einige Bemerkungen zur Lage der Wissenschaft in Deutschland aus der Sicht eines Parlamentariers“ (Tilo Braune).

Staudt, Erich/Engelbracht, Petra/Kriegesmann, Bernd/Leuschner, Hans/Lewandowitz, Tanja/Meier, Andreas J./Möller, Rolf/Neuss, Claudia/Schepanski, Norbert/Voss, Peter: *Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in den neuen Bundesländern*. Waxmann Verlag, Münster 1996. 292 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Zur Beseitigung bestehender Qualifikationsdefizite sollten, so berichten die Autoren, Maßnahmen für eine Weiterbildungsoffensive entwickelt und umgesetzt werden, ohne daß auf ein etabliertes Weiterbildungssystem zurückgegriffen werden konnte. Die Untersuchung konzentriert sich auf die individuellen Übergänge von Fach- und Führungskräften in neue Strukturen. Desweiteren werden die Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in der DDR, der nach 1990 entstandene zweite Arbeitsmarkt, die Situation von Ingenieuren im Transformationsprozeß sowie die Förderung von Existenzgründungen behandelt.

Graebner, Gernot/Lischka, Irene: *Weiterbildung an Hochschulen in Deutschland. Ergebnisse einer Gesamterhebung* (Beiträge 33). Hrsg. von Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung - Hochschule und Weiterbildung. Bielefeld 1996. 105 S. + Anl. Folgende Beiträge enthält dieser Band: „Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen der neuen Bundesländer“ (Irene Lischka), „Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen im vereinten Deutschland“ (Gernot Graebner), „Keine Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern? Leider oder glücklicherweise?“ (Irene Lischka). In einem letzten Teil werden die „Empfehlungen der Konzentrierten Aktion Weiterbildung zur Wissenschaftlichen Weiterbildung 1990-1993“ dokumentiert.

Welzel, Christian: *Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht*. Leske + Budrich, Opladen 1997. 231 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Die Arbeit behandelt im Schwerpunkt die politischen Ordnungspräferenzen ehemaliger DDR-Bürger innerhalb der heutigen bundesdeutschen Elite und bezieht sie systematisch auf deren gesellschaftliche Stellung im SED-Regime zurück. Der Verfasser fragt politisch-soziologisch, weniger institutionell, danach, ob und wie sich unter den Bedingungen des Realsozialismus genui-

ne Trägerschichten der Demokratie entwickelt haben, aus denen sich dann ein demokratischer Elitenwandel speisen konnte.

Drexel, Ingrid/Giessmann, Barbara (Hg.): *Berufsgruppen im Transformationsprozeß. Ostdeutschlands Ingenieure, Meister, Techniker und Ökonomen zwischen Gestern und Übermorgen* (Veröffentlichungen aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung ISF München). Campus Verlag, Frankfurt 1997. 232 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Folgende Artikel dieses Sammelbandes sind im hiesigen Kontext von Interesse: „Der Fachschulingenieur in der DDR - widerspruchsvolle Entwicklung eines besonderen Qualifikationstyps“ (Werner Wolter), „Der Fachschulingenieur in den Restrukturierungsprozessen der ostdeutschen Betriebe - rationellere Nutzung seines Potentials und partielle Aufwertung“ (Eva-Maria Langen), „Ostdeutsche Ingenieure im Transformationsprozeß - zwischen Kontinuität und Bruch“ (Barbara Giessmann) sowie „Der Techniker - Austrocknung und Wiederbelebungsversuche in der DDR, problematische Neu-Etablierung in der Marktwirtschaft“ (Barbara Giessmann/Ingrid Drexel/Friedrich Pfefferkorn).

Raszar, Matthias/Sackmann, Reinhold/Struck-Möbbeck, Olaf/Weymann, Ansgar/Wingens, Matthias: *Berufliche Wechselprozesse in Ostdeutschland. Eine Längsschnittstudie über Berufswechselprozesse von ostdeutschen Berufs- und Hochschulabsolventen im Transformationsprozeß* (Arbeitspapier 39 des Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen). Bremen 1996, 70 S. Bezug bei: SFB 186, Universität Bremen, PF 330440, 28334 Bremen.

Das Arbeitspapier skizziert anhand von Verlaufsdatenanalysen Prozesse des intragenerationalen Berufswechsels in einem Vergleich zwischen den letzten Jahren der DDR und den ersten Jahren des Transformationsprozesses. Dabei wird deutlich, wie massiv eingelebte DDR-Berufs- und Lebenslaufbahnen differenziert und individualisiert wurden. Zur Beantwortung von Fragen nach der Neukonstruktion sozialer Chancen nach der Wende wird mittels Ereignisdatenanalysen aufgezeigt, welche Personengruppen primäre Träger des beruflichen Strukturwandels waren.

Lischka, Irene: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*. Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 1997. 33 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

Aufgrund der aktuellen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und der sich verstärkenden Verflechtung einzelstaatlicher und internationaler Wirtschaften haben Fragestellungen der Nachfrage nach Hochschulbildung einen gestiegenen Stellenwert. Das Arbeitsmaterial stellt knapp die wesentlichsten Entwicklungen zwischen 1992/93 und 1995 zu Berufs- und Studienabsichten ostdeutscher Jugendlicher dar. Im Abstand von zwei Jahren erfolgten Erhebungen unter Beteiligung von ca. 3.500 Gymnasiasten aus Ostdeutschland und West-Berlin.

Jahn, Heidrun: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*. Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Lutherstadt Wittenberg o.J. (1997). 22 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Schwerpunkt des vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Modellversuches ist die Konzeption und Entwicklung dualer Fachhochschul-Kompaktstudiengänge Betriebswirtschaft (FH Magdeburg) und Technische Betriebswirtschaft (FH Merseburg). Die Ausbildung findet im Wechsel zwischen FH und einem Betrieb statt und soll bereits nach drei Jahren abschließen. Die wissenschaftliche Begleituntersuchung ist primär auf Praxisinnovation bezogen. Sie will aber zugleich einen Beitrag zur Theoriebildung leisten. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuches steht die Frage, inwieweit sich das konzipierte Angebot bewährt und wo Modifikationen erforderlich sind.

hochschule ost 2/1998

Bargel, Tino/Multrus, Frank/Ramm, Michael: *Studium und Studierende in den 90er Jahren. Entwicklung an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern*. Hrsg. von Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Bonn 1996. 231 S. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Die Broschüre stellt die Ergebnisse der 6. Erhebung zur „Studiensituation und den studentischen Orientierungen“ vor, die seit 1982 in zwei - bzw. dreijährigen Rhythmus von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz durchgeführt wird. In dieser Erhebung wurden zum zweiten Mal Studierende an ostdeutschen Hochschulen einbezogen. Die Studie erörtert u.a., daß zwischen den Auffassungen der Studenten in West- und Ostdeutschland deutliche Annäherungen im Hinblick auf Vorstellungen über die Studiendauer und die erfahrenen Studienanforderungen zu erkennen seien. In den Studienmotiven, in der zeitlichen Studienplanung zu Studienbeginn sowie in den Forderungen zur Hochschulentwicklung würden sich westdeutsche Studenten zunehmend an ihren Kommilitonen in Ostdeutschland orientieren. Konvergenzen bestünden in der sich verbessernden Qualität des Kontaktes und der Kommunikation an westdeutschen Hochschulen zwischen Studenten und Lehrenden, wohingegen in Ostdeutschland in diesem Feld über Einbußen im Vergleich zu früher geklagt werde.

Mählert, Ulrich (Hg.): *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*. Leske + Budrich, Opladen 1997. 352 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Das Vademekum der historischen DDR-Forschung verzeichnet Archive, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, Institutionen der politischen Bildungsarbeit, Museen und Gedenkstätten sowie Zeitschriften und Vereine, Verbände und Initiativen, die sich im weitesten Sinne mit der DDR-Geschichte beschäftigen oder diesbezüglich wichtige Materialien, Bücher, Dokumente und Daten bereitstellen. Anhand standardisierter Beschreibungen der Einrichtungen, ihrer Arbeitsschwerpunkte sowie Angaben über die in ihnen tätigen Forscherinnen und Forscher wird ein so andersorts nicht vorliegender Überblick über die lebendige Landschaft geliefert.

Bertram, Hans: *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland* (Schriftenreihe „Transformationsprozesse“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW, Bd. 23). Leske + Budrich, Opladen 1997. 593 S. DM 64,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext sind folgende Beiträge des Sammelbandes von Interesse: „Soziologen im Übergang“ (Rai Kollmorgen), „Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ISS) in und nach der Wende“ (Klaus-Peter Schwitzer), „Ostdeutsche Jugendforschung in der Transformation: Forschungsfelder, Wissenschaftler, Institutionen“ (Uta Schlegel), „Zum institutionellen Wandel des Instituts für Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED“ (Irene Müller-Hartmann), „Ostdeutsche Bildungsforschung in der Transformation: Institutionen, Forschungsschwerpunkte, wissenschaftliches Personal“ (Karin Hildebrandt), „Ohne Netz und doppelten Boden: Lage und Zukunftsaussichten freier sozialwissenschaftlicher Institute und Vereine in den neuen Bundesländern“ (Raj Kollmorgen/Karin Lohr/Dagmar Simon/Vera Sparschuh), „Wieso habt Ihr das geschafft? Ein sehr persönlicher Bericht über die Gründung und Entwicklung eines sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts nach der Wende“ (Brigitte Stieler-Lorenz), „Aufbruch, Defizite und Leistungen der DDR-Soziologie: die 60er Jahre“ (Helmut Steiner), „Soziologische Theorie in der DDR“ (Vera Sparschuh/Johannes Weiß), „Autonomiedefizit: Soziologische Theorie in der DDR. Kommentar zum Beitrag von Vera Sparschuh und Johannes Weiß“ (Lothar Peter), „Sozialstrukturforschung in der DDR - theoretische Konzepte und Forschungsansätze“ (Irene Müller-Hartmann), „Lebensweiserforschung in der DDR - Möglichkeiten und Grenzen. Perspektiven?“ (Jutta Cysi), „Zur Tradition agrarsoziologischer Forschung in der

hochschule ost 2/1998

DDR" (Kurt Krumbach) und „Soziale Prozesse in wissenschaftlichen Gemeinschaften" (Hildrun Kretschmer).

Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.): *Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern* (Enquête-Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997. 428 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Die Herausgeber stellen als Mitglieder einer vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) eingesetzten Enquête-Kommission „Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" Arbeitsberichte zusammen, die u.a. die erziehungswissenschaftliche Forschung und Lehre, die Grundschullehrerbildung, die Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer, die Lehrerfortbildung, die Entwicklung in den einzelnen Disziplinen wie Sozial-, Sonder-, Berufs- und Hochschulpädagogik, den Verbleib des ostdeutschen erziehungswissenschaftlichen Personals und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme durch die jeweils Betroffenen betreffen. Mit u.a. folgenden Beiträgen: „Auftrag und Arbeit der DGfE-Enquête-Kommission 'Erziehungswissenschaften in den neuen Bundesländern'" (Adolf Kell/Jan-Hendrik Olbertz), „Erziehungswissenschaftliche Forschung an den Universitäten der neuen Länder - Beitrag zu einem Forschungsatlas" (Jan-Hendrik Olbertz/Adolf Kell), „Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung in der DDR. Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Personals" (Karin Hildebrandt), „Situation und Probleme beim Aufbau erziehungswissenschaftlicher Studiengänge" (Olaf Kos), „Vom IFL zur Universität. Entwicklung der Grundschullehrerbildung" (Wolfgang Thiem), „Lehrerfortbildung in den neuen Bundesländern" (Elisabeth Fuhrmann), „Entwicklung der DDR-Didaktik bis 1990" (Elisabeth Fuhrmann), „Sonderpädagogik - Gelungene Transformationen?" (Ute Angerhoefer), „Hochschulpädagogik - Hintergründe eines Transformationsverzichts" (Jan-Hendrik Olbertz), „Fortbildung durch Erinnerung. Projektprogramm des Landes Brandenburg: 'Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung'" (Elisabeth Fuhrmann), „Krise und neuer Anfang: Erziehungswissenschaftlerinnen und erziehungswissenschaftliche Frauenforschung an den Universitäten der neuen Bundesländer" (Hildegard Macha/Karin Hildebrandt). Es schließen sich Empfehlungen an die ErziehungswissenschaftlerInnen sowie die DGfE an, welche die Bereiche Forschung, Lehre und Studium, Personal, Beratungen über Anforderungen aus der pädagogischen Praxis sowie institutionelle und personelle Struktur betreffen.

Hoffmann, Dietrich/Neumann, Karl (Hg.): *Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Band 3: Die Vereinigung der Pädagogen (1989-1995)*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1996. 342 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Die im Band zusammengefaßten Beiträge versuchen zu eruieren, ob sich zwischen 1989 und 1995 eine 'Vereinigung' der Pädagogen vollzog, oder ob es sich nicht eher um eine 'Angleichung' der DDR-Pädagogik an die der Bundesrepublik handelte. Folgende Artikel sind enthalten: „BRD-Pädagogik in den neuen Bundesländern" (Dietrich Hoffmann), „Die Deutsche Gesellschaft für Pädagogik (DGP) im Spiegel deutsch-deutscher Transformationsprozesse" (Wolfgang Steinhöfel), „Suchen und Wenden. Betrachtungen zur Abwicklung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik ein halbes Jahrzehnt danach, und ein zwangsläufig anmaßender Versuch" (Gert Geißler), „Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main und die Integration einer Forschungsstelle sowie der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin" (Christoph Führ), „DDR-Pädagogik in der Wendezeit (1989-1990)" (Gerhart Neuner), „Die Bildungsreform von oben in der zweiten DDR" (Dieter Krichhöfer), „Das einzigartige Projekt. Wie in Ostdeutschland die westdeutsche Politische Bildung eingeführt wurde" (Klaus Peter Wallraven), „Die Neuorientierung der Fachmethodik Geschichte - oder: Auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Geschichtsdidaktik" (Wendelin Szalai), „Zurück zu den Wurzeln" - Bericht über ein pädagogisches Projekt mit Studierenden aus Ost und West" (Gustav Meier), „Verpaßte Gelegenheiten? Zur Entwicklung der Pädagogik der frühen Kindheit im Prozeß der Wiedervereinigung" (Karl Neumann), „Der deutsch-deutsche Transformationsprozeß seit 1989 - eine

Herausforderung an die Erwachsenenpädagogik?" (Johannes Weinberg), „Über die Einheit der 89er-Generation" (Reinhard Uhle) und „Die Grenzen der 'Vereinigung' im Lichte der Bedingungen einer 'politischen' Pädagogik" (Dietrich Hoffmann).

Feurich, Hans-Jürgen/Stiehler, Gerd (Hg.): *Musikpädagogik in den neuen Bundesländern. Aufarbeitung und Neubeginn. Symposium vom 2.-4.05.1996 an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau* (Musikwissenschaft/Musikpädagogik in der Blauen Eule, Bd. 29). Die Blaue Eule, Essen 1996. 218 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert die Referate und Diskussionsbeiträge zum Symposium. Neben Beiträgen zum schulischen Musikunterricht finden sich auch einige Beiträge zur Musiklehrerbildung: „Aufarbeitung individueller Lerngeschichte und Förderung didaktischer Kreativität - Zur Ausbildung von MusiklehrerInnen in den neuen Bundesländern" (Frauke Grimmer), „Der Versuch einer effektiveren Musiklehrerbildung an der ehemaligen Pädagogischen Hochschule in Zwickau des Jahres 1988 unter dem Aspekt der Schulpraxisorientiertheit" (Hans-Herbert Fehske), „Gedanken zur Musiklehrerbildung an der Universität" (Rainer Herberger), „Unterwegs: Wege zur Musiklehrerbildung für die Primarstufe" (Karla Schöne), „Zeig' Du mir was, was ich nicht kenn' ... eine ganz persönliche Sicht aus Lehrerfahrungen im Rahmen der Musiklehrerbildung in Ost und West nach 1989" (Birgit Jank) und „Begegnungen kurz nach der Wende: Ein westdeutscher Musikpädagoge erinnert sich an Vorträge und Kurse in Ludwigsfelde 1990" (Ernst Klaus Schneider).

Arno Hecht: *Verzweigt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich-soziales Umfeld der Hochschulreue im Beitrittsgebiet* (Texte zur Hochschulpolitik, Nr. 2). Hrsg. von Rosa-Luxemburg-Verein. Leipzig, 1997. 115 S. DM 7,50. Bezug bei: R.-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Der Autor, 1993 vom Lehrstuhl für Pathologische Anatomie in Leipzig aus politischen Gründen entlassen, erörtert, ausgehend von den politischen Ereignissen während der deutsch-deutschen Vereinigung, die Entlassungen sowie deren Folgen im Hochschulbereich am Beispiel des Bereiches Medizin der Universität Leipzig und der TU Dresden.

Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke" e.V. AiF (Hg.): *Öffentlich finanzierte Vorhaben der industriellen Gemeinschaftsforschung. Forschungsreport 2/95*. Köln 1996. 460 S. Kostenlos bei: AiF, Bayenthalgürtel 23, 50968 Köln.

Der 47. AiF-Forschungsreport dokumentiert 409 abgeschlossene, mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft finanzierte Forschungsvorhaben der industriellen Gemeinschaftsforschung aus den west- und ostdeutschen Bundesländern. Die Einzelreports sind nach Nennung der verantwortlichen AiF-Mitgliedsvereinigungen und der durchführenden Forschungsstelle gegliedert nach Ausgangssituation vor Beginn des Forschungsvorhabens, Ziel des Vorhabens, Ergebnisse sowie Anwendung und Bedeutung der Ergebnisse

Bundesministerium für Wirtschaft/Technologie-Vermittlungs-Agentur Berlin e.V. TVA (Hg.): *Standortübersicht: Agenturen für Technologietransfer und Innovationsförderung. Technologieorientierte und branchenspezifische Transferzentren*. Berlin 1996. 22 S. Kostenlos bei TVA, Wattstr. 11-13, 13355 Berlin.

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über das Netzwerk der Agenturen, Geschäftsstellen und Transferzentren in den ostdeutschen Bundesländern. Die einzelnen Einrichtungen werden mit Namen, Anschrift, telekommunikativen Angaben und Geschäftsführung, die Agenturen und Transferzentren mit ihren Aufgaben, Leistungsangeboten und Tätigkeitsfeldern einfüßend vorgestellt.

Bundesministerium für Wirtschaft/Wirtschafts-Initiative für Deutschland wir. (Hg.): **Fünfzig innovative Projekte aus den neuen Bundesländern**. Berlin 1996. 72 S. Kostenlos bei: BMWi, Öffentlichkeitsarbeit, Villemoblerstr. 76, 53107 Bonn.

In diesem Katalog werden 50 Projekte von Anlagenbau bis Wetterdienste aus Ostdeutschland charakterisiert, der momentane Forschungsstand genannt und die vorhandenen Ressourcen, bezogen auf Personal, Räume und technische Ausrüstung, beschrieben. Der Schwerpunkt der Publikation liegt auf der Angabe möglicher Kooperationsangebote für konkrete Projekte der ostdeutschen Forschungseinrichtungen an westdeutsche Unternehmen.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Marktplanung GEWIPLAN (Hg.): **Innovationskatalog '96. Forschung, Entwicklung, Markt**. Berlin 1996. 511 S. Kostenlos bei: GEWIPLAN, Karl-Liebknecht-Str. 34, 10178 Berlin.

Der Band präsentiert 245 FuE-Projekte als Auswahl aus geförderten Unternehmen, Dienstleistungseinrichtungen und industrienahe Forschungsinstituten Ostdeutschlands. Die Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden durch ihre Strukturdaten charakterisiert. Ein kurzes Firmenprofil schließt sich an. Es folgen Projektbeispiele, dargestellt durch Angaben zur technischen Zielsetzung, zum Zeithorizont und zu den jeweils relevanten Zielgruppen/Marktsegmenten. Die Unternehmen und Einrichtungen sind in einer Matrix nach 20 Technologiebereichen und Bundesländern geordnet. Alphabetische Firmen- und Schlagwortregister ergänzen die Übersicht.

Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): **Technologie und Forschung Mecklenburg-Vorpommern**. Schwerin 1997. 181 S. Kostenlos bei: Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Briefpost, 19048 Schwerin.

In dieser Broschüre werden neben einer Auswahl von technologieorientierten Unternehmen u.a. auch regionale technologische Schwerpunkte sowie technologische Großprojekte des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt. Im weiteren wird ein Überblick über die Technologieförderprogramme des Landes gegeben.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission Aufarbeitung und Versöhnung: **Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“. Expertisen und Forschungsstudien zum Thema „Bildung und Wissenschaft“** (Bd. 8). Schwerin 1997. 336 S. Kostenlos bei: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission Aufarbeitung und Versöhnung, Sekretariat, Schloß, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin.

Gegenstand der Erörterungen in diesem Band sind die Bereiche Bildung und Wissenschaft, wie sie im politischen System der DDR organisiert und wirksam waren, und wie sie sich im Prozeß der deutschen Neuvereinigung entwickelten. Behandelt werden diese Themen im Rahmen zweier ausführlicher Forschungsstudien, die die Enquete-Kommission in Auftrag gegeben hatte: Heinz Koch und MitarbeiterInnen untersuchten „Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR“. Neben allgemeinen Darstellungen gibt es dabei gesonderte Studien „Zur Entwicklung der Lehrerbildung“ (Werner Neumann), zur „Entwicklung der Philosophischen Fakultät an der Universität Rostock 1946 - 1989/90“ (Werner Pade), „Forschungen zur Geschichte Nordeuropas in Greifswald 1970 - 1990“ (Fritz Petrick), „Zu Problemen der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock 1945 - 1990“ (Maria Bothe), zu „Speziellen Aspekten der Hochschulausbildung von Schiffsoffizieren in Warnemünde-Wustrow“ (Manfred Hessel) sowie zu „Abwicklung und Neuorientierung ab 1990, untersucht an Fachrichtungen der Universität Rostock“ (Werner Pade) und zur „Akademischen Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ (Werner Pade/Christine Weidemann). Die zweite Forschungsstudie, erarbeitet von Günther Wildenhain, liefert eine „Analyse zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR“:

Rückblick auf das Hochschulsystem der DDR, Die Wende an der Universität Rostock, Die Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern, Studienreform in Deutschland.

Wolff, Christian W. (Hg.): **Wandel in Deutschland - Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989**. Europäisches Centrum für Innovationen ECI, Weimar 1997. 256 S. Bezug bei: ECI, Ludwig-Feuerbach-Str. 7a, 99425 Weimar.

Der Hg. hatte als Bundesbürger 1988 eine außerplanmäßige Aspirantur an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin begonnen und war dort 1990 zum Dr. oec. promoviert worden. Sechs Jahre später suchte er die HUB nochmals auf und fand bei den Wirtschaftswissenschaftlern kaum noch altes Personal vor. Daraufhin wollte er die Spuren der Vereinigungsaktivitäten dokumentieren. Er gewann fünf frühere Professoren (nicht nur aus den Wirtschaftswissenschaften) dafür, ihre Erfahrungen der letzten Jahre aufzuschreiben. Der Mediziner Friedhelm Dietze berichtet über „Krankenpflege im universitären Aufbruch. In der Wende als historisches Erfordernis erkannt und dennoch abgewickelt“. Der Ökonom Erhard Gensel fragt: „Aufrechter Gang nicht erwünscht?? oder - Wer kriecht, kann nicht stolpern!!“ Gerhard Gerber, Biochemiker an der Charité, schreibt unter dem Titel „Überführt & (trotzdem) abgewickelt - Lebens- und Schaffens-'Abriß', 1990-1996“. Peter Müller, Agrarpädagoge und lange Jahre in der Universitätsverwaltung tätig, resümiert: „Aktive leben gefährlich“. Der Chemiker Günter Westphal nannte seinen Bericht „Ein Alt-Humboldtianer berichtet“.

Industrie- und Handelskammer zu Berlin/Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie (Hg.): **Forschungsmarkt Berlin. Forschung für die Praxis**. CD-ROM. Berlin 1997. DM 20,- zzgl. Versand. Bezug bei: IHK zu Berlin, Abt. Industrie, Hardenbergstr. 16, 10623 Berlin.

Mit dieser CD-ROM wird ein aktualisierter Angebotskatalog vorgelegt, der ca. 600 Kooperationsangebote aus der Berliner Forschung für die Wirtschaft verzeichnet. Er beinhaltet Kooperationsangebote Berliner Hochschulen, um z.B. mittelständischen Unternehmen, großen Betrieben und Verwaltungen den Zugang zu praxisrelevanten Ergebnissen und Dienstleistungen der Wissenschaft zu ermöglichen. Vertreten sind 60 Forschungsinstitutionen bzw. 650 Berliner Wissenschaftler mit ca. 290 Instituten und Laboren und mehr als 570 Kooperationsangeboten aus 31 Sachgebieten.

Harre, Elke/Borchert, Konstanze: **Frauenförderung im Hochschulbereich von Berlin und Brandenburg. Eine vergleichende Untersuchung**. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1996. 80 S. DM 42,80. Im Buchhandel.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): **Zukunft durch Innovation. Forschung im Land Brandenburg**. Potsdam 1998. 212 S. Kostenlos bei: MfWFK, Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.

Die reich bebilderte Publikation will die Forschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg darstellen. Im ersten Teil des zweigliedrigen Forschungsberichtes befinden sich Reportagen, in denen Wissenschaftsjournalisten Forschungsvorhaben erläutern. Im zweiten, dem Dokumentationsteil, finden sich Daten, Fakten und Beschreibungen der Forschungsprofile und -schwerpunkte in den neun Hochschulen und 40 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in Brandenburg.

Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg T.IN.A. (Hg.): **Innovationsstandort Brandenburg**. Teil 1: **Die Wissenschaft**. Teil 2: **Die Wirtschaft**. Potsdam 1996. 383 + 376 S. Je Bd. DM 20,-. Auch als CD-ROM. Bezug bei: T.IN.A., Haus der Wirtschaft, Schlaatzweg 1, 14773 Potsdam.

Die Veröffentlichung gibt einen aktuellen Überblick über den Stand der Entwicklungen in den jeweiligen Bereichen, so im Teil 1 über die Universitäten und Fachhochschulen des Landes Brandenburg sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Institute der Blauen Liste, Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Landwirtschaftlich-wissenschaftliche Einrichtungen, Weitere Forschungseinrichtungen). Die im Wirtschaftsteil beschriebenen Unternehmen und Projekte wurden im Rahmen der Technologieförderung des Landes Brandenburg unterstützt. Die 219 Unternehmen und 17 Technologiezentren mit ihren Projekten sind innerhalb der Landkreise alphabetisch nach der Unternehmensbezeichnung sortiert. Nach den Strukturdaten folgen Angaben zu den Projekten und Ergebnissen.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Das Rektorat (Hg.): *Rechenschaftsbericht des Rektorats 1996*. Frankfurt (Oder) o.J. (1997). 128 S. Kostenlos bei: Europa-Universität Viadrina, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 776, 15207 Frankfurt (Oder). Der Bericht bilanziert den Fortgang des Auf- und Ausbaus der Viadrina.

Universität Potsdam, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Marketing (Hg.): *Innovationsmarketing in jungen Technologieunternehmen* (Lehr- und Forschungsbericht Nr. 7/1997). Potsdam 1997. 29 S. DM 20,-. Bezug bei: Universität Potsdam, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl Prof. Ingo Balderjahn, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam.

Der Bericht dokumentiert ausgewählte Ergebnisse einer Befragung von jungen Technologieunternehmen zum Themenbereich Innovationsmarketing. In Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum Teltow TZT wurden 44 Unternehmen befragt. Die Befragung umfaßte zum einen die Innovationsaktivitäten und -hemmnisse aus Sicht der Unternehmen, deren Beratungsbedarf sowie Aspekte der Innovationsförderung. Einen zweiten Schwerpunkt stellte die Evaluation des Förderprogrammes „Marketing-Projekt für technologieorientierte Unternehmen“ des Vereins der Technologie- und Gründerzentren im Land Brandenburg dar. Die Studie zeige u.a., daß im Begriffsverständnis der Befragten „Marketing“ vorwiegend Aspekte der Kommunikationspolitik und des Vertriebs verbunden werden. Als zentrales Innovationshemmnis wird der Mangel an Eigen- und Fremdkapital gesehen.

Bomke, Heidrun/Heinzel, Friederike: *Einblicke. Frauenforschung in Sachsen-Anhalt. Erste Dokumentation 1997. Band I*. Hrsg. von Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1997. 167 S. Kostenlos bei: Kultusministerium Sachsen-Anhalt, Leitstelle für Frauenpolitik, Domplatz 2-3, 39104 Magdeburg.

Frauenforschung werde, so die Autorinnen, noch immer höchstens als Randgebiet soziologischer Untersuchungen genutzt. Die Studie soll einen Überblick zur Entwicklung von Frauenforschung in Sachsen-Anhalt geben und ermöglichen, auf entsprechende Spuren im Forschungs- und Lehrprozeß zu verweisen, derzeitige Ansätze zu bündeln, zu vernetzen und auszubauen.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft: *Book of Abstracts. Wirtschaftswissenschaftliche Forschung an den Hochschulen der neuen Bundesländer. Magdeburg 14./15. Dezember 1995*. Magdeburg, o.J. (1996). 68 S. Bezug bei: O.-v.-Guericke-Universität, Fak. für Wirtschaftswissenschaft, PF 4120, 39016 Magdeburg.

Die Veröffentlichung ist um eine Bestandsaufnahme wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ostdeutschland bemüht. Neben den Darstellungen aktueller fachwissenschaftlicher Forschungsschwerpunkte enthält der Band auch die Beiträge „Wie man den Osten beforschen soll - und wie nicht“ (Elke Weik/Rainhart Lang/Ramona Alt/Thomas Steger), „Neuorientierung der betriebswirtschaftlichen Forschung“ (Hans-Jörg Richter) und „Betriebswirtschaftliche Innovationsforschung an der TU Bergakademie Freiberg“ (Michael Brandkamp/Diana de Pay/Rainer Vinke-meier).

Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg tti (Hg.): *Technologieführer 1997 Sachsen-Anhalt*. Magdeburg o.J. (1997). 112 S.

Die Publikation stellt Technologieinstitutionen anhand einer Einteilung in allgemeine und fachspezifische Transfereinrichtungen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Kammern und Verbände vor. Besondere Abschnitte gehen auf wirtschaftsfördernde Einrichtungen und technologierelevante Förderprogramme ein.

Thome, Helmut: *Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Halle. Ergebnisse einer Befragung von Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1994/95 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* (Der Hallesche Graureiher Nr. 7/96). Hrsg. vom Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle 1996. 80 S. + Anh. Bezug bei: Institut für Soziologie der MLU Halle-Wittenberg, Emil-Abderhalden-Str. 7, 06108 Halle/S.

In Halle wurde die alljährliche Studienanfängerbefragung des Hochschul-Informationssystem HIS Hannover aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen HIS und dem örtlichen Institut für Soziologie als Vollerhebung durchgeführt. Die Studie geht insbesondere auf folgende Schwerpunkte ein: Regionale und soziale Herkunft der Studierenden, Geschlechterproportionen bei Studierberechtigung und Studierneigung, Wohnsituation und Finanzierung des Studiums, Wahl der Universität und aktuelle Situationsbeurteilung, Motive zur Wahl des Studienfaches und politische Einstellungen.

Heinemann, Manfred/Schreiber, Hans-Ludwig (Hg.): *Hochschulenergie im Freistaat Sachsen. Bericht der Sächsischen Hochschulkommission über ihre Tätigkeit 1991-1993*. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden 1996. 302 S. Kostenlos bei: SMWK, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Laut Erscheinungsjahr drei Jahre nach Abschluß ihrer Tätigkeit legt die Sächsische Hochschulkommission mit dieser Veröffentlichung ihren Abschlußbericht vor. (Die Auslieferung des Bandes erfolgt jedoch erst sei Anfang 1998.) Neben der Behandlung allgemeiner Aspekte des Hochschulumbaus in Sachsen werden zahlreiche der im Laufe der Kommissionstätigkeit gefaßten Beschlüsse und alle gegebenen Strukturempfehlungen, gegliedert nach Hochschulen und Fächern, dokumentiert.

Universität Leipzig, Rektorat (Hg.): *Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des „Dies academicus“ am 2. Dezember 1996*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1997. 161 S. DM 39,80 Im Buchhandel.

Mitz u.a. folgenden Beiträgen: „Der Umbau der Universität Leipzig: Chancen und Risiken für ein Wissenschaftsstandort“ (Michael Geyer), „Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende“ (Peter Gutjahr-Löser), „Die Universität Leipzig aus Sicht ihrer Angehörigen. Ergebnisse einer Befragung von Professoren, wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern sowie Studenten“ (Elmar Brähler/Wilfried Laubach/Karl-Dieter Opp/Thorsten Schomann/Ulrike Unger), „Die Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie vor und nach der politischen Wende“ (Karl Drößler), „Zur Geschichte der Juristenfakultät“ (Bernd-Rüdiger Kern), „Der Wiederaufbau der Juristenfakultät“ (Wolfgang Gitter), „Leistungsstand und Perspektiven der Juristenfakultät“ (Andreas Blaschczok) und „Internationalität als Merkmal des Wissenschaftsstandortes Leipzig“ (Hans Joachim Meyer).

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): *FuE-Handbuch Sachsen 1996*. Band I: *Regierungsbezirk Chemnitz*. Band II. *Regierungsbezirk Dresden*. Band III. *Regierungsbezirk Leipzig*. Dresden 1996. Bd. I: 488 S. Bd. II: 685 S. Bd. III: 371 S. Je Bd. DM 20,-. Als CD-ROM je Bd. DM 10,-. Bezug bei: Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, Pressestelle, Budapester Str. 5, 01069 Dresden.

Einführend wird die jeweilige Wirtschaftsregion vorgestellt. Es folgen Profile von Firmen und Instituten mit Strukturdaten sowie Informationen zum jeweiligen Forschungs- und Leistungsprofil, zur Spezialisierung, zu Referenzen und vorhandener technischer Spezialausstattung. Die Einrichtungen sind alphabetisch nach Namen geordnet. Ein Schlagwortregister ist in deutscher und englischer Sprache vorangestellt.

Stangner, Isolde/Krause, Jürgen/Röhreich, Jürgen: *Der öffentliche Dienst des Freistaates Thüringen. Struktur, Beschäftigte, Stellen, Probleme. Ein deutschlandweiter Vergleich. Dokumentation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen*. 3. überarb. Aufl. Erfurt 1997. 77 S. Bezug bei: Wirtschaftsdienst GmbH der GEW Thüringen, Geschwister-Scholl-Str. 45, 99085 Erfurt.  
Die aktualisierte Neuaufgabe bereitet neues Datenmaterial auf, um zur Versachlichung der Debatte um die Personalausgaben im Öffentlichen Dienst beizutragen.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hg.): *Thüringen innovativ. Transferkatalog Thüringer Forschungseinrichtungen*. Erfurt 1997. 326 S. Kostenlos bei: Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt.  
Die dritte überarbeitete und erweiterte Auflage dieses Kataloges ist nach Forschungseinrichtungen, Technologietransfereinrichtungen, Technologie- und Gründerzentren, Informationsvermittlungstellen in Thüringen und Richtlinien ausgewählter Thüringer Förderprogramme gegliedert.

### 3. Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa

Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Hg.): *Frauen in den ehemals sozialistischen Ländern* (ZiF Bulletin Nr. 14). Berlin 1997. 216 S. Bezug bei: ZiF, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Leipzig.  
Das Themenheft enthält u.a. eine Reihe von Beiträgen zur Frauen- und Geschlechterforschung in postsozialistischen Ländern Europas: "Do we need Feminism and Women's Studies in Hungary?" (E. Thun), "Zentrum für Gender Studies Prag" (L. Busheikin), "Petersburger Zentrum für Genderproblematik" (O. Lipowskaja), "Gender Studies an der Warschauer Universität" (B. Choluj), "Gender Studies in Croatia" (V. Radman), "Frauen- und Geschlechterforschung in Rußland heute - ein Überblick" (Z. Chotkina), "Women's Studies in Lithuania" (M. A. Pavilionienė). Desweiteren ein Beitrag unter dem Titel "Zwischen Anpassung und Eigenständigkeit - Frauen- und Genderforschung in Vietnam" (A. Nitsche).

Hochschulrektorenkonferenz HRK (Hg.): *Russische Föderation. Föderales Gesetz über die höhere und die postgraduale berufliche Bildung vom 22. August 1996. Angenommen von der Staatsduma am 19. Juli 1996. Bestätigt vom Föderationsrat am 7. August 1996* (Dokumente & Informationen 2/1997). Bonn 1997. 58 S. Kostenlos bei: HRK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.  
Übersetzung ins Deutsche.

Hochschulrektorenkonferenz HRK (Hg.): *Das polnische Gesetz über die Berufshochschulen vom 9. Mai 1997* (Dokumente & Informationen 3/1997). Bonn 1997. 58 S. Kostenlos bei: HRK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.  
Übersetzung ins Deutsche.  
Best, Heinrich/ Becker, Ulrike (Hg.): *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*. Leske + Budrich. Opladen 1997. 250 S. Im Buchhandel.

Neben einer Einleitung von H. Best mit folgenden Beiträgen zur Elite-Forschung in Polen 1989-1995 (J. Wasilewski), Ungarn 1985-1994 (T. Huszár), Tschechien (P. Mateju), in der Slowakei

(Z. Kusá), in Rußland (H. Steiner) und der Ukraine (V. Kopylov) sowie "Research on economic and political elites in Bulgaria in the period 1990-1995" (Z. Toneva), "The elite and the power in Russia" (B.M. Firsov), "The Baltic elites after the change of the regime" (A. Stehen), "Political and economic elites in the transformation process in eastern Germany" (H. Gergs u.a.).

Pfeiffer, Waldemar (Hg.): *Wissen und Wandel. Universitäten als Brennpunkte der europäischen Transformation* (Wissenschaftliche Reihe Bd. 2). Hrsg. in Zusammenarbeit mit Brigitte Seliger. Poznan 1997. 182 S. Bezug bei: Europa-Universität, Fakultät für Kulturwissenschaften, Lehrstuhl für Fremdsprachendidaktik, PF 776, 15207 Frankfurt/O.

Die zweite Publikation der wissenschaftlichen Reihe des Collegium Polonicum ist Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Tagung, die im November 1996 stattfand. Unter anderem sind folgende im hiesigen Kontext relevante Beiträge dokumentiert: "Europäische Universitäten und die Herausforderung einer neuen Internationalität" (Hans N. Weiler), "Zakat intelligencija - Intelligencija-Dämmerung. Zum veränderten Status der Intelligenz in der nachsozialistischen Gesellschaft" (Karl Schlögel), "Die Universitäten im totalitären Umfeld: Begeisterung, Anpassung, Widerstand" (Henryk Olszewski), "Die Rolle der Universitäten im Vorfeld des Umbruchs" (Tamas Földesi), "Transformation des Systems des polnischen Hochschulwesens" (Witold Malachowski), "Zur Situation der Universitäten in Polen" (Jerzy Axer), "Die Stalinisierung der Universitäten in Polen am Beispiel der Universität Wrocław 1950-1955", "Social Change and Graduate Studies in Russia" (Oleg Ken), "Die 'Volkskollegien' - autonome Initiative oder Kopie? Die Hochschul- und Akademikerpolitik im ungarischen 'Frühsozialismus' 1945-1949" (Pál Tamás), "Modernisierungsblockaden und Dilemmata der Hochschulentwicklung in den postsozialistischen Transformationsgesellschaften" (Anna Schwarz).

Oswald, Ingrid /Possekel, Ralf/ Stykow, Petra/ Wielgoß, Jan (Hg.): *Sozialwissenschaft in Rußland. Band 2: Analysen russischer Forschungen zu Sozialstruktur, Wählerverhalten, Regionalentwicklung, ethnischen Konflikten, Geopolitik, nationalen Interessen und Sowjetgeschichte*. Berliner Debatte. Berlin 1997. 392 S. DM 49,- Im Buchhandel.

Das Buch publiziert Ergebnisse eines Forschungsprojektes „Deutsch-russisches Monitoring der russischen Sozialwissenschaften“. Unter anderen sind im hiesigen Kontext folgende Beiträge von Interesse: „Rußland als Transformationsgesellschaft: Konzepte und Diskussionen“ (Anna Temkina/ Vitalij Grigorev), „Soziologie und Sozialstrukturforschung in Rußland“ (Olga Brednikova/ Oksana Karpenko), „Politische Regionalistik in Rußland: politisches Consulting oder neue Wissenschaftsdisziplin?“ (Vladimir Gelmann/ Sergej Ryzenkov), „Die Novosibirsker Soziologische Schule: Aufstieg und Niedergang eines regionalen sozialwissenschaftlichen Zentrums“ (Irina Davydova), „Politikforschung im Gebiet Sverdlovsk“ (Vladimir Gelman), „Ethnizität und Nationalismus in der post-sowjetischen Gesellschaft: Diskussionsschwerpunkte der 90er Jahre“ (Leokadija Drobizeva), „Die 'Archivrevolution' in Rußland (1991-1996)“ (Vladimir Kozlov/ Olga Lokteva), „Die sowjetische Geschichte der 20er und 30er Jahre: vom Mythos zur Realität“ (Michail Gorinov), „Eine Gesellschaft erkennt sich selbst: Russische Sozialwissenschaften im Wandel“ (Michael Brie).

Peer Pasternack



„Wie es um die Natur der Philosophie hier bestellt ist, konnte der Autor dieser Zeilen vor einiger Zeit erfahren, als an der Technischen Universität Dresden einen einflußreichen Moralphilosophen traf. Der Kollege erklärte mit energischen Worten, daß der Glaube an die ewige Wahrheit keineswegs erloschen sei und es darauf ankomme, die Werte der Tradition gegen gewisse angelsächsische Modephilosophen zu verteidigen: 'Die Idee der Rationalität ist darüber definiert, daß wir einen Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsanspruch erheben. Das Verspielen und Verhöhnern von Wahrheitsansprüchen ist unser Problem in der Gegenwart. Das ist das Schlimme. Denn es gibt die wissenschaftliche Objektivität! Es gibt keine Relativierung auf diesem Gebiet! Ja, ja. Wohl gibt es eine deplorable Wissenschaftslandschaft, wohl gibt es deplorable Idioten, postmoderne Zerspielungen und Verhöhnungen von Wahrheitsansprüchen. Diese gibt es, ja. Wir dürfen es uns nicht zu eigen machen, daß wir aus Frustration den Wissenschaftsanspruch auf irgendeine Weise einziehen. Nein, im Gegenteil, er ist absolut zu unterstreichen. Er ist absolut festzustellen.'

Um für eine lebendige Diskussion zu sorgen, und die nötige Meinungsvielfalt zu gewährleisten, hatte der Professor seine beiden Assistenten mitgebracht. Aber siehe da: alle drei waren immer der gleichen Auffassung und bestätigten einander bei jeder Gelegenheit. Es war eine bemerkenswerte Szene, die jeder Landesbühne Ehre gemacht hätte; einer gab das Stichwort und redete, während der andere dazwischen rief: 'Ja, richtig! ... Das ist es! ... So ist es!' Ein beeindruckendes Erlebnis, das dem Gast die ganze Kraft der absoluten Wissenschaftlichkeit offenbarte. (Dieses Schauspiel wurde am 10.12.1992, 12.30-14.00 Uhr im Institut für Philosophie der TU Dresden aufgeführt. In der Hauptrolle spielte Prof. Dr. Thomas Rentsch. Die Nebenrollen gestalteten Dr. Christoph Demmerling und Dr. Iris Künzel.)“

*Joachim Jung: Zur Krise der deutschsprachigen Philosophie,  
in: Berliner Debatte Initial 3/1997, S. 7 u. 10*

### 1. Jahrgang 1991/92

*Themenschwerpunkte:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* Hochschulstruktur in Sachsen \* Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit \* Bundestagsausschuß-Anhörung: Perspektiven der Hochschulentwicklung \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Jürgen Teller Honorarprofessor \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Die Studierenden 1989/90

### 2. Jahrgang 1992/93

*Themenschwerpunkte:* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler \* Frauen in der Ostwissenschaft \* Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositions-perspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS \* Methodologische Wende? \* Verbände(-Schicksale) im Osten \* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach \* Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz \* Personalstruktur-Neugestaltung \* Die ostdeutschen Archive \* Forschung und Technologie in Osteuropa \* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus \* Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

### 3. Jahrgang 1993/94

*Themenschwerpunkte:* Erneuerungsgruppen bilanzieren \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte \* Gleichstellungsmanagement Ost \* Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern \* Habilitiertentagung in Leipzig \* Streitfall Multiple Choice \* Studierende 1994 \* Berufungsverfahren West und Ost \* Singularitäten

### 4. Jahrgang 1994/95

*Themenschwerpunkte:* Forschung über Wissenschaft Ost \* Dissertationen in der DDR \* Singularitäten \* Fern studieren in Ostdeutschland \* Archive in Ostdeutschland II \* Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit \* Sozialistische Intelligenz \* Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I \* Synopse Hochschulrecht Ost

### 5. Jahrgang 1995/96

*Themenschwerpunkte:* Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost \* Singularitäten \* Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost \* Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II \* Dialektik der Einpassung \* Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem \* Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns \* Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West \* kunsthochschule ost

### 6. Jahrgang 1997

*Themenschwerpunkte:* Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost \* Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung I \* Akademische Medizin \* Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II \* Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort \* Zeitschriften \* Bibliotheken

*Insgesamt 47 Hefte, 5.305 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangswise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)*

Schützgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abogebühren inklusive DM 10,- Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 6 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen	DM 0,-
2. Nachbestellung Jahrgang 19...../.....	DM 100,- zzgl. Versandkosten
3. Nachbestellung 1. - 6. Jahrgang	DM 450,- zzgl. Versandkosten
4. ....mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à DM 98,-
5. ....mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à DM 42,-
6. ....mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r – Erwerbslose/r – Vorruheständler/in – Pensionär/in –	à DM 31,-
Sonstiges:.....)	
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Habe ich mich für 4., 5. oder 6. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.	
..... Name	
..... Adresse	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Einzusenden an:  
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,  
PSF 920, 04009 Leipzig